



Stenografischer Bericht

37. Sitzung

Freitag, 27. Oktober 2017,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 5

Tagesordnungspunkt 6 a

Aktuelle Debatte

Zustand und Perspektiven der EU

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs.
7/2004**

Wulf Gallert (DIE LINKE)	5
Robert Farle (AfD)	7
Wulf Gallert (DIE LINKE)	7
Frank Scheurell (CDU)	9
Wulf Gallert (DIE LINKE)	9
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	10
Wulf Gallert (DIE LINKE)	12
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	12
Katrin Budde (SPD)	12
André Poggenburg (AfD)	16
Dorothea Frederking (GRÜNE)	17
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	19

André Poggenburg (AfD)	19
Dr. Falko Grube (SPD)	20
Markus Kurze (CDU)	20
Robert Farle (AfD)	22
Wulf Gallert (DIE LINKE)	23

Tagesordnungspunkt 6 b

Aktuelle Debatte

Linke Szene in Sachsen-Anhalt - Hausbesetzung in der Hafenstra- ße 7, Halle (Saale)

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/2005**

Alexander Raue (AfD).....	24
Holger Stahlknecht (Minister für Inne- res und Sport)	27
Dr. Andreas Schmidt (SPD).....	28
Robert Farle (AfD)	30
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	31
Henriette Quade (DIE LINKE)	31
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	34
André Poggenburg (AfD)	34

Bernhard Bönisch (CDU)	34
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	37
Bernhard Bönisch (CDU)	37
Sebastian Striegel (GRÜNE)	38
Frank Scheurell (CDU)	41
Sebastian Striegel (GRÜNE)	41
Detlef Gürth (CDU)	41
Sebastian Striegel (GRÜNE)	42
Alexander Raue (AfD).....	42
Bernhard Bönisch (CDU)	43

Tagesordnungspunkt 6 c

Aktuelle Debatte

Insektensterben: dramatisch still

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/2006**

Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	43
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie).....	46
Hannes Loth (AfD)	49
Hendrik Lange (DIE LINKE).....	50
Guido Heuer (CDU)	52
Jürgen Barth (SPD)	55

Tagesordnungspunkt 13

Zweite Beratung

Keine Zwei-Klassen-Jugendhilfe für junge Geflüchtete

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1536**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - **Drs. 7/1997**

(Erste Beratung in der 30. Sitzung des Landtages am 22.06.2017)

Angela Gorr (Berichterstatterin).....	56
Abstimmung	57

Tagesordnungspunkt 14

Zweite Beratung

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose durch Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt“ im Rahmen des Sozialen Arbeitsmarktes

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/1760**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - **Drs. 7/1998**

(Erste Beratung in der 32. Sitzung des Landtages am 25.08.2017)

Angela Gorr (Berichterstatterin).....	57
Doreen Hildebrandt (DIE LINKE)	58
Tobias Krull (CDU)	58
Doreen Hildebrandt (DIE LINKE)	58
Andreas Steppuhn (SPD)	59
Abstimmung	59

Tagesordnungspunkt 15

Beratung

Missbilligung der Ministerin für Justiz und Gleichstellung

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1986**

Henriette Quade (DIE LINKE).....	60
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	62
Silke Schindler (SPD)	63
Mario Lehmann (AfD).....	64
Sebastian Striegel (GRÜNE)	65
Robert Farle (AfD).....	67
Sebastian Striegel (GRÜNE)	67
Jens Kolze (CDU)	68
Henriette Quade (DIE LINKE).....	69
Robert Farle (AfD).....	70
Abstimmung	70

Tagesordnungspunkt 16

Beratung

Maßnahmen zur Bewältigung der Asylkrise und ihrer Folgen - politischer und gesellschaftlicher Bedrohung durch den Islam entgegenwirken

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/1993**

André Poggenburg (AfD)	70
Marco Tullner (Minister für Bildung).....	73
Dr. Katja Pähle (SPD)	75
Wulf Gallert (DIE LINKE)	76
Robert Farle (AfD).....	78

Andreas Schumann (CDU).....	78
Sebastian Striegel (GRÜNE).....	79
André Poggenburg (AfD).....	80
Sebastian Striegel (GRÜNE).....	80
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	81
Abstimmung.....	82

Tagesordnungspunkt 17

Beratung

Sofortige abschließende Stilllegung der „Bohrschlammdeponie Brüchau“ - entsprechend Landtagsbeschluss vom 4. Mai 2017 (Drs. 7/1364) - in Form der Dekontamination off-site (Aushub, Behandlung/Entsorgung) mit anschließender Rekultivierung

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/1995**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2028**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/2029**

André Poggenburg (AfD).....	82
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung).....	83
Daniel Roi (AfD).....	84
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung).....	85
Uwe Harms (CDU).....	85
Andreas Höppner (DIE LINKE).....	85
Dorothea Frederking (GRÜNE).....	87
Matthias Lieschke (AfD).....	87
Dorothea Frederking (GRÜNE).....	88
Jürgen Barth (SPD).....	89
Hannes Loth (AfD).....	90
Robert Farle (AfD).....	91
Eva von Angern (DIE LINKE).....	92
Robert Farle (AfD).....	92
Abstimmung.....	93

Tagesordnungspunkt 18

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 17. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete - **Drs. 7/2011**

Frage 1
Datenschutzbeauftragte/r in Praxen der Gesundheitsberufe und der anderen Freien Berufe unter neun Beschäftigte

Olaf Meister (GRÜNE).....	93
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport).....	94

Frage 2
Verkehrsregelung mittels Handzeichen

Hagen Kohl (AfD).....	95
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport).....	95

Frage 3
Maßnahmen zur Instandsetzung der Landstraße 235 (L 235) zwischen Harzgerode und Mägdesprung

Mario Lehmann (AfD).....	95
Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr).....	95

Frage 4
Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes

Kristin Heiß (DIE LINKE).....	96
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration).....	97

Frage 5
Einführung eines „Kerndatensystems Jugendliche“ in Sachsen-Anhalt

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE).....	97
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration).....	97
Doreen Hildebrandt (DIE LINKE).....	98
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration).....	98

Frage 6

Muslimische Gebetsräume in Wittenberg

Thomas Höse (AfD)	98
Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr)	99

Frage 7

Nachbetrachtung zum Großbrand im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen

Daniel Roi (AfD)	99
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	100
Daniel Roi (AfD)	101
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	101

Schlussbemerkungen	101
---------------------------------	-----

Beginn: 9:02 Uhr.

Eröffnung

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Abgeordnete, ich bitte darum, die Plätze einzunehmen, damit wir beginnen können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 37. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie, verehrte Anwesende, auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 17. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen die heutige Beratung mit den Themen der Aktualen Debatte. Unter diesem Beratungsgegenstand liegen drei Themen vor. Die Redezeit beträgt je Fraktion zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 6 a

Aktuelle Debatte

Zustand und Perspektiven der EU

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2004**

Hierzu wurde folgende Reihenfolge festgelegt: DIE LINKE, SPD, AfD, GRÜNE und CDU. Zunächst hat die Antragstellerin DIE LINKE das Wort. Ich bitte Herrn Gallert nach vorn. Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Danke. - Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Debatte ist heute unter anderem dadurch motiviert, dass die Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich das Land unter den 28 innerhalb der Europäischen Union ist, das ein absolutes Alleinstellungsmerkmal hat.

Während in allen anderen europäischen Ländern, die Mitglied der Europäischen Union sind, das Verhältnis des Nationalstaates zur Europäischen Union und die Entwicklung der Union selbst massiv Gegenstand auch nationaler Debatten sind, haben wir hier die Situation, dass das in der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich niemanden so richtig interessiert.

Beredetes Beispiel war jetzt erst die Bundestagswahl. Obwohl fast alle Themen, die da debattiert worden sind, unmittelbar davon beeinflusst sind, wie die Europäische Union funktioniert oder ob sie

nicht funktioniert, hat die Ebene Brüssel so gut wie überhaupt keine Rolle gespielt.

Offensichtlich sind wir immer noch der Meinung, dass uns das überhaupt nichts angeht, dass wir als Deutsche ohnehin die Größten dabei sind und ohnehin das machen, was wir wollen, und dass man eine nationale Debatte über die Europäische Union überhaupt nicht braucht. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein gewaltiger Irrtum. Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase und wir brauchen eine gesellschaftlich offene Debatte über die Zukunft der Europäischen Union.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Flankiert wird diese Situation noch dadurch, dass inzwischen ganz andere die entsprechende Initiative über die Entwicklung der Europäischen Union an sich gerissen haben. Aus Berlin kommt bestenfalls nichts. Juncker als Kommissionspräsident, aber auch der französische Präsident Macron haben sehr richtungsweisende Reden dazu gehalten und haben Vorschläge unterbreitet, wie aus ihrer Perspektive die Europäische Union aus der Krise kommen soll.

Allerdings - das sehen wir auch so - ist die Debatte, ob wir mehr oder weniger Europäische Union wollen und ob die Institution XY so oder so ausgestaltet werden soll, eine Debatte, die zurzeit auf einer nicht substanziellen und tönernen Grundlage stattfindet; denn wir müssen heute und in dieser Zeit überhaupt erst einmal darüber diskutieren: Welches sind eigentlich die Grundwerte der Europäischen Union,

(André Poggenburg, AfD: Richtig!)

welches sind denn die Ziele der Europäischen Union, wessen Interessen sollen durchgesetzt werden und wofür brauchen wir europäische Integration? - Diese Debatte wird zurzeit europaweit leider nicht geführt. Aber sie ist extrem wichtig. Wir haben eine Sinnkrise der Europäischen Union und deswegen müssen wir über den Sinn der Europäischen Union diskutieren, bevor wir über Geld reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben eine Situation, in der mehr oder weniger immer noch ein Status quo akzeptiert wird. Die Europäische Union ist im Wesentlichen der Wächter des Binnenmarktes und muss nach außen hohe Mauern ziehen. Aber - das ist genau die Situation, die wir bereits bei der Brexit-Debatte hatten - das überzeugt die Leute nicht mehr. Für viele ist die Europäische Union eine Bedrohung zum Beispiel von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerinteressen. Für viele ist leider die Europäische Union auch eine Bedrohung für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Wir brauchen eine Umkehr in dieser Debatte, um die Europäische Union in die Zukunft zu führen, um sie zu retten. Wenn wir diese Umkehr nicht schaffen, wird die Europäische Union zerfallen und sich gegenseitig bekämpfende Nationalstaaten das Bild des 20. Jahrhunderts in das 21. Jahrhundert transportieren. Und das ist eine Katastrophe, die es zu verhindern gilt, liebe Genossen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wenn selbst der EU-Kommissionspräsident Juncker, der in seiner vorigen Funktion Ministerpräsident in Luxemburg war und dort halblegale und illegale Steuertricks organisiert und durchgeführt hat und damit auch der sozialen Struktur in Europa einen massiven Schaden zugefügt hat, inzwischen der Meinung ist, wir bräuchten dringend eine soziale Säule in der Europäischen Union und es sei absurd, dass es in der Europäischen Union zwar eine Bankenaufsicht gebe, aber keine Institution, die Arbeitnehmerrechte überwache, dann wissen wir: Dort ist offensichtlich die Alarmanlage ausgelöst worden.

Hier in Deutschland merkt man gar nichts davon. Es gibt keine Reaktion der Bundesregierung und keine Reaktion der Landesregierung. Solche Initiativen müssen wir unterstützen, wenn wir die Europäische Union retten wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber es geht nicht nur um die soziale Säule. Es geht auch um ganz andere Themen. Es geht um das Problem, dass wir innerhalb der Europäischen Union inzwischen eine Situation haben, dass ganz grundlegende Werte, wie die Menschenwürde, die Meinungsfreiheit, die Gewaltenteilung und antirassistische Positionen, substantiell infrage gestellt werden.

Gerade im Kontext von Zuzügen und Migration haben wir in vielen Ländern der Europäischen Union inzwischen eine substantielle Infragestellung ganz grundlegender Elemente dessen, was man mal als europäische Menschenrechtsbewegung bezeichnet hat. Wir haben Feindbilder und das Feindbild ist jetzt in erster Linie der Muslim; das Feindbild ist der Flüchtling aus dem arabischen Raum.

Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, diese Feindbilder kann man beliebig austauschen. Bei der Ukip in Großbritannien war es der polnische Gastarbeiter. Und wenn man kein Feindbild von außen hat, dann nimmt man eben eines von innen, wie zum Beispiel die Roma in der Slowakei oder in Tschechien. Diese Feindbilder sind austauschbar.

Wer an einer Stelle ein solches Feindbild zulässt, wie es zurzeit leider innerhalb der Europäischen Union der Fall ist, nämlich bei den Fragen von Flüchtlingen aus dem arabischen Raum, der ent-

leert den Sinn dieser Europäischen Union. Der entleert die Zukunft dieser Europäischen Union und der steuert direkt auf den Nationalismus als Geißel des 20. Jahrhunderts auch in diesem Jahrhundert zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt jemanden, der diese Bewegung innerhalb der Europäischen Union anführt. Das ist der Ministerpräsident Ungarns Viktor Orbán.

(Beifall bei und Zurufe von der AfD)

Erst vor drei oder vier Tagen - -

Dass das die große Ikone der AfD ist, ist überhaupt nicht verwunderlich.

(André Poggenburg, AfD: Eine der vielen! - Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Das ist genau das, was wir in dieser Debatte erwartet haben, und das ist das, Herr Haseloff, das Sie bei Ihren außenpolitischen Aktivitäten sehr genau beobachten sollten.

(Zustimmung bei der LINKEN - Lachen bei der AfD)

Erst vor Tagen sprach Orbán davon, Ost- und Mitteleuropa müssten zur migrantenfreien Zone einklärt werden.

(Zustimmung bei der AfD)

Wer ist dafür verantwortlich, dass es überhaupt Flüchtlinge gibt, die nach Europa wollen? - Das ist eine mysteriöse Finanzmacht, die die jüngste Völkerwanderung organisiert hat mit dem Plan, Europa zu einem Mischkontinent zu machen. - Das ist Viktor Orbán.

Wer ist übrigens diese mysteriöse Finanzmacht? - Die ungarische Regierung hat eine 18 Millionen € schwere Kampagne losgetreten gegen den ungarischen Juden George Soros, der inzwischen in den USA zu einem Finanzmagnaten geworden ist und der ausdrücklich zum Beispiel Roma-Institutionen unterstützt und der ausdrücklich den internationalen Studentenaustausch unterstützt. Der ist der Feind des Kollegen Orbán. Der ist Jude. Dann kann man alle Kriterien, die wir aus dem letzten Jahrhundert kennen, anwenden. Es gibt Plakate mit einem breit grinsenden hakennäsigen George Soros. Die werden überall auf Regierungskosten angehängen. Das ist der Feind, gegen den wir vorgehen müssen. Das ist die antisemitische Weltverschwörungstheorie. Und ein Ministerpräsident der Europäischen Union steht vorn an und propagiert die. Das ist zu verurteilen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Allerdings nicht für unseren Ministerpräsidenten. Der sieht das ganz offensichtlich anders. Wäh-

rend Frau Merkel oder Herr Caspary aus der CDU-EP-Delegation Orbán noch kritisieren, sind der Kollege Haseloff und der Kollege Seehofer offensichtlich dort ohne jede Distanz.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Natürlich, man braucht Leute, die die Obergrenze erfüllen. Das ist die Debatte, die dahinter steht. Wir haben jetzt einen erst drei Tage alten Bericht der Institution „Ärzte ohne Grenzen“ erhalten, in dem steht, wie massiv Menschenrechtsverletzungen dort, vor allen Dingen an der serbisch-ungarischen Grenze, begangen werden. Dort werden Hunde auf Kinder gehetzt, um sie im wahrsten Sinne des Wortes wegzubeißen. Es werden Elektro-Teaser eingesetzt.

Zu allen diesen Dingen, Herr Haseloff, sind Sie von der „Budapester Zeitung“ befragt worden, als Sie dort Ihren Besuch gemacht haben. Da sagen Sie, man kann sich nun darüber streiten, was im technischen Vollzug alles zu berücksichtigen ist. Aber letztlich hat Ungarn der Europäischen Union mit der Schließung der Grenzen einen Dienst erwiesen. Des Beifalls der AfD können Sie sich sicher sein, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aber, Herr Haseloff, in der Grundwertedebatte um die Perspektive der Europäischen Union sind Sie ein Totalausfall. Das müssen wir Ihnen hier mit aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt noch viele Dinge, die zurzeit im Argen liegen und die drohen, die Europäische Union in eine Sackgasse zu führen. Das, was wir brauchen, ist eine Europäische Union der sozialen Sicherheit, eine Europäische Union, die zuallererst in ihren Mitgliedsländern offensiv und überall für Demokratie und Menschenrechte und für Frieden und Entspannung eintritt.

Bei allen drei Feldern gibt es in Brüssel und in der Landesregierung zurzeit massive Defizite. Das ist eine Situation, mit der wir uns nicht einverstanden erklären können.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen eine proeuropäische Entwicklung. Wir wollen eine europäische Integration: für soziale Sicherheit, für Frieden, für Gerechtigkeit. Dafür kämpfen wir offensichtlich im Gegensatz zu Ihnen.
- Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, es gibt seitens der AfD-Fraktion noch Fragen. Ich bitte Herrn Dr. Tillschneider - -

(Zuruf)

- Hat sich erledigt. - Dann hat Herr Farle das Wort.

Robert Farle (AfD):

Ich stelle keine Frage, sondern mache eine kurze Zwischenintervention. - Ich möchte einfach nur feststellen, dass Ihr Beitrag vollständig unglaubwürdig ist, dass Sie ausdrücklich nichts dagegen haben, dass ein Förderer des Steuerbetrugs an der Spitze der EU steht, der ein glühender Verfechter Ihrer Thesen ist, auf die Sie sich ausdrücklich berufen haben. Da sage ich ganz ehrlich: Pfui Deibel! An der Spitze der EU brauchen wir glaubwürdige Personen, die auch glaubwürdige Politik vertreten. Das ist gerade Herr Juncker nicht.

Das Zweite, das ich anmerken will, ist, dass ich es unverschämt finde, mit welcher demagogischer Art und Weise Sie den Herrn Haseloff hier angreifen, gerade in einer Situation, in der er langsam wieder anfängt, vernünftige Ansichten nach oben weiterzugeben, unter anderem die, dass man dort auch mal über einen Generationenwechsel nachdenken muss.

(Beifall bei der AfD)

Und dass die EU in der Öffentlichkeit so angegriffen wird, hat man der Tatsache zu verdanken, dass es gar keine Diskussion in der Bevölkerung gibt, keine Verfassung der EU, gar nichts und alle Macht immer mehr zentralisiert und die Macht der örtlichen Parlamente ausgehebelt wird. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass das Volk bestimmt.

(Beifall bei der AfD - Zurufe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, möchten Sie antworten? - Dann haben Sie das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Also - -

(Robert Farle, AfD: Das ist Ihre antinationale Politik!)

- Sind Sie fertig? - Okay.

(Heiterkeit bei der LINKEN und bei der AfD)

Also, Kollege Farle, ich habe gesagt, welche Rolle Herr Juncker in der Vergangenheit gespielt hat. Aber: Wenn selbst jemand wie er inzwischen der Überzeugung ist, dass die EU ohne eine soziale Garantiefunktion, ohne eine soziale Säule, nicht überleben kann, dann wissen wir, dass die Debatte innerhalb der Europäischen Union viel, viel weiter als in der Bundesrepublik Deutschland ist. Und wenn die Debatte über eine soziale Säule innerhalb der Europäischen Union von so einem Erzneoliberalen wie Juncker kommt, dann sage ich nicht, sie ist falsch, weil sie von einem erzneoliberalen Juncker kommt, sondern ich sage: Selbst der weiß inzwischen, dass es nicht anders

geht. Das ist bemerkenswert. Das Traurige daran ist, dass diese Erkenntnis bei uns in Deutschland nicht ankommt; das ist das Problem.

(Zuruf von der AfD: Das war nicht die Frage!)

Punkt 2. Natürlich, Herr Farle, ist das, was Herr Haseloff mit Herrn Orbán macht, vollständig in Ihrem Interesse. Das finden Sie richtig gut, weil Herr Orbán dort all Ihre Positionen vertritt, die Sie hier vertreten:

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von der AfD)

Antisemitismus,

(Oh! bei der AfD)

antimuslimische Positionen,

(Widerspruch und Unruhe bei der AfD)

Nationalismus.

(Zuruf von der AfD: Nee! - Unruhe - Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen sagen: Es gibt Frau Ágnes Heller, eine Holocaustüberlebende.

(Zurufe von der AfD)

Die sagt über Herrn Orbán: „Orbán vergiftet die Seele der Ungarn, weil sie von ihm hassen lernen.“ Und: „Orbán ist ein Diktator, aber Ungarn ist keine Diktatur.“ Sie ist übrigens die Nachfolgerin von Hannah Arendt auf ihrem Lehrstuhl, eine ungarische Holocaustüberlebende.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass das eine Idealfigur für die AfD ist, ist doch klar. Und dass Sie es gut finden, dass Herr Haseloff sich mit dem so super versteht, ist auch klar. Klar ist aber auch, dass wir das kritisieren wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert. - Herr Poggenburg, hat sich die Frage erledigt?

(André Poggenburg, AfD: Nee!)

- Dann bitte ich Sie, als Abgeordneter das Wort zu ergreifen.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Abg. Gallert, Sie hatten ausgeführt, soweit ich das richtig verstanden habe, dass die ungarische Regierung im Grunde eine antisemitische Kampagne gegen den Milliardär und ungarischen Juden Soros führt. Jetzt frage ich aber:

Woher nehmen Sie denn den Ansatz dazu, dass diese Kampagne, die es ja geben mag, auf der Annahme und auf der Grundlage von Antisemitismus basiert? Ist es nicht vielleicht so, dass der Milliardär Soros kritisiert wird und er eben Jude ist, nicht weil er Jude ist? - Das würde mich interessieren.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Also, meine Einschätzung ist zum Beispiel die Einschätzung des Verbandes der jüdischen Gemeinden in Ungarn,

(Beifall beider LINKEN)

der ausdrücklich davon spricht, dass Orbán, obwohl er es leugnet, natürlich - dafür gibt es neben Fidesz auch noch Jobbik in Ungarn - mit dieser Kampagne massiv antisemitische Vorurteile bedient und fördert. Wir haben es seit Beginn dieser Debatte damit zu tun, dass antisemitische Vorfälle in Ungarn massiv zunehmen. Die erwähnten Plakate werden typischerweise mit „Drecksjude“, „Drecksau“, „Vergasen“ betitelt. Das ist das, was an Reaktionen durch diese Kampagne organisiert wird.

Das sieht unter anderem - er ist ja betroffen - der Verein der jüdischen Gemeinden in Ungarn ausdrücklich so. Übrigens sah es auch der Botschafter Israels so, der eine scharfe Stellungnahme abgegeben hat, bevor er dann von Netanjahu zurückgepiffen worden ist, weil Netanjahu sagt: Letztlich ist Antisemitismus nicht so schlimm. Hauptsache ich habe Verbündete innerhalb der Europäischen Union für meine Siedlungspolitik. Der hat übrigens auch ein Problem mit Soros, weil Soros auch innerhalb Israels zivilgesellschaftliche Organisationen ausdrücklich unterstützt, auch ideell unterstützt, die sich kritisch mit der Siedlungspolitik dort auseinandersetzen. Nein, da ist es so. Es werden antisemitische Reflexe bedient. Wer die Plakate sieht, der denkt eins zu eins an die Goebbels-Kampagne aus den 30er-Jahren. Das wissen die auch in Ungarn.

Übrigens hat der Kollege Orbán auch den Reichsstellvertreter Hitlers, der für 600 000 Deportationen von Juden verantwortlich ist, erst vor einigen Wochen als „hervorragenden würdigen Staatsmann“ geehrt. Das ist die Situation in Ungarn. Aber es mag immer noch Leute geben, die sagen: Mit Antisemitismus hat das alles nichts zu tun. Nur, glaubwürdig ist das nicht, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Poggenburg, haben Sie noch eine Nachfrage?

(André Poggenburg, AfD: Ja!)

Herr Gallert, Herr Poggenburg hat noch eine Nachfrage.

André Poggenburg (AfD):

Herr Gallert, Ihre Ausführungen bedeuten ja, dass jemand, wenn er Jude ist, automatisch immer vor jeglicher Kritik gefeit ist. Ich frage Sie: Wenn man diese Einstellung an den Tag legt, wie Sie es gerade tun, sind es dann nicht Sie und Ihre LINKEN-Politiker, die genau gerade dieses Schreckgespenst des Antisemitismus neu hervorholen?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Es fällt mir immer schwerer, Herr Poggenburg, Ihre Logik in irgendeiner Art und Weise nachzuvollziehen, denn sie ist keine Logik. Zu der Positionierung von Orbán beim Nationalfeiertag, eine anonyme Weltverschwörung führe dazu, dass wir in Europa Flüchtlingsströme hätten, weil es einen Plan gebe, die Bevölkerung Europas auszuwechseln, sage ich ganz klar: Offensichtlich gibt es, obwohl Sie hier und da gern Begriffe aus der Zeit verwenden, ein riesiges Informationsdefizit über die Struktur des Antisemitismus zwischen 1933 und 1945. Die Plakate sind dieselben, die Aussagen sind dieselben, die Anklänge sind dieselben und die Zielrichtung ist dieselbe.

Wenn etwas riecht wie Antisemitismus, wenn sich etwas anhört wie Antisemitismus, wenn es sich bewegt wie Antisemitismus, dann ist es Antisemitismus, Herr Poggenburg.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, Herr Scheurell hat eine Frage. - Herr Scheurell, Sie haben das Wort.

Frank Scheurell (CDU):

Sehr geehrter Kollege Gallert, ich möchte an der Stelle einfach nur Partei auch für unseren Ministerpräsidenten ergreifen.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Das wird ihn freuen.

Frank Scheurell (CDU):

Es ist nämlich einfach absolut nicht in Ordnung, wenn Sie hier so nebulös, ja, Gedankengut in den Raum stellen. Reiner Haseloff hat sich mit Blick auf vergangene Zeiten gerade auch dazu geäußert, was wir während der Zeit des Nationalsozialismus Schlimmes gemacht haben. Er hat dies auch in Zeiten getan, in denen an die deutsche Einheit noch gar nicht zu denken war. Reiner Haseloff ist also frei von derartigem Gedankengut.

Wenn Viktor Orbán, der auch Sie mit „Jó napot kívánok!“ begrüßen würde, nach Wittenberg kommt, dann kommt er da als Privatmann hin. Ist es nicht gerade gut, dass Demokraten wie Reiner Haseloff den Kontakt auch zu Viktor Orbán gut halten? - Wenn wir uns alle verschließen und gegenseitig nur Anschuldigungen erheben und Ressentiments nach oben wälzen, dann ist eine Verständigung auch innerhalb des Hauses Europa - das ist das Größte, das wir brauchen - nicht mehr möglich.

Natürlich kritisieren Sie zu Recht das eine oder andere, was gerade in Ungarn passiert. Dennoch sage ich als Deutscher: Ich bin dem ungarischen Volk und den Repräsentanten des ungarischen Volkes unendlich dankbar für das, was sie zur Herbeiführung der deutschen Einheit beigetragen haben. Das ist das Größte.

(Beifall bei der CDU)

Viktor Orbán ist der Repräsentant des ungarischen Volkes, und wir haben ordentlich mit ihm umzugehen. Er kommt nach Wittenberg auch zur nationalen Ausstellung der Reformation, weil Ungarn auch das Testament zu unserer Ausstellung geliehen hat. Die ganze nationale Ausstellung wäre nur halb so viel wert, wenn wir diese Leihgabe nicht hätten. Ich bin unserem Ministerpräsidenten ausgesprochen dankbar dafür, dass er den Kontakt zu dem ungarischen Volk, auch zu dessen Repräsentanten Viktor Orbán, so gut hält.

(Beifall bei der CDU)

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ja, Herr Scheurell, das überrascht mich alles nicht. Natürlich ist es wichtig, dass man innerhalb der Europäischen Union mit allen spricht. Natürlich ist es wichtig, dass eine Kommunikation aufrechterhalten wird. Aber es gibt einen Unterschied, ob ich mit jemandem diskutiere, ob ich mich auch traue, ihn zu kritisieren, oder ob ich ihn hofiere.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wenn ich einen Vorwurf an Herrn Haseloff habe, dann ist es das Letzte. Es gibt massenhaft öffent-

liche Äußerungen. Es gibt massenhaft mediale Widerspiegelungen seines Besuches und seiner Interviews. Nicht an einer einzigen Stelle kommt irgendwann mal der Satz: An dieser Stelle habe ich eine klare, eindeutige Differenz; ich finde, hier ist eine Grenze überschritten. Das kommt nirgendwo, an keiner Stelle.

(André Poggenburg, AfD: Warten Sie doch erst einmal den Besuch ab!)

Verständnis? - Solche Verschwörungstheorien scheinen nationale Besonderheiten zu sein, auf die man Rücksicht zu nehmen hat. Das ist das, was dann kommt. Oder der ausdrückliche Dank: Ja, mit dieser Grenzschießung haben Sie schließlich dieses Schengener Abkommen eingehalten. Über die eine oder andere Geschichte hätte man technisch diskutieren können. - Das ist Hofieren; das ist keine Debatte.

(André Poggenburg, AfD: Das ist Diplomatie!)

Mir, lieber Kollege Scheurell, ging es in dieser Debatte um die Grundwerte der Europäischen Union und nicht darum, ob wir jemandem dankbar sein müssen, weil er uns ein Exponat zur Verfügung stellt, und ansonsten erzählen kann, was er will. Das ist der Unterschied im Herangehen, Herr Scheurell.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Gallert für die Einbringung. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die Landesregierung spricht Staats- und Kulturminister Herr Robra. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ob dieser Einstieg, den wir eben erlebt haben, für eine Debatte zum Zustand und zu den Perspektiven der EU wirklich hilfreich war, da habe ich meine Zweifel.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben am Ende diskutiert - wir ja nicht, sondern zwei, drei Personen aus dem Landtag - über den Besuch von Orbán in Wittenberg, den man tiefer hängen muss, als es hier soeben geschehen ist. Diese Themen mit heißem Herzen zu diskutieren, ist gestattet; aber dann bitte auch mit kühlem Kopf. Politik ist das Bohren dicker Bretter, gerade auch im Verhältnis zu Ungarn.

Wir waren alle heilfroh, gestern miterleben zu können, dass Steudtner aus türkischer Haft entlassen worden ist. Wie ist das möglich gewesen? - Schröder, der Altkanzler, hat mit Erdogan ge-

sprochen. An Erdogan Kritik zu üben ist mehr als berechtigt. Ich will die Debatte hier nicht noch auf das türkische innerstaatliche Verhältnis ausweiten und will auch gar nicht die Debatte darüber führen, wie der Zustand der Beitrittsdebatte der Türkei zurzeit zu beurteilen ist. Aber solche Gespräche sind manchmal möglich.

Wenn Sie wirklich alles gelesen hätten, was die Medien über den Besuch des Ministerpräsidenten in Budapest berichtet haben, dann hätten Sie auch im Subtext sehr wohl verfolgen können, dass Kritik an der Position geübt worden ist, die der ungarische Staat an der derzeitigen Verfassung der Europäischen Union, an der Politik, die dort gemacht wird, übt, aber eben in dem Maße, wie es sich im Verhältnis von staatlichen Repräsentanten untereinander gebietet.

Es gibt zudem das Verbot, sich in innerstaatliche Angelegenheiten anderer einzumischen. Insofern muss man sensibel vorgehen. Genau das hat der Ministerpräsident getan und genau das wird er tun, wenn er mit Orbán in Wittenberg zusammentrifft.

Ich bin Herrn Scheurell ausgesprochen dankbar dafür, dass er hervorgehoben hat, dass Ungarn ein Teil der EU ist. Ungarn gehört zum Kernbestand der Europäischen Union. Die Weiterentwicklung der Europäischen Union müssen wir in der EU 28, und wenn noch andere frühere jugoslawische Staaten hinzutreten, dann eben in einer entsprechend vergrößerten EU, diskutieren.

Herr der Verträge sind die Staatspräsidenten und die Regierungschefs der Länder. Dort werden die EU-Verträge gemacht. Dort ist der Grundrechtskatalog behandelt worden, den wir in der EU bereits haben; den müssen wir nicht noch einmal neu erfinden.

Dort ist der Vertrag von Lissabon verhandelt worden, der die Strukturen und Zuständigkeiten in der EU regelt; den müssen wir auch nicht noch einmal neu erfinden. Wir wissen natürlich alle, wie es zurzeit um die Kompetenzen der EU in Bezug auf die soziale Säule steht.

Es tut mir leid, Herr Gallert, ich verlange nicht, dass Sie alles verfolgen, was solche illustren Gremien wie die Europaministerkonferenz treiben, obwohl die Beschlüsse dieser Konferenzen dem Landtag zugeleitet werden. Aber anscheinend landen sie irgendwo in der Rundablage und interessieren niemanden mehr.

Die Europaministerkonferenz hat sich in ihrer letzten Sitzung vor wenigen Monaten in Hannover mit nichts anderem beschäftigt als mit dem sozialen Europa, mit der Perspektive des sozialen Europas, mit der sozialen Säule in Europa.

Die Ministerpräsidenten, die im März zum ersten Mal seit Jahren alle zusammen nach Europa

gehen und eine Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel abhalten werden, werden sich unter anderem mit den Vertretern der Kommission zu dieser Fragestellung verständigen. Das steht schon auf der Agenda. Das dürfte eigentlich europapolitisch Interessierten bekannt sein. Aber leider hat es in dieser Debatte bisher keine Rolle gespielt.

Vielleicht ist es auch im Moment nicht der richtige Zeitpunkt, diese Debatte zu führen. In Berlin laufen Koalitionsverhandlungen. Das Thema Europa steht dabei ganz im Vordergrund und das Thema wird zwischen den Dreien, die dort verhandeln, durchaus kontrovers diskutiert. Lassen Sie uns also auf der Grundlage dessen, was dann im Koalitionsvertrag in Berlin stehen wird, eine neue Debatte führen.

Natürlich haben wir auch akute Krisen. Ich habe von Ihnen eben bedauerlicherweise kein Wort zum Thema Brexit gehört. Das ist etwas, was alle umtreibt. Das ist die große Unbekannte.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Theresa May, wo auch immer sie auftritt und spricht, trägt nicht gerade dazu bei, dass wir Klarheit in dieser Frage bekommen. Das ist ein Thema, das uns unmittelbar angeht; denn solange wir nicht wissen, was das finanziell für den Haushalt der Europäischen Union bedeutet, können wir am Ende nicht sagen, wie es bei uns, beispielsweise mit den Strukturfonds, weitergeht.

Europa ist längst mehr als der Binnenmarkt.

(Zustimmung von Florian Philipp, CDU, und von Frank Scheurell, CDU)

Das ist eine Floskel, die man vielleicht vor 20, 25 Jahren noch hätte verwenden können. Europa ist weitgehend integriert. Ich kenne niemanden, jedenfalls in Sachsen-Anhalt niemanden, der die Integration nicht weiter vorantreiben wird.

Wir haben uns alle über die Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union am 13. September 2017 gefreut, in der er die fünf Szenarien, die die Kommission jetzt in die Diskussion über Europa eingespeist hat, von weniger Europa bis zu mehr Europa, um ein Szenario sechs ergänzt hat, das sich für eine geeintere, stärkere und demokratischere Union ausspricht. Das klang in Ihren Worten an. Wahrscheinlich haben Sie darauf Bezug genommen.

Bedauerlicherweise haben Sie auch kein Wort zu der viel beachteten Rede von Macron am 26. September 2017 gesagt, als er das ganze Panorama der europäischen Diskussion, der europäischen Themen in der Sorbonne entfaltet hat. Das wäre eine angemessene Grundlage für eine große Europadebatte im Landtag, wie ich sie gern ermöglichen will, indem ich eine Regierungserklärung mache. In diesen Redezeitpaketen von

fünf oder zehn Minuten, in denen wir die Themen im Plenum behandeln, kann man nur an der Oberfläche kratzen. Insofern kann meine Rede jetzt auch nur einige wenige Punkte berühren.

Die beiden Reden von Macron und Juncker haben einen inzwischen unüberschaubaren Diskussionsprozess angestoßen, den man danach sortieren muss, was ist daran wichtig, was ist relevant, was brauchen wir. Ich denke, das sollte der Gegenstand, der Mittelpunkt dieser Debatte zum Zustand und zu den Perspektiven der Europäischen Union sein.

Ich glaube im Übrigen nicht, dass es hilfreich ist, zu den Mitgliedstaaten in Konfrontationskurs zu gehen. Wir werden mehr Europa nur dann herbeiführen können, wenn wir den Konsens finden, und zwar über alle unterschiedlichen nationalen Politiken hinaus.

Es dient niemandem, wenn wir uns allzu sehr mit den innerstaatlichen Problemen der anderen Länder befassen. Vielmehr müssen wir - das ist ein Grundgesetz der Politik - die Mitgliedstaaten so nehmen, wie sie jeweils sind. Alle haben ihren demokratischen Prozess, alle wählen sie das, was sie für richtig halten, und das sind dann jeweils unsere Gesprächspartner und mit denen müssen wir vorankommen. Man muss dabei sensibel sein und rücksichtsvoll im Umgang miteinander, auch wenn einem manches nicht passt.

In diesem Sinne kann ich an dieser Stelle nur sagen: Ja, wir müssen die Diskussion weiterführen. Ja, wir sollten sie neu aufgreifen, wenn die Perspektiven der deutschen Europapolitik durch den Koalitionsvertrag geklärt und gefestigt sind. Sachsen-Anhalt steht gut da. Sachsen-Anhalt bemüht sich wirklich redlich und erfolgreich. Wir legen das in unserer Europäisierungs- und Internationalisierungsstrategie sowie den alljährlichen Berichten, die wir Ihnen erstatten, immer wieder dar.

Das, was möglich ist in einem Land wie Sachsen-Anhalt, das tun wir. Wir beteiligen uns auch in den Gremien, die es dafür gibt, an der Perspektivdiskussion. In diesem Sinne biete ich meine Bereitschaft an, auch durch eine Regierungserklärung - ich sagte es schon -, etwas mehr Zeit für Europa im Parlament freizuschaukeln. Aber die heutige Aktuelle Debatte ist leider zu sehr in das Kleinklein des Orbán-Besuchs in Wittenberg geraten und das tut mir leid - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister Robra, Herr Gallert hat eine Frage oder Intervention.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Erstens, Herr Robra, als wir die Aktuelle Debatte beantragt haben, wussten wir noch nichts von dem Besuch von Herrn Orbán. Wir wussten aber von dem Besuch von Herrn Haseloff dort. Das war der eigentliche Anlass.

Zweitens. Wenn Sie sagen, dass der Bundesrat sich jetzt erst in der Perspektive mit der sozialen Säule beschäftigen wird, dann haben Sie aber eines unterschlagen:

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Die Europaministerkonferenz.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ja, die Europaministerkonferenz. - Der Bundesrat hat es längst getan. Der Bundesrat hat im Gegensatz zu Bundestagsausschüssen sofort im ersten Halbjahr eine relativ eindeutig ablehnende Position dazu artikuliert. Da Sie Europaminister sind, wissen Sie das auch. Das müssen wir jetzt nicht ausarbeiten, aber das ist zweifellos so.

Drittens. Sie sagen, die Rede von Juncker ist bei uns allen mit Begeisterung und Freude entgegengenommen worden. Haben Sie die politischen Reaktionen aus Berlin nicht verfolgt? Haben Sie nicht gehört, was dazu gesagt worden ist? - Ich muss ganz ehrlich sagen, der Begriff Freude ist bei Ihnen weit gediehen, nämlich bis kurz vor die Grenze der Depression. - Danke.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Das nehme ich zur Kenntnis. Ich kann Sie nur noch einmal auf die Beschlusslage der Europaministerkonferenz aufmerksam machen. Diese ist nach der des Bundesrates herbeigeführt worden. Dann werden Sie sehen, dass das Thema soziale Säule an Schwung gewonnen hat. Wenn Sie dazu beitragen wollen, dass diese Diskussion weiterläuft, dann wäre ich Ihnen dafür dankbar.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Ich danke Herrn Minister Robra für die Ausführungen.

Bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums in Wolmirstedt in unserem Hohen Hause. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Für die SPD spricht jetzt Frau Budde. Frau Budde, Sie haben das Wort.

Katrin Budde (SPD):

Danke schön. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir fällt es jetzt etwas schwer, nicht genauso leidenschaftlich zu antworten, obwohl ich mir eigentlich vorgenommen hatte, heute, ohne es abzusprechen, der nachdenkliche Teil dieser Debatte zu sein.

In meiner Rede steht etwas weiter hinten, dass ich das Gefühl habe, dass wir in einer Zeit leben, in der sich Zusammenhänge und Gewissheiten auflösen. Herr Farle, Sie sind einer, der mich dazu gebracht hat, dies so zu sehen. Wenn mir im Jahr 2017, dem Jubiläumsjahr der Oktoberrevolution, die im Jahr 1917 stattfand, ein Kommunist sagt, dass er den LINKEN antinationalen Haltung vorwerfe, obwohl er doch selbst einmal die Weltgemeinschaft wollte, dann ist das etwas, womit ich mit meiner Sozialisation, mit meinem Lernen und mit meinen eigenen Erkenntnissen Schwierigkeiten habe.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Florian Philipp, CDU - Oliver Kirchner, AfD: Das hätte Ernst Thälmann genauso gesagt!)

Dies würde dem alten Vizepräsidenten dieses Landtages Dr. Rüdiger Fikentscher recht geben, der gesagt hat, die Ränder trafen sich bei bestimmten Dingen immer wieder.

Wir hatten ursprünglich auch eine Aktuelle Debatte zu Europa vorgesehen und haben sie damit begründet, dass wir ein wettbewerbsfähiges, starkes und soziales Europa für Sachsen-Anhalt brauchen. Es ist ganz sicher, dass das für uns von elementarer Bedeutung ist und dass wir in hohem Maße von den Förderprogrammen profitieren, aber auch von den internationalen Kooperationen in ganz vielen Bereichen.

Aber Europa, das haben wir ganz deutlich gesagt, ist eben mehr als die Summe der jeweiligen Wirtschaftskraft seiner Mitglieder. Europa ist vor allem eine Wertegemeinschaft, und angesichts fortschreitender - an dieser Stelle treffen wir uns wieder, Herr Gallert - Renationalisierungstendenzen und mangelnder Solidarität brauchen wir ganz sicher eine Debatte über die drei von Jean-Claude Juncker genannten Grundsatzprinzipien, die ich außerordentlich gut finde, nämlich Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit.

Ich bin deshalb auch froh darüber, dass wir heute etwas leidenschaftlicher über das Thema Europa diskutieren können.

Ich bin 27 Jahre und 13 Tage in diesem Landtag. Als wir 1990 über die Europäische Union diskutiert haben, war es eine ganz andere Stimmung. Daran sieht man, was in 27 Jahren so passieren kann. Wir waren in Aufbruchstimmung. An eine

Finanzkrise war nicht zu denken. Wir hatten die EU-Osterweiterung noch vor uns. Ein Brexit war eigentlich undenkbar. In 27 Jahren ist in der Tat viel, auch viel Gutes, in Europa passiert.

Wer hätte vor 27 Jahren gedacht, dass heute die Sozialisten in Frankreich marginalisiert sind und keine europäische Kraft mehr in dem Sinne sind und dass ein junger Präsident, ein quasi unabhängiger junger Präsident, die Wahlen gewinnt, und zwar mit dem Thema Europa, indem er sich ganz deutlich zu Europa bekennt. Er hat ganz klar und deutlich gesagt, dass Europa zwar in keinem guten Zustand sei, dass die Europäische Union zu langsam, zu schwach und zu ineffizient sei und dass uns der Brexit und die Flüchtlingskrise vor große Herausforderungen stellten. Er sagte weiter, dass er den Eindruck habe, dass die Fliehkräfte sehr groß, viel zu groß seien und dass die Feinde Europas frohlockten. Er sagte aber auch, es sei falsch, Furcht zu schüren, und denen, die diese Furcht schüren, erteilte er eine deutliche Absage, indem er klare Alternativen benannte.

Er wirbt in seiner Rede für ein souveränes, gemeinsames Europa, für ein gemeinsames Europa, das stark genug ist, mit den anderen Global Players mitzuhalten, und das ist neben den ganzen anderen inneren politischen Themen auch wichtig.

Mir ist das Europa, das Macron sich vorstellt und skizziert, sehr sympathisch. Ja, wir brauchen eine Reform der europäischen Institutionen. Wir brauchen ein europäisches Verteidigungsbudget, eine gemeinsame Eingreiftruppe. Wir brauchen die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Wir brauchen Förderprogramme für saubere Energie und gegen den Klimawandel. Wir brauchen ein eigenes Budget für die Eurozone und wir brauchen vor allen Dingen die schrittweise Annäherung der Sozialmodelle in Europa. Das sind wichtige, das sind richtige Denkanstöße, das sind gute Ideen, das sind richtige Ideen, das sind notwendige Ideen. Furcht zu schüren ist der falsche Weg,

(Zustimmung bei der SPD)

und zwar auch deshalb, weil kein Problem unserer Zeit an Grenzen haltmacht. Nationalismus und die Rückkehr in nationalstaatliches Denken sind aus meiner Sicht ein Irrweg. Ohne die Europäische Union würde es einzelnen Staaten schlechter gehen. Es müsste eigentlich inzwischen auch dem letzten Populisten klar sein, dass die Probleme, die wir zu lösen haben, nur gemeinsam und nicht allein bewältigt werden können.

Wir brauchen eine stärkere und keine schwächere Europäische Union, aber wir brauchen auch ein Europa, das seine Stärken aus den Regionen zieht.

Ich war anderthalb Jahre Mitglied im Ausschuss der Regionen in Europa und habe dieses Gremium sehr schätzen gelernt, weil genau dort die regionalen Unterschiede in einer großen Gemeinsamkeit, mit einer gemeinsamen Zielsetzung, mit einem gemeinsamen Bekenntnis zu europäischen Werten und Grundsätzen diskutiert werden. Ich bin deshalb auch dem neuen Präsidenten des europäischen Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz sehr dankbar dafür, dass er diese regionale Komponente der europäischen Regionen wieder heraushebt. Er sagt: Wir müssen die EU reformieren, aber wir müssen sie von unten reformieren.

Wir müssen die Regionen und dann natürlich auch die Nationen mitnehmen. Er hat deutlich gemacht, dass die lokale und regionale Ebene ein ganz wesentlicher Akteur der europäischen Demokratie ist; denn auf dieser Ebene spielt sich das Leben von mehr als 500 Millionen EU-Bürgern ab, meine Damen und Herren, und werden die Beschlüsse, die im Rat gefällt werden, umgesetzt - in den Regionen. Deshalb ist es ganz wichtig, diese in den Reformprozess einzubeziehen.

Wir müssen aber auch mitmachen. Deshalb noch einmal Danke für die leidenschaftliche Debatte; denn ohne Leidenschaft, ohne Auseinandersetzung, ohne Streit über unterschiedliche Vorstellungen geht es nicht, wenn man etwas nach vorn entwickeln will.

Ich habe auch den Eindruck, dass eine neue Generation nachwächst, wenn wir jetzt in dem Streit und in der Debatte über Europa sehen, wie junge Menschen auf die Straße gehen, auch bei uns in Deutschland, aber eben überall in der Europäischen Union. Daraus lernen sie hoffentlich - anders als die Jungen in England, die nicht zur Wahl gegangen sind und jetzt mit dem Brexit leben müssen, was ihnen gar nicht gefällt -, dass man vorher Partei ergreifen muss, dass man vorher auf die Straße gehen muss.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist heute sogar in gewissem Maße etwas schwieriger als 1989/1990. Damals waren wir alle kollektiv gegen etwas. Dann versammelt man sich schnell. Das kriegt man ganz gut hin, gegen etwas zu sein. Klar, wir hatten es schwerer. Es war 1989 ein Staat, bei dem man nicht wusste, ob man im Gefängnis landet oder ob man weiter für seine Ideen auf die Straße gehen kann. So war es auch in den anderen osteuropäischen Ländern.

Trotzdem sage ich mit der Sicht von heute, 27 Jahre, 28 Jahre später: Vielleicht ist es sogar heute viel schwerer, für etwas Partei zu ergreifen. Deshalb bin ich froh, dass es solche Aktionen wie Pulse of Europe und viele andere gibt, die eine gute Politisierung der Jugend, für mich jedenfalls,

darstellen, die gegen den Brexit und gegen Nationalismus sind und die gegen den Populismus und für ein friedliches Europa und für offene Grenzen auf die Straßen gehen.

Ich habe hier in einer anderen Debatte über 60 Jahre Europäische Union und die Unterzeichnung der Römischen Verträge deutlich gemacht, dass ich die Europäische Union für ein einzigartiges Modell von Frieden, Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Wohlstand und Solidarität halte.

(Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, wir sind fast die Hälfte der Zeit dabei. 27 ist nicht 30, aber fast, wenn man ein bisschen überschlägig rechnet. Also fast die Hälfte der Zeit sind wir dabei und gestalten das. Deshalb sage ich, es lohnt sich, dafür zu kämpfen, ohne Angst, wie es Präsident Macron formuliert, aber mit vollem Einsatz. Den erbitte ich einfach auch von unserem Parlament hier.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU, von Wulf Gallert, DIE LINKE, und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Meine Damen und Herren! Der Präsident hat mir dankenswerterweise - -

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Budde, darf ich Sie einmal kurz unterbrechen. Es gibt noch zwei Fragen.

Katrin Budde (SPD):

Am Ende dann.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Am Ende dann. Erst Ihre persönlichen Worte.

Katrin Budde (SPD):

Ja.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Danke schön. Bitte, Sie haben das Wort.

Katrin Budde (SPD):

Vielen Dank. - Der Präsident hat mir netterweise erlaubt, dass ich meine persönlichen Abschiedsworte sozusagen in diese Debatte mit einbinde und daran anfüge. Ansonsten wäre ich noch einmal extra aufgestanden. Es passt aber auch sehr gut bei dem Thema europäische Regionen.

Ich bin jetzt 27 Jahre und 13 Tage Mitglied dieses Parlaments. Am 14. Oktober 1990 hat sich in Dessau der erste wieder frei gewählte Landtag konstituiert. Damals war ich jüngst Abgeordnete, Schriftführerin. Das war ein beeindruckender Moment,

muss ich sagen. Das war so etwas, was man erhebend nennt. Wenn man so jung ist, dann kriegt man das vielleicht gar nicht mit, aber in der Rückschau merkt man eben vieles, vor allen Dingen nach dem Herbst 1989, der noch sehr ungewiss war, und den großen Veränderungen, die sich Bahn gebrochen haben.

Diejenigen, die mich länger kennen, wissen, dass mein Herzblut über 27 Jahre immer der Wirtschaftspolitik gehört hat. Das wird auch immer so bleiben. Es war - das kann ich Ihnen sagen - am Anfang auch in der eigenen Fraktion nicht so einfach, dass eine junge Frau mit 25 Jahren gesagt hat, ich will für wirtschaftliche Entwicklung Politik machen. Man wurde, zumindest damals, schon eher gebeten, in den Sozialbereich zu gehen. Heute hat sich einiges verändert. Ich hoffe, dass es auch so bleibt, auch wenn weniger Frauen in den Parlamenten sind.

Ich habe das Thema damals deshalb gewählt, weil ich glaube, dass ein gutes Einkommen, eine gute, faire und gut bezahlte Arbeit die Grundlage für ganz vieles ist: für ein selbstbestimmtes Leben, für die Gründung einer Familie, für das Hierbleiben. Ich weiß, dass wir dabei heute, wenn überhaupt, auf halbem Wege sind und dass es noch ganz viel zu tun gibt, damit es in unserer Region hier so wird, dass die Menschen wieder hierher ziehen, anstatt wegzugehen und der Arbeit nachzuziehen. Daran müssen Sie hier arbeiten und ich will das gern auf anderer Ebene tun.

Es waren 27 Jahre ausgefüllt mit ganz vielen anspruchsvollen Themen in vielen Funktionen: als wirtschaftspolitische Sprecherin, als Ausschussvorsitzende, als Ministerin, als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, als Fraktionsvorsitzende die letzten zehn Jahre, mit Erfolgen und Niederlagen, in Opposition und Regierungsverantwortung, auf der Parlamentsbank, auf der Regierungsbank.

Meine Kinder sind im Juli 1996 geboren. Im September des gleichen Jahres saß ich wieder hier im Landtag.

Familie und Beruf miteinander zu verbinden, auch anspruchsvolle, zeitfüllende Berufe, das ist ein Anspruch, den wir hier im Parlament, glaube ich, alle gemeinsam haben und worum wir in den nächsten Monaten wieder ringen werden. Ich wünsche dafür ein gutes Händchen.

Ich konnte das immer, weil es bei uns gute staatliche Rahmenbedingungen gab, noch aus dem Osten übernommen und weiterentwickelt, aber weil ich auch eine Familie und Freunde hatte, die das immer getragen haben. Das wünsche ich jedem, der hier in jungen Jahren im Parlament sitzt und diese Phase sozusagen hier mit erlebt. Dafür will ich auch Danke sagen, aber auch an die vielen Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter: die

verlässlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landtag, in der Landtagsverwaltung, in meiner Fraktion - mit vielen von ihnen habe ich angefangen -, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien.

Und was wären die Abgeordneten ohne ihre Mitarbeiter im Wahlkreisbüro. Ich will das an dieser Stelle einmal deutlich sagen: Sie sind unser verlängertes Arm - in Führungsstrichen - in den Regionen vor Ort.

Ich hatte das Glück, 23 Jahre lang - das ist eine lange Zeit - eine Mitarbeiterin an meiner Seite zu haben, der ich vorbehaltlos vertrauen konnte und die meine Leidenschaft für sozialdemokratische Politik geteilt hat. Das ist eine lange Zeit und zeugt von einer tiefen Verbundenheit. Auch dafür will ich einfach einmal Danke sagen - weil denen selten von hier aus gedankt wird.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN, von Eva von Angern, DIE LINKE, und von Minister Marco Tullner)

In 27 Jahren passiert viel, auch politische Gewichte verschieben sich und gesellschaftliche Stimmungen ändern sich. Wir leben nach meiner Einschätzung in einer schwierigen Zeit.

Ich glaube, es sind große Verunsicherungen gewachsen. Zugehörigkeiten sind verloren gegangen, Zusammenhänge lösen sich auf, Gewissheiten verlieren sich. Ganz vieles verändert sich. Die Tonlage in der gesellschaftlichen Debatte hat sich verschärft.

Bundestagspräsident Schäuble hat das so beschrieben, dass die gesellschaftliche Situation zunehmend als ungemütlich empfunden wird. Das empfinde ich auch oft so, muss ich sagen.

Meine Damen und Herren! Demokratie ist die Kunst des Kompromisses. Sie ist anstrengend, verdammt anstrengend. Man bekommt selten, eigentlich nie, zu 100 % recht. Man muss die eigene Meinung mit der anderer messen und Mehrheiten respektieren lernen. Diese Mehrheiten sind dann aber eben auch legitim. Auch das muss man akzeptieren lernen.

Inhalte infrage zu stellen, nach vorn zu denken, etwas anderes zu wollen, ohne demokratische Entscheidungen in Gänze verächtlich zu machen, demokratisch zu streiten, aber dabei Regeln und Umgangsformen einzuhalten, das war vor 27 Jahren meinem Gefühl nach irgendwie selbstverständlicher. Es ist leider, meinem Empfinden nach, heute nicht mehr immer so.

Ich habe auch in diesem Hohen Haus in den letzten Jahren zunehmend das Gefühl bekommen, dass das Maß zumindest für mich an zu vielen Stellen überschritten ist.

Bundestagspräsident Schäuble hat das beschrieben, indem er mahnte: Niemand vertritt das Volk allein. Niemand hat den Volkswillen gepachtet. Volkswille entsteht in einer Demokratie im Parlament. Demokratie und Parlamentarismus, das ist ein hohes Gut. - Ja, das ist es.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN, von André Poggenburg, AfD, und von der Regierungsbank)

Ich war heute Morgen in der Andacht, was ich nicht immer geschafft habe, aber heute habe ich es wieder geschafft. Mit einem Blick auf mich hat Herr Steinhäuser gesagt: Und jetzt das letzte Lied: Vertraut den neuen Wegen, auf die der Herr uns weist. - Das werde ich tun. Weiter hinten heißt es dann: im gelobten Land. - Das ist der Bundestag ganz sicher nicht.

Ich verabschiede mich also heute aus diesem Parlament und werde künftig die Ehre haben, unser Land im Bundestag zu vertreten. Ich freue mich auf diese Aufgabe und sage schlichtweg einfach Danke für 27 spannende politische Jahre.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Danke schön. - Ich denke, im Namen aller Abg. Frau Budde für die geleistete Arbeit in diesem Parlament danken zu dürfen. Wir wünschen Frau Budde in Berlin, im Bundestag, viel Erfolg und viel Kraft, sodass sie weiterhin ihre politische Arbeit und ihre politischen Ziele verfolgen kann.

Katrin Budde (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Jetzt noch einmal, Frau Budde, wollen Sie noch Fragen beantworten oder sagen Sie, Sie möchten nicht.

Katrin Budde (SPD):

Ich würde sagen, für mich war das ein gutes Schlusswort. Ich werde mich mit Ihren Kollegen sicherlich in Berlin über das eine oder andere Thema auseinandersetzen, aber das ist auch Inhalt einer demokratischen Debatte.

Gestatten Sie mir, dass ich heute an diesem Punkt einfach Schluss mache und keine Fragen mehr beantworte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Alles klar. Vielen Dank, Frau Budde. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Poggenburg. Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Werte Abgeordnete! Das Thema Europäische Union heute als Aktuelle Debatte aufzumachen, ist sehr zu begrüßen. Dieses Thema ist allerdings so umfangreich und komplex - wir haben es schon gerade gemerkt -, dass wir es hier, in dieser Debatte, auch wieder nur anreißen und keinesfalls erschöpfend behandeln können.

Zuallererst sollten wir bei diesem Thema den Versuch einer Begriffsdefinition vornehmen. Auf vielen Politikfeldern meint man heute nämlich, über das Gleiche zu sprechen, redet aber eigentlich völlig aneinander vorbei.

Kommen wir daher erst einmal zu dem Begriff „Europa“. Europa ist ein Kontinent - das wissen wir. Europa ist allerdings auch die Summe der einzelnen Nationalstaaten, der gemeinsamen bewegten, teils glorreichen, teils düsteren Geschichte.

Es ist in weitestem Sinne auch eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft. Ja, es ist ebenso ein gewisser Machtfaktor und Taktgeber auf dieser Welt, wirtschaftlich, militärisch und anderweitig.

Ich unterstelle, dass bis hierhin Konsens unter den hier Anwesenden und insoweit auch ein klares Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa herrscht.

Kommen wir nun aber zum Begriff, zum sehr strazierten Begriff „Europäische Union“. Die Europäische Union, die EU, ist nichts Natürliches, nichts automatisch aus langer Leidensgeschichte Gewachsenes

(Sebastian Striegel, GRÜNE: O doch!)

und kein auf Gedeih und Verderb verschweißtes Gebilde wie Europa.

Die EU ist vor allem in ihrer heutigen Form, gipfelnd in der Euro-Währungsunion und im ständig vorangetriebenen Zentralismus, zuallererst ein ideologisches Konstrukt, welches in dieser Art wissentlich - ich betone: wissentlich - und berechnend gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung, zumindest der Deutschen, installiert und von oben vordiktiert wurde.

(Beifall bei der AfD - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Jawohl!)

Die EU in ihrem Istzustand ist nichts weiter als ein Instrument der Knebelung von Nationalstaaten, der Ausbeutung einzelner Völker und der Gleich-

macherei, welches der Umverteilung von unten nach oben Vorschub leistet und die Vielfalt der oft kultur- und traditionsreichen Nationalstaaten lieber heute als morgen hinwegfegen möchte. Das ist die EU, werte Abgeordnete.

Die von ihren meist - meist - linken Jublern als moderne und einzig gangbare europäische Zukunft gepriesene EU ist mit ihrem, wie ich ganz klar feststellen muss, postkommunistischen Zentralismuscharakter tatsächlich ein Konstruktionsversuch von vorgestern.

Werte Abgeordnete! An dieser Stelle könnten die Ansichten hier im Saal vielleicht doch schon ein klein wenig auseinandergehen. Das ist nicht schlimm.

Egal, wie man zur EU steht, völlig egal: Fakt ist, dass diese teils undemokratisch und unter Anwendung von unsauberen Winkelzügen konstruierte Union - ich erinnere nur an die Aufnahme von Griechenland in die Währungsunion - mit ihrem Anspruch von Diktat und Einmischung den Frieden und das zuträgliche Miteinander in Europa nicht sicherstellen konnte, sondern immer öfter Grund für Konflikte jeglicher Art zwischen den einzelnen Nationalstaaten ist.

Wer heute, wie die AfD, für ein friedliches Europa der Vaterländer steht, der lehnt heute auch den Moloch EU aus ganzer Überzeugung ab.

(Beifall bei der AfD)

Nun haben wir zumindest hinsichtlich unserer Begriffsdefinition, des Begriffsverständnisses, erst einmal Klarheit geschaffen und Sie wissen, wovon die AfD spricht, wenn sie über Europa und die EU diskutiert.

Ganz spannend und erhellend, heute viel zu oft außer Acht gelassen ist aber ein noch völlig anderer Aspekt. Schauen wir uns einmal den Ursprungsgedanken zur EU und dem gegenüber wiederum das Gebilde, das aufgeblähte Monstrum an, das wir heute vor uns haben. Der ursprüngliche Gedanke, die Staaten Europas nicht nur zu einer Wirtschaftsgemeinschaft, sondern weit darüber hinaus zu einen und eine Union zu bilden, war ja erst einmal ein hehres Ziel. Allerdings war dabei das Endziel der europäischen Einigung ein völlig anderes als das, was wir heute vorfinden.

Ich darf dazu Helmut Kohl, einen Vordenker und Verfechter der EU, zitieren:

„Der Nationalstaat geht nicht unter. Der Begriff Vereinigte Staaten von Europa ist falsch. Die EU wird nie von den Vereinigten Staaten von Europa abgelöst.“

Werte Abgeordnete, merken Sie da etwas? - Aber es geht noch deutlicher. Ich zitiere Helmut Kohl weiter:

„Die EU wird immer eine Summe von vielen sehr unterschiedlichen Kulturen, Traditionen und Sprachen bleiben.“

Werte Abgeordnete, vor allem der CDU, es geht sogar noch deutlicher. Hören Sie, was Ihr ehemaliger Vorsitzender und ein Urgestein Ihrer Partei noch sagte:

„Dieses Europa ist kein Europa, für das wir unsere Identität aufgeben.“

(Zuruf von der CDU)

„Eine Entwicklung der Römischen Verträge war, dass die Länder des Vertrages von den Vereinigten Staaten von Europa zu sprechen begannen. Doch das war eine völlige Fehlentwicklung. Wir werden nie wie die USA sein, wir, die EU, werden ein Staatenbund sein, aber wir werden bleiben Deutsche und Franzosen.“

(Florian Philipp, CDU: Ja und?)

Er hat ganz klar herausgestellt, dass die Gleichmacherei, die hier betrieben wird, nicht der Ursprungsgedanke der EU ist und war.

Wir können also feststellen, hier wird von einem Staatenbund von unterschiedlichen Kulturen, Traditionen und Identitäten, ja vom klaren Bestand der Nationalstaatlichkeit gesprochen. Mit diesen Aussagen würde ein Altkanzler Helmut Kohl heute leider - muss man beschämenderweise feststellen - wahrscheinlich als rechtsradikal deklariert werden.

(Katrin Budde, SPD: Das ist Schwachsinn, was Sie da sagen!)

Selbiges würde einem Charles de Gaulle mit seiner damaligen Ablehnung von Integration und auch einer Margaret Thatcher mit der gemeinsamen Forderung nach einem Europa der Vaterländer widerfahren. Diese Persönlichkeiten wären nach heutiger Lesart wohl Nazis oder zumindest - in den Augen vieler - Rechtspopulisten. Oder ist der autonome, Entschuldigung, der LINKE-Block hier anderer Meinung?

Dem gegenüber stehen beispielsweise im völligen Kontrast jüngere Äußerungen von einer Bundesministerin von der Leyen. Die wiederum sagt: Mein Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa. Nachzulesen bei „Spiegel-online“.

Wer nun also nicht bemerkt oder nicht bemerken will - da richte ich meine Worte wieder besonders an die Abgeordneten der CDU-Fraktion -, dass der Entwicklungsprozess der EU längst von links und links außen übernommen und dominiert wurde und nichts mehr mit den ehemaligen durchaus vertretbaren Ansprüchen und Gedanken zu tun hat, der muss sich leider berechtigt vorwerfen

lassen, bis heute politisch blind oder zumindest mächtig einfältig der großen linken CDU-Vorsitzenden mit wenig Rückgrat hinterher oder wohin auch immer gekrochen zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Dann danke ich dem Abg. Poggenburg für die Ausführungen. - Für die GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl innereuropäischer Arbeitspendlerinnen und auch Europäerinnen, die in einem anderen EU-Staat leben, nimmt immer weiter zu, und die Anzahl der Unternehmen, die sich für die Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft entschieden haben, nimmt auch immer weiter zu. Das sind jetzt zwei Beispiele, um zu zeigen, dass die Realität einer immer engeren europäischen Gesellschaft zunimmt. Insofern haben die Menschen Europas die von Jean Monnet zur europäischen Einigung formulierte Vision, „Wir vereinen keine Staaten, wir verbinden Menschen“, längst selbst in die Hand genommen.

Für die Menschen ist das Projekt Europa in ihrem Lebensalltag längst angekommen. Und die Zustimmung zur Europäischen Union nimmt wieder zu. 57 % der Europäerinnen und Europäer sagen, dass die Mitgliedschaft in der EU eine gute Sache ist. In Deutschland finden das sogar 79 %.

Diese hohe Zustimmung ist Auftrag, um die erforderlichen Reformen der EU anzugehen. Die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union ist längst eröffnet. Die Sorgen um den Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb Europas werden ja nicht kleiner. Die Notwendigkeit der immer engeren Partnerschaft der Staaten Europas wird immer größer und die systemischen Fragen der Europäischen Union werden immer drängender.

Bei allen Unterschieden brauchen wir einen gemeinsamen Aufbruch. Gestern haben wir zum Beispiel - Herr Borgwardt - über die unterschiedlichen Strompreise in der EU gesprochen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle zu erwähnen, dass im Nachgang des hitzigen Durcheinanders über Fakten geklärt werden konnte, dass GRÜNE und CDU die gleichen Zahlen zu den Strompreisen in Deutschland für die letzten fünf Jahre haben.

Auch die Zahlen der CDU stützen meine Aussage, dass die Strompreise im Zeitraum 2013/2017 stabil geblieben sind. Für das Protokoll möchte ich deshalb erwähnen, dass die CDU die Zahlen von der „MZ“ vom 25. Oktober mit der

Quelle „Preisvergleichsportal Verivox“ entnommen hat. Das war für 2013: 28,07 Cent und für 2017: 28,16 Cent. Das entspricht einer Steigerung von 0,4 %. Ich bin froh, dass wir das klären konnten. Hier sind wir uns einig.

Die Frage ist nun: Wie bekommen wir mehr Einigkeit zwischen den EU-Staaten? - Wir wollen, dass das Europäische Parlament gestärkt und der zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen wird und das Recht erhält, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Für eine starke europäische Demokratie wäre es unserer Meinung nach auch gut, wenn es transnationale Wahllisten geben würde, die von den europäischen Parteien staatsübergreifend aufgestellt werden würden. Damit würde deutlicher werden, dass das EU-Parlament auch wirklich die europäischen Bürgerinnen und Bürger vertritt.

Die meisten Entscheidungen auf EU-Ebene sind Mehrheitsentscheidungen. Dennoch gibt es einige Themen, die mit höheren Hürden, etwa dem Einstimmigkeitsprinzip, entschieden werden, so bei der Steuerpolitik, die nur von allen EU-Finanzministerinnen gemeinsam beschlossen werden kann.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker schlägt hier eine Änderung vor. Wir GRÜNEN unterstützen die Aufhebung des gleichen Stimmenthaltens im Steuervergleich, damit gerechtere Steuerregelungen auch tatsächlich auf den Weg gebracht werden können und nicht an der Ablehnung einzelner Mitgliedstaaten scheitern.

Gerade Steuerdumping und Steuervermeidung von Unternehmen und Konzernen müssen beendet werden. Prominente Beispiele sind die Konzerne Apple und Amazon. Apple Europa mit Firmensitz in Irland wurde im letzten Jahr von der EU zur Steuernachzahlung von 13 Milliarden € verpflichtet und Amazon Europa soll 250 Millionen € in Luxemburg nachzahlen, doch Irland und Luxemburg stellen sich bisher quer und weigern sich, mehr Steuern zu erheben. Wir GRÜNEN finden es nicht fair, dass Bücher von Amazon letztlich mit weniger Steuern belegt werden als Bücher in den Buchhandlungen.

Als Konsequenz der zu niedrigen Unternehmenssteuern klagt die EU beim Europäischen Gerichtshof. Ich denke, es sollte nicht nur um die Höhe von Steuern gehen, sondern auch um die Frage, wo sie gezahlt werden. Es gab von einigen Finanzministern im vergangenen Monat die Überlegung, dass es eine sogenannte Ausgleichsteuer gibt, dass dort Steuern erhoben werden, wo die Waren verkauft werden. Aber das stieß gleich auf Proteste und wurde von anderen EU-Staaten abgelehnt. Deshalb meinen wir, dass wir eine größere Offenheit brauchen. Deshalb sollte

auch das Einstimmigkeitsprinzip an dieser Stelle aufgehoben werden.

Bezüglich der EU-Sozialpolitik halten wir GRÜNEN die EU nicht für unsozial, denn Prinzipien wie zum Beispiel Gleichheit von Frauen und Männern oder die Nichtdiskriminierung sind fest verankert. Sie können sogar europaweit eingeklagt werden, was ein riesiger Fortschritt ist.

Wir GRÜNEN wollen aber auch auf europäischer Ebene mehr einklagbare soziale Grundstandards, zum Beispiel für Grundrechte wie Gesundheit, Rente und Pflege. Wir wollen allerdings keinen gemeinsamen europäischen Sozialstaat. Bei einer solchen Zentralisierung befürchten wir, dass wir uns bei den Sozialleistungen nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen würden. Aber wir wollen Mindeststandards, deren Gewährleistung jede EU-Bürgerin, jeder EU-Bürger dann auch vor dem Europäischen Gerichtshof einklagen könnte. Beispielsweise gibt es Gruppen, denen der Zugang zum Gesundheitssystem immer wieder erschwert wird, wie den Roma.

Für uns GRÜNE ist klar, dass die Nationalstaaten weiterhin ihre Sozialgesetze festlegen sollen, aber sie dürfen nicht unter einen gewissen Mindeststandard gehen.

Ein weiteres wichtiges soziales Thema ist der Stopp des Lohndumpings. Herr Gallert hat das Thema angerissen, dass wir gute Arbeitnehmerinnenrechte brauchen. Hier möchte ich noch einmal ein Beispiel aus der Landwirtschaft, aus dem Lebensmittelbereich, bemühen. Bei uns in Deutschland heißt es oft: Deutschland muss zur Welternährung beitragen und auch Hungernde satt machen. Aber wenn man sich die Realitäten ansieht, ist das weit entfernt von diesem Ziel, denn beispielsweise macht Deutschland mit seinem billigen Schweinefleisch selbst andere europäische Märkte kaputt.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das ist klar!)

Es war klar, Herr Borgwardt, dass sich hier - -

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Frankreich kann zum Beispiel auch nicht mehr mithalten, obwohl die Produktion im Stall genauso abläuft. Und zwar liegt das daran, dass in Frankreich die Preise in den Schlachthöfen dreimal höher sind als in Deutschland.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das habe ich auch gehört!)

Denn in Deutschland haben die Schlachthöfe bisher Verträge mit osteuropäischen Subunternehmen gemacht, die den Mindestlohn umgehen können. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass am Montag dieser Woche die Entsenderichtlinie novelliert wurde und Unternehmen, die Mitarbeiter

ins Ausland entsenden, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dann eben auch den gleichen Lohn zahlen müssen, wie er am Arbeitsort bei den einheimischen Mitarbeitern üblich ist. Das halten wir für einen ganz wichtigen Schritt.

Bei der EU geht es um europäische Solidarität, doch leider ist diese von einigen bereits aufgekündigt worden. Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen, Ungarn und Tschechien eingeleitet, weil diese Staaten sich weigern, die im Jahr 2015 vereinbarte Quote zur Aufnahme von 160 000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien zu erfüllen. Deshalb drohen jetzt auch Strafzahlungen.

Der EuGH hat bereits entschieden, dass diese Länder die Flüchtlinge aufnehmen müssen; doch Ungarn weigert sich, das zu akzeptieren. Ungarn weigert sich, die Absprachen, die wir getroffen haben, zu respektieren. Das heißt für uns, dass damit auch ein Stück weit die Rechtsstaatlichkeit an dieser Stelle - allein an dieser Stelle schon - verletzt wird.

Wir meinen, wir brauchen ein gerechtes Verteilungssystem. Dazu gehört auch, europaweit einheitliche Asylverfahren mit hohen Schutzstandards zu implementieren.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen, Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Das mache ich gerne. - Bei aller Kritik ist die EU ist das beste Beispiel dafür, wie Partnerschaft, zum Beispiel bei der wertvollen Kohäsionspolitik, und Zusammenarbeit zum Nutzen aller funktionieren können. Das macht auch Hoffnung, dass wir eine starke demokratische EU reformieren können. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen, auch wenn es in der EU zum Teil erodierende Werte gibt. Diesbezüglich müssen wir wieder stärker werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD, und von Katrin Budde, SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Herr Dr. Tillschneider hat eine Frage oder eine Intervention. Möchten Sie antworten?

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Eine Frage!)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ich möchte nicht antworten.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking möchte nicht antworten.

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Ach, aber es ist eine sachliche Frage, Frau Frederking! Ich will Ihnen gar nichts Böses! - Heiterkeit bei der CDU und bei der AfD)

- Herr Dr. - -

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Nun gut, ich passe die Frage dem Redner an! Darf ich die Frage in den leeren Raum stellen, als Intervention?)

- Eine Intervention, ja.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Eine Intervention, und zwar: Es ist doch so, dass jede menschliche Gruppe, jeder Staat und erst recht ein Imperium wie die EU,

(Lachen bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

um zu funktionieren, um eine Identität auszubilden, einen Mythos braucht, eine fundierende Erzählung. Ich würde gern die Frage in den Raum stellen: Was ist denn der Mythos der EU?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Haben Sie mal die griechischen Sagen gelesen?)

Als Antwort darauf werden keine abstrakten Begriffe akzeptiert. Antworten Sie nicht mit: Gerechtigkeit oder - was weiß ich - Freiheit oder so etwas. Ein Mythos! Der Mythos der Sowjetunion war zum Beispiel die Geschichte der Oktoberrevolution. Was ist der Mythos der EU?

(Robert Farle, AfD: Es gibt keinen!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Abg. Poggenburg, eine Intervention? - Sie haben das Wort.

(Oh! bei der CDU)

André Poggenburg (AfD):

Ich werde meine Frage umformulieren und als Intervention vortragen. - Werte Abg. Frau Frederking, Sie sind eingefallen in diesen linken Singesang, in das Bashing von Ungarn und auch Tschechien. Wir alle sollten doch einmal etwas in uns gehen

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Sehr selbstkritisch!)

und darüber nachdenken, dass gerade die beiden Staaten Ungarn und die - damals - Tschechoslowakei mit ihrem damaligen Mut, sich gegen den Zentralismus aufzulehnen,

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

die Grenzen zu öffnen, einen ganz großen, maßgeblichen Anteil daran haben, dass wir die EU heute so haben, wie wir sie kennen, dass wir Europa so haben, wie wir es kennen.

Ich finde es etwas unverschämt, dass heutzutage, wenn diese Länder wieder den Mut zeigen, gegen den Zentralismus aufzustehen, das, was damals hoch gelobt und gepriesen wurde, permanent kritisiert und verächtlich gemacht wird. Das ist kein Umgang mit europäischen Nachbarn.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Danke für die Ausführungen, Herr Poggenburg. - Herr Dr. Grube, Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Eine Kurzintervention. - Der Mythos der EU liegt in der Stunde Null nach dem 8. Mai 1945.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Mythos der EU liegt in der Erkenntnis, dass Frieden in Europa besser ist als Krieg.

(Zustimmung von Katrin Budde, SPD)

Der Mythos der EU liegt in der Erkenntnis, dass Zusammenarbeit besser ist für den Wohlstand der Völker in Europa. Der Mythos der EU liegt in der Erkenntnis, dass wir eine Friedensordnung brauchen, die mehr ist als die Abwesenheit von Krieg, die mehr ist als die Abwesenheit von Waffen, die die Anwesenheit von Vernunft und Zusammenarbeit ist. Das ist der Mythos der EU. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank - Zustimmung von Holger Stahlknecht, CDU, und von Markus Kurze, CDU - Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Dr. Grube für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die CDU spricht der Abg. Herr Kurze. Herr Kurze, Sie haben das Wort.

Markus Kurze (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass die Debatte heute in so viele Richtungen ausfasert,

(André Poggenburg, AfD: Das ist doch schön!)

hätte ich gestern gar nicht zu träumen gewagt, aber es ist so. Man muss einmal schauen, ob

man jetzt alle Bälle, die hier heute durch den Plenarsaal geschossen wurden, noch einmal aufnimmt.

Als Erstes will ich sagen: Die Europäische Union ist, seitdem es sie gibt, seitdem es diese Völkerverständigung gibt, wirklich der Garant für den Frieden in Europa. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Wichtigste für uns alle.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - André Poggenburg, AfD: Wir haben aber keinen Frieden in Europa!)

- Doch. - Ich habe meine Großeltern noch kennengelernt. Meine Großeltern haben mir genug vom Krieg erzählt und haben immer gesagt: Junge, wir hoffen, dass du das mit deiner Familie mal nicht erleben musst.

Deswegen können wir allesamt stolz sein auf die Politikerinnen und Politiker, die die EU zusammengebastelt haben und sie bis heute zusammengehalten haben.

(Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Jetzt muss ich erst einmal in meine Notizen schauen. - Gestern hatten wir den Frontalangriff der LINKEN auf unseren Staatsminister, heute den Frontalangriff auf unseren Ministerpräsidenten.

Herr Gallert, wir müssen nicht Herrn Orbán nach Sachsen-Anhalt holen, um unsere Argumentation zu stützen, die wir in der Flüchtlingskrise hatten, nämlich dass Ressourcen letztlich begrenzt sind und dass man sich dazu auch verhalten muss. Dafür brauchen wir Herrn Orbán nicht. Dazu haben wir uns schon in unserem Koalitionsvertrag, in der Koalition, in der wir hier sitzen, ganz klar und deutlich verhalten. Ich will das einmal zitieren, wenn ich darf, Herr Präsident. Unser Koalitionsvertrag sagt dazu aus:

„Uns ist bewusst, dass die Chancen für eine gute Integration vor allem mit zu finanzierenden öffentlichen Bildungsangeboten, den vorhandenen kommunalen Aufnahmekapazitäten und freien Arbeitsplätzen einhergehen. Wir akzeptieren daher, dass die CDU angesichts dieser nicht unbegrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen in diesem Zusammenhang von objektiven Integrationsobergrenzen spricht und diese auch zahlenmäßig definiert.“

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Genau, Meinungsfreiheit gilt auch für die CDU!)

- Wunderbar. Meinungsfreiheit gilt für uns alle in diesem Hohen Hause, und deshalb haben wir das auch so im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Dann muss man nicht eine solche Diskussion anfangen, Herr Gallert, wie Sie es wieder getan haben, und heute einen Frontalangriff auf unseren MP starten. Er hat sich allerdings nicht wirklich davon berühren lassen.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Das ist nicht meine Ebene! - Heiterkeit bei der CDU)

- Das ist nicht Ihre Ebene, Herr Ministerpräsident, richtig. - Trotzdem gehört es natürlich dazu, dass wir als regierungstragende Fraktion unserem Ministerpräsidenten zur Seite springen und aus der Koalition heraus ganz deutlich erklären, warum Ihre Argumentation zu Orbán in Wittenberg letztlich ins Leere läuft.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Frau Frederking, Sie packen die Debatten von gestern heute noch einmal in das Thema EU hinein, vom Strom bis hin zum Fleisch.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der AfD)

Man ist wirklich überrascht, wie Sie es wieder hinbekommen haben, von den großen, hehren Zielen der EU, von der Zukunft, über die wir reden, wo wir wirklich schwierige Probleme zu bewältigen haben, am Ende wieder beim Strompreis zu landen. Das ist sagenhaft.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dazu möchte ich für uns als Union aber auch klarstellen, dass wir mit unserer Argumentation gestern auf dem richtigen Schiff waren.

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Denn heute macht eine große Zeitung im Lande mit Vergleichen von Strompreisen auf.

(Zuruf von der AfD)

Ich will es Ihnen noch einmal sagen: Wir sind auf Platz 2, was die Höhe der Stromkosten in Europa angeht. Das wurde gestern schon gesagt. Nur Portugal zahlt noch mehr als Deutschland. Wir liegen bei fast 29 Cent, unser großer Partner Frankreich liegt bei lediglich 16 Cent, bei der Hälfte. Wenn wir dann einmal Europa und die Welt betrachten, dann sehen wir, dass man in Amerika 9 Cent bezahlt. Das nur zu Europa und Amerika. Das muss schon noch einmal gesagt werden, Frau Frederking.

Ich glaube, wir alle müssen dieses Thema auch weiterhin im Blick haben; denn einen fortwährenden Anstieg halten wir nicht mehr aus. Es gibt genug Menschen in Deutschland, die schon darunter leiden.

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Wir haben es gestern schon gehört; ich will die Debatte nicht wieder aufmachen und alles noch

einmal vortragen. Wir haben gestern schon gehört, wie viele Menschen bereits zwangsabgeschaltet wurden und wie viele kurz davor stehen. Es sind sechs Millionen, die kurz davor stehen, und 300 000, die schon zwangsabgeschaltet wurden.

Es sind hohe Strompreise. Strom darf nicht zum Luxusgut werden. Wir müssen uns alle an einen Tisch setzen - Sie sitzen in Berlin ja schon zusammen; ich hoffe, es kommen auch mal sinnvolle Lösungen dabei heraus -, damit der Strom auch weiterhin bezahlbar bleibt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Nun aber zur Zukunft der Europäischen Union. Ich glaube, es ist wirklich besser, wenn wir alle miteinander reden und nicht übereinander. Dass die Europäische Union mittlerweile natürlich auch ein großes Konstrukt ist, mit verschiedenen, unterschiedlichen Interessen und auch Ansprüchen, die jedes einzelne Land für sich definiert, das wissen wir alle. Das macht es sehr schwierig für die Zukunft, diese große Gruppe immer wieder beieinander zu halten.

Aber die EU ist aus unserer Sicht auch weiterhin ein Erfolgsmodell; denn wenn die EU nicht stark wäre, dann wäre auch Deutschland nicht stark. Nur durch die Stärke unserer Gemeinschaft sind wir weiterhin die Lokomotive in Europa und am Ende auch in der Welt. Dabei soll es auch bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn wir dabei bleiben wollen, dann heißt das natürlich, dass wir enger zusammenrücken müssen. Wir müssen auch darüber sprechen, dass wir in der EU Regeln haben. Wenn wir Regeln haben, dann müssen diese natürlich auch für alle gelten.

Allerdings - das muss man an dieser Stelle auch festhalten - ist die EU nicht das, was einige hier vorzutragen versucht haben. Die EU ist nicht die Vereinigten Staaten von Europa. Die EU ist für die Union ganz klar definiert, auch wenn Frau von der Leyen das vielleicht anders gesagt hat - Sie wissen ja, die Volkspartei Union hat mehrere Flügel, und wir haben natürlich auch unterschiedliche Ansichten -: Wir stehen natürlich zu der Aussage von Helmut Kohl: Die Europäische Union ist eine Europäische Union der Nationalstaaten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Das ist schon mal gut!)

Wenn wir eine Europäische Union der Nationalstaaten sind, dann müssen wir auch die Meinungen, die Interessen und die Ziele der National-

staaten ernst nehmen. Dass das nicht so einfach ist, das wissen wir.

Dazu hat Juncker eine bedeutende Rede gehalten. Natürlich sucht sich bei Juncker jetzt wieder jeder das heraus, was er am Ende für sich als bedeutend ansieht. Für uns war natürlich bedeutend, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Juncker gesagt hat, dass seit dem Bestehen der Kommission fast acht Millionen Arbeitsplätze entstanden sind, dass die Arbeitslosigkeit so niedrig ist wie seit neun Jahren nicht mehr.

Hinzu kommt, dass die europäischen Investitions-offensive, die bis jetzt Investitionen im Wert von 225 Milliarden € freigesetzt hat, Darlehen für mehr als 445 000 kleine und mittelständische Unternehmen ermöglichte. Das ist natürlich eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Die infrastrukturelle und ökonomische Entwicklung in unserem Land wäre also ohne Europa unvorstellbar gewesen.

Wir in Sachsen-Anhalt wissen - aber vielleicht wissen es auch nicht alle; deswegen sage ich es noch einmal -, dass seit Anfang der 90er-Jahre aus den europäischen Struktur- und Investitions-fonds Mittel in Höhe von mehr als 9 Milliarden € in Sachsen-Anhalt investiert wurden. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat unser Land weiterentwickelt zu den blühenden Landschaften, die schon unser Helmut Kohl damals zur Wiedervereinigung prognostiziert hat.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Andreas Mrosek, AfD)

Alles in allem wurde heute wirklich viel zur Zukunft der Union vorgetragen. Eines ist am Ende vielleicht relativ kurz gekommen: Es ist wichtig, dass wir in Europa von Anbeginn an eine Wertegemeinschaft waren und dass diese Wertegemeinschaft dem Schutz von Demokratie und Religionsfreiheit verpflichtet ist.

Mit der gerade erfolgten Bundestagswahl unter dem Mantel der CDU-Regierung sollten Deutschland und die EU die sich jetzt bietende Gelegenheit nutzen, um die Weichen für die Zukunft zu stellen, eine Zukunft, die durch gemeinsame Werte wie die Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Recht und Frieden geprägt ist.

Das sind für uns maßgebliche Inhalte, an denen wir auch zukünftig festhalten werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und nur der, der auch zu diesen Werten passt, gehört in die EU.

Wenn wir uns anschauen, wie sich die Türkei in den letzten Monaten, in den letzten Jahren entwickelt hat, dann wird das hier natürlich sehr, sehr schwierig. Ich glaube, dass die Gespräche, die es noch mit der Türkei gibt, sicherlich nicht einfacher werden. Aber ich glaube, die Türkei hat sich die Tür nach Europa selbst ein großes Stück zuge-

schlagen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss man hier am Ende auch noch mal sagen.

(Beifall bei der AfD)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Abg. Kurze, Herr Farle hat eine Frage. Würden Sie diese gestatten?

Markus Kurze (CDU):

Da wir in der Redezeit schon sehr weit fortgeschritten sind, gehe ich davon aus, dass es eine Zwischenintervention ist und setze mich schon mal hin.

(Lachen bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, Ihre Intervention ist also zugelassen.

Robert Farle (AfD):

Es ist eine Kurzintervention, die zwar mit drei Fragen verbunden ist, die Herr Kurze aber nicht unbedingt beantworten muss.

(Zurufe von der CDU)

- Das geht alles von der Zeit ab. - Erstens. Stimmen Sie mir zu, dass die EU dahin gehend reformiert werden muss, dass zentrale Kompetenzen dort abgebaut werden, wo bessere Lösungen im nationalstaatlichen Rahmen zu finden sind, und dass die EU dort reformiert werden muss, wo zentrale Aufgaben unzureichend gelöst werden, die aber einer zentralen Lösung bedürfen?

Das ist nämlich unser Konzept bei der AfD. Wenn es nicht möglich ist, die EU so zu reformieren, dann muss man sie auflösen. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen sie reformieren.

Zweitens. Zum Thema Macron fällt mir eigentlich nur eines ein: Ein zentraler Finanzminister, ein Zugriff auf Steuern, die in allen EU-Staaten erhoben werden für die EU und anschließend die Umverteilung unseres steuerlichen Aufkommens in die Südländer, die mit ihren Haushalten nicht klarkommen und uns in der Haftungsgemeinschaft auch im Sozialbereich übernehmen wollen. Da sagen wir klar: Nein. Wir lassen unsere Bevölkerung nicht für eine solche zentralbürokratische Idee ausplündern.

Dritter Punkt. Zum Namen Soros fällt mir nur eines ein: Dass er Jude ist, hat damit überhaupt nichts zu tun. Der Mann ist Multimilliardär und mischt sich in allen möglichen Ländern mit sehr

hohen Finanzspritzen in Nichtregierungsorganisationen ein, die in den jeweiligen Ländern versuchen, die öffentliche Meinung gegen die Regierung aufzuheizen. Da sage ich mal, es gilt das Nichteinmischungsprinzip

(Zurufe von der SPD)

auch im privaten Bereich in diesen Ländern. Wir wollen nicht, dass in anderen Staaten Einmischungen stattfinden, genauso wie wir es in Deutschland nicht wollen, dass sich andere Länder in unsere Belange einmischen.

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Ja-wohl!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke dem Abg. Herrn Farle. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Antragsteller, Herr Gallert, nimmt nach § 62 in Anlehnung an § 68 das Recht wahr, als Schlussbetrachtung noch ca. drei Minuten Redezeit eingeräumt zu bekommen. Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herzlichen Dank. - Werte Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Robra, das ist ja genau das Problem. Natürlich kann man lange über Juncker reden, auch über Macron. Übrigens waren die Reaktionen in Deutschland mehr als unterkühlt, zumindest zu Juncker. Das wissen wir beide. Die Freude, die darüber ausbrach, hat man aber gut im Keller versteckt. Spätestens als Juncker anfangt, die Eurozone auf die ganze EU auszuweiten, da entgleiten förmlich die Gesichter im Finanzministerium.

Insofern war das eine sehr, sehr zurückhaltende Debatte. Natürlich finde ich das gut. Man kann über die Macron-Vorschläge wirklich reden, aber ich sage ausdrücklich, wir brauchen eine Debatte davor.

Was wollen wir eigentlich? - Macron kann man so und so lesen. Zu Macron kann man sagen: Ja-wohl, er hat es kapiert. Wer einen gemeinsamen Währungsraum braucht, der braucht eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Der braucht auch ein Stück weit einen sozialen Interessensausgleich, sonst werden die Disparitäten immer größer.

Aber Macron hat auch ausdrücklich von einer EU-weiten Militarisierung geredet; so kann man es auch sagen. Er hat auch davon geredet, dass man jetzt viel Geld dort reinstecken muss, um die Außengrenzen knallhart abzusichern.

Da ist die Frage: Was für eine EU will ich? Was stelle ich mir für eine Grundwertedebatte in die-

ser EU vor? Bin ich für oder gegen solche Vorschläge? - Wir führen diese Grundwertedebatte nicht. Das ist unser Problem. Das war heute mein Anliegen, natürlich auch und gerade an dem Beispiel des Besuchs von Herrn Orbán oder besser dem Besuch des Herrn Haseloff bei Herrn Orbán.

Zu Katrin Budde will ich noch eines sagen: Der eigentliche Grund, warum wir die Aktuelle Debatte gemacht haben, war, um ihr noch mal die Gelegenheit zu geben, hier zu reden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Punkt zwei. Meine eigentliche Frage klären wir dann mal bilateral. Ich finde diesen Ansatz „Europa der Regionen“ sehr gut, weil ich glaube, die Nationalstaaten werden auch ein Stück weit die Bindung nach innen, die sie so zum Teil nie wirklich hatten, infrage gestellt bekommen im Zuge einer solchen europäischen Integration.

Wir erleben gerade ein aktuelles Problem. Das ist wirklich dramatisch. Das ist die Debatte um Katalonien. Wir erleben, dass die drei Seiten in Katalonien, die Autonomiebefürworter, die Föderalisten und diejenigen, die alles so behalten wollen, wie es heute ist, alle hoffnungsvoll nach Brüssel gucken und sagen: „Vermittelt bitte in diesem Streit mit Madrid.“ Und was macht die Kommission? - Sie duckt sich ab, macht nichts und enttäuscht wieder massenhaft Millionen gerade junger Menschen, die sagen: „Wir wollen gar nicht unbedingt diese Autonomie, aber wir wollen natürlich eine vernünftige Regelung mit Madrid.“ Brüssel wäre der geborene Partner, diese Geschichte zu vermitteln.

(Robert Farle, AfD: Die kassieren die Gehälter!)

Aber Brüssel duckt sich ab, unter anderem deshalb, weil Angela Merkel klar gesagt hat: Rajoy ist mein Kumpel, der hat alle Austeritätspolitik mitgemacht; ich stelle mich klar auf seine Seite. Wir alle, die ein bisschen mehr mit Europa zu tun haben, kennen diesen Deal.

Dann ist die Europäische Union handlungsunfähig und das funktioniert nicht. Das ist unser Problem, mit dem wir uns hier rumschlagen. Ich glaube trotz alledem - bei weitem nicht allen in diesem Haus -: Wir haben schon einen Blick darauf, dass Europäische Union mehr sein muss als der Binnenmarkt. Herr Robra, da haben Sie recht.

Allerdings sitzt Ihre Partei gerade mit einer Partei am Koalitionstisch, die genau das leugnet. Alles, was Lindner zu Europa gesagt hat, ist: Wir fahren das Ding auf dem Binnenmarkt zurück: keine sozialen Regelungen, keine ökologischen Regelungen, keine sozialen Ausgleichsregelungen, überhaupt keine Problematisierung des Handelsbilanz-

überschusses Deutschlands. Das ist ein Schritt zurück.

Deswegen hat der liberale Macron auch substantiell vor einer FDP-Beteiligung der Bundesregierung gewarnt. Denn er weiß genau: Das geht nach hinten los. Insofern existiert dieser Konsens nicht. Dass er nicht existiert, das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten deutlich sehen.

(Minister Rainer Robra: Abwarten!)

Europa muss entwickelt werden, aber Europa in seiner Entwicklung ist in Gefahr. Das war Ziel der Aktuellen Debatte, und ich glaube, dies ist mehr als deutlich geworden. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Gallert für die Schlussbemerkungen. - Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtags nicht gefasst. Damit ist das erste Thema abgeschlossen.

Wir führen noch einen kleinen Wechsel durch.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann gehen wir gleich weiter in der Tagesordnung.

Wir kommen jetzt zu dem

Tagesordnungspunkt 6 b

Aktuelle Debatte

Linke Szene in Sachsen-Anhalt - Hausbesetzung in der Hafestraße 7, Halle (Saale)

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/2005**

Es wurde folgende Redereihenfolge vereinbart: AfD, SPD, DIE LINKE, CDU und GRÜNE. Zunächst hat die Antragstellerin AfD das Wort. Für die AfD spricht der Abg. Herr Raue. Herr Raue, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Am 5. Januar 2016 brachen verummte Sturmgruppen der linksradikalen Initiative „Wir brauchen Platz“ Tore und Türen der Liegenschaft Hafestraße 7 in Halle auf und besetzten das Verwaltungsgebäude des ehemaligen Gaswerks handstreichartig.

Direkt nach der Inbesitznahme durch die linksradikalen Stürmer nahm ein Verein namens Ca-

puze e. V. Kontakt mit der Halleschen Wohnungsgesellschaft - HWG - auf und nannte die Bedingungen, unter denen man verhandeln werde.

Unmissverständlich wurde klargemacht, dass man das Gebäude freiwillig nicht zu räumen gedachte und es ab sofort für eigene Zwecke zu nutzen gedenke. In jedem Fall würde es unschöne Szenen und Bilder geben, wenn die HWG von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und die Räumung veranlassen würde.

Wenn zwei sich streiten, verliert häufig der, der nicht bereit oder in der Lage ist, für seine Ziele bedingungslos zu kämpfen. Das ist in diesem Fall natürlich die städtische Wohnungsgesellschaft, die von einem links-grünen Stadtrat geführt wird und zu einem weltoffenen und toleranten Selbstverständnis verpflichtet ist und nun die Fähigkeit verloren hatte, das ihr anvertraute öffentliche Eigentum zu sichern und es zu verteidigen.

Natürlich wäre es möglich gewesen, die Hausbesetzung polizeilich zu beenden, aber man war nicht willens, diese Entscheidung zu treffen, und kapitulierte vor der linksradikalen autonomen Szene. In der Folge ließ man sich einen Nutzungsvertrag diktieren, den man erst für 20 Monate abschloss und danach verlängerte und in dem bestimmte, von der HWG einzuhaltende Bedingungen festgeschrieben waren. Unter anderem mussten die Planungen zum Verkauf des Gebäudes beendet werden. Drei Monate vor Ablauf der Sondernutzung sollte die einvernehmliche Weiternutzung verhandelt und auch festgeschrieben werden.

Zudem sollte das Gebäude schnellstmöglich an Strom und Wasser angeschlossen werden. Auch wurden die alten Schornsteine wieder in Betrieb genommen, damit man über den kalten Winter kommen konnte.

Man stelle sich vor, die Stadt hätte nicht kapituliert und Strom und Wasser wären nicht verlegt worden. Vielleicht hätte sich das Problem im Winter dann von selbst gelöst.

(Beifall bei der AfD)

Offenbar aber drohte man mit Terror und Randalen, sodass sich die Stadt gezwungen sah, hier einzuknicken. Für die Presse aber redete man die Sache schön. So bekannte der Geschäftsführer der HWG, dass das Projekt grundsätzlich zur Stadtteilarbeit und zur jugendlichen Stadtkultur beitragen könnte.

(Lachen bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das tut es ja! - Volker Olenicak, AfD: Ein Offenbarungseid!)

Aber auch der Oberbürgermeister unterstützt das linksradikale Vorgehen nach Kräften. Die einge-

reichten Projekte riefen offenbar bei der Stadt Begeisterung hervor. LINKE und GRÜNE freuten sich des kulturellen Zugewinns. Man sonnte sich in der Erwartung, dass die Initiatoren des sogenannten soziokulturellen Projekts das Stadtviertel in den Schein von Toleranz und Weltoffenheit bringen würden.

(Lachen bei der AfD)

Toleranz und Weltoffenheit sind meines Erachtens zwei grundsätzlich positive, aber im internationalistischen Sinn missbrauchte Schlagwörter, die auch Halles Oberbürgermeister gern verwendet.

So gestattete man unter diesen Oberbegriffen in einem als baufällig ausgewiesenen Gebäude auf einem kontaminierten Grundstück die zukünftige öffentliche Stadtteilarbeit der geliebten Linksradi-kalen. In der Hafensstraße selbst hielt sich die Begeisterung für die Duldung des linksradikalen Vereins Capuze e. V. in Grenzen. Man ahnte wohl, dass in den nächsten Monaten ungebetene Veränderungen eintreten würden.

Schnell stellten sich auch die befürchteten Szenarien dar. Dies waren hauptsächlich nächtlicher Lärm und Grölerie nach Feiern, lang anhaltendes nächtliches Klappen von Autotüren, Abbrennen von Pyrotechnik, Vermüllung von Gelände und Umgebung, Verbarrikadierung des Gebäudes, Einschüchterung von Anwohnern, Entstehen einer Heimstadt des politischen Kampfes durch den Verkehr autonomer Gruppen usw.

Hilfe suchend wandten sich die Anwohner an die Stadtverwaltung und die Grundstückseigentümerin HWG. Doch weder Stadt noch HWG reagierten auf die mit 88 und 131 Unterschriften versehenen Briefe. Seitdem treiben Unsicherheit, Resignation, aber auch Wut über städtische Ignoranz die Bewohner in der Hafensstraße um.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Waren Sie eigentlich mal dort?)

Anarchie, meine Damen und Herren, ist keine Form von Demokratie. Anarchische Lebensweisen gefährden durch falsche Vorbildwirkungen und provozieren Nachahmungen. Sie hebeln die gesellschaftliche Grundordnung, die soziale Sicherheit und das bürgerliche Miteinander aus. Anarchische Projekte zerstören das Rechtsempfinden der Bürger und das Grundvertrauen in den Rechtsstaat.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt soll der Stadtrat in Halle auf Antrag von GRÜNEN und LINKEN das auf kriminelle Weise initiierte Projekt langfristig sichern, indem die Stadt selbst die direkte Eigentümerschaft über-

nimmt. Nach unserer Auffassung würde dieses Vorgehen auf die Hausbesetzer wie eine Belohnung ihrer Missachtung des rechtlichen Grundkonsenses führen, wonach jede Person das Recht auf Eigentum der anderen achtet.

Um hier ein ganz klares Signal zu senden, meine Damen und Herren: Die AfD lehnt ein solches Vorgehen entschieden ab. Sollte sich der Stadtrat dennoch für einen städtischen Erwerb entscheiden, kommen auf die Stadt umfassende Kosten für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen zu.

Im Haushalt konkurrieren bereits jetzt viele Sport- und Kulturvereine um die in geringem Umfang vorhandenen Fördermittel, sodass dieses überflüssige Objekt zu einer weiteren Verschiebung des Förderschwerpunktes der Stadt hin zu linksradikalen Trägern führt. Dies erregt selbstverständlich den Ärger von Sportvereinen und Bürgern und wird von der AfD auch in ihrem Namen zu Recht hier im Parlament thematisiert und scharf kritisiert.

(Beifall bei der AfD)

Mittel, die eigentlich eine andere Zweckbestimmung hatten, müssen für ein Anarchoprojekt freigemacht werden. Ein Skandal, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der AfD)

Ein Skandal auch, wer sich hier wieder militant durchsetzt.

(Lydia Funke, AfD: Unglaublich!)

Es ist die von der Linkspartei zu politischem Ungehorsam aufgerufene und ermutigte gewaltbereite Linke. - Ihr „Danke, Antifa!“, Frau Quade, wurde in Halle sehr genau gehört. Damit erwecken Sie den Anschein einer Terrorsympathisantin.

(Zustimmung bei der AfD)

Es ist für eine demokratische Partei wie die AfD unmöglich hinnehmbar, dass festgeschriebene Rechte und verfassungsgemäße Werte auf diese Weise relativiert werden. Dies klagen wir an, meine Damen und Herren.

Die Entsagung von rechtsstaatlichem Handeln, das Infragestellen rechtsstaatlicher Normen und Prinzipien, Gesetzesübertretungen, die Ableitung militärischer Gewalt als rechtmäßiges Mittel zur Interessenvertretung stehen eben nicht mehr im Tenor des Grundgesetzes und bedürfen der Zurückweisung durch alle ernsthaften Demokraten. Handlungen wie Hausbesetzungen, Sachbeschädigungen, Straßenschlachten, Verfolgung und Terrorisierung Andersdenkender gehen vom politischen Weltbild der radikalen Linken aus und

finden eine klare Absage durch die demokratische AfD.

(Beifall bei der AfD)

Illegale Hausbesetzungen - egal, zu welchem Anlass und zu welchem Zweck sie geschehen - sind strafbare kriminelle Handlungen. Mit der illegalen Besetzung der Hafestraße 7 und der Androhung der weiteren Eskalation gelang es der radikalen Linken, von der HWG einen Nutzungsvertrag und Besitzübergang abzupressen und die städtische Wohnungsgesellschaft zu nötigen, den rechtswidrigen und unbefriedigenden Zustand zu dulden.

Besonders der militante Druck und die vorhandene Drohkulisse von regionalen und überregionalen Unterstützergruppen schüchtern die HWG derart ein, dass sie dem Willen der linken Stürmer sehr schnell nachgab.

(Lydia Funke, AfD: Ekelhaft!)

Dieses Muster ist in Halle kein Einzelfall; denn mit der Reilstraße 78 und der Ludwigstraße 37 bestehen bereits zwei ähnliche Hausprojekte mit Hausbesetzerhintergrund. Mit der Anerkennung des sogenannten soziokulturellen Zentrums schafft die Stadt neue rechtsfreie Räume sowie Rückzugs- und Aufmarschgebiete für die gewaltbereite linke Szene.

(Zustimmung bei der AfD)

Das „Hasi“ wird neuer Bestandteil im linksradikalen Netzwerk der Stadt Halle und funktioniert fest verbunden mit den autonomen Zirkeln in der Ludwigstraße 37, der Reilstraße 78, der linksradikalen Antifa sowie mit der vom Verfassungsschutz beobachteten IL Halle, der Interventionistischen Linken.

Es ist mehr als wahrscheinlich, dass auch der äußerst aggressiv und militant vorgetragene Angriff auf das Gebäude in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 Dienstagnacht einen linksradikalen politischen Hintergrund hat, wie auch die Ausschreitungen am 1. Mai in der Stadt Halle. Möglicherweise nahm er seinen Ursprung in einem dieser Hausprojekte. Dies kann so nicht weitergehen, meine Damen und Herren.

Im Sinne eines friedlichen Miteinanders ist es an der Zeit, dass die Zivilgesellschaft nun zusammensteht und öffentlich klarstellt, dass diese Rote Front in unseren Land unwillkommen ist.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue, Sie haben Ihre Redezeit schon deutlich überschritten. Sie müssten jetzt zum Ende kommen.

Alexander Raue (AfD):

Okay. - An dieser Stelle sind vor allem Bürgermeister, Stadträte, aber auch die Landesregierung aufgefordert: Bieten Sie dem roten Terror endlich Einhalt! Beenden Sie die Willkommenskultur für Linksradike! Fassen Sie die Täter! Linksterrorismus bedroht Bürger, Kultur und politische Vielfalt im Land. In der AfD haben Sie einen starken Partner im Kampf gegen Linksterrorismus.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue, Sie haben jetzt Ihre Redezeit deutlich überschritten. Sie müssen jetzt das Redepult verlassen.

Alexander Raue (AfD):

Okay.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir sind am Ende des ersten Debattenbeitrages. Ich sehe allerdings eine Wortmeldung. Also müssen Sie das Pult nicht verlassen; denn Herr Aldag hat eine Wortmeldung. Dazu erteile ich ihm jetzt das Wort. Sie können entscheiden, ob Sie darauf reagieren.

Alexander Raue (AfD):

Bitte, Herr Aldag.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Raue, ich habe eine ganz kurze Frage. Sie selbst und die AfD nehmen für sich in Anspruch, das Ohr immer ganz nah am Volk zu haben.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Für mich ist die Frage: Waren Sie oder irgendeiner Ihrer Abgeordneten jemals dort vor Ort, haben mit den Leuten dort, mit den Kooperationspartnern - unter anderem sind es die Franckeschen Stiftungen, die Kooperationspartner dieses Projektes sind - gesprochen, um tatsächlich zu wissen, was die Leute dort unten machen?

Alexander Raue (AfD):

Na klar. Selbstverständlich, Herr Aldag, war ich da. Es ist schlimm genug, dass sich die Franckeschen Stiftungen dafür hergeben. Schlimm genug! Ich habe mit den Bürgern gesprochen, die in der Hafestraße waren und sind, die ich dort angetroffen habe. Sie sind von dem Projekt schlichtweg entsetzt. Ich war auch in dem Gelände, habe mir das Gelände dort angeschaut. Also, ich muss ganz ehrlich sagen: Kultur wird dort nicht gelebt.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Vielleicht nicht Ihre Kultur!)

Das ist irgendeine Subkultur; ich weiß es nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Das Gelände ist verdreckt, vermüllt. Dort wird von einem Bürgergarten und Ähnlichem gesprochen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ich habe mir den Bürgergarten angeschaut. Das ist ein uraltes Gewächshaus, das dort wahrscheinlich schon immer stand, ein sehr kleines, ziemlich zerfallenes. Darin stehen ein paar Tomatenpflanzen in unterschiedlichen Töpfen.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Unterschiedliche Töpfe? Gott!)

Dort sind auch ein, zwei Hochbeete, wie ich sehen konnte.

(Unruhe)

Alles ist ungepflegt, alles ist in einem unordentlichen Zustand, aber nicht in einem Zustand, den man Garten nennen kann. - Gerade Sie, Herr Aldag, müssten, wenn Sie selbst vor Ort waren, wissen, dass alles ein Garten ist, aber nicht das, was Sie dort vorgefunden haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD - Unruhe)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Die Kultur, die dort gelebt wird - ich weiß nicht -, sollte man nicht weiterentwickeln. Das ist alles, aber kein Modellprojekt.

Die Stadt Halle war ja angesprochen, so eine Fläche bereitzustellen. Das hat sie nicht gemacht; aus gutem Grund hat sie das nicht gemacht. Sie konnte auch nicht davon ausgehen, dass die dieses Gebäude handstreichartig kapern. Das war unvorhersehbar. Nun ist es geschehen. Nun ist es aber wichtig, dass alle Repräsentanten dieser Stadt ganz klarstellen, dass so ein Vorgehen wirklich Unverständnis hervorrufen und nicht hingenommen werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt keine weiteren Fragen mehr. - Wir können in der Debatte fortfahren. Für die Landesregierung hat der Herr Minister Stahlknecht das Wort. Bevor er allerdings anfängt zu reden, begrüßen wir auf unserer Besuchertribüne ganz herzlich Seniorinnen und Senioren aus Köthen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns in einer aktuellen Debatte, die eigentlich mehr generell sein

soll, im Augenblick sehr singulär mit Ereignissen in Halle.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja, mit Kommunalpolitik!)

Ich werde zunächst einige Punkte zu Halle ausführen, soweit das überhaupt in den Möglichkeiten einer Landesregierung liegt, die Sie angesprochen haben, und werde zum Schluss allgemein zum Linksextremismus, den Sie ansprechen, und Anarchie etwas sagen.

Ich will erst einmal auf die Fakten eingehen. Sie führen aus, dass einige Anwohner aus dem Umfeld des in Rede stehenden Objektes Beschwerde führen über Ruhestörungen und andere Ordnungswidrigkeiten, die eben mit der Nutzung dieses Objektes einhergehen.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

Ich will Ihnen die Zahlen nennen, die uns die zuständige Polizeidirektion Süd dazu berichtet hat. Im Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis zum 23. Oktober dieses Jahres, also sehr zeitgenau, gab es wegen ruhestörenden Lärmes am Objekt 16 polizeiliche Einsätze. Zudem sind sechs Strafanzeigen aufgenommen worden, beispielsweise wegen Sachbeschädigung und Beleidigung. Fakten!

Verfassungsschutzaspekte. Dieses Objekt wird „Hasi“ genannt und das Thema Freiräume bzw. deren Schaffung und Erhalt für deutsche Linksextremisten hat seit Jahren einen hohen Stellenwert. Als Freiräume gelten insbesondere besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte sowie selbstverwaltete sogenannte Jugend- und Kulturzentren. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass links-extremistische Gruppierungen, wie die Offene Antifa Plenum, die Rote Hilfe und die Interventionistische Linke Halle, das „Hasi“ unterstützen.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Linksextremisten unterschiedlicher Prägung, darunter insbesondere Autonome, reklamieren nach eigenem Bekunden seit Jahren für sich die Schaffung und den Erhalt selbstbestimmter, subkultureller Strukturen und möglichst staatlich unkontrollierter Freiräume sowohl außerhalb des kapitalistischen Systems und seiner Verwertungslogik als auch außerhalb der die sie stützenden gesellschaftlichen Normen und Institutionen. Diese Freiräume seien für sie notwendige Rückzugsräume zur Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe. Sie sind darüber hinaus aber auch Ausgangspunkt antistaatlicher Aktivitäten.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der AfD: Richtig!)

Zumindest die Bezüge zur Interventionistischen Linken Halle sowie zur Roten Hilfe e. V. sprechen

für eine linksextremistische Beeinflussung des „Hasi“.

(Zustimmung bei der AfD)

Kommunale Aspekte. Die Stadt Halle hat darüber informiert, dass von der Stadtratsfraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Mitbürger für Halle ein Antrag zum Erwerb der Liegenschaft Hafestraße 7 gestellt worden sei, und zwar im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Sie wollen also diesen Bereich, über den ich eben berichtet habe, im Städteigentum erwerben.

(Tobias Rausch, AfD: Die wollen Linksextremismus fördern!)

Die Stadtverwaltung will die politische Willensbildung abwarten; das muss man auch respektieren, weil dort eben auch Artikel 28 des Grundgesetzes in Bezug auf die Selbstverwaltung gilt. Die Stadt hat uns nur versichert, dass die Vorgaben des Kommunalverfassungsgesetzes, also die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, beachtet würden.

In Bezug auf die Entscheidung des Aufsichtsrats der Halleschen Wohnungsgesellschaft zur Verlängerung eines Nutzungsvertrages zwischen der Wohnungsgesellschaft und dem Capuze e. V. kann ich allerdings nur anmerken, dass sich eine solche Entscheidung der Einwirkungsmöglichkeit - Herr Farle weiß das als Rechtsanwalt, ebenso wie ich - der Kommunalaufsicht entzieht. - Das sind die Bestände.

Jetzt will ich einiges allgemein sagen. Wir brauchen in diesem Land weder Rechtsextremismus noch Linksextremismus.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zuruf von der AfD: Richtig!)

Linksextremismus und sie unterstützende Strukturen zeichnet eben auch aus, dass sie den Staat nicht akzeptieren und die von ihnen ausgehende Gewalt, weil sie gegen den Repressionsapparat gerichtet ist, immer als gute Gewalt bezeichnen. Sie schaffen dadurch in diesen Bereichen rechtsfreie Räume und zeigen dann der Bevölkerung - man denke nur an den G-20-Gipfel -, dass man in diesem Staat unter Aushebelung des Rechts machen kann, was man will.

Der Bürger aber hat den Anspruch, und zwar zu Recht, auf einen funktionierenden Rechtsstaat. Wir brauchen also keinen Rechtsruck in diesem Land, sondern wir brauchen einen funktionierenden Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Aber die Linksextremen unterlaufen dieses und stärken damit wiederum den Rechtsextremismus und stärken damit auch einen Rechtsruck, weil

der Bürger der Auffassung ist, dass Rechtsstaat nicht mehr funktioniert.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Damit ist - unabhängig von der Zahl der Straftaten - für die Stabilität in diesem Land der Linksextremismus genauso gefährlich wie der Rechtsextremismus. Das muss man auch so deutlich sagen.

Es gibt einen Professor der Politikwissenschaften - damals war das ganz neu; es hat eine riesige Aufregung gegeben, als ich das damals zitiert habe; ich sage es dennoch erneut -, der gesagt hat: Die Antifa organisiert die Anti-Antifa. - So ist das. In dem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir können jetzt in die Zehnminutendebatte der Fraktionen eintreten. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Dr. Schmidt. Bitte sehr.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich keine Zeit verschwenden und gleich auf den Punkt kommen. Dass eine Hausbesetzung und ein Hauskauf in einer Kommune - in dem Falle ein Hauskauf durch eine Kommune - in dieser Weise im Landtag zur Sprache kommen, ist zunächst schlicht und einfach Ausdruck des fehlenden Verständnisses und des fehlenden Respekts für kommunale Selbstverwaltung.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Diese Debatte gehört in den Stadtrat von Halle und nicht den Landtag.

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Allein zuständig ist der Stadtrat der Stadt Halle, dessen schwächstes Glied in der Tat die AfD ist. Das ist vollkommen zu Recht festgestellt worden.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Herr Raue, Ihre Klage über einen Stadtrat, in dem Sie nun einmal keine Mehrheit haben, könnten Sie dort einmal vortragen. In diesem Stadtrat wird sehnsüchtig darauf gewartet, dass Sie irgendwann einmal irgendetwas zur Sache beitragen.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Zweitens, sehr geehrte Damen und Herren, ist diese Debatte die Fortsetzung einer unendlichen

Wiederholung. Die AfD legt wieder den Teppich aus für das wacklige Mobiliar abseitiger Verschwörungstheorien,

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Tobias Rausch, AfD, lacht)

hinter denen man üblicherweise die eigenen Absichten verbirgt. Dazu sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie können noch ganz lange „Haltet den Dieb“ rufen, wir sehen ganz genau, wer hier die Axt an die Wurzeln der freiheitlichen Demokratie legt.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Auch in Halle, sehr geehrte Damen und Herren, wo einer Ihrer Landtagsabgeordneten, und zwar Herr Tillschneider, aktiv daran teilnimmt, einen Stützpunkt rechtsextremer Verfassungsfeindlichkeit zu etablieren, haben viele Leute längst begriffen, wer Sie sind und wohin Sie wollen.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Drittens. Wir haben in den letzten Tagen wieder beobachten können, dass Sie den Eklat brauchen - das wird zunehmend mühsamer, wie man sieht -, um die eigenen Reihen zu schließen, die innere Begeisterung zu wecken und gleichzeitig davon abzulenken, dass Sie in fast zwei Jahren in diesem Landtag in der Substanz fast nichts beigetragen haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Damit wäre eigentlich zu dieser Debatte um das „Hasi“ alles Wesentliche gesagt. Nun hat der Minister auch eine allgemeine Erwägung zu Gehör gebracht, die mit dem konkreten Fall nur bedingt oder relativ wenig zu tun hat. Ich will versuchen, in seine Fußstapfen zu treten und das auch zu tun.

Sehr geehrte Damen und Herren! Georg Simmel hat im Jahr 1903 den leicht irritierten Herren der Gehe-Stiftung - das war die Stiftung des berühmten Apothekers, dessen Firma es heute noch gibt - in Dresden auseinandergesetzt, dass in der modernen Großstadt - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident - „dem Anspruch des Individuums, die Selbständigkeit und Eigenart seines Daseins gegen die Übermächte der Gesellschaft, des geschichtlich Ererbten, der äußerlichen Kultur und Technik des Lebens zu bewahren“ nach Jahrhunderten der Begrenzung nun mehr Raum gegeben sei.

Seit 1903 ist es eine Binsenweisheit, dass großstädtische Gesellschaften Orte der Freiheit und damit auch der Vielfalt von Lebensentwürfen sind.

(André Poggenburg, AfD: Na und?)

Das galt 1903 schon für die deutsche Großstadt, in deren Häuserzeilen eine Menge Platz für alter-

native Lebensgestaltung war, unter anderem die Lebensreformbewegung der Vegetarier. Der erste Vegetarierversverein wurde übrigens 1867 in Nordhausen gegründet. Zu nennen sind außerdem Kneippvereine, Reformschulen, frei-religiöse Gemeinden mit ihren Jugendweihen, die Wandervogel- und Pfadfinderbewegungen - alle waren 1903 längst in der deutschen Gesellschaft angekommen.

Das von Ihrem Parteifreund Bernd Höcke so geliebte Deutsche Reich Wilhelms I. und Wilhelms II

(Zuruf von der AfD)

- ja, der heißt Björn - ließ alle diese Gruppen mit erstaunlicher Toleranz gewähren. Das gilt inzwischen auch für die Kleinstadt und das Dorf, in denen Urbanität als Lebensstil längst angekommen ist. Vieles von dem, was über die Jahre und Jahrzehnte neu, ungewohnt und abweichend war, ist allmählich in die Mitte der Gesellschaft gewandert - Sie haben das an meiner Aufzählung der Beispiele bemerkt - und hat sie zu ihrem Vorteil verändert.

Die politische Freiheit, die Freiheit zur diskriminierungsfreien Teilhabe in der Gesellschaft, zum Beispiel in freien, allgemeinen und gleichen Wahlen, ist durch die individuelle Freiheit, die Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens ergänzt worden, und zwar - das kann ich stolz sagen - unter tätiger Mithilfe der deutschen Sozialdemokratie.

Feinde der Freiheit haben diese Entwicklung immer bekämpft im Namen des Althergebrachten, der Konventionen, der Religion und immer wieder im Namen der Norm und des angeblich Normalen.

Diese Freiheit, sehr geehrte Damen und Herren, hat auch immer falsche Freunde gehabt, selbst ernannte Revolutionäre, Leute, die aus ihrer persönlichen Unfähigkeit, mit sich und ihrer Umwelt zurechtzukommen, ihrerseits eine Norm machen wollen, Leute, die ihre eigenen politischen Ziele - der Minister hat erklärt, wie so etwas geht - zu anderen hintragen und dann versuchen, auf deren Versuch, einen alternativen Lebensentwurf zu begründen, ihre Suppe kochen.

All diesen ist es gemein, dass sie es lieben, sich in der Selbstgerechtigkeit ihrer hermetischen Weltsicht zu suhlen. An dieser Stelle gilt das, was Katrin Budde vorhin von Rüdiger Fikentscher zitiert hat: Die Ränder treffen sich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist für eine ehrliche Sicht auf den Vorgang nicht hilfreich, eine Gruppe Hausbesetzer ohne Prüfung deren tatsächlichen Tuns zum soziokulturellen Zentrum hochzuschreiben, wie es die „TAZ“ und das „Neue Deutschland“ getan haben.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Ebenso ist es nicht hilfreich, den Akt einer Hausbesetzung zum legitimen und erfolgreichen Akt eines praktischen Protest gegen das Marktversagen eines kapitalistischen Wohnungsmarktes zu erklären. Es ist genauso falsch - das habe ich bereits ausgeführt -, das zu verteufeln.

Das führt zu dem zweiten Aspekt, den ich gern noch ansprechen will, nämlich die Frage: Gelten die Regeln des Zusammenlebens in einer Gemeinde als Rechtsgemeinschaft und Lebenszusammenhang auch für die, die diese Regeln ändern oder überwinden wollen? Oder, ein bisschen einfacher formuliert: Ist es in Ordnung, ein fremdes Haus zu besetzen?

Meine Antwort ist ganz klar: Das ist es nicht. Es ist auch nicht in Ordnung, dem Nachbarn den Lärm des eigenen Tuns aufzuzwingen, auch nicht den des tatsächlichen und/oder vermeintlich kulturellen Tuns, und zwar auch dann nicht, wenn es nur drei bis vier Mal im Jahr geschieht, wie es die Anwohner der Hafenstraße beschreiben.

Die Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten, auch wenn es noch lange kein Verbrechen ist, wenn man dagegen verstößt. Das ist nicht automatisch ein Verbrechen in diesem Land.

(Robert Farle, AfD: Das ist ein Vergehen!)

Die Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten aus gutem Grund und es ist nicht nur ein Zeichen von Anstand, sie zu befolgen, sondern es ist auch klug. Wer sich als Hausbesetzer in ein Viertel begibt, muss sich nicht wundern, dass ihm Misstrauen und Ablehnung entgegenschlagen. Wer den mühsamen Weg zu Ämtern, zu Spendern und Fördermitteln, den viele andere soziale und kulturelle Projekte gehen, vermeiden will, der muss in Kauf nehmen, dass er sich diese Möglichkeiten unendlich erschwert. Wer nicht lange über Räume für seine Ideen reden will und ein Haus besetzt, landet manchmal in einem alten Gasometer, dessen Probleme er wirklich mit großem Euphemismus unterschätzt, und die ihm langfristig jede Nutzungsperspektive abschneiden.

Auch an dieser Stelle habe ich den Vater der Stadtsoziologie Georg Simmel an meiner Seite. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident:

„Die Beziehungen und Angelegenheiten des typischen Großstädtlers pflegen so mannigfaltige und komplizierte zu sein, vor allem: durch die Anhäufung so vieler Menschen mit so differenzierten Interessen greifen ihre Beziehungen und Betätigungen zu einem so vielgliedrigen Organismus ineinander, dass ohne die genaueste Pünktlichkeit in Versprechungen und Leistungen das Ganze zu einem unentwirrbaren Chaos zusammenbrechen würde.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin ganz sicher, dass es dem Stadtrat der Stadt von Halle - ich habe diesem Gremium zehn Jahre lang angehört - ganz ohne die AfD-Fraktion im Landtag und auch ohne Herrn Raue gelingen wird, dieses Chaos zu vermeiden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Schmidt, es gibt zwei Nachfragen. Sie können dann entscheiden, ob Sie antworten. - Herr Farle ist zunächst dran.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Er beantwortet keine! - Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Robert Farle (AfD):

Das ist nur eine Zwischenintervention. Der Kollege Herr Schmidt hat - -

(Matthias Büttner, AfD: Dr. Schmidt!)

- Der Kollege Herr Dr. Schmidt hat behauptet, dass wir uns nach Artikel 28 unseres Grundgesetzes, in dem die Beschlussregeln der Kommunen geregelt sind, nicht im Landtag mit diesem Thema beschäftigen könnten. Herr Dr. Schmidt, das ist schlichtweg falsch. Insofern die Stadt Halle ein Gebäude anmietet oder eine widerrechtliche Besetzungsaktion duldet, ist es richtig. Insofern von dort Gewalttaten ausgehen, Strafanzeigen ausgehen, die in einem höheren Maße als normal sind, sind Rechte der Polizei betroffen, und das Polizeigesetz liegt in der Zuständigkeit des Landtages. Das nur nebenbei, falls Sie das nicht wissen sollten. Man kann im Leben immer etwas dazulernen.

(Zustimmung bei der AfD)

Zudem haben wir als Landtag sehr wohl die Verpflichtung, alle Vorgänge in unserem Land genau zu überprüfen und zu verfolgen. Wenn wir feststellen, dass sich Straftaten in bestimmten Teilen unseres Landes häufen oder verstärkt auftreten, dann haben wir als Landtag sogar die Pflicht, im Interesse der Sicherung der öffentlichen Ordnung dagegen vorzugehen.

Mein letzter Gedanke: Es mag Ihr Wunsch sein, in Zustände zurückzukehren, in denen es keine AfD-Stadträte gegeben hat. Aber ich darf Ihnen versichern, dass sich dieser Wunsch nicht erfüllen wird. Die AfD wird in immer mehr Stadträte eintreten

(Dr. Falko Grube, SPD: Und sich auflösen!)

und sie wird dort Politik im Interesse der Bürger betreiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Tillschneider. Bitte sehr.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Mir wurde unterstellt, ich würde helfen, einen rechtsextremen Stützpunkt zu etablieren. Ich muss dem entschieden widersprechen. Was in dem Haus in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 ablief, hat mit Rechtsextremismus nichts zu tun.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Der Staatsschutz sieht das anders!)

Die Identitäre Bewegung, Ein Prozent - das sind alles keine Rechtsextremen.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Dazu stehe ich; das ist meine Meinung. Sie berufen sich bei diesem Urteil immer auf den Verfassungsschutz. Ich habe hier den Verfassungsschutzbericht 2016.

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD, hebt ein Schriftstück hoch)

Wenn Sie sagen, der Verfassungsschutz beobachte die Identitäre Bewegung, dann hört sich das so an, als würde jemand sagen, Ihr Bluttest habe ergeben, dass Sie Hepatitis C hätten, also als ob es irgendeine objektive wissenschaftliche Analyse ist. Das ist es aber nicht, sondern es ist reiner Schwachsinn.

Ich möchte Ihnen einmal aus der Begründung zitieren, damit Sie sehen, wie hanebüchen diese ist. Auf Seite 50 des Verfassungsschutzberichtes steht die Begründung, weshalb die Identitäre Bewegung als rechtsextrem eingestuft wird.

„Die IBD greift emotional besetzte Themen wie Zuwanderung, Globalisierung, ‚Migrantengewalt‘, aber auch die zunehmende Einbindung Deutschlands in die Europäische Union auf.“

Das ist natürlich sehr schlimm. Jetzt halten Sie sich fest. Jetzt kommt etwas, was an Schwachsinn nicht mehr zu überbieten ist. Weiter heißt es:

„Ethnopluralismus‘, Einwanderung und die islamische Religion werden als Bedrohungen dargestellt.“

Derjenige, der das geschrieben hat, war so blöd, nicht einmal zu verstehen, worum es bei der Diskussion um Ethnopluralismus geht. Der Identitären Bewegung wird das vorgeworfen, weil die Auffassung besteht, dass es gut sei, wenn die Welt aus vielen Völkern besteht. Hier steht aber, die Identitäre Bewegung würde den Ethnopluralismus schlecht machen, was Quark ist.

Also, der Referent oder Lehrling, der das geschrieben hat, war sogar zu blöd, den Quark zu verstehen, den linksversifft Politikwissenschaftler verzapft haben. Das will schon etwas heißen. Das ist die gesamte Begründung dafür, weshalb die Identitäre Bewegung rechtsextrem sein soll. Sie ist nicht rechtsextrem. Sie ist eine patriotische Bewegung. Das ist meine Auffassung.

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie ist rechtsextrem!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich möchte auch anlässlich dieser Debatte noch einmal etwas sagen. Meine Bitte besteht darin, dass sich die Interventionen auf den Redebeitrag des jeweiligen Redners beziehen, der möglicherweise nicht mehr am Rednerpult steht. Wir hatten heute mehrfach die Situation, dass sich Interventionen schon aufeinander bezogen haben. Insofern bitte ich, darauf zu achten.

Jetzt fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion DIE LINKE hat die Abg. Frau Quade das Wort. Bitte sehr.

(Oh! bei der AfD - Zuruf von der AfD: Auch eine von der Antifa!)

Henriette Quade (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! „Hasi‘ bleibt“ - so lautet der in Halle bekannte Slogan.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Im politischen Magdeburg hat „Hasi“ eine andere Bedeutung. Lassen Sie sich nicht irritieren; es geht nicht um den Ministerpräsidenten. Es geht um das Gebäude in der Hafestraße 7 in Halle, ein soziokulturelles Projekt. Ich bin guten Mutes, dass sich der Slogan bewahrheiten wird und die Hafestraße 7 erhalten bleiben wird.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die AfD will nun scheinbar ihren obligatorischen Linksextremismusantrag dem Projekt „Hasi“ in Halle widmen. Das hat zwar nichts mit Linksextremismus zu tun, auch nicht mit dem Landtag, aber bitte, auch das können Sie haben.

Zur Rede des Innenministers, auch wenn er nicht mehr hier ist, was ich bedauerlich finde, erlauben Sie mir nur die Bemerkung: Der Innenminister hat gesagt, der Linksextremismus brächte den Rechtsextremismus hervor.

(André Poggenburg, AfD: Richtig!)

Dass der Innenminister damit einer zentralen Erzählung der politischen Rechten im Land auf

den Leim geht und sie sich zu eigen macht, ist bezeichnend.

(Zustimmung von Dr. Hans-Thomas Till-schneider, AfD - Zuruf von Daniel Rausch, AfD)

Es ist bezeichnend für den politischen Kompass eines Innenministers. Es ist aber auch bezeichnend für seine Analysefähigkeit.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei der AfD)

Dass der AfD die „Hasi“ nicht passt, ist nicht mein Problem. Aber wir haben einiges darüber gehört, was so alles passieren soll und wie schlimm das alles sein soll. Deswegen will ich das noch einmal beleuchten.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Was macht also die „Hasi“? - Im Januar 2016 haben sich einige Menschen zusammengetan und ein seit Langem leerstehendes Gebäude und das angrenzende Gelände besetzt, um es zu öffnen, um es zu nutzen und um es auch für andere zugänglich zu machen. Dazu wurde das Gelände sehr kurzzeitig besetzt, aber sehr schnell kam es auch zu einer Einigung mit der HWG als Eigentümerin des Geländes.

Seitdem haben wir es anders, als es die Antragsüberschrift suggeriert, nicht mehr mit einer Hausbesetzung zu tun, sondern mit einem vertraglich geregelten Verhältnis, das erst letzten Monat noch einmal verlängert wurde.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die „Hasi“ versteht sich als offenes selbstverwaltetes soziokulturelles Zentrum, das Raum für nichtkommerzielle Arbeit bietet, das nicht genutzte Räume und Gelände erschließt, bei dem Hallenser vorbeikommen, das Zugezogenen offensteht und gesellschaftlichen Mehrwert schafft.

Mittlerweile haben sich die Menschen in einem Verein organisiert. Sie haben Müll vom Gelände entfernt, Wege begehbar gemacht, Räume eingerichtet und Gärten angelegt. Inzwischen gibt es ein Lesecafé, Theater- und Musikproberäume, Sporträume, Werkstatträume, einen offenen Nachbarschaftstreff, mehrere angelegte Beete im Garten und nutzbare Gartenflächen.

Wenn man sich das Programm der „Hasi“ anschaut, dann findet man Hinweise auf Lesezirkel, ein regelmäßig stattfindendes Elterncafé, Nachbarschaftscafé, Theatergruppen, Sportgruppen, Tanzgruppen, Diskussionsveranstaltungen, alles das, was halt so in soziokulturellen Zentren passiert. Gewohnt wird, anders als die AfD das behauptet, in dem Objekt nicht. Dafür ist es schlichtweg nicht geeignet.

Die letzte Veranstaltung, die ich im Übrigen gefunden habe, war eine Veranstaltung im Rahmen

der Klopstock-Literaturtage, eine Lesung zu Klopstock.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Klopstock! Oh, oh!)

Klopstock als Kronzeugen für roten Terror heranzuziehen, das muss man erst einmal schaffen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Nichts davon ist kriminell, nichts davon ist verwerflich. Auch wenn es eine Ausschlussklausel für Personen, die eher der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder die durch rassistische Äußerungen aufgefallen sind, gibt, heißt das nicht zwangsläufig, dass das besonders links ist, geschweige denn linksextrem. Genau wie im Übrigen eine Aktion von Schülerinnen und Schülern in Osterburg gegen Rassismus keine antidemokratische Indoktrinierung ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn rechte Parolen und Erzählungen immer mehr öffentlichen Raum greifen und bekommen, ist es gut verständlich und in meinen Augen auch dringend notwendig, dass es Räume gibt, in denen Menschen davor geschützt sind. Wenn Schülerinnen und Schüler ein Statement für Vielfalt und gegen Rassismus abgeben, ist das kein Skandal, sondern es sollte ein Vorbild sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Behauptung, dass von der „Hasi“ Gewalt ausgehen würde, ist schlichtweg falsch. Vielmehr wurde die „Hasi“ zum ersten Schutzraum für diejenigen, die am 1. Mai in Halle Opfer eines brutalen Angriffs der verhinderten Neonazi-Demo wurden.

Das Projekt in der Hafestraße ist tatsächlich offen. Man kann hingehen, sich informieren, was dort passiert, schauen, was möglich ist, und ob und wie man sich einbringen will. Das war es auch von Anfang an.

Zahlreich genutzt wurde diese Möglichkeit zum Beispiel bei einer öffentlichen Vollversammlung, zu der die Gründer des Projektes explizit die Anwohnerinnen und Anwohner, also die direkte Nachbarschaft eingeladen haben. Und die Nachbarn kamen, wie übrigens auch zahlreiche andere Menschen.

Dort wurde vieles ausgetauscht. Und in der Tat gab es zu vielem unterschiedliche Sichtweisen, auch gegensätzliche. Was es dort entgegen den Erzählungen der AfD und anders, als es auch teilweise medial dargestellt wurde, nicht gab, waren Anwohner, die sich beschwert haben.

Im Gegenteil, es gab viele Stimmen gerade aus der unmittelbaren Nachbarschaft, die sich bedankt haben, die sagten, dass sie froh seien, dass es

die „Hasi“ gibt, die sagten, dass sich ihr Wohn- und ihr Alltagsleben durch die „Hasi“ nicht verschlechtert, sondern verbessert habe. Genauso haben sich viele Mieterinnen und Mieter der HWG im Zuge der Diskussion in Halle an die HWG gewandt und sich für eine Einigung mit der „Hasi“ und für deren Erhalt ausgesprochen.

Ich will überhaupt nicht ausschließen, dass es Nachbarn gibt, die sich gestört fühlen, dass die natürlich Rechte haben, und dass es Interessenkonflikte gibt, bei denen wir schauen müssen, wie sie gelöst werden können. Aber Fakt ist: Die Erzählung von der Nachbarschaft, die sich mehrheitlich von der „Hasi“ gestört fühle, die Angst habe und die gegen die „Hasi“ sei, ist eben nicht mehr als eine Erzählung, und zwar eine politisch motivierte Erzählung.

Das ist im Übrigen auch einer der entscheidenden Unterschiede zu einem anderen Haus in Halle, das derzeit viel Aufmerksamkeit findet und über das aktuell auch zu reden ist, wenn wir über Hausprojekte in Halle reden. Das ist das Haus der Identitäten Bewegung. Und bevor hier wieder geschrien wird: Ich weiß, dass es diese Woche einen Angriff auf das Haus gab. Steine sollen geworfen worden sein, Farbe gesprüht und Butter-säure ausgebracht worden sein.

(Zuruf von der AfD)

Das sind weder in den Augen meiner Fraktion noch in meinen Augen Mittel der demokratischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Wir heißen weder Angriffe auf Menschen noch Angriffe auf Häuser gut, auch nicht wenn es um die AfD, die IB oder um sonst wen geht.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

Auch das, meine Damen und Herren, unterscheidet uns von der Identitären Bewegung. Mindestens drei Angriffe auf Personen, die dem linken Spektrum zugeordnet wurden, sind der IB zuzurechnen. Zur Attacke auf das Migrantwahllokal hat sich die IB freimütig bekannt.

Die Nachbarschaft und Passanten des Hauses werden datenschutzwidrig mit Kameras überwacht und eingeschüchtert. Aktuell gibt es Verleumdungen und vehemente Drohungen gegen Einzelpersonen, die sich auf demokratische Weise mit Kundgebungen, Demos, Vorträgen und Flyern mit der Identitäten Bewegung auseinandersetzen.

Denn natürlich stört der Verweis auf die Einbindung der Identitären Bewegung in ein faschistisches Netzwerk. Natürlich stört der Verweis auf Nazikader in den Reihen der IB. Natürlich stört

der Verweis auf rassistische und völkische Leitideen, auf mehrfach wegen Körperverletzung vorbestrafte Akteure und letztlich darauf, dass die IB am Ende weder neu noch originell ist, sondern eine mehr oder weniger normale Nazikameradschaft, die halt auf modern macht.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Das alles stört bei der Inszenierung als nette Nachbarn, die immer nur ausgegrenzt werden.

Ich sage es noch einmal deutlich: Auch wenn es nicht gut zu heißende Attacken auf das IB-Haus gibt, ist die Identitäre Bewegung eine Bedrohung für die Sicherheit von Menschen. Das IB-Haus ist ein Problem in Halle, gegen das sich mehr als 200 Anwohner tatsächlich mit Namen und Gesicht einsetzen. Die „Hasi“ ist nicht solch ein Problem.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Es ist wieder mal der Versuch, das für die AfD so wichtige Thema Linksextremismus mit irgendwas real Existierenden zu verbinden - richtiger wird es dadurch nicht.

Tatsächlich gibt es zu klärende Fragen in Zusammenhang mit der „Hasi“. Es sind Fragen des Denkmalschutzes. Natürlich ist weiter an einer guten Einbettung in die Nachbarschaft und an Harmonie zwischen den Anwohnern und Nutzern zu arbeiten. Die Kontamination des Bodens ist ein ungelöstes Problem und natürlich müssen die Eigentums- und Nutzungsverhältnisse dauerhaft und für alle Seiten zufriedenstellend geklärt werden. Das, meine Damen und Herren, ist aber nicht die Aufgabe des Landtages.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Wer sich an der Art und Weise stört, wer sagt, man kann doch nicht einfach ein Haus besetzen, und wer sagt, hier eine Lösung zu finden ist ungerecht gegenüber den Vereinen, die für ihre Räume Miete zahlen müssen, dem sage ich Folgendes: Letztlich verweist die Geschichte der „Hasi“ doch darauf, wie wichtig es ist, dass die Kommunen überhaupt die Chance haben, Räume für Freiräume zur Verfügung zu stellen,

(Zustimmung bei der LINKEN und von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

die sich eben weder rechnen können noch rechnen wollen oder rechnen sollten.

(Zuruf: Aber besetzen ist kriminell!)

Diese Chance haben die allerwenigsten Kommunen; denn der politische Druck zur Haushaltskonsolidierung schränkt die Freiräume der Kommunen so ein, dass vieles an soziokulturellen Ange-

boten, an Sozialarbeit, an Kinder- und Jugendarbeit, an Beratungs- und Bildungsarbeit als freiwillige Aufgabe und damit im Zweifel als verzichtbar gilt bzw. mit erheblichem Rentabilitätsdruck versehen ist.

In einer Gesellschaft und im Leben einer Kommune gibt es Dinge, die sich nicht rechnen und die dennoch von großem Wert sind.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die „Hasi“ ist ein Beispiel dafür, sie ist ein wichtiger Teil des soziokulturellen Lebens in Halle geworden und sie ist zugleich eine Form ehrenamtlichen Engagements. Sie taugt nicht als Aufhänger einer Aktuellen Debatte.

(Zuruf von Jens Kolze, CDU)

Die Frage, wie wir die Kommunen in die Lage versetzen, gelebte Soziokultur möglich zu machen und so Lebensqualität tatsächlich zu verbessern,

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Quade, Sie müssen jetzt Ihren letzten Satz sagen.

Henriette Quade (DIE LINKE):

ist - sehr wohl - eine drängende, Herr Präsident. Für meine Fraktion darf ich Ihnen versichern, dass wir auch in Zukunft, insbesondere wenn wir über die Kommunalfinanzen reden, diese Frage stellen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich habe mehrere Wortmeldungen. Zuerst Herr Tobias Rausch.

(Tobias Rausch, AfD: Ich verzichte!)

Dann Herr Tillschneider.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Ja, Frau Quade, den Hauptunterschied zwischen der Identitären Bewegung und der Antifa will ich ganz kurz erklären.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Die einen sind rechtsextrem!)

Die Identitäre Bewegung würde niemals so einen Angriff auf ein Haus der Antifa durchführen, wie die Antifa jetzt einen Angriff auf das Haus der Identitären Bewegung durchgeführt hat. - Das ist das eine.

(Zustimmung bei der AfD)

Der zweite Unterschied ist, wenn die Identitäre Bewegung denn so etwas täte, was sie niemals tun würde - aber wagen wir mal dieses Ge-

dankenexperiment -, dann würde hier im Landtag anders gesprochen werden, dann würden Sie nicht sagen, ja, Gewalt ist abzulehnen, dann würden Sie weiß der Teufel was fordern, das Verbot der AfD, das Verbot von hundert anderen Vereinen. Das zeigt doch den unerträglichen Doppelstandard, den Sie praktizieren, in dem Sie denken und in dem Sie wahrscheinlich gefangen sind, den Sie gar nicht mehr erkennen können.

(Zustimmung bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Sie sind selbst solch ein Extremist!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Poggenburg hat sich noch gemeldet.

André Poggenburg (AfD):

Ich gehe einmal davon aus, dass ich die eigentliche Frage in eine Kurzintervention umwandeln soll und muss. - Werte Abgeordnete! Frau Quade, Sie haben jetzt erst einmal unterstrichen und es als legitim erklärt, dass Linksextremisten ein Haus besetzen. Sie haben das damit begründet, dass sie eben gerechtfertigterweise Rückzugsmöglichkeiten finden müssen, um sich rechten Parolen entziehen zu können.

Jetzt ist Folgendes: Diese Argumentation würde aber bedeuten, dass Sie es auch als legitim empfinden, wenn Rechtsextreme ein Haus besetzen, um sich teils unverschämten linken Parolen zu entziehen.

Damit sind wir genau bei dem Problem, das auch der Minister heute angesprochen hat. Damit macht man einen Teufelskreis auf. Dann wird der Extremismus auf allen Seiten legitimiert und gefördert. Das ist das Ergebnis Ihrer Positionierung. Dazu müssen wir als AfD sagen, das lehnen wir für links wie rechts ganz klar ab. Das ist ein Zeichen für echte Demokratie. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion der CDU spricht Herr Bönisch. - Bevor Herr Bönisch allerdings das Wort erhält, begrüßen wir ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Clausewitz-Sekundarschule Burg, diesmal auf der Pressetribüne. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Bernhard Bönisch (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die klare Position der CDU-Fraktion an den Anfang meiner Rede stellen. Es gibt bei uns im Land Linksextremismus und Rechtsextremismus, rechtsextreme und links-

extreme Politiker oder solche, die im Geiste dieser extremistischen Bewegungen tätig sind. Wir verurteilen beide Seiten.

(Zustimmung bei der CDU)

Denn in aller Regel ist es so, dass diesen tollen Worten, die dort gesprochen werden, dann auch bald Taten folgen, die in der Regel gewaltbelastet sind. Deswegen haben Linksextremismus wie Rechtsextremismus eigentlich keinen Platz in unserer demokratischen Gesellschaft und auch nicht hier im Hause.

Ich denke, kein legitimer Abgeordneter, Verwaltungsmitarbeiter oder Wahlbeamter in einer Stadt hat das Recht, links- oder rechtsextremistische Aktivitäten zu unterstützen.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der AfD)

Ich will einmal mit der Frage anfangen, ist es legitim, ein Haus zu besetzen, um hinterher etwas Tolles daraus zu machen. Meine Großmutter hat mir den Spruch beigebracht bzw. ich habe ihn von ihr in Erinnerung: Unrecht Gut gedeiht nicht. Sie meinte, mir damit eine Weisheit zu vermitteln. Aber ich fürchte, das ist ein dummer Kinderspruch; denn allzu oft hat auch in der Geschichte unrecht Gut gewaltige Früchte getrieben und viele konnten davon profitieren, leider.

Ich will Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Ich wohnte in der Mittelstraße in Halle in einem Haus, das leider von dem Besitzer nicht sehr gepflegt wurde. Wir waren zu dieser Zeit die einzigen Bewohner eines Mehrfamilienhauses. Da fand in der Mittelstraße, einer kleinen Nebenstraße in der Innenstadt, eine Veranstaltung von Attac statt. Sie kennen diese Bewegung sicherlich noch. Momentan ist es etwas ruhiger um sie geworden. Das war damals so ein Hype.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Heiner Geißler ist dort Mitglied gewesen!)

- Ja, genau. Er hat es geschafft, sie zum Phantom zu machen. - Also, es gab eine Veranstaltung von Attac. Und als ich nach Hause kam, habe ich festgestellt, dass unsere Haustür aufgebrochen war und dass ein Elektrokabel durch den Flur in den Keller und dort in eine Steckdose führte. Ich bin den Kabeln nachgegangen. Es war ja nicht zu schwer herauszufinden, wer da etwas betrieb. Es führte zu einer musikalischen Verstärkeranlage.

Dort musizierten junge Leute. Ich fragte sie: Hey, wie können Sie denn die Haustür aufbrechen, in den Keller gehen und sich Strom aus der Steckdose nehmen? - Da war der junge Mann, mit dem ich sprach, völlig konsterniert. Er sagte: Aber wir brauchen doch Strom für unsere Musik. Ich sagte: Aber dann können sie doch nicht einfach eine

Haustür aufbrechen. - Aber wir brauchten das doch.

(André Poggenburg, AfD: Kein Unrechtsempfinden auf der linken Seite!)

Ich will nur sagen: Wenn junge Leute mit solch einer Einstellung rangehen, ich habe doch etwas Hehres vor, ich will Musik machen, die Umwelt unterhalten und was Nettes tun, dann habe ich doch verdammt nochmal das Recht, Ihre Kellertür aufzubrechen und Strom zu holen,

(Matthias Büttner, AfD, lacht)

wenn das unterstützt wird durch irgendwelches Verhalten der Politik, dann sind wir auf einem falschen Weg.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Genauso ist es mit der Hausbesetzung. Eine Hausbesetzung ist ein Gewaltakt, gewöhnlich Hausfriedensbruch.

(Zustimmung bei der AfD)

Herr Herrmann aus Bayern wird zitiert mit der Aussage: Gucken Sie einmal, ob es in Bayern ein besetztes Haus gibt Das gibt es nicht. Wenn es passiert, dass jemand ein Haus besetzt, ist es nach 24 Stunden geräumt.

Nun bedarf das natürlich der Klage desjenigen, dem das Haus gehört. In Halle ist das leider bei der HWG nicht so gelaufen, wie es hier möglicherweise gedacht wurde, die Besetzer hätten die HWG erpresst oder so etwas. Nein, nein, das war gar nicht nötig. Der Oberbürgermeister hat dem damaligen Geschäftsführer der HWG - nun ja, ich sage es einmal so - mit Nachdruck die Richtung gewiesen. Und wer Oberbürgermeister Wiegand in Halle kennt, der weiß, was damit gemeint ist. Die HWG hatte also gar keine Chance, sich zu wehren.

Momentan ist es so, der jetzige Geschäftsführer hat eine klare Ansage gemacht. Das Weiterbetreiben ist für die HWG ein nachteiliges Geschäft. Dann ist das eben im Aufsichtsrat der HWG wahrscheinlich nicht durchzukriegen. Über Interna aus dem Aufsichtsrat darf ich leider nicht sprechen, weil ich glaube, an der Stelle wäre unser Oberbürgermeister wieder sehr rechtstreu

(André Poggenburg, AfD: Genau!)

und würde mich des Geheimnisverrats

(Zurufe)

bezichtigen oder irgend so etwas. Aber ich weiß natürlich auch nicht, was im Aufsichtsrat passiert ist, weil ich es nicht wissen darf.

Jedenfalls, als das mit dem Aufsichtsrat nicht so klappte, wie es sollte, also bloß eine Verlängerung

bis zum Jahresende erreicht wurde, kamen plötzlich zwei oder drei Fraktionen aus dem Stadtrat - ich bin, ehrlich gesagt ein bisschen betroffen, dass die beiden Mit Antragsteller, die hier im Raum sitzen, nichts hierzu gesagt haben -

(Tobias Rausch, AfD: Richtig!)

und sagten, wir sollten das Haus kaufen. Nun kommt von der Kommunalaufsicht die Ansage, 112, ihr könnt eigentlich nicht so ohne Weiteres kaufen, nur wenn das wirklich wichtig ist für die Stadt usw.

Was macht der Oberbürgermeister in seiner Stellungnahme zum Antrag? - Er schreibt, er verweist diesen Antrag in den Ausschuss für Finanzen und in den Hauptausschuss, um dort einmal darüber zu reden, ob das doch eine wirtschaftliche Angelegenheit ist oder möglicherweise ein Erbbaupachtvertrag geschlossen werden kann. Der wird nämlich nicht expressis verbis in diesem Paragraphen des KVG erwähnt. Es wird also wieder versucht, Umgehungstatbestände zu definieren.

(André Poggenburg, AfD: Genau!)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass demokratische Parteien - wir arbeiten im Stadtrat in Halle mit allen Fraktionen mal so und mal so ohne Koalitionsbildung gut zusammen, das kann man wirklich so sagen, dort ist eine relativ starke sachliche Basis für die Zusammenarbeit vorhanden -, dass Vertreter von demokratischen Parteien sagen können, ja, diese Hausbesetzung war nicht schlimm, die wollten ja etwas machen, etwas Tolles, etwas Hehres.

Wir haben aber Regeln für solches Verhalten. Die Regel heißt: Wenn ich etwas Gutes machen will, das aber kostendeckend nicht funktioniert, dann beantrage ich öffentliche Mittel oder bei einem Privaten - man kann auch zur Stiftung gehen oder ganz und gar bei Privatiers anfragen - und frage, ob die mich unterstützen. Dann nehme ich mir nicht einfach irgendetwas und sage, was ich mache, ist doch so toll, das müsst ihr einfach mittragen.

Wir handeln zum Nachteil der Stadt Halle, wenn wir Ihrem Antrag nachgeben, wenn wir als Stadt Halle das Haus übernehmen, weil das mit enormen Kosten verbunden wäre, Dekontaminierung, bauliche Sicherung usw. Insofern sollten wir das schon differenzieren.

Also, ich glaube, es ist nicht richtig, junge Leute dazu zu erziehen, zu meinen, wenn sie denken, dass das richtig ist, was sie tun, dann müsse die Gesellschaft das mittragen.

Die DDR ist im Prinzip an diesem Problem gescheitert. Ich kann mich noch sehr gut erin-

nern, dass es dann plötzlich in den 80er-Jahren hieß:

(Heiterkeit bei der LINKEN - Zuruf: Das ist jetzt aber seltsam!)

Leiste was - leiste dir was. Da wurde klar gesagt, bevor du dir etwas leisten kannst, solltest du selbst etwas tun. Ansonsten geht das nicht. Das war in der Tat eine DDR-Parole. Das ist denen dort leider zu spät eingefallen.

(Eva Feußner, CDU, und Guido Heuer, CDU, lachen)

Aber genau dieses Prinzip verfolgen wir hier wieder. Wir sagen: Jungs, macht mal, ihr seid doch so taff, ihr wollt so etwas Gutes. Der Oberbürgermeister begegnet einem Einwurf eines jungen Mannes in der Stadtratssitzung, der sagte, lasst „Hasi“ weiterleben, ich will dort Non-Profit-Konzerte geben, ich als Musiker sozusagen, mit den Worten: Ich unterstütze das, ich unterstütze das extrem. Und zum Schluss sagt er noch: Ich unterstütze das extremst.

(André Poggenburg, AfD: Linksextrem unterstützt er das, genau!)

- Das hat er nicht gesagt. Aber das ist egal.

(André Poggenburg, AfD: Das sage ich!)

Ich kann Ihnen sagen, die Leute von Attac, die damals in der Mittelstraße Musik gemacht haben, haben so grottig gespielt,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

dass ich die gebeten habe, zu Hause weiter zu üben. Das haben sie dann wohl auch eingesehen und haben damit aufgehört.

Ich bringe es also noch einmal auf den Punkt. Wir sollten, egal welche Ausprägung, ob „Hasi“ jetzt ein gutes oder schlechtes Beispiel ist,

(Heiterkeit bei der CDU und bei der AfD)

sehen, dass sowohl Links- als auch Rechtsextremismus bei uns im - -

(Oliver Kirchner, AfD, lacht - Heiterkeit bei der CDU und bei der AfD)

Also, „Hasi“

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Hier ist er! - Heiterkeit bei der CDU)

heißt Hafestraße 7.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Das war aber während der Diskussion nicht immer der ganzen Welt klar!)

Also, wir sollten sowohl dem Extremismus von linker als auch von rechter Seite hier in diesem

Hause mit Macht und möglichst geschlossen entgegneten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Bönisch, ich kann nur soweit sagen: Darüber, ob wir hier über eine kommunale Entscheidung beraten, kann man strittiger Meinung sein. Aber dieses Haus ist ausdrücklich dazu da, den Ministerpräsidenten zu beurteilen. Also hätten Sie sich dafür nicht entschuldigen müssen.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Alles klar, alles gut.

So, Herr Striegel. - Es gibt eine Frage. Das hatte ich jetzt nicht gesehen. Herr Bönisch, es gibt noch mehrere Fragen. Es würde sich lohnen, nach vorn zu gehen.

(Bernhard Bönisch, CDU: Die Zeit ist fortgeschritten; ich glaube, ich kann nichts weiter beitragen! - Zurufe: Oh!)

Herr Tillschneider hatte sich auch gemeldet? - Dann hat jetzt erst, wie immer, Herr Tillschneider das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Na ja, schade, dass Sie nicht mehr antworten. Aber es ist so: Die CDU inszeniert sich immer so als die goldene Mitte zwischen den Extremen, als der Weisheit letzter Schluss.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das sind wir! - Eva Feußner, CDU: Sehr gut!)

Das sei Ihnen gegönnt. Diese Inszenierung sei Ihnen ja gegönnt. Ich gönne es Ihnen ja. Ich gönne Ihnen dieses Selbstbild von Herzen.

Aber Sie haben auch gesagt, es gibt in diesem Haus linksextreme und rechtsextreme Politiker. Die Linksextremen lassen wir einmal. Die Rechtsextremen würden mich interessieren. Ich beziehe das nämlich naiverweise auf mich. - So.

(Frank Scheurell, CDU: Das würde niemand sagen! - Weitere Zurufe von der CDU - Zuruf: Doch!)

Also korrigieren Sie mich. Wenn Sie mich nicht gemeint haben - aber ich will es konkretisiert haben -, dann ziehe ich meine Frage sofort zurück. Aber wenn Sie mich gemeint haben sollten, dann würde ich doch gern wissen, weshalb und genau aus welchen Gründen ich ein böser Extremist sein soll,

(Frank Scheurell, CDU: Sind Sie doch gar nicht!)

der also irgendetwas macht, was im Rahmen dieser Diskussionskultur irgendwie nicht mehr geht,

(André Poggenburg, AfD: Noch nicht! Eigentlich sagen Sie, dass er Sie nicht gemeint hat!)

was den Rahmen überschreitet.

(Unruhe - Bernhard Bönisch, CDU: Ich würde doch antworten wollen!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ja, Herr Bönisch, dann machen Sie mal.

(Unruhe)

Bernhard Bönisch (CDU):

Ich möchte doch wenigstens etwas dazu sagen, und ich bin dann auch bereit, Fragen zu beantworten, wenn meine Formulierungen so missverständlich waren. Falls ich gesagt haben sollte, dass es hier im Haus links- und rechtsextreme Politiker gibt, dann nehme ich das ausdrücklich zurück. Ich wollte sagen, hier im Haus gibt es Unterstützter rechts- und linksextremer Politik. Und das vermute ich nur und weiß ich nicht einmal.

(Unruhe bei der AfD)

Aber ich kann das ja mal so konstatieren.

(Zustimmung von der CDU)

Ich habe nicht gesagt, es gibt hier linksextreme und rechtsextreme Politiker. Und wenn, dann war das ein Versehen, und dafür würde ich mich entschuldigen wollen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt jetzt noch eine Nachfrage von Frau Quade. - Sie haben das Wort.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Herr Bönisch, es ist schön, dass Sie Fragen beantworten, weil ich in der Tat eine zu Ihrer Rede habe, und zwar zu der Passage zum Niedergang der DDR. Verstehe ich Sie richtig, dass Sie sagen, die DDR ist letztlich auch an zu viel individuellen Freiräumen

(Frank Scheurell, CDU: Nein!)

und am Leistungsgedanken zugrunde gegangen?

(Oh! bei der CDU)

Wenn ich Sie falsch verstehe, erklären Sie mir bitte noch einmal, was sozusagen die Parallele zum Niedergang der DDR ist.

Bernhard Bönisch (CDU):

Frau Quade, der Mangel zur Leistungsbereitschaft war es und das, was Sie den jungen Leuten erzählen, die müssen nichts leisten, die müssen nur machen, was sie wollen, sie können so leben, wie sie wollen, wir bezahlen das schon.

(Matthias Büttner, AfD: Ja!)

Nein, wenn man sich etwas leisten will, sich einen Freiraum leisten will, dann muss ich den auch bezahlen und kann nicht sagen, bezahlt ihr mir mal meine Freiräume, ich muss ja nichts leisten dafür.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Oliver Kirchner, AfD: Das wird ja immer schlimmer!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Striegel das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bönisch, bisher bin ich immer davon ausgegangen, dass die DDR vor allem am zivilen Ungehorsam zu Ende gegangen ist, und das war auch gut so, dass sich da Menschen nicht an Buchstaben von Gesetzen gehalten haben, sondern auch gefragt haben, was in einer bestimmten Situation notwendig ist.

(André Poggenburg, AfD: Ja!)

Es gilt ausdrücklich auch für Demokratien und Rechtsstaaten, dass es Punkte gibt, in denen auch nicht legale Tätigkeiten legitim sein können. Über die Frage muss man reden.

(Ulrich Thomas, CDU: Nein! - Zurufe von der CDU: Nein)

- Doch, das gilt ausdrücklich.

(Tobias Rausch, AfD: Pfui! - Zuruf von der AfD: Genau das! - Weitere Zurufe von der AfD)

Aber reden wir doch erstmal über das, worüber hier heute gesprochen wird. Ich meine, drei von fünf Rednern sind Stadträte. Damit zeigt sich schon sehr deutlich: Die Debatte gehört in den Stadtrat von Halle und eigentlich nicht in den Landtag, weil sie eine kommunalpolitische Entscheidung betrifft.

(Tobias Rausch, AfD: Genau hierher, Sie sind einer der Unterstützter!)

Wenn wir jetzt anfangen, Nachbarschaftsstreitigkeiten hier im Landtag zu behandeln, dann haben wir sehr, sehr viel zu tun. Ich glaube nicht, dass

uns das weiterbringt. Aber wir werden über die Frage „Hasi“ reden, weil sie heute angesprochen worden ist. - Klar.

Ohne Zweifel, es ist eine Besetzung.

(Guido Heuer, CDU: Und damit kriminell!)

Aber diese Besetzung fand statt, weil das Gebäude mehr als zehn Jahre lang leer stand

(Eva Feußner, CDU: Das ist doch kein Grund!)

und Eigentum - -

(Daniel Rausch, AfD: Das kann doch nicht wahr sein! - Weitere Zurufe von der AfD)

- Sie müssen sich nicht so aufregen.

(Unruhe bei der AfD)

- Jetzt kommen Sie doch mal wieder runter. Was hatten Sie denn heute zum Frühstück?

(Oliver Kirchner, AfD: Das kann doch nicht wahr sein! - Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie mal ganz kurz, Herr Striegel. - Es mag ja die Möglichkeit geben, seine innere Empörung zum Ausdruck zu bringen. Aber es muss trotzdem möglich sein, dass derjenige, der hier vorn steht, auch redet. Ansonsten kommen wir hier nicht weiter. Insofern möchte ich Sie darum bitten, den Lärmpegel etwas nach unten zu schrauben. - Machen Sie weiter.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Gut. Also noch einmal: Das Gebäude stand mehr als zehn Jahre lang leer, und es ist richtig, dass Leute, die nach Freiräumen in dieser Stadt suchen und keine finden, sagen, das kann nicht sein; denn das steht auch im Grundgesetz. Darin steht nicht nur, die Gesetze sind einzuhalten, sondern da steht auch, Eigentum verpflichtet. Und ich meine, dass auch das einen legitimierenden Tatbestand darstellen darf.

(Zurufe von der AfD)

Wir haben natürlich die Situation, dass es am nächsten Tag nicht Anzeigen hagelte, sondern dass nach kurzer Zeit eine Duldung durch den Eigentümer hergestellt wurde

(Unruhe bei der AfD)

und wir noch knapp eine Woche später zu einem Nutzungsvertrag gekommen sind. Ich meine, dass damit dem Recht zunächst einmal Genüge getan ist und dass seitdem auch durch diejenigen, die dort in dem Gebäude sind, die nicht dort wohnen - das ist eine Lüge, die Sie hier verbreiten -, also durch diejenigen, die dort in diesem Gebäude

tätig sind, das Gebäude eher gewonnen hat, weil die Substanz bewahrt wurde, weil dafür gesorgt wurde, dass es nicht weiter verfällt, ja, weil es sogar Verbesserungen am Bestand gab.

Es gab vom ersten Tag an Gespräche durch diejenigen, die dort im Gebäude waren. Es gab Rundgänge und Nachbarschaftscafés. Die „Hasi“ ist seitdem ein Ort für Soziokultur und jugendliche Subkultur. Die „Hasi“ heißt „Hasi“. Sie heißt eben nicht „Hassi“, wie die AfD hier suggerieren will. Das ist eine Verleumdung und wird auch nicht dadurch wahrer, dass man Lügen immer wieder vorträgt.

(Oh! bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD: Das erzählen Sie einmal Herrn Tullner!)

Die „Hasi“ ist - das zeigt auch ein Blick auf das Programm - auch kein Ort des Linksextremismus. Was macht die „Hasi“ seit anderthalb Jahren? - Ich nehme einmal wirklich nur Beispiele: Capoeira, Jam-Sessions, Theater-Gruppe, Seminare zur kritischen Ökonomie, Gesellschaftskritik, Nachbarschafts- und Lesecafé, offener Garten, Selbsthilfwerkstatt, Sprachkurse, Kinder- und Jugendarbeit, Nähwerkstatt, Seminare, Fotolabor und Siebdruckwerkstatt. Sie sehen schon an dieser Aufzählung: Da passiert etwas.

(Oliver Kirchner, AfD: Dann wird die CDU-Zentrale beschmiert!)

Wenn Sie sich anschauen - - Die CDU-Zentrale ist nicht von der „Hasi“ beschmiert worden. Oder kennen Sie die Täter? - Dann gehen Sie doch bitte zur Polizei und tragen Sie Ihre Erkenntnisse dort vor. Wenn Kriminalität aufgeklärt werden kann, hilft das uns allen.

(Tobias Rausch, AfD: Ihr wollt es doch gar nicht aufklären, ihr unterstützt es noch!)

Bitte helfen Sie den Sicherheitsbehörden.

Und jetzt schauen wir uns an, was da also alles im Einzelnen passiert: internationale Begegnungen, thematische Abende zur Befreiung der schwarzen Bevölkerung in den USA und die „Hasi“ in Kooperation mit den Franckeschen Stiftungen sowie mit den Kloppstock-Literatur-Tagen. - Alles sehr, sehr linksextreme Events, keine Frage.

Wenn ich mir das so anschau, dann wird mir aber eines klar: Die „Hasi“ und diejenigen, die dort aktiv sind, verkörpern all das, meine Herren von der AfD, was Sie vehement ablehnen.

(André Poggenburg, AfD: Kriminell, genau!)

Die streiten dort für eine offene Gesellschaft und für Verständigung. Und damit können Sie nichts anfangen. Das ist klar, und daher rührt ihr Hass auf die „Hasi“. Die „Hasi“ wird bedroht. Sie wird bedroht durch diejenigen, die ihr keine Perspek-

tiven geben wollen. Ich meine, das ist nicht unproblematisch.

Ich meine, es sind viele Fragen zu klären, von der Frage der Altlasten auf dem Grundstück, über den Denkmalschutz bis hin zur notwendigen Lösung der Konflikte mit einzelnen wenigen Nachbarn. Es geht eben nicht um 180 oder 300, wie gern kolportiert wird. Nach meiner Information geht es um zwei, drei oder vier Leute, die im direkten Umfeld konkrete Probleme haben. Ich meine, dass man über diese konkreten Probleme sprechen und zu Lösungen kommen muss. Ich finde: Der Landtag ist nicht der richtige Ort dafür. Probleme bespricht man am Tisch miteinander. Dafür sind solche Tische da. Das sollte man vor Ort tun.

(Eva Feußner, CDU: Das sind Probleme, die jeder andere Eigentümer vor Ort hat!)

- Ja. Das sind Probleme, die jeder Eigentümer vor Ort hat. Genau so sollten wir damit auch umgehen. Genau so sollten wir die auch lösen, nämlich durchs Gespräch.

(Zuruf von Eva Feußner, CDU)

Die „Hasi“ ist aber auch bedroht durch Drohung und Gewalt. Ich meine, Sie sind doch öfter auf der „Ein-Prozent“-Facebook-Seite als ich. Dann lesen Sie dort einfach mal nach, was dort so für Kommentare aus den letzten zwei Tagen sind.

(Zuruf von der CDU: Nö!)

Dort gibt es explizite Drohungen auch gegen die „Hasi“, auch auf der Seite von Kontrakultur. All solche Dinge sind Sachen, die nicht akzeptabel sind. Ich meine, da sind unsere Sicherheitsbehörden genauso in der Verantwortung wie dafür, dass heute Polizeiautos vor dem „Identitären“-Haus in Halle in der Kuckhoff-Straße stehen. Es muss, wenn die „Hasi“ bedroht wird, auch einen Schutz derjenigen geben, die dort arbeiten. Es ist ganz klar, dass wir entsprechend tätig werden müssen.

Die „Hasi“ hat unsere Unterstützung als soziokulturelles Projekt. Wir werden bössartige Verleumdungen, wie sie hier und auch an anderen Stellen geschehen sind, nicht einfach hinnehmen.

Ich will - das kann ich jetzt nicht auslassen - dann doch ein paar Sätze zu der Frage sagen, wo Gefährlichkeit herrührt. Die „Hasi“ ist jedenfalls nicht für Gewalt verantwortlich. Die „Hasi“ ist nicht für Sachbeschädigung verantwortlich. So etwas ist immer abzulehnen.

(Zurufe von der AfD)

Aber ich sage sehr klar: Wir haben in diesem Land eine Notwendigkeit, uns mit Formen politisch motivierter Gewalt aller Couleur auseinanderzusetzen und dagegen klar Position zu be-

ziehen. Das werden wir als GRÜNE auch immer tun. Aber ich sage auch - da vertraue ich in dem Fall mal dem Verfassungsschutzbericht des Landes ganz deutlich -: Die größte Gefahr geht vom Rechtsextremismus aus.

(Eva Feußner, CDU: Ach!)

- Ja. Das habe nicht ich gesagt, das hat der Verfassungsschutz gesagt. Das tut mir jetzt leid, Frau Feußner. Dann müssten Sie beim Innenminister noch mal vorsprechen.

(Zuruf von Eva Feußner, CDU)

An der Stelle will ich ganz deutlich sagen: Wir als GRÜNE werden mit dafür sorgen, dass die Bedrohung durch den Rechtsextremismus in diesem Land abnimmt.

Die „Hasi“ bleibt, der „Hasi“ auch. Davon gehe ich aus. Dafür werden auch wir GRÜNE weiter kämpfen.

(Unruhe bei der CDU - Zurufe von der AfD)

Ich bin fest davon überzeugt, dass es gelingt, die Probleme rund um das Haus zu lösen, allerdings nicht hier, sondern im Stadtrat von Halle und in den kommunalen Gremien der Stadt. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Striegel, es gibt eine Vielzahl von Auskunftsbedürfnissen an Ihre Person. Ich beginne in der Reihenfolge der Wortmeldungen. - Da geht es zuerst los mit Herrn Büttner.

Matthias Büttner (AfD):

Herr Striegel, ich muss ganz ehrlich sagen, es ist haarsträubend, wenn man hier Ihre Einstellung zum Recht - und das als rechtspolitischer Sprecher - und Ihre Interpretation des Rechtsstaats hört. Ich möchte Ihnen zuerst sagen, dass der Unterschied zwischen den beiden genannten Häusern - einmal Ihrer tollen „Hasi“ und einmal dem „Ein-Prozent“-Haus - daran liegt, dass „Ein-Prozent“ Besitzer dieses Hauses ist bzw. dieses Haus gekauft worden ist. Das Haus der „Hasi“, diese Kommune wurde einfach gekapert, genommen; man hat sie einfach besetzt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang mal fragen, ob es tatsächlich Ihre Meinung ist - ich kann das fast gar nicht glauben, aber Sie werden es mir noch mal sagen -, dass sich, wenn ein Haus, was ja definitiv einen Besitzer hat, zu lange leer steht, dann jeder dieses Hauses annehmen

darf, der der Meinung ist, er kann es gebrauchen. Das ist also Ihre Auffassung? Ist das richtig?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Striegel, Sie hätten jetzt die Chance zu antworten.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Büttner, ich glaube, ich habe vorhin nicht nur nicht gesagt, dass Besetzungen okay sind, sondern ich habe vorhin, glaube ich, gesagt, wenn Sie mir richtig zugehört haben, dass nicht - -

(Ulrich Sigmund, AfD: Was haben Sie denn nun gesagt?)

Ich habe ja Zeit.

(Heiterkeit und Zurufe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Nein, auch nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Zwei Minuten.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Wir haben die Situation, dass eine Tat, die illegal ist, trotzdem legitim sein kann. Um diesen Prozess geht es an der Stelle. Wenn jemand sein Haus zwölf Jahre lang verkommen lässt, ist das selbstverständlich legitim. Es geht gegen das gesunde Rechtsempfinden,

(Zuruf)

es geht gegen mein Rechtsempfinden, wenn das Grundgesetz nicht mehr angewandt wird,

(Zurufe von der CDU und von der AfD)

das Eigentum auch verpflichtet. Dass wir in Europa Rechtskonstruktionen haben, wenn Sie Ihr Haus verfallen lassen und jemand anderes daherkommt und sagt, ich setze das wieder instand, dann haben Sie sogar einen Rechtsanspruch an diesem Haus erworben.

(Zurufe von der CDU und von der AfD)

- Ja. Gucken Sie in andere europäische Länder und machen Sie mal den Blick weit auf: „Eigentum verpflichtet“.

(Zurufe von der CDU und von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Wenn Herr Büttner noch eine Frage hat, war es das bei der AfD.

(Matthias Büttner, AfD: Eine Nachfrage!)

- Ich lasse jetzt nur noch eine zu.

Matthias Büttner (AfD):

Das will ich.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ja, dann machen Sie.

Matthias Büttner (AfD):

Herr Striegel, ich muss konstatieren: Was Sie hier ausführen, ist ein Schlag in das Gesicht jedes Immobilienbesitzers in diesem Land. Es ist ein Schlag in das Gesicht jedes Häuslebauers in diesem Land. Und, worauf ich hinaus will: Wenn ich mir Ihre Interpretation des Rechts anhöre, bin ich ganz stark an einen Reichsbürger erinnert; das muss ich mal so sagen.

(Beifall bei der AfD)

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Nein, Herr Büttner, ich nehme das Grundgesetz ernst und sage: Eigentum verpflichtet, und wer sein Eigentum verkommen lässt, versündigt sich auch an uns allen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei und Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt kriegen wir uns alle mal wieder ein; sonst muss ich die Debatte an dieser Stelle abbrechen. Es haben sich als Nächstes gemeldet - -

(Unruhe bei der AfD)

Wie gesagt, es gibt zwei Nachfragen aus der AfD.

(Unruhe bei der AfD)

- Kriegen wir es jetzt mal in den Griff?

(Unruhe bei der AfD - Ulrich Siegmund, AfD: Nee! Es stimmt so einfach nicht!)

- Ich möchte das jetzt gern weitermachen; denn es gibt noch mehrere Wortmeldungen. Wenn wir allerdings nicht mehr in der Lage sind, uns gegenseitig zuzuhören, bzw. Fragen stellen, um die Antworten dann nicht zu hören, macht das keinen Sinn, dann können wir an dieser Stelle abbrechen.

(Zurufe)

Es gibt eine ganze Reihe von Wortmeldungen aus der CDU-Fraktion. Als Erstes der Kollege Scheurell. Er hat jetzt das Wort.

Frank Scheurell (CDU):

Mein lieber Kollege Striegel, den kontrapunktischen Satz hat sicherlich Johann Sebastian Bach zur Perfektion geführt. Im Concordia-Diskurs, sehr

geehrter Herr Striegel, also im streitenden Einklang, sollten Sie darüber hinaus nicht vergessen, dass Sie als rechtspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion bitte dem Unrecht - - Auch wenn ich Ihre Argumentation sicherlich aus Ihrer Sicht vielleicht nachzuvollziehen vermag: Das gibt Ihnen nicht das Recht, Unrecht zu Recht machen zu wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Darum, Herr Striegel, bitte ich Sie. Sonst wären Sie an der Stelle als Parlamentarier eine Fehlbesetzung Ihrer Fraktion. Dem wollen wir doch nicht Vorschub leisten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Hoch verehrter Kollege Scheurell, ich habe nicht Recht zu Unrecht gemacht,

(Zuruf von der AfD: Doch!)

sondern ich habe auf legitimes versus illegales Verhalten verwiesen und habe gesagt,

(Ulrich Siegmund, AfD: Nee!)

dass es rechtfertigende Tatbestände geben kann,

(Ulrich Siegmund, AfD: Nee!)

und habe auf den Auftrag des Grundgesetzes verwiesen.

(Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD)

- Selbstverständlich gibt es die. - Ich habe auf den Auftrag des Grundgesetzes verwiesen: Eigentum verpflichtet.

(Unruhe bei der AfD)

Wir wollen uns doch nicht darüber streiten, ob dieser Satz im Grundgesetz steht.

(Unruhe bei der AfD - Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann machen wir weiter. Es hat sich Herr Gürth gemeldet.

Detlef Gürth (CDU):

Verehrter Kollege Striegel, es war eigentlich eine Verständnisfrage. Aber Sie haben das jetzt schon ziemlich deutlich klar gemacht, dass Sie als Mitglied des Rechts- und Verfassungsausschusses dieses Hauses Rechtsbruch mit einer politischen und moralischen Begründung verteidigen.

Ist Ihnen als Rechtspolitiker bewusst, dass politisch-moralisch begründete Verdrehung und Aus-

legung geltenden Rechts regelmäßig Wesensmerkmal von Diktaturen ist,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zuruf von der SPD: Genau!)

dass Sie damit vielleicht den Spaten in die Hand nehmen, mit dem man die Grube für einen Rechtsstaat zumindest in der öffentlichen Diskussion mit ausheben könnte? - Man muss das ja abstrahieren.

Wenn man das mal auf die Spitze treibt: Da ist eine Immobilie. Die gehört mir nicht. Ich eigne sie mir durch Nutzung illegal an und begründe das damit: Die stand leer, wird nicht genutzt, Artikel 14 GG. Wenn ich das genauso abstrakt, ich sage mal, zuspitze, um es irgendwie zu legitimieren, könnten wir auch sagen: Herr Striegel fährt für sechs Wochen in den Urlaub nach Merseburg. Der braucht dann seine Immobilie nicht. Ich kenne eine ganze Reihe von Künstlern, die haben manchmal keine Unterkunft. Jetzt gehe ich mit meinen Freunden von der Punkband XY in das Haus Striegel, der die Immobilie nicht braucht; ich eigne sie mir also an, weil er sie nicht nutzt.

(Zurufe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Gürth, wir haben es verstanden. Zwei Minuten sind um.

Detlef Gürth (CDU):

Man kann das - -

(Zurufe von der AfD)

- Nein. Man muss es abstrakt sehen und muss es auch zuspitzen.

(Zurufe von der AfD)

Insofern bitte ich darum, noch mal darüber nachzudenken.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Gürth, die Redezeitbegrenzung ist eine ganz konkrete Festlegung, keine abstrakte Vorgabe. - Herr Striegel hat jetzt das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ja, man muss es abstrakt sehen. Aber die Juristerei kennt die Notwendigkeit, das Abstrakte auf das Konkrete anzuwenden. Ich glaube, da liegt des Pudels Kern.

Selbstverständlich, Herr Kollege Gürth, stimme ich mit Ihnen darin überein, dass eine solche moralische Überhöhung sozusagen ein Kennzeichen von Diktaturen ist und nicht Rechtsstaaten auszeichnet.

Aber: Ich habe hier nicht dem Unrecht das Wort geredet, sondern habe auf die Umstände verwiesen. Ich habe auch durch einen nochmaligen kurzen Rekurs auf die Geschichte der „Hasi“ deutlich gemacht, dass dieser Gedanke offensichtlich auch bei dem Eigentümer eine Rolle gespielt hat, als er nach fünf Tagen gesagt hat, ich dulde das, und nach noch einmal zehn Tagen nach meiner Erinnerung gesagt hat, ich legalisiere das durch einen vorläufigen Nutzungsvertrag. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt. Wir haben es hier mit einem Eigentümer zu tun, der gesagt hat: Ja, das ist in dieser konkreten Situation für mich zu rechtfertigen. Ich glaube, über diese Frage muss auch gesprochen werden, wenn man über abstrakte Dinge redet. - Vielen herzlichen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende der Debatte angelangt. - Für die AfD-Fraktion hat Abg. Herr Raue als Einbringer noch einmal angemeldet, ein Redebedürfnis für drei Minuten zu haben.

Alexander Raue (AfD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will die Gelegenheit doch nutzen, meinen Redebeitrag von vorhin noch zu Ende zu bringen.

(Oh! bei der CDU)

Es sind eigentlich nur zwei Absätze, die aber ganz wichtig sind,

(Zuruf von der CDU)

wie wir soeben erfahren haben. Ich habe nämlich geendet mit diesem Absatz: In der AfD haben Sie einen starken Partner gegen linken Terror. Und nun: Wir sind gespannt, in welcher Form Sie sich unserer Kritik am Vorgehen der Hausbesetzer und der Linksterroristen anschließen, diese Art der Rechtsanmaßung verurteilen und zur Aufklärung beitragen. Wir hoffen, dass Sie nicht wieder in ihre alten Relativierungsmuster verfallen und gegen jegliches Bürgerverständnis ein von der AfD angesprochenes real existierendes Problem verniedlichen. Frei nach dem Motto: Im Kampf gegen die AfD sind auch die linken Bösen die Guten.

Das, meine Damen und Herren, wollte ich eigentlich vorhin noch abschließend sagen. Mir fehlte da die Zeit. Wir haben, glaube ich, anschließend wohl gemerkt, woher hier im Parlament, besonders auf der linken Seite, der Wind weht.

Aber ich will die Zeit vor allen Dingen nutzen, um mich bei Herrn Stahlknecht für die Klarstellung zu bedanken - so habe ich das tatsächlich nicht erwartet -, dass eben linksradikale Selbstjustiz die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats auch zerstört.

Herr Bönisch, auch bei Ihnen möchte ich mich bedanken. Sie unterstützen mit Ihren Worten im

Prinzip unser Anliegen. Das ist auch ein wichtiges Anliegen in unserer Stadt.

(Zuruf von Bernhard Bönisch, CDU)

- Genau.

Herr Schmidt, Sie wünschen sich Freiheit und Vielfalt. Das wünschen wir uns auch. Wir stehen auch ein für Freiheit und Vielfalt.

(Zuruf: Ach!)

Aber die endet bekanntlich eben genau dort, wo die Freiheit des anderen eingeschränkt wird; das müssen Sie doch alle mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Sie funktioniert eben in Gesellschaften am besten in einem von allen akzeptierten Rechtsrahmen. Diesen fordern wir ein.

Frau Quade, Sie haben sich natürlich genau so präsentiert wie erwartet:

(Heiterkeit bei der AfD - Zuruf von der LINKEN: Wie?)

Ein Gebäude öffnen und nicht besetzen.

Für mich ist es eine Erstürmung gewesen. Sie haben es mit dem schönen Wort „öffnen“ wieder relativiert. Es war genauso anzunehmen; das ist ganz klar. Es gibt selbstverständlich einen Vertrag. Nach der sogenannten Öffnung gab es einen Vertrag, und zwar einen erzwungenen Vertrag; denn die Stadt Halle konnte und wollte sich diese Bilder, die ihr angedroht wurden, einfach nicht leisten. Im Prinzip kann man den Oberbürgermeister auch verstehen, weil der erst einmal Zeit gewinnen wollte. Das normale Vorgehen wird in Bayern praktiziert.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue, das ist Ihr letzter Satz.

Alexander Raue (AfD):

Dort wird das Haus durch die Polizei geräumt. Und so muss es auch sein.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Damit sind wir am Ende der Debatte angelangt. - Nun gibt es noch eine Wortmeldung von Herrn Bönisch. Nun gut, Herr Bönisch.

Bernhard Bönisch (CDU):

Danke für Ihre Großzügigkeit, Herr Präsident. Ich wollte nur klarstellen, damit Herr Raue nicht in dem Irrtum befangen bleibt, ich würde sein An-

liegen unterstützen. Ich unterstütze mein Anliegen und das der CDU-Fraktion.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn es dieser Klarstellung bedarf, dann ist das in Ordnung. Wir sind am Ende der Aktuellen Debatte über dieses Thema angekommen.

Ich rufe nun auf

Tagesordnungspunkt 6 c

Aktuelle Debatte

Insektensterben: dramatisch still

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/2006**

Es wurde folgende Rednerreihenfolge vereinbart: GRÜNE, AfD, DIE LINKE, CDU und SPD.

Bevor Frau Lüddemann das Wort bekommt, verabschieden wir leider schon wieder die Schülerinnen und Schüler des Fallstein-Gymnasiums Osterwieck. Ich hoffe, es war eine interessante Debatte für euch und ich hoffe, dass ihr noch einen interessanten Tag habt.

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt hat Frau Lüddemann zu dem Thema Insektensterben das Wort. Ich befürchte nicht, dass es dramatisch still bleiben wird.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident, ich hoffe das auch. - Eine der größten Tageszeitungen bzw. Wochenzeitungen hat gerade erst getitelt: Dramatisch still, auch in der Politik. - Ich sehe, dass es in einigen Fraktionen tatsächlich wenig Interesse an dem Thema gibt.

Nichtsdestotrotz will ich meiner Aufgabe, der ich als grüne Fraktionsvorsitzende sehr gern nachkomme, das Wort reden und denjenigen eine Stimme verleihen, die es nicht selbst tun können.

Es passt ganz gut, dass Katrin Budde vorhin sehr eindrücklich an die Anfänge dieses Landes erinnert hat. Es ist tatsächlich sehr lange her, nämlich 27 Jahre. Die Studie, die uns veranlasst hat, diese Aktuelle Debatte heute zu führen, ist sogar noch älter.

Bevor dieses Land wiedergegründet wurde, haben sich viele engagierte Menschen, auch im Rahmen des Ehrenamtes, auf den Weg gemacht und haben gesagt, wir starten diese Langzeitstu-

die - sie ist über 30 Jahre gelaufen -, um endlich belastbares Material für die These des Artensterbens zusammenzutragen.

Ich hatte bereits erwähnt, dass nicht nur Profi-, sondern auch Hobbyforscherinnen und -forscher in 63 Naturschutzgebieten Insektenfallen aufgestellt haben. Ich finde, das ist ein bemerkenswertes bürgerschaftliches Engagement, dem man in diesem Hohen Hause aus auch einmal Beifall zollen sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Die Fallen befinden sich hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Das Ergebnis sollte alle aufhorchen lassen. Wenn man die Rezeption in der Medienlandschaft sieht, dann haben sich tatsächlich viele erschrocken.

Im Mittel ist die Menge an Fluginsekten um ca. 80 % zurückgegangen. An dieser Stelle sollten alle Alarmglocken schrillen. Stellen Sie sich vor - einige von Ihnen sind schon in der Mittagspause, manche warten noch auf die Mittagspause -, Sie bekämen von Ihrem sonst gut gefüllten Teller Essen nur 20 %. Das heißt, es fehlt eine dramatische Menge. Genauso ist es mit den Insekten. Wenn früher vier Insekten vorhanden waren, dann ist jetzt nur noch ein Insekt vorhanden.

Nun sollten uns diese wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr überraschen. Wir haben erst im Rahmen des letzten Plenums darüber geredet, dass 73 % der Wildbienenarten in Sachsen-Anhalt gefährdet oder bereits ausgestorben sind. Wir reden eigentlich - ich glaube sagen zu können, seitdem wir GRÜNEN im Parlament sind - regelmäßig darüber. Ich bin sehr froh, dass uns jetzt nicht nur gefühlte Befunde vorliegen.

Sie alle kennen das: Wenn man vor zehn oder 20 Jahren mit dem Auto gefahren ist, dann war hinterher die Windschutzscheibe stark von Insekten verschmutzt und man musste viel schrubben, um sie wieder abzubekommen. Wenn Sie heute über die Autobahn fahren, dann stellen Sie fest, dass kaum noch Insekten an der Scheibe kleben, weil schlicht und ergreifend nicht mehr so viele Insekten unterwegs sind, die man zu Tode fahren kann.

Die aktuell diskutierte Studie bringt noch weitere Erkenntnisse zutage, die aus unserer Sicht den Handlungsdruck noch deutlich dramatisieren; denn das starke Insektensterben war unabhängig vom untersuchten Ökosystem festzustellen, ob Heide, Sandmagerrasen, Waldränder oder Ödland.

Auch der Einfluss der Witterung hat darauf keinen signifikanten Einfluss. Bei beinahe 30 Jahren Be-

obachtungsdauer reichen ein feuchter Sommer oder ein kalter Winter nicht als Erklärung aus. Die Ursachen hierfür sind noch nicht zu 100 % quantifizierbar, aber wenn uns die Grundlagen unseres Ökosystems nicht wegbrechen sollen, dann müssen wir schnell und konsequent in den bereits bekannten und beschriebenen Bereichen handeln. Wir müssen den Insekten Lebensraum sowie Nahrung bieten, und wir müssen sie weniger bekämpfen.

Die Bedeutung von Insekten auf unser tägliches Leben ist für viele heute wenig sichtbar, aber dadurch nicht weniger existenziell. Sie sind die artenreichste Tiergruppe. Ohne sie ist kein gesundes Ökosystem denkbar. Vom Bestäuben der Pflanzen und der Regulierung von Schädlingen profitieren wir alle. Gleichzeitig dienen Insekten vielen Tieren als Nahrungsgrundlage.

Ein eklatantes Insektensterben bedeutet auch weniger Fische, weniger Frösche, weniger Eidechsen, Vögel und Säugetiere. Wenn eine Brücke, um das für einen anderen Bereich deutlich zu machen, von acht Pfeilern getragen wird und sechs davon wegbrechen, dann bricht die Brücke ein, nur mit dem Unterschied, dass uns dies im Fall der Brücke nicht wundert, aber bei den Insekten stehen jetzt alle da und wundern sich.

Bereits im Jahr 2009 bezifferte ein Artikel im „Ecological Economics“ den Wert der Bestäubung weltweit auf dreistellige Milliardenbeträge jährlich. Nun kennen Sie mich, ich bin nicht unbedingt ein Fan davon, alles in Dollar oder Euro zu messen, aber wenn es der Veranschaulichung dient und wenn es dazu dient, mehr Menschen mitzunehmen und sich auf dieses Feld zu begeben, Artensterben ernst zu nehmen und die riesige Aufgabe als solche zu erkennen, dann ist auch das sinnvoll.

Vielleicht hilft es, wenn ich klar mache, welche Feldfrüchte ohne Bestäubung drastisch zurückgehen würden, nämlich Kirschen, Äpfel, Mandeln, Tomaten, Kürbisse oder Erdbeeren. Stellen Sie sich vor, sie würden diese Früchte nicht mehr in Ihrer Küche finden oder sie wären schlicht und ergreifend auch für Parlamentarier unbezahlbar, die einen weitaus größeren Geldbeutel haben als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Wir erleben schon jetzt - ich hatte in einer anderen Aktuellen Debatte bereits darauf hingewiesen -, wie sehr die Apfelpreise steigen. Das ist dramatisch und das wird für jeden in diesem Land spürbar werden.

Es gibt Studien, die nachweisen, dass die immer stärkere Intensivierung und die Monotonisierung der Landwirtschaft zu immer größeren Feldern und dazu führen, dass Feldränder, Heckengehölze, Brachen und Grünland immer weniger wer-

den, auch hier in Sachsen-Anhalt. Wenn wir diese Lebensräume und Nahrungsquellen von Insekten reduzieren, dann braucht es kein Biologiestudium, um zu verstehen, was dann folgt.

Der erhöhte Einsatz von Chemikalien als eine der großen Ursachen für den Insektenrückgang wurde im „Science Magazine“ wissenschaftlich belegt.

Die Autorinnen und Autoren der Studie vermuten sogar, weil ihre Fallen in Naturschutzgebieten standen, dass der Befund in der „normalen“ Welt noch weitaus dramatischer ist und dass es auf diesen Feldern noch weitaus stiller ist.

Bei meinen Besuchen bei Imkern vor Ort habe ich erlebt, dass sich die Bienen in der Stadt mittlerweile weitaus wohler fühlen als auf den Feldern, weil es sich manche Städte durchaus leisten können, Blumen etc. zu pflanzen und Bäume zu haben, die blühen, sodass dort noch mehr Leben ist als auf dem Land.

Wenn man sich allerdings vor Augen führt, dass in Deutschland pro Jahr 500 t Pestizide an Privatleute verkauft werden, wenn man sich vorstellt, dass Steine und Kies Garten und Blumen auch in privaten Gärten ersetzen, dann ist die Vorstellung, glaube ich, nicht mehr weit, dass die Insekten bald auch in den Städten verstummen werden.

Ein weiterer negativer Effekt sind die vielen Lichtquellen, also die Lichtverschmutzung. Vor zehn Jahren haben viele darüber gelacht. Heute sagen viele, dass sie sich auch als Person geschädigt fühlen, weil sie an sich gesundheitliche Schäden feststellen, wenn es nie richtig dunkel wird.

Die Insekten aber werden von den Lichtquellen angelockt, verglühen direkt oder umschwirren diese Lichtquellen so lange, bis sie erschöpft sterben. Laut eines Berichtes im „Wissenschaftsmagazin“ sterben in Deutschland pro Nacht auf diese Weise eine Milliarde Insekten.

Nun will ich mich nicht weiter in apokalyptischen Szenarien ergehen - das könnte man noch weiter treiben; denn es gibt viele Belege dafür -, sondern will noch ein paar Vorschläge machen.

Bleiben wir beim Licht. Abgeschirmte Lampen, die wenig Licht nach oben oder zur Seite streuen, oder Spektralfarben sind eine gute Wahl. In vielen Fällen kann man die Beleuchtung auch ganz reduzieren, nicht nur aus Energie- und Kostengründen, sondern auch wegen der Insekten.

Urban Gardening wäre eine Möglichkeit, auch in den Städten, in den urbanen Gestaltungsräumen, wieder Blühpflanzen entstehen zu lassen. Meine Fraktion hat sich daran aktiv beteiligt. Wir haben am Dienstag am rückwärtigen Eingang des Landtages Krokusse gepflanzt. Daran können sich im Frühjahr alle erfreuen, nicht nur die Insekten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Hause kann man viel tun. Man kann Schädlingsbekämpfung mit Brennesselsud vollziehen statt mit der Giftspritze. Man kann statt Kirschlorbeer besser Hainbuchen pflanzen; denn in dieser Pflanze fühlen sich unsere heimischen Insekten wohl. Man kann Blühhecken anlegen, damit Insekten Nahrung und Unterschlupf finden.

Das Laub sollte, damit würde man auch wiederum zwei Fliegen, um im Bild zu bleiben, mit einer Klappe schlagen, konservativ zusammengekehrt und in einer Ecke gelagert werden. Man sollte nicht noch zusätzlich eine akustische Luftverschmutzung verursachen und das Laub durch die Gegend pusten.

Last, but not least ist mehr Ökolandbau wesentlich.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Auch im Zusammenhang mit dem Thema Insektensterben zeigt sich immer wieder eindrucksvoll, wie wichtig es ist, unser im Koalitionsvertrag vereinbartes Ziel von 20 % Ökolandbau an der Gesamtfläche der Landwirtschaft zu erreichen.

In der konventionellen Landwirtschaft gibt es noch Potenzial zur Reduzierung des Pestizideinsatzes. Die Erzeugerinnen und Erzeuger dazu zu motivieren ist Aufgabe der Politik, aber auch informierter Konsumentinnen und Konsumenten.

Die nächste Bundesregierung muss dezidiert den Schlingerkurs der letzten Bundesregierung beenden und sich glasklar gegen Glyphosat und Neonicotinoide und andere Insektengifte aussprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen weniger Pestizide. Zudem muss die Flächenversiegelung ein Ende haben; denn dadurch wird wertvoller Lebensraum zerstört. Ein effektives Mittel wären mehr Naturschutzgebiete - darüber wird in unserem Land diskutiert - und die Vernetzung bestehender Biotope.

Jetzt hätte ich Ihnen gern noch mehr Vorschläge gemacht, aber ich sehe, dass meine Redezeit für heute, für den Moment, zu Ende geht. Deswegen kann ich nur noch einmal für diejenigen, die nicht ganz so aufmerksam zugehört haben, beispielsweise einige Abgeordnete in der ersten Reihe, sagen: Die Situation ist dramatisch. Aber man - - Na ja, ich kann es Ihnen ja nachher noch twittern. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. Sie haben aber noch eine Chance. Herr Geisthardt bietet Sie Ihnen. - Herr Geisthardt hat jetzt das Wort.

Ralf Geisthardt (CDU):

Liebe Frau Kollegin Lüddemann, ich möchte Ihre Redezeit gern etwas verlängern. Ich gebe Ihnen in vielen Dingen recht. Aber wenn ich mir die Umgebung ansehe, in der ich wohne, und ich wohne nicht im urbanen Bereich, dann fühle ich mich von Maisfeldern eingemauert. Dort gibt es über Hunderte von Hektar hinweg Maisfelder, Maisfelder, Maisfelder. Wir wollen an dieser Stelle nicht über die Wildschweine oder Ähnliches reden, sondern es geht um die Biomasse.

Ich kann mich gut daran erinnern, dass gerade Ihre Partei sehr darauf gedrungen hat, die Biogaserzeugung zu propagieren und möglichst sehr weit auszuführen. Das ist für viele Bauern eine gute Verdienstmöglichkeit. Aber was können wir denn konkret tun, um diesem Zustand etwas abzuwenden? - Wir haben diesen Zustand mittlerweile in beinahe allen Bundesländern; das ist nicht allein ein Problem in Sachsen-Anhalt. Können Sie sich vorstellen, dass die GRÜNEN davon abrücken und sich dafür einsetzen, die Biogaserzeugung etwas zurückzufahren?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank für die Frage. Dann kann ich darauf in der Tat noch einmal eingehen. Das ist ja die Richtung, die wir schon beschreiten und die wir auch nicht allein beschreiten, wofür wir Partnerinnen und Partner gewonnen haben.

Die Biomassekraftwerke - fragen Sie einmal die Landwirtinnen und Landwirte -, dazu haben wir einen harten Diskurs, weil sie nämlich sehr darauf setzen. Für sie ist es ja auch eine einfache Geschichte. Du hast so ein großes Monofeld. Das erntest du ab. Dann hast du Biomasse, bekommst dafür Geld und hast ein gesichertes Einkommen.

Wir sind in einen harten Diskurs gegangen, um jetzt zu sagen, wir müssen auch an der Stelle nachsteuern.

Ein wesentlicher Punkt ist - ich gehe davon aus, dass die Ministerin in ihrer Zuständigkeit auch darauf eingehen wird -, dass wir in Sachsen-Anhalt zum Beispiel gesagt haben, das sogenannte Blühstreifenprogramm ist ein wesentlicher Punkt für uns, um eben das eine zu tun und das andere nicht zu lassen.

Grundsätzlich, wie gesagt, wir sind auf dem Weg. Dabei sind wir bei Ihnen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt noch eine Nachfrage. - Na dann mal los, Herr Geisthardt.

Ralf Geisthardt (CDU):

Nur eine. - Liebe Frau Kolleginnen Lüddemann, würden Sie mir wenigstens insofern zustimmen, als damit eine gewisse Büchse der Pandora aufgemacht worden ist und es jetzt schwer ist, sie wieder zuzubekommen?

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Nein.

(Matthias Büttner, AfD: Nein! - Weitere Zuerufe von der AfD: Nein!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. In Ordnung.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Nein. Es ist mit allen neuen Dingen so. Man muss erst einmal einen Weg gehen,

(Tobias Rausch, AfD: Kein Schaden!)

um eine Technik zu fördern. Jetzt muss man sie regulieren. Dadurch ist doch kein Schaden entstanden. Das sind doch alles Dinge, die man sehr schnell wieder zurückführen kann. Das ist in gegenseitigem Verständnis jetzt unser Ziel.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Dann hätten wir die Einbringung vollbracht. Jetzt kommt für die Landesregierung die Ministerin Frau Prof. Dr. Dalbert.

Bevor Frau Dalbert das Wort bekommt, begrüßen wir ganz herzlich - vielleicht passt es gerade zu diesem Tagesordnungspunkt wie der Deckel auf den Topf - Damen und Herren des Kleingärtnervereins Morgenland in Arendsee. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute im Landtag über ein hoch brisantes Thema. Ich denke, dies ist allen, die die Medien in den letzten Wochen verfolgt haben, klar geworden. Deswegen will ich gleich vorwegnehmen: Beim Insektensterben handelt es sich keinesfalls um ein Fach- oder gar Nischenthema. Es ist die zentrale Zukunftsfrage der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Letztlich - das sage ich auch sehr klar - ist es eine Überlebensfrage der Menschheit. Deswegen finde ich es schade, dass das Hohe Haus, wenn wir über eine echte Menschheitsfrage diskutieren, deutlich lich-

ter besetzt ist, als wenn wir über ein kommunales Problem der Stadt Halle diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Andreas Höppner, DIE LINKE, und von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Die vorliegenden Zahlen zum Insektensterben sind hoch dramatisch - man kann es gar nicht anders sagen. Um mehr als 76 % nahm die Biomasse von Insekten in 63 Untersuchungsgebieten, die in NRW, Rheinland-Pfalz und Brandenburg lagen, seit dem Jahr 1989 ab - um 76 %! Der Rückgang war am größten im Hochsommer. Hier lag der Verlust sogar bei 82 %. Dies ist deswegen so schlimm, weil die meisten Insekten im Hochsommer aktiv sind und wichtige Funktionen erfüllen. Dieser Negativtrend ist keineswegs gestoppt, sondern läuft nach den uns bisher vorliegenden Zahlen unvermindert weiter.

Die genannten Zahlen liegen einer Studie des internationalen Forschungsteams zugrunde, zusammengesetzt aus Forschern aus den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland. In dieser Studie wurden die Ergebnisse einer früheren Studie des Nabu über den Rückgang von Fluginsekten bestätigt.

Wir hatten die Nabu-Studie, also die Vorgängerstudie, als Thema im Rahmen einer Expertenanhörung im Mai 2017 auch im Ausschuss für Umwelt und Energie.

(Zustimmung von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Wir haben sie dort bereits umfangreich erörtert. Von den eingeladenen Wissenschaftlern wurde das Insektensterben grundsätzlich nicht infrage gestellt. Das heißt, die Forschung liefert uns tragfähige Ergebnisse, auf die wir nun politisch reagieren müssen, meine Damen und Herren.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Schon lange!)

Die Frage ist: Warum ist das mit den Insekten so wichtig? - Dazu müssen wir uns die Folgen des Insektensterbens vor Augen führen. Wenn es unbremst weiterginge, dann hätten wir im Jahr 2030 nahezu keine Insekten mehr. Ich sage Ihnen ganz klar: Das wäre eine Katastrophe, eine Katastrophe für die Artenvielfalt, aber auch für die Menschheit, das heißt für uns alle. Insekten sind von zentraler Bedeutung für die Ökosysteme. Das wird von vielen Menschen leider aus Unkenntnis nicht wahrgenommen.

Zuallererst ist hierbei natürlich die Bestäubung von Pflanzen zu nennen. Insekten leisten damit einen sehr wichtigen Beitrag zur Lebensmittelversorgung des Menschen. Es gibt keine Äpfel, Birnen oder Pflaumen ohne Bienen. Es geht aber

nicht nur um die Bienenarten. Es geht auch um Wespen, Schmetterlinge, Motten, Käfer, Fliegen. Alle sie erfüllen diese wichtige Funktion. Denken wir nur an Doldenblütler wie die Mohrrübe.

Daneben sind Insekten an Zersetzungsprozessen von Biomasse beteiligt, sodass dem Boden Nährstoffe zugeführt werden und die natürlichen Nährstoffkreisläufe nicht stocken. Das heißt, die Insekten leisten einen wichtigen Beitrag für die Fruchtbarkeit von Böden.

Ameisen wiederum sammeln und verteilen Samenkörner und sind so auch aus dem Ökosystem Wald nicht wegzudenken.

Schließlich dienen Insekten auch einer Vielzahl anderer Tiere als Nahrungsgrundlage. Vögel, Frösche, Eidechsen sind auf Insekten angewiesen.

Der spürbare Rückgang von Insekten hat auch - davon dürfen wir sicher ausgehen - einen negativen Einfluss auf diese natürliche Nahrungskette.

Zu dieser Entwicklung passt auch eine aktuelle Datenauswertung des Nabu, welcher auf einen deutlichen Rückgang von Vogelbrutpaaren in Deutschland hinweist. Demnach haben wir bundesweit seit dem Jahr 2005 rund 12,7 Millionen Vogelbrutpaare verloren. Es gelingt uns zwar, seltene Vogelarten zu stabilisieren, weil wir darauf einen Fokus legen, also auf den Kranich oder auf den Seeadler, aber die „normalen“ Vögel sterben uns weg.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns deswegen fragen, welches die Gründe für den Insektenrückgang sind. Dazu will ich gleich vorweg sagen, wir dürfen uns nicht im Kreis drehen. Wir müssen eindeutige Hinweise wahrnehmen. Wir dürfen sie nicht leugnen und infrage stellen; denn das hilft uns nicht weiter. Das hat uns bekanntlich auch beim Klimawandel nicht weitergeholfen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, von Hendrik Lange, DIE LINKE, und von Silke Schindler, SPD)

Es gibt ausreichende Hinweise darauf, dass die Intensivierung der Landwirtschaft in den letzten 30 Jahren einen entscheidenden Anteil am Insektenschwund hat. Beispielsweise hat dies der Bund vor mehr als zwei Jahren auch hoch offiziell bestätigt.

In dem im Februar 2015 vom Bundeskabinett beschlossenen Indikatorenbericht 2014 zur nationalen Strategie der biologischen Vielfalt wurde der Zustand der Natur in Deutschland durch Indikatoren bewertet. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass die Änderung der Landwirtschaftspolitik sehr wichtig ist, um die Biodiversität und damit auch die Insektenvielfalt zu erhalten.

Es gibt zahlreiche Untersuchungsergebnisse und Veröffentlichungen, die zu ähnlichen Ergebnissen kamen: von der Otto-Stiftung der Bericht zur Lage der Natur, vom Sachverständigenrat zu Umweltfragen und viele mehr.

Welches sind nun die Gründe? - Ein Punkt ist der Einsatz chemischer Mittel, der negativ auf die Insekten und andere Tiere wirkt. Ich spreche hier ganz allgemein von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln. So führte zu häufiges Düngen zu einem Überangebot von Stickstoff, was ungünstig für viele blühende Pflanzen ist und nur das Wachstum von bestimmten Gräsern fördert.

Bezüglich der Pflanzenschutzmittel will ich nur beispielhaft den Einsatz von Glyphosat und hochwirksamen Insektiziden wie die Neonikotinoide nennen.

Es sind auch die fehlenden Landschaftselemente. Die Landschaftselemente sind der Hort der Artenvielfalt. Sie fehlen häufig, sind verloren gegangen. Der letzte Zentimeter, in dem eigentlich ein blühender Ackerrand sein könnte, wird für die Landwirtschaft genutzt. Wir haben rückläufige Bestände an Streuobstwiesen und Alleen, auch zu häufige Mahd oder Mahd zum falschen Zeitpunkt oder die Verinselung von Rückzugsflächen für Insekten.

In der aktuellen Studie zum Insektenrückgang haben gerade Luftbildvergleiche gezeigt, wie sich die Landnutzung in der Nähe der Untersuchungsstandorte intensiviert.

All das kann nicht ohne Folgen bleiben. Zu intensiv genutzte Agrarlandschaften reduzieren die Nahrung der Insekten und zerstören ihre Lebensräume.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja, das ist richtig! Aber es interessiert nicht viele!)

Was folgt für uns als Politik daraus? - Es zeigt sich eindeutig: Wir haben beim Insektensterben einen hohen politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedarf. Wir sind auch in vielen Bereichen aktiv. So fördert mein Haus den Ökolandbau. Wir haben uns als Landesregierung verpflichtet, 20 % erreichen zu wollen. Bis dahin ist es vom Status quo von 4,7 % noch ein langer Weg. Wir können aber feststellen, wir sind auf der richtigen Straße; denn im Jahr 2018 werden 17 000 ha zusätzlich ökologisch bewirtschaftet werden, also ein Drittel mehr.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Eine andere Maßnahme meines Hauses ist die Förderung von Streuobstwiesen. Streuobstwiesen sind ein wichtiger Rückzugsraum für viele seltene Tier- und Pflanzenarten und damit auch Insekten.

Wir fördern auch Blühstreifen, Blühflächen, Schonstreifen. Ich kann sagen, das Programm wird von

den Landwirten und Landwirtinnen mittlerweile sehr gut angenommen. Auch hier werden wir im nächsten Jahr einen Zuwachs von 3 300 ha haben. Das entspricht einem Zuwachs von 128 % gegenüber diesem Jahr, 128 % mehr Blühstreifen und Blühflächen in Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ebenso positiv entwickelt sich die Förderung von Dauergrünland mit den entsprechenden Umweltauflagen wie dem Verzicht auf mineralische Düngemittel oder Mahdvorgaben, was dem Insektensterben gleichfalls entgegenwirkt.

Auf die Imkerei, die wir sehr intensiv fördern, will ich jetzt nicht eingehen. Das habe ich zu einem anderen Zeitpunkt bereits ausführlich getan.

Es ist aber auch klar, dass das allein nicht reichen wird. Wir brauchen die Unterstützung auf bundes- und europapolitischer Ebene. Vor allem bei der EU-Agrarpolitik ist im Hinblick auf die Förderpolitik ein Kurswechsel nötig, um den Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt zu gewährleisten.

Wir müssen unter diesem Gesichtspunkt auch über eine vernünftige Umschichtung von Fördergeldern für die Landwirtschaft noch intensiver nachdenken. Das ist auch meine Erwartung an die neue Bundesregierung. Hier ist die neue Bundesregierung in der Pflicht.

(Zustimmung von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Auch unsere Landwirte haben natürlich Verantwortung. Ich sage aber auch sehr klar: Es liegt im ureigensten Interesse unserer Landwirte und Landwirtinnen, hier umzusteuern. Ihnen muss daran gelegen sein, dass die Agrarpolitik umsteuert, damit sie auch ihren Kindern und den künftigen Generationen Einkünfte aus ihren Betrieben sichern können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und von Silke Schindler, SPD)

Es mag lapidar klingen, aber ohne Insekten gibt es keinen Ertrag.

Ich erwarte von der Bundes- und Europapolitik auch ein weiteres Umsteuern bei der Frage des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Ein endgültiges Verbot von Glyphosat ist dabei nur ein, aber ein wichtiger Schritt.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich festhalten: Wir müssen die vorliegenden Studien sehr, sehr ernst nehmen. So, wie es ist, kann es nicht weitergehen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es geht eben nicht nur um ein paar Schmetterlinge, Motten oder sonstige Insekten, sondern es

geht um das Weiterbestehen ganzer Ökosysteme. Diese zu bewahren, das sind wir unseren Kindern und Enkeln und auch der Natur schuldig. Deswegen müssen wir hier in unserer Politik umsteuern. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und von Siegfried Borgwardt, CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir können nunmehr in die Debatte der Fraktionen eintreten. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Loth.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen und -innen!

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Was war das denn?)

Der Titel dieses Debattenthemas „Dramatisch still“ wäre das Ende eines in vollem Lauf befindlichen Szenarios, an dem es eine Vielzahl von Insektenarten unserer Kulturlandschaft nicht mehr oder nicht mehr in der Fülle geben würde.

Dazu gehört auch die Ordnung der Orthoptera, für den einen eine Plage, für die anderen Nahrungsmittel, für uns schützenswert. Ich trage daher ein Gedicht von Alfons Pillach vor: „Belohnung einer Heuschrecke“:

„Sie sprang sehr hoch und furchtbar weit, sie war die beste ihrer Zeit. Sie sprang mit einem Riesenschwung, und meisterhaft war jeder Sprung. Sie sprang Rekorde, doch wie schade, sie kam nie zur Olympiade. So blieb sie lang, vom Glück verhöhnt, trotz großer Weiten ungekrönt. Zum Schluss sprang sie in Sperlings Wohnung und dort bekam sie die ‚Belohnung‘.“

Ja, das Insektensterben ist dramatisch. Ja, die Folgen für die vom Insektenschwund betroffenen Arten in der Nahrungskette sind dramatisch. Und ja, die Folgen für das Ökosystem sind ebenfalls dramatisch. Und schuld ist, wie im Fall unserer Heuschrecke, nicht der Sperling. Die Situation von Haus- und Feldsperling ist nämlich ebenfalls dramatisch. Das wäre an der Stelle zu einfach gedacht.

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bleiben wir bei „dramatisch“. Denn auch Ihr Antrag zur Aktuellen Debatte ist dramatisch. Der, verglichen zu dem von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Niedersachsen vom 6. Juni 2017, wirkt wie ein verirrter Tagfalter, der in einen Regenguss geraten ist.

Wieder einmal ist Ihnen die Komplexität der Problematik aus der Hand gegliedert. Und wieder kön-

nen Sie nur Ihrem Standardfeindbild frönen, der hier vermuteten Landwirtschaft als Verursacher. Schade!

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das stimmt nicht!)

- Lesen Sie den Antrag. - Mit dieser Vorgehensweise helfen Sie weder den Insekten noch den Vögeln, sondern Sie fördern selbst die Stille, und zwar die Stille der Kommunikation mit den Betroffenen und den Landwirten.

Denn Ihr dramatischer Eingriff in die Landwirtschaft, die unsere Landwirte in Ihre Energieplanwirtschaft gezwungen hat, der hat zu einer dramatischen Veränderung unserer Kulturlandschaft geführt. Sie haben die schönen Brachen der EU-Politik und die Zerschlagung der DDR-Produktionsstrukturen mit einer Unmenge von Steuergeldern eher unbeabsichtigt zu einem Artenparadies werden lassen, in einem dramatischen Kreislauf aus Raps, Mais und Intensivgrünland mit geradezu blasphemischem Ansatz auf den weltbesten Böden zur Erzeugung von Nahrungsmitteln eine weltweite Energiewende eingeleitet.

(Tobias Rausch, AfD: Genau so ist es!)

Nun, Ihre Kollegen in Niedersachsen sind da bereits zielführender. Sie haben es immerhin geschafft, neben acht Hauptforderungen noch 17 Nebenforderungen aufzumachen, die den Ursachen des Artenrückgangs bei den Insekten entgegenwirken sollen. Unter anderem - nun hören Sie bitte gut zu, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich zitiere aus Ihrem Antrag der Kollegen aus Niedersachsen:

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Die haben doch keinen Antrag!)

weiterhin Forschungsprojekte zu unterstützen, die dazu dienen, meist als Substrat für Biogas kurz- und mittelfristig durch unterschiedliche Wildpflanzen und andere Kulturen zu ergänzen bzw. setzen zu können, um zu einer vielfältigen Fruchtfolge zu kommen.

Ich denke, Frau Ministerin, bis auf den Zeitrahmen, der auch sofort angepasst werden müsste, stimmen Sie diesem sicher zu.

Nun müssen wir uns aber damit beschäftigen, warum aus der niedersächsischen Vielfalt und der bekannten Menge an Faktoren, die tatsächlich das Insektensterben verursachen, in Sachsen-Anhalt die Verursacherfaktoreneinfalt herrscht und Ende Oktober mit Beginn der allgemeinen Ei-, Larven- und Puppenruhe sich im Landtag mit einer Studie beschäftigt wird, die der Entomologische Verein Krefeld bereits 2013 veröffentlicht hat.

Denn nach dieser Veröffentlichung der ehrenamtlichen Entomologen herrschte erst einmal - -

(Zuruf von den GRÜNEN)

- richtig: Stille. Dramatische Stille.

Dann gab es 2015 und 2016 weitere Veröffentlichungen Entomologischer Vereine zu einzelnen Insektengruppen, dem „stummen Frühling“ und im Umweltausschuss des Bundestages im Januar 2016 die Vorstellung der Krefelder Ergebnisse im Untersuchungsausschuss durch den Nabu.

Am 18. Juli 2017 erfolgte dann die Antwort des Deutschen Bundestages in Form der Drs. 18/13142 zur Anfrage einzelner Abgeordneter und der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Insekten in Deutschland und Auswirkungen ihres Rückgangs“.

Also, irgendwie, liebe Kolleginnen und Kollegen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt, haben Sie offenbar den Anschluss in dieser Genese der politischen Kenntnisnahme des Insektensterbens etwas verpasst. - Aber „verpasst“ hatten wir gestern schon; Herr Minister weiß Bescheid.

Nachdem nun das Wort Insektensterben quasi in aller Munde ist, senden Sie einen dramatischen Hilferuf an das Parlament. Ja, warum machen Sie das denn nun eigentlich? Es gibt doch eine grüne Umweltministerin. Oder herrscht in Ihrer innergrünen Kommunikation bereits etwa dramatische Stille?

(Olaf Meister, GRÜNE: Aktuelle Debatte!)

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, keine Angst, wir bleiben nicht still und wir helfen Ihnen gern, und zwar mit einem alternativen Insekten-Schutzprogramm, gerichtet an das immer noch grüne Umweltministerium.

Frau Ministerin, die AfD-Fraktion fordert Sie auf, folgende Punkte unverzüglich umzusetzen:

Erstens. Sachsen-Anhalt benötigt einen der Vielfalt der Lebensräume angepasstes Insektenmonitoring, und zwar nicht, wie üblich, durch nicht bezahlte ehrenamtliche Arbeit von unseren Naturschutzvereinen, sondern durch EU, Bund und flankierende Landesmittel finanziert.

Denkbar wäre auch ein System, das auf den Indikatorarten der einzelnen Insektengruppen beruht, adäquat dem Brutvogelmonitoring. Das wäre dann endlich einmal bundesweit vergleichbar.

Zweitens. Stoppen Sie den Ausbau der Windenergie. Sie ist mit den über 3 000 Windrädern mit verantwortlich für den Schreddertod von Insekten und damit auch für den Schreddertod von Fledermäusen, die den Insekten in die tödlichen Rotoren folgen.

(Zustimmung von Andreas Mrosek, AfD)

Alle 25 deutschen Feldermausarten sind gefährdet. Sie wissen das, Frau Ministerin. Die dramatische Stille im Ultrabereich haben auch Sie mit zu verantworten.

Drittens. Lassen Sie den Einfluss der Lichtverschmutzung auf die Mortalität der Insektenarten in Sachsen-Anhalt wissenschaftlich untersuchen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Viertens. Entbürokratisieren Sie das Förderprogramm zu Blühstreifen und der Anlagen von Feldhecken und Gehölzen weiter. Evaluieren Sie die Breite und die Lage der Blühstreifen im Hinblick auf die Insektenvielfalt und somit auch auf den Erfolg des Programmes. Denn nur viel Mittel auszuschenken reicht am Ende vielleicht doch nicht, wenn wir nicht wissen, was herauskommt.

Fünftens. Brachen müssen wieder attraktiv gefördert werden, da auch sie durch ihre Fruchtfolge und durch die vegetationslosen Stellen direkte Lebensräume für Insekten und deren Futterpflanzen darstellen.

Sechstens. Es müssen verstärkte Kontrollen der Bau- und Fachmärkte durchgeführt werden, welche Pflanzenschutzmittel an private Personen abgegeben werden. Dort tun sich große unkontrollierte Lücken auf.

Die Zerstückelung der Schutzgebiete ist zu beenden und die Umsetzung eines landesweiten Biotopverbundsystems, das auch den Anforderungen der nicht aktiv wandernden Insekten gerecht wird, muss eingerichtet werden.

Werte Frau Ministerin, Sie haben gehört, es gibt viel zu tun. Packen wir es an!

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. Deswegen hat Herr Lange jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Lange sagt was!)

- Herr Lange, wenn Sie etwas zu sagen haben, dann kommen Sie nach vorn. Hier haben Sie ein Mikro, dann verstehen wir Sie alle.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Hendrik Lange, DIE LINKE: Alles gut!)

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Ich rede auch nach der zweiten Oppositionsfraktion. Da bin ich gern flexibel.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Insekten und Blütenpflanzen verbindet eine Koevolution

über Jahrtausende hinweg, insbesondere die Bienen spielen dabei eine große Rolle. Die gemeinsame Entwicklung der Erdgeschichte bedingt dabei die große Abhängigkeit voneinander. Ohne Bestäuber werden die Blütenpflanzen nicht befruchtet, ohne genügend Blütenpflanzen können die Bestäuber nicht leben.

Diese gegenseitige Abhängigkeit ist von hoher Bedeutung für den Schutz der Biodiversität, aber eben auch für die Nutzung von Pflanzen und besonders der Bienen in der Landwirtschaft. Der Mensch hat durch seine intensive Nutzung der Natur eine hohe Verantwortung. Der Verlust von Biodiversität schlägt unmittelbar auf die eigene Existenz zurück.

Meine Damen und Herren! Ich habe den Einstieg bewusst so gewählt wie meine Kollegin Hildebrandt in der letzten Sitzung, denn die Debatten sind eng miteinander verknüpft.

Die jetzt so stark diskutierten Befunde zeigen, dass es eben nicht nur um unsere fleißigen Honigsammlerinnen geht, sondern um alle Insekten. Hier zeichnet sich eine ökologische Krise sondergleichen ab. Denn Insekten sind Nahrungsgrundlage für ein ganzes Nahrungsnetz, nicht nur Vögel, sondern auch Kriechtiere, Lurche, auch Säugetiere und viele andere Tierarten ernähren sich von ihnen.

Das Ausmaß des Insektensterbens und seine Wirkungen sind bereits deutlich erkennbar.

Übrigens hat der Umweltausschuss bereits im Mai - Frau Ministerin hat es gesagt - Experten zu diesem Thema angehört. Das war übrigens ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. Und ohne diese Anträge der Fraktion DIE LINKE und eine solche gute Debatte, die wir heute führen, wäre bei der AfD immer noch Stille zu diesem Thema.

(Beifall bei der LINKEN)

Das will ich auch mal sagen.

Wenn man sich das Protokoll durchliest, fällt auf, dass die Ministerin bereits in dieser Debatte von einer Studie aus NRW berichtet hat, die einen bis zu 80-prozentigen Rückgang der Biomasse an Insekten festgestellt hat. Das ist auch einmal interessant, wie die Medien darauf reagieren. Neu war es jedenfalls in der letzten Woche nur bedingt. Es besteht die Gefahr, dass es einmal einen kurzen, lauten Aufschrei gibt, aber das langfristige Bearbeiten des Themas ausbleibt.

Umso wichtiger ist es, dass Politik an dem Thema bleibt und endlich gehandelt wird, denn der stumme Frühling ist realer denn je.

Die Ministerin hat im Ausschuss von einem Rückgang der Vogelarten der Normallandschaft von bis zu 84 % gesprochen. Und selbst in Schutzgebiete

ten ist ein dramatischer Niedergang der Arten zu beobachten. Was der Verlust eines so wichtigen Bestandteils des ökologischen Netzes wie der Insekten bedeutet, lässt sich nur zum Teil beobachten und vieles wird uns noch böse überraschen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nicht umhin, uns mit den Ursachen auseinanderzusetzen, auch wenn das hier einigen nicht passt. Denn wir haben schlichtweg nicht das Recht, dermaßen fahrlässig mit der Natur umzugehen, übrigens selbst dann nicht, wenn unsere eigenen Lebensgrundlagen nicht bedroht sind. Aber das sind sie ja.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Es geht ja auch um unsere Kinder!)

Nächster Satz: Aber das sind sie ja.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja, genau!)

Und das kommt zur moralischen Verpflichtung noch dazu.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Genau!)

Meine Damen und Herren! Viele Faktoren sind sicher für das Insektensterben verantwortlich. Der Klimawandel mag einer davon sein, und das stimmt für gewisse Arten, die an unser Klima angepasst sind, ganz sicher. Wir reden hier aber von einem Rückgang der Gesamtbiomasse. Das muss andere Ursachen haben, die ziemlich sicher auch in der intensiven Nutzung der Flächen zu suchen sind. Und ja, hier ist die Landwirtschaft mitverantwortlich.

Meine Damen und Herren! In der genannten Anhörung hat Herr Dr. Wogram vom Umweltbundesamt klare Worte gefunden. Er hat klar die Verantwortung der immer intensiveren Nutzung der Flächen durch die Landwirtschaft genannt.

Die Geschichte von den spezifisch wirksamen Pestiziden ist ein Märchen. Die ausgebrachten Pflanzenschutzmittel wirken eben nicht nur auf Schadinsekten, sondern direkt oder indirekt über die Nahrungsnetze auf viele andere Arten. Insektizide und Herbizide treffen eben auch andere Arten, insbesondere wenn es Breitbandinsektizide oder -herbizide sind.

Das ist in den Habitaten wie den Ackerlebensräumen und Feldrainen genau das Problem. Die Lebensräume sind für viele Arten eben keine mehr. Deswegen sollten mehr Ausgleichsflächen geschaffen werden, auf denen ganz bewusst auf den Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden verzichtet wird.

Meine Damen und Herren! Ich gehöre nicht zu den Leuten, die den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gänzlich verbieten wollen. Diese Debatte gibt es und sie hat auch ihre Berechtigung. Ich

möchte jedoch, dass der Einsatz von Pestiziden zum letzten Mittel wird, wenn es gar nicht mehr anders geht. Zudem müssen die externen Kosten des Pflanzenschutzes internalisiert werden. Dazu kann eine Abgabe auf Pestizide dienen, die auch eine gewisse Lenkwirkung entfaltet.

Die Einnahmen sollten dann für das sogenannte Greening verwendet werden, also dem Wiedererschließen und Schaffen von Lebensräumen. Klug sollten die Agrarumweltmaßnahmen kombiniert werden. Blühstreifen an Gewässersäumen haben eben mehrere Funktionen: Gewässerschutz und den Schutz des Lebensraums und das Bieten von Lebensraum. Das gilt genauso für unsere Wälder. Auch hier könnten solche Säume dafür sorgen, dass weniger Eintrag aus den umliegenden Flächen stattfindet.

Es müssen mehr Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden und der bürokratische Aufwand darf nicht zu hoch sein. Mehr Brachflächen sind notwendig, um einen besseren Schutz der Fauna zu erreichen. Die Habitatverluste müssen zurückgehen und kompensiert werden. Habitatverbünde sollten Wanderungsbewegungen erleichtern, denn Insekten fliegen nicht ewig weit, somit können sie auch nicht weiter entfernte nutzbare Habitate besiedeln.

Unseren Städten kommt eine große Bedeutung zu, denn sie sind mittlerweile Rückzugsort für viele Arten geworden. Frau Ministerin hat ja auch das Urban Gardening genannt. Auf der anderen Seite haben wir mit der Lichtverschmutzung ein Riesensproblem an der Stelle. Es hat immer auch zwei Seiten.

Meine Damen und Herren! Ja, Forschung ist wichtig, zum Beispiel, auf welches Entwicklungsstadium von Insekten Pflanzenschutzmittel welche Wirkung haben, oder ein Pestizidmonitoring, ein Monitoring der Insekten wäre wünschenswert. Aber viele Wirkungen und Ursachen sind auch schon erkannt.

Sie müssen aber auch einmal zur Kenntnis genommen werden und wir alle müssen die Konsequenzen ziehen.

Wir haben das Kühn-Institut in Quedlinburg, die Agrarwissenschaften an der Uni und an der Hochschule Anhalt, wir haben exzellente Biowissenschaften in Halle, wir haben das iDiv, das UfZ.

Frau Ministerin, ich komme auf meinen Aufruf von gestern zurück: Lassen Sie uns diese geballte Kompetenz nutzen! Schnappen Sie sich den Kollegen Willingmann - jetzt ist er gerade nicht da; schnappen Sie ihn sich, wenn er wieder da ist - und führen Sie die Projekte zusammen, damit Politik wissenschaftsbasiert die richtigen Entscheidungen treffen kann.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Eines nehme ich aus der Anhörung ernst: Ohne Taxonomen kann man den Artenrückgang nicht einschätzen. Gerade in der Insektenforschung hat die Uni Halle eine große Tradition. Wer einmal dort ist, der kann sich die Burmeister-Sammlung ansehen - ich erliege jetzt nicht der Versuchung, von einem Naturkundemuseum zu sprechen.

Die Ausbildung von Taxonomen ist fundamental wichtig, nicht nur, weil wir längst nicht alle Arten kennen und diese entdeckt werden sollten, sondern um die ökologischen Folgen unseres Handelns zu beobachten und einzuschätzen.

Frau Ministerin, Sie haben mit Herrn Willingmann sicherlich schon über die von Herrn Prof. Moritz angesprochene unbesetzte Professur an der Uni Halle gesprochen, davon gehe ich jetzt einmal aus. - Ich sehe an Ihrem Gesicht, dass das ein wichtiges Vorhaben, eine Ihrer nächsten Handlungen sein wird.

Meine Damen und Herren! In den Bereichen, zu denen wir Erkenntnisse haben, müssen wir dringend handeln. Das Insektensterben ist real und der Niedergang vieler anderer Arten dramatisch. Das gefährdet nicht nur die Natur, sondern auch uns Menschen. Handeln wir endlich! - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt keine Nachfragen. Für die CDU-Fraktion hat der Abg. Herr Heuer das Wort.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Summ, summ, summ!)

Guido Heuer (CDU):

Bienchen, summ herum. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute reden wir über ein existenzielles Thema, nicht nur für uns Menschen. Die aktuell vorliegenden Zahlen sind erschreckend und alarmierend zugleich. Aus der bereits mehrfach genannten Studie müssen wir die richtigen, nicht aber voreilige und einseitige Schlüsse ziehen.

(Zustimmung von Eva Feußner, CDU, von Ulrich Thomas, CDU, und von Siegfried Borgwardt, CDU - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: 30 Jahre ist ja nicht voreilig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um eines gleich klarzustellen: Die CDU-Fraktion bezweifelt weder das dramatische Insektensterben noch die überragende Fleißarbeit der vielen Entomologen.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE, und von Wolfgang Aldag, GRÜNE - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Ich möchte nicht auf alle Daten, Fakten und Zahlen meiner Vorredner eingehen - Frau Lüddemann hat das bereits ausführlichst getan, die Ministerin ebenfalls -, vielmehr möchte ich auf einige Argumente eingehen. Die Ministerin hat leider sehr einseitig mit dem Finger auf die Landwirtschaft gezeigt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft hat mit Sicherheit keinen Heiligenschein, jedoch ist sie nicht für alles Böse verantwortlich.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Unsere Landwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig, der gehalten ist, seine Produktionsverfahren möglichst nachhaltig auszurichten. Wer, wenn nicht unsere Landwirtschaft, ist wirtschaftlich so stark von Insekten abhängig.

(Zuruf von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Die Landwirtschaft in Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Von einer rein ertragsorientierten Nahrungsmittelproduktion kann heute schon nicht mehr die Rede sein. Unsere Landwirte haben einen größeren Bezug zur Natur und zu deren Schutz als viele selbst ernannte Naturschützer.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Meine sehr geschätzten Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hängt wirtschaftlich mehr am Tropf von Insekten und Vögeln, unsere Landwirte oder zum Beispiel die selbst ernannten Tierretter, die im Jahr 2007 die Pelztierfarm im Jerichower Land in einer Nacht-und-Nebel-Aktion förmlich angegriffen haben? - Durch diese Aktion wurde ein irreparabler Schaden bei Bodenbrütern, vor allem an Flussläufen, angerichtet.

Vor ein paar Wochen haben wir vom Vogelsterben gesprochen. Auch damals wurde mit dem Finger auf die Landwirtschaft gezeigt. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten endlich aufhören mit der Schwarz-Weiß-Malerei.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Ja! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Deshalb habe ich doch gesagt, was wir alles selbst tun können, was wir in der Stadt tun können!)

Um einmal bei unseren Vögeln zu bleiben, Herr Aldag. Wir beklagen ein unbestreitbares Vogelsterben, aber wer von Ihnen, sehr geehrte Kollegen von den GRÜNEN und von der LINKEN, ist denn bereit, ergebnisoffen über die Ursachen zu diskutieren? - Die Ministerin sprach einseitig von der Landwirtschaft,

(Olaf Meister, GRÜNE: Nein! - Wolfgang Aldag, GRÜNE, lacht)

nur am Rande erwähnte sie den Klimawandel. Mir kommt es so vor, als ob einige hier zu viel Pipi Langstrumpf geschaut haben. Sie können sich doch im Kopf nur denken: Ich mach mir die Ökowellt, widdewidde, wie sie mir gefällt.

(Olaf Meister, GRÜNE: Nicht singen!)

Wer spricht denn über andere Ursachen des Vogelsterbens? - Wir als CDU-Fraktion haben während der Haushaltsberatungen ein Programm zur Eindämmung von invasiven Arten initiiert. Jetzt werden Lebendfallen für die Waschbären gefördert;

(Zustimmung von Andreas Schumann, CDU)

denn der Wachbär ist als Nesträuber mitverantwortlich für die rasante Abnahme einheimischer Vogelarten.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Aber doch nicht in dem Maße! Sie müssen sich mal die Studien angucken! - Hannes Loth, AfD: Lassen Sie ihn doch mal ausreden! - Weitere Zurufe von der AfD)

- Herr Lange, ich habe Ihnen auch zugehört. Hören Sie mir zu und dann können wir darüber gern in den Ausschüssen diskutieren. Ich glaube, dort gehört es dann im Endeffekt auch hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns, wie schon gesagt, ergebnisoffen über die vielfältigen Ursachen sowohl des Vogel- als auch des Insektensterbens diskutieren.

Unsere Landwirte setzen Pflanzenschutzmittel schon heute nach dem Motto „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“ ein. Ökonomische und ökologische Zwänge sowie Krisen treiben die Landwirte stets zu strukturellen Anpassungen. Heute stehen unsere Agrarsysteme so gut da wie nie zuvor. Dank Züchtung und modernster Technik gelingt es unseren Landwirten, Spitzenerträge bei immer weiter sinkenden Pflanzen- und Düngemittelaufwendungen - in Relation zum Ertrag - zu erzielen.

Die Pflanzenschutzmittelzulassung unterliegt strengsten Kriterien und die Umweltverträglichkeit von Pflanzenschutzmitteln ist so hoch wie nie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich besteht noch viel Handlungsbedarf. Aber dieses Bashing unserer Landwirte ist für uns als CDU-Fraktion definitiv nicht hinnehmbar.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD - Dorothea Frederking, GRÜNE: Das hat niemand gemacht!)

Wie eingangs schon gesagt, das Insekten- wie auch das Vogelsterben sind Tatsachen,

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ja!)

jedoch bedarf es einer tieferen Ursachenbetrachtung. Klimawandel, natürliche qualitative und quantitative Schwankungen der Bestände, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder anders mehr - es gibt viele Ursachen und dementsprechend viele Lösungsansätze.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: 80 % sind keine natürliche Schwankung!)

Die uns vorliegende Studie ist eine hervorragende Leistung, dafür kann man den Entomologen nur höchsten Respekt zollen. Jedoch kann sie nur ein erster Schritt sein. Es bedarf weiterer grundlegender Forschung, um alle Ursachen zu ermitteln.

Zum Beispiel lässt die Studie Gebiete wie unsere Städte - Frau Lüddemann sprach gerade von den Bienen in den Städten - und die Bewirtschaftungsflächen in Wald und Flur völlig außer Acht. Wir alle wissen, dass die Imkerei in den Innenstädten an Bedeutung gewinnt. Auch die Auswirkungen von Blüh- und Gewässerrandstreifen auf die Vogel- und Insektenpopulationen müssen in die Betrachtung einbezogen werden.

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie am 24. Mai 2017 sagte Prof. Dr. Gerald Moritz vom Institut für Biologie der Martin-Luther-Universität Folgendes - ich zitiere -:

„Es gibt eine Million Arten. Wir kennen von diesen Arten nicht einmal 1 %. Wir kennen von den meisten bekannten Käfern nicht einmal die Stadien; wir können sie nicht bestimmen und wir können nicht einmal sagen, welches Stadium empfindlich ist und welches durch Insektizide gefährdet wird. Vielleicht müsste man völlig umdenken, wenn man das wüsste.“

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Diese Aussage trifft doch des Pudels Kern. Bei aller Dringlichkeit geht die Qualität der Maßnahmen vor Quantität und Schnelligkeit.

Die Reise des Landwirtschaftsausschusses nach Österreich in der letzten Woche hat mir gezeigt, dass es trotz aller Meinungsverschiedenheiten in diesem Hause möglich ist, gemeinsame Lösungsansätze zu finden. Beim Thema Regionalität der Nahrungsmittel sind unsere Nachbarn uns um Lichtjahre voraus. Sie haben es geschafft, einen breiten gesellschaftlichen Konsens vom Verbraucher über den Handel bis zu den Erzeugern zu schaffen.

Fraktionsübergreifend war sich der Ausschuss darin einig, dass vieles für uns ein Vorbild sein kann. Wenn wir in der Lage sein werden, bei Land- und Forstwirtschaft ohne Ideologien vom Verbraucher her zu denken, dann wird es auch in Deutschland und in unserem schönen Sachsen-Anhalt möglich sein, diesen gesellschaftlichen

Konsens herzustellen und Umweltschutz, Wirtschaft sowie Landwirtschaft so zusammenzuführen, dass wir unseren Kindern ein Land hinterlassen, in dem sie gut und gerne leben.

Dann müssen wir uns nicht zwischen natürlichen Käfern und den Käfern aus Blech und Stahl entscheiden, sondern können uns an den einen erfreuen und die anderen freudig nutzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Frederking, Sie haben eine Frage? - Dann können Sie sie jetzt stellen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Heuer, in rund 30 Jahren ein Rückgang um rund 80 % bei der Insektenmasse! 30 Jahre ist keine lange Zeit. Innerhalb einer kurzen Zeitspanne haben sich dramatische Entwicklungen vollzogen, hat eine dramatische Reduzierung stattgefunden. Wir haben also ein Zeitproblem. Wie lange wollen Sie nach Ursachen suchen, wenn doch einige Ursachen schon ausgemacht sind?

Guido Heuer (CDU):

Sehr geehrte Kollegin Frederking, wir bestreiten doch gar nicht, dass diese Studie zum Insektensterben stimmt, aber zu einer wirklich umfassenden Betrachtung gehören auch die anderen Gebiete dazu. Dass wir parallel Maßnahmen treffen müssen, ist doch völlig unstrittig.

Zum Ökolandbau. Ich habe gerade gesagt: Wir müssen erst einmal die Nachfrage anschieben, damit wir die von Ihnen gewünschten 20 % schleunigst erreichen. Die Österreicher haben sie erreicht; sie haben aber schon im Jahr 1959 angefangen, wie wir beide in der letzten Woche erfahren haben. Das ist eine Tatsache. Nach dem EU-Beitritt Österreichs gab es noch einmal einen richtigen Schub. Die Österreicher haben es geschafft, dass die Supermarktketten eingestiegen sind, weil die Nachfrage da war.

Wir machen hier nur eines: Wir fördern punktuell Ökolandbau. Wenn wir das weiter so einseitig tun, dann sinken die Preise. Dann haben wir das nächste Problem, dann gehen die nämlich wieder zurück zur konventionellen Landwirtschaft. Das wollen wir doch wohl beide nicht.

Dass die richtige Förderung hilft, darin sind wir uns doch einig. Die Ministerin hat vorhin einige wichtige Dinge genannt: Blüh- und Gewässerrandstreifen - dazu sind wir uns einig -, Streuobstwiesen - dazu sind wir uns einig -, Gewässerrandstreifen - dazu sind wir uns einig. Wir sagen nur: ohne Enteignung.

also nicht so, wie es in Niedersachsen passiert. Darüber müssen wir reden. Dass wir nicht unendlich viel Zeit haben, Frau Frederking, darin sind wir einer Meinung. Aber wir dürfen nichts überstürzen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Das war jetzt übrigens mein Stichwort. Wir haben tatsächlich nicht unendlich Zeit und wir versuchen, das auf zwei Minuten zu begrenzen. - Herzlichen Dank, Herr Heuer.

Guido Heuer (CDU):

Danke.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jawohl. - Dann kommen wir zum letzten Redebeitrag in der Debatte. Er kommt von dem Abg. Herrn Barth von der SPD. Sie haben das Wort.

Jürgen Barth (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchaus dankbar dafür, dass sie die vor wenigen Tagen zum Insektensterben veröffentlichte Langzeitstudie des Krefelder Entomologenvereins zum Anlass genommen hat, diese Debatte hier zu beantragen.

Es ist schon beeindruckend, welche Resonanz die Langzeitstudie in renommierten wissenschaftlichen Institutionen gefunden hat und wie sie von den Medien aufgenommen wurde. So titelte zum Beispiel die „FAZ“: „75 % weniger Insekten - Wir befinden uns mitten in einem Albtraum“. Ich denke, diese Überschrift sagt alles und verdeutlicht den zwingenden Forschungs- und Handlungsbedarf.

In der Langzeitstudie wurde klar herausgestellt, dass die dramatischen Bestandseinbrüche real sind und sich über 27 Jahre hinweg mit Standardflugfallen für geflügelte Insekten klar nachweisen lassen. Ich denke, das bezweifelt in diesem Hohen Haus auch niemand.

Bei der Erhebung in 63 deutschen Schutzgebieten zwischen 1989 und 2016 ist ein Rückgang um 76 %, im Hochsommer sogar um 82 %, der Fluginsektenbiomasse festgestellt worden. Die Verluste betreffen die meisten Arten von Schmetterlingen, Bienen, Wespen, Motten und andere flugfähige Arten. Meine Vorredner gingen zum Teil schon auf diese Zahlen ein.

Meine Damen und Herren! Diese Insektenarten sind weitgehend als Bestäuber von Wild- und Nutzpflanzen tätig. Etwa 80 % der Wildpflanzen sind abhängig von der Insektenbestäubung. In-

sekten haben auch als Nahrungsquelle für unsere Vögel eine herausragende Bedeutung. 60 % unserer Vögel ernähren sich hauptsächlich von Insekten.

Der dramatische Rückgang bei den Insekten ist nicht nur ein deutsches Problem. Studien aus anderen Ländern belegen zum Beispiel, dass sich die Anzahl der Schmetterlinge zwischen 1990 und 2011 halbiert hat.

Nun wäre es natürlich wertvoll gewesen, wenn der Rückgang den einzelnen Ursachen hätte zugeordnet werden können. Dies ist leider nicht der Fall, und so gestaltet es sich schwierig, effiziente Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es besteht also dringender Forschungsbedarf, um in dieser Hinsicht verlässliche Aussagen zu erhalten.

Natürlich können wir uns nicht zurücklehnen, bis die Ergebnisse vorliegen, und die Hände in den Schoß legen. Das tun wir auch nicht. Natürlich sind wir bemüht, gerade im Hinblick auf die Erhaltung unserer Artenvielfalt geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um dem Artensterben entgegenzuwirken. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei zweifelsfrei die Anlage von Blühstreifen und Strukturelementen in der Landschaft. Die Frau Ministerin ging im Einzelnen auf die Programme ein.

Ein Ergebnis der Langzeitstudie ist auch, dass wir uns kritisch mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auseinandersetzen müssen.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Sicher, Pflanzenschutzmittel kosten Geld, und der Landwirt wird sich im Falle eines Schädlingsbefalls sicher genau überlegen, ob sich der Einsatz wirklich lohnt.

Nichtsdestotrotz verlangen die Ergebnisse der Langzeitstudie, dass die Beratung zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln deutlich verbessert werden muss. Auch müssen wir dabei überlegen, wann der Einsatz eines Insektizides wirklich gerechtfertigt ist und ob der entstehende Schaden nicht letztendlich höher ist als der vielleicht nur relativ marginal ausfallende Mehrertrag.

In diesem Zusammenhang sehe ich die Notwendigkeit, eine gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, welche Mindererträge gegebenenfalls im Rahmen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinzunehmen sind und ab welcher Größenordnung eine Entschädigung angemessen ist.

Bei der grundsätzlichen Frage des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass wir als landwirtschaftlicher Standort eine Verantwortung für die Ernährungssicherstellung tragen, die weit über die Grenzen unseres Landes hinausgeht. Ich würde entgegen-

so manchem grünen Politiker nicht dafür plädieren, auf Pflanzenschutzmittel in Gänze zu verzichten, auch nicht auf Insektizide. Denn Massenvermehrungen können ebenfalls unserer Artenvielfalt erheblich zusetzen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Da hast du recht!)

Meine Damen und Herren, wir plädieren dafür, das Thema in den Ausschüssen Umwelt und Energie sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu vertiefen. Sicher ist es dabei sinnvoll, sich wissenschaftlichen Sachverstand einzuladen und auf dem Laufenden zu bleiben. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Antrag auf Selbstbefassung in beiden Ausschüssen gestellt.

Mir bleibt eigentlich nur noch übrig, Sie alle aufzufordern, auch hier im Parlament mit am Ball zu bleiben. Auf eine ergebnisorientierte Beratung in den Ausschüssen freue ich mich. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU - Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt keine Nachfragen zu diesem Debattenbeitrag, deswegen ist damit auch die gesamte Debatte am Ende. Wir schließen hiermit den Tagesordnungspunkt 6.

Wir machen eine leichte Verkürzung der Mittagspause, weil wir schon wieder erheblich über dem Zeitplan sind. Wir treffen uns hier um 13:50 Uhr wieder.

Abgesehen davon will ich daran erinnern, dass sich jetzt der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration im Raum B0 05 trifft. - Schöne Mittagspause.

Unterbrechung: 13:02 Uhr.

Wiederbeginn: 13:51 Uhr.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 13:51 Uhr. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir um 13:50 Uhr unsere Tagung fortsetzen. Wir liegen, wie Ihnen bekannt ist, doch ein Stück weit hinter dem Zeitplan zurück.

Nun eröffne ich die Landtagssitzung nicht zum ersten Mal nach der Mittagspause, bin aber trotzdem jedes Mal nicht erfreut über die Zahl der Teilnehmenden bzw. - besser gesagt - über die Zahl der Nicht-Teilnehmenden. Trotzdem steigen wir jetzt in die weiteren Beratungen ein. Ich hoffe, dass sich die anderen Kolleginnen und Kollegen nur noch geringfügig verspäten und dann zumin-

dest die Masse der Tagesordnungspunkte weiter verfolgen können.

Wir beginnen nunmehr mit der Beratung über

Tagesordnungspunkt 13

Zweite Beratung

Keine Zwei-Klassen-Jugendhilfe für junge Geflüchtete

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1536**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - **Drs. 7/1997**

(Erste Beratung in der 30. Sitzung des Landtages am 22.06.2017)

Berichterstellerin für den Ausschuss ist die Abg. Frau Gorr. Frau Gorr, Sie haben das Wort.

Angela Gorr (Berichterstellerin):

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte - überschaubare Zahl an - Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/1536 wurde, wie eben schon vom Präsidenten erwähnt, in der 30. Sitzung des Landtages am 22. Juni 2017 bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration überwiesen. Die Fraktionen der AfD und DIE LINKE plädierten für eine Direktabstimmung über den Antrag. Mitberatende Ausschüsse wurden vom Plenum nicht eingesetzt.

Die antragstellende Fraktion sah mit der Novellierung des SGB VIII im Rahmen des am 12. April 2017 vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurfes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG) die Gefahr, dass Ansprüche und Leistungen für unbegleitete ausländische junge Menschen reduziert werden.

Der vorliegende Antrag verfolgt deshalb das Ziel, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine finanziell gut ausgestattete Jugendhilfe einsetzt, die allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die geplante Einführung von Rahmenverträgen für Leistungen für diese Zielgruppe soll verhindert werden.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat über den Antrag in der 16. Sitzung am 18. Oktober 2017 beraten. Dazu lag ihm der Entwurf einer Beschlussempfehlung der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Der Entwurf einer Beschlussempfehlung wurde vom Ausschuss mit 10 : 0 : 2 Stimmen angenommen und liegt nun dem Plenum als Beschlussempfehlung zur Verabschiedung vor.

Zum Inhalt der Beschlussempfehlung. Der Bundestag hat das KJSG am 6. Juli 2017 beschlossen. Somit bleibt nur festzustellen und zur Kenntnis zu nehmen, dass es die Empfehlung des Bundesrates vom 2. Juni 2017 gab, in § 78f SGB III einen Gleichstellungspassus aufzunehmen. Obwohl die Bundesregierung dieser Empfehlung zustimmte, wurde dieser Gleichstellungspassus vom Bundestag bei der Verabschiedung des Gesetzes nicht aufgenommen.

Im Namen des Ausschusses bitte ich, dieser Beschlussempfehlung zu folgen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Redezeituhr ist die ganze Zeit bei 5:02 Minuten stehen geblieben. Das würde ich mir für andere Beiträge wünschen, die ich hier halten darf. - Danke.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt muss ich einmal kurz überlegen. Ich glaube, die Zeit steht, weil wir für die Berichterstattung überhaupt keine Zeit festgelegt haben.

(Zuruf von Angela Gorr, CDU)

- Frau Gorr, Sie können das immer gern haben, wenn Sie Berichterstatteerin sind. Aber nur dann.

Also, wir hatten eben die Einbringung der entsprechenden Beschlussvorlage. Wir haben im Ältestenrat vereinbart, dazu keine Debatte zu führen. Deswegen kommen wir nunmehr zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung in der Drs. 7/1997. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung a) angenommen worden und wir haben b) den Tagesordnungspunkt 13 beendet.

Wir kommen nunmehr zum

Tagesordnungspunkt 14

Zweite Beratung

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose durch Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt“ im Rahmen des Sozialen Arbeitsmarktes

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/1760**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - **Drs. 7/1998**

(Erste Beratung in der 32. Sitzung des Landtages am 25.08.2017)

Berichterstatteerin ist hierzu wiederum Frau Gorr. Frau Gorr, Sie können das Privileg gleich noch einmal in Anspruch nehmen.

(Ulrich Thomas, CDU: Die Uhr steht immer noch bei 5:02 Minuten!)

Angela Gorr (Berichterstatteerin):

Mal sehen, ob die Uhr wieder geht. - Sie geht nicht.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 7/1760 wurde in der 32. Sitzung des Landtages am 25. August 2017 in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration überwiesen. Mitberatende Ausschüsse wurden vom Plenum nicht eingesetzt.

Das Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt“ ist ein neuer Baustein für den sozialen Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt. Damit soll besonders schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen die Chance gegeben werden, durch besonders niedrigschwellige Einstiegs- und Beschäftigungsmöglichkeiten wieder am Arbeitsleben teilzunehmen.

Ziel des Antrages der Koalitionsfraktionen ist es, die Landesregierung bei diesem Vorhaben politisch zu begleiten und zu unterstützen. Die Landesregierung soll zudem gebeten werden, im zuständigen Ausschuss regelmäßig über die Umsetzung und den Fortschritt des Programms zu berichten.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat über den Antrag in der 16. Sitzung am 18. Oktober 2017 beraten. Dazu lag ihm als weitere Beratungsgrundlage ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor. Dieser hatte zum Inhalt, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Landesprogramm nicht nur eine Arbeitsgelegenheit im Sinne des SGB II, sondern ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis angeboten wird. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf positive Erfahrungen im Land Thüringen mit dem dortigen Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“, kurz ÖGB. Dieser Änderungsantrag wurde bei 2 : 10 : 0 Stimmen abgelehnt.

Somit wurde der Antrag der Koalitionsfraktionen in der ursprünglichen Fassung zur Abstimmung gestellt und mit 7 : 5 : 0 Stimmen als Beschlussempfehlung an den Landtag verabschiedet, welche dem Plenum heute in der Drs. 7/1998 vorliegt.

Im Namen des Ausschusses bitte ich um Zustimmung zu dieser Beschlussempfehlung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Auch hierzu hat der Ältestenrat vereinbart, im Plenum keine Debatte zu führen. Allerdings habe ich eine Wortmeldung von Frau Hildebrandt von der Fraktion DIE LINKE vorliegen. Entsprechend unseren Regularien kann sie jetzt einen Redebeitrag halten, und zwar in einer Länge von drei Minuten. - Frau Hildebrandt, Sie haben das Wort.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann diese Beschlussempfehlung nicht ohne Debatte durchwinken, und zwar deshalb, weil dieser gesamte Vorgang zeigt, wie arrogant, kompromissunfähig und zynisch die Landesregierung agiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Arrogant, um nur ein Beispiel zu nennen: Im Burgenlandkreis wurde der Fördermittelbescheid für das Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt“ bereits am 4. September 2017 ausgereicht. Es geht also auch ohne Landtagsbeschluss.

(Zurufe von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Rüdiger Erben, SPD)

Kompromissunfähig: In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration in der vergangenen Woche haben wir mit unserem Änderungsantrag versucht, der Koalition eine Brücke zu bauen. Ich zitiere aus Herrn Krulls Rede zum Antrag vom 25. August 2017 hier im Plenum:

„Die Grundidee ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dafür sollen die entsprechenden Mittel mit dem Ziel gebündelt werden, eine sozialversicherungspflichtige Stelle zu schaffen.“

Nichts anderes stand in unserem Änderungsantrag.

(Zustimmung von Monika Hohmann, DIE LINKE)

Und ja, zynisch: Immer wieder nur Ein-Euro-Jobs, die den betroffenen Menschen, wenn überhaupt, nur kurzfristig helfen. Damit wird keine Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft und erst recht keine Altersarmut.

Wenn es Programme wie zum Beispiel „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, kurz SOTA, auf Bundesebene oder „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“, kurz ÖGB, in Thüringen nicht gäbe, würde ich Ihnen nur Einfallslosigkeit vorwerfen. So aber ist und bleibt es zynisch, immer weiter auf Ein-Euro-Jobs zu setzen.

Wir lehnen die Beschlussempfehlung ab. - Vielen Dank.

Und, Frau Gorr, die Uhr steht noch immer auf 5:02.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Hildebrandt, möglicherweise können Sie vorn stehen bleiben, weil Herr Krull sich gemeldet hat. Er hat eine Frage oder Intervention. Beides gibt Ihnen die Möglichkeit zu reagieren, wenn Sie denn wollen.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Gern.

Tobias Krull (CDU):

Eine Kurzintervention. - Erstens zur Umsetzung der heutigen Beschlusslage. Es gibt einen Landtagsbeschluss zum Haushalt, in dem das Programm steht. Also haben wir bereits eine entsprechende Beschlusslage. Das heißt, die Landesregierung hat entsprechend gesetzeskonform gehandelt.

Zweitens bezog sich meine Aussage, die Sie zitiert haben, auf den Passiv-Aktiv-Tausch, den wir als Modellprojekt mit hineinnehmen wollen. Natürlich bleibt es das erste Ziel der CDU-Landtagsfraktion, Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu generieren.

(Ulrich Thomas, CDU: Richtig!)

Aber wir müssen gleichzeitig zugeben, dass manche erst an diesen Arbeitsmarkt wieder herangeführt werden müssen.

Der letzte Punkt. Das Land hat vielfältige Programme. Einige Programme gehören auch zu der Kategorie, die Sie gern möchten, in der ausschließlich sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gebündelt oder geschaffen werden. Aber wir müssen auch der Realität ins Auge blicken. Es gibt auch Personen, die wir, wie gesagt, erst wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranführen müssen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn Sie wollen, können Sie darauf reagieren.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Ich hätte mitschreiben sollen. - Ich freue mich sehr, dass die CDU das System des Passiv-Aktiv-Transfers verstanden hat und mittlerweile auch langsam dafür zu begeistern ist. Das ist schon mal in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wir haben gerade über die Bundesebene ausreichend Programme, die, wie die Frau Ministerin immer so gern sagt, niedrighochwertig sind, wo Arbeitslose wieder an das Arbeitsleben herangeführt werden. Deswegen halten wir - und nicht nur wir, sondern auch einige Beteiligte in den Jobcentern - das Programm für unnützlich. Das ist herausgeschmissenes Geld, das wir an anderer Stelle gut gebrauchen könnten.

Es steht im Haushalt, ja. Ich habe es selbst gelesen. Aber wozu haben wir dann überhaupt den Antrag im Landtag gehabt, wenn es sowieso läuft? - Dann hätten wir den Antrag auch nicht zu stellen brauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Steppuhn.

(Andreas Steppuhn, SPD: Ich würde gern richtig reden! Geht das?)

- Gut. In Ordnung. Dann ist jetzt sozusagen der Debattenbeitrag von Frau Hildebrandt beendet. - Wir fahren in der ursprünglich nicht vereinbarten Debatte fort, indem Herr Steppuhn jetzt das Wort bekommt, ebenfalls für drei Minuten.

Andreas Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, das, was die Kollegin der LINKEN hier vorgetragen hat, kann nicht so stehen bleiben. Ich weiß auch nicht, woher Sie Ihre Erkenntnis haben, dass wir einen Landtagsbeschluss brauchen, wenn die Landesregierung etwas umsetzt, das die Landesregierung politisch auf den Weg gebracht hat, das seinen Ursprung in der Koalitionsvereinbarung hat und das sich im Haushalt unseres Landes wiederfindet. Ich glaube, dazu braucht man keinen Landtagsbeschluss.

Diesen Antrag im Landtag haben die Koalitionsfraktionen eingebracht, um das Gute an diesen Programmen darzustellen und um im Plenum die Arbeitsmarktpolitik im Land zu verdeutlichen; denn es ist nicht irgendetwas, was wir da gemacht haben.

Wenn Sie immer wieder auf Thüringen anspielen - verehrte Kollegin, vielleicht hören Sie ein bisschen zu -, dann kann man sich damit auch besser auseinandersetzen.

(Doreen Hildebrandt, DIE LINKE: Ja, ja!)

Das, was Sie anmahnen - es baut ja ein Programm auf dem anderen auf -, haben wir in der Tat gemacht. Wir hatten zunächst das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“, das sehr erfolgreich im Land gelaufen ist und womit wir sozialversiche-

rungspflichtige Beschäftigung geschaffen haben. Zudem hat es das Landesprogramm „58 plus“ gegeben, bei dem wir mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds auch sozialversicherungspflichtige Arbeit geschaffen haben. Daher haben wir das, was in Thüringen gemacht wurde, doppelt und dreifach übertroffen.

Jetzt haben wir ein Programm für Menschen aufgelegt, die es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt haben, um überhaupt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu gelangen. Das war der Ansatz der Arbeitsmarktpolitik.

Dass die Bescheide nun teilweise verteilt worden sind, ist gut. Wir hören aus den Landkreisen, dass die Programme alle gut angenommen werden. Daher, so glaube ich, wird die Landesregierung den Beweis erbringen, dass das ein sehr gutes Programm war, das auch sehr erfolgreich sein wird. Daher freue ich mich schon darauf, wenn wir die Debatte in Auswertung eines Programmes führen und wenn die Landesregierung auch Zahlen vorlegen kann, die wir dann hier diskutieren können. Im Ausschuss werden wir das ohnehin tun.

Ich denke, das neue Programm baut genau auf dem auf, was in der Vergangenheit stattgefunden hat. Daher kann man das an dieser Stelle noch nicht schlechtreden; denn es wird etwas Gutes werden. Wir werden uns damit sicherlich im Hohen Haus noch einmal beschäftigen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dazu gibt es jetzt wiederum eine Frage von Frau Hildebrandt. Diese kann sie jetzt stellen.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Es ist keine Frage, sondern nur eine Bitte. - Herr Steppuhn, hören Sie auf, Bundesprogramme, wie SOTA, mit Landesprogrammen in einen Topf zu werfen. - Danke.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir offensichtlich am Ende der Debatte angelangt und können nunmehr zum Abstimmungsverfahren kommen. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration in der Drs. 7/1998 zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das sind erwartungsgemäß die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der AfD. Demzufolge ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen worden. Wir können den Tagesordnungspunkt 14 schließen.

Wir beginnen nun mit

Tagesordnungspunkt 15

Beratung

Missbilligung der Ministerin für Justiz und GleichstellungAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1986**

Einbringerin für die Fraktion DIE LINKE ist die Abg. Frau Quade. Frau Quade, Sie haben das Wort.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Landtag ist ein kein Gerichtssaal und keine Staatsanwaltschaft.

(Jens Kolze, CDU: Richtig!)

Ein Landtag hat keine Verfahrensherrschaft in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Ihm obliegt nicht die rechtliche Würdigung des ermittelten Sachverhaltes. Er entscheidet auch nicht über den Ausgang eines Ermittlungsverfahrens. Ein Landtag kann kein Verfahren einstellen und auch keine Anklage erheben und er kann auch niemanden beauftragen, dies zu tun. Ein Landtag kann der Justiz keine Weisungen erteilen. Das ist gut so; denn das Prinzip der Gewaltenteilung gehört zu den unantastbaren Prinzipien unserer Demokratie.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Darum geht es meiner Fraktion auch ausdrücklich nicht, weder mit dem Antrag, den wir in der letzten Plenarsitzung debattiert haben, noch mit dem heutigen. Worum es aber geht, ist, dass ein Landtag eben auch nicht so tun kann, als könne bzw. dürfe er sich mit den Entscheidungen von Gerichten und Staatsanwaltschaften nicht auseinandersetzen und als ginge ihn das alles nichts an, als sei die Verantwortung für einen funktionierenden Rechtsstaat gleichsam an die Justiz abgegeben.

Meine Damen und Herren! Über die Verantwortung Sachsen-Anhalts für die Aufklärung des Todes von Oury Jalloh habe ich vor vier Wochen an dieser Stelle gesprochen, auch über die Notwendigkeit, alles zu unternehmen, was möglich ist, um zu klären, wie Oury Jalloh starb. Ich sprach auch über die Signalwirkung, die mit allem, was mit dem Verfahren um seinen Tod in einer Dessauer Polizeizelle im Zusammenhang steht, verbunden ist.

Nun zeigt sich, dass die von meiner Fraktion beantragte Unterstützung für die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission aktueller und notwendiger denn je ist. Denn am 12. Oktober 2017 teilte die leitende Oberstaatsanwältin in Halle mit, dass das Verfahren zur Ermittlung der To-

desursache von Oury Jalloh eingestellt wird, weil weitere Aufklärung nicht zu erwarten sei.

Mit dieser Entscheidung bleiben nach mehr als zwölf Jahren alle zentralen Fragen offen. Es bleiben Zweifel und Verdacht. Das zentrale Versprechen des Rechtsstaates bleibt unerfüllt, nämlich die juristische Aufklärung und Ahndung von Verbrechen. Das ist eine Entscheidung, die schwer zu verstehen ist.

Meine Fraktion beabsichtigt deshalb, Akteneinsicht im Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung zu beantragen, um die Argumentation und die Sachlage so detailliert wie möglich nachvollziehen zu können.

(Eva Feußner, CDU: Wollen Sie auch in die Entscheidung eingreifen? - Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Es ist angesichts der jetzt öffentlich gewordenen Entscheidung der Staatsanwaltschaft besonders bedauerlich, meine Damen und Herren, und es spricht zugleich Bände,

(Eva Feußner, CDU: Wollen Sie die Staatsanwaltschaft beeinflussen? Interessant! - Zuruf von Jens Kolze, CDU)

dass die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses erst im November stattfindet, weil CDU, SPD und GRÜNE die von unserer Fraktion geforderte Sondersitzung abgelehnt haben.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aufklärung über das Schicksal Oury Jallohs bleibt notwendig. Ein Mensch ist in staatlicher Obhut gestorben und es ist der Justiz nicht möglich, die Umstände aufzuklären. Das bleibt schwer erträglich.

(Eva Feußner, CDU: Es ist nicht möglich!)

Politik muss deshalb alles tun, um Aufklärungswillen nicht nur symbolisch zu zeigen, sondern auch konkret umzusetzen.

(Zurufe von der CDU und von der LINKEN)

Das Signal der aufgegebenen Aufklärung steht im Raum und es braucht eine politische Antwort. Ein Teil dessen könnte und müsste der Einsatz für die Untersuchung des Falls Oury Jalloh durch eine unabhängige internationale Expertenkommission sein. Aber darum geht es im heute hier zur Debatte stehenden Antrag ausdrücklich nicht. Worum es aber geht, ist Folgendes:

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Wir erlebten in diesem Hause in der letzten Debatte zu diesem Thema eine Justizministerin, die den Eindruck erweckte, das Verfahren laufe, die Ergebnisse seien offen und der Verfahrensausgang sei damit ebenso offen. Sie verwies in ihrer

Rede ausdrücklich auf die Antwort auf eine Kleine Anfrage meiner Kollegin Eva von Angern und mir, die nach wie vor Gültigkeit habe. Darin heißt es - ich zitiere -:

„Es ist nunmehr Aufgabe der Staatsanwaltschaft, sämtliche im Verfahren gefertigten Gutachten nochmals sorgfältig zu prüfen, abzugleichen und sodann zu entscheiden, ob mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einem bestimmten Geschehensablauf ausgegangen werden kann und ob dieser Ablauf weitere strafrechtliche Ermittlungen rechtfertigt.“

Frau Ministerin Keding sagte weiter:

„Dementsprechend wird die mit den Ermittlungen beauftragte Staatsanwaltschaft Halle nach Abschluss der Ermittlungen zu entscheiden haben, ob und in welcher Weise die Öffentlichkeit über die maßgeblichen Gründe ihrer Entscheidung unterrichtet wird. Wird dabei die Verantwortlichkeit einer bestimmten Person für den Tod Oury Jalohs ermittelt, gehört zu den dann zu treffenden Entscheidungen auch die über eine Entschädigung der Hinterbliebenen für das von ihm erlittene Leid.“

Was die von meiner Fraktion geforderte unabhängige Kommission leisten könne, was die Justiz in Sachsen-Anhalt nicht zu leisten vermag, sei daher nicht ersichtlich, so die Ministerin.

Am 12. Oktober 2017, also nur zwei Wochen nach diesen Aussagen der Ministerin zum aktuellen Verfahrensstand, teilte die Staatsanwaltschaft Halle mit, dass das Verfahren eingestellt wird. Kurz darauf stellte sich jedoch heraus, dass diese Entscheidung schon am 30. August 2017 begründet wurde, also zwei Wochen vor der erwähnten Antwort auf unsere Kleine Anfrage und vier Wochen vor der Debatte hier im Hohen Haus, aus der ich eben zitierte. Das geht aus einem Fax der Staatsanwaltschaft an die Nebenklage hervor. Darin ist ein Verweis auf einen Vermerk vom 30. August 2017 enthalten, in dem die Gründe für die abschließende Entscheidung dargelegt werden.

Am 30. August 2017 begründete die Staatsanwaltschaft Halle also bereits, warum sie beabsichtigt, das Verfahren einzustellen. Das geht nicht, ohne die Entscheidung bereits getroffen zu haben.

Sowohl zum Zeitpunkt der Antwort auf unsere Kleine Anfrage als auch zum Zeitpunkt der Debatte hier im Landtag entsprach also die Aussage, der Ausgang der Ermittlungen und Prüfungen der Staatsanwaltschaft sei offen, nicht den Tatsachen. In beiden Fällen hat also die Ministerin dem Parlament und der Öffentlichkeit zentrale und ent-

scheidende Informationen über den tatsächlichen Stand des Verfahrens vorenthalten und wider besseren Wissens darüber geschwiegen, dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren bereits abgeschlossen hat bzw. abzuschließen gedenkt.

(Eva Feußner, CDU: Das meinen Sie! - Siegfried Borgwardt, CDU: Vermeintlich! - Zurufe von Jens Kolze, CDU, und von Daniel Roi, AfD)

- Ja, das meine ich, Frau Feußner. - Denn das Verfahren ist zwar offiziell mit der Mitteilung der leitenden Oberstaatsanwältin vom 12. Oktober 2017 eingestellt worden. Auch hat diese, so teilte sie es ja auch mit, natürlich das Prüfungsrecht und könnte theoretisch zu einem anderen Schluss kommen als der mit der eigentlichen tiefgründigen Prüfung beauftragte Dezernent. Die Entscheidung in der Sache trifft aber gemäß Geschäftsverteilungsplan der beauftragte Dezernent in eigener Zuständigkeit.

Eine andere Entscheidung der leitenden Oberstaatsanwältin als die des bearbeitenden Dezernenten wäre zwar theoretisch möglich, aber mehr als ungewöhnlich und dürfte mit Fug und Recht als unüblich für das Arbeiten der Justiz nicht nur in Sachsen-Anhalt angesehen werden.

(Zustimmung von Doreen Hildebrandt, DIE LINKE)

Aber auch unter Beachtung dieser Möglichkeit wäre eine andere Auskunft der Justizministerin, die dem tatsächlichen Verfahrensstand entspricht, möglich und vor allem nötig gewesen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Jens Kolze, CDU)

Dass Sie dem Parlament nicht den tatsächlichen Verfahrensstand mitgeteilt haben, Frau Ministerin, ist nicht hinnehmbar und deshalb haben wir die Missbilligung dieses Nichtinformationsverhaltens beantragt.

Das ist die Fortsetzung der seit mehr als zwölf Jahren betriebenen Nichtaufklärung. Es ist eine weitere Spirale des Schweigens und des Vorenthalten von Informationen und es ist auch eine Missachtung des Parlamentes und des Rechtes der Öffentlichkeit auf wahrheitsgemäße und vollständige Information. Denn, nein, der letzte Vorgang ist eben nicht der einzige fragwürdige; er setzt dem Ganzen nur die Krone auf.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Zehn Monate lang hat die Staatsanwaltschaft Dessau ein neues Brandgutachten geprüft. Zehn Monate lang blieben Fragen nach dem Inhalt unbeantwortet, Fragen der Nebenkläger ohne Nachricht. Dann wird im Juni dieses Jahres der Fall

nach Halle abgegeben. Trotz erheblichen media-
len und öffentlichen Interesses geschah dies,
ohne dass es eine aktive Information der Öffent-
lichkeit und der Nebenklage gegeben hätte.

Am 30. August 2017 - das ist ein wichtiges
Datum, wie wir sehen werden - fragt laut Aussage
der Nebenkläger eine Anwältin der Nebenklage
telefonisch bei der Staatsanwaltschaft Halle an,
wer in Halle mit dem Fall betraut sei. Sie erhält die
Antwort, dass der Staatsanwaltschaft Halle kein
Verfahren mit dem bisher verwendeten Akten-
zeichen oder dem Namen Jalloh vorliegt. Die
Staatsanwaltschaft Halle prüft dann in nicht ein-
mal drei Monaten, wie wir jetzt wissen, gründlich
und sorgfältig und kommt zu dem Ergebnis, die
Justiz vermöge es nicht, hier für Aufklärung zu
sorgen. Aber auch dazu gibt es keine aktive In-
formationspolitik des Justizministeriums oder der
Staatsanwaltschaft.

(Zuruf von Eva Feußner, CDU)

Vielmehr erscheinen Zeitungsartikel, die über die
Inhalte des noch immer nicht veröffentlichten Gut-
achtens berichten. Es gibt Kleine Anfragen im
Landtag. Es gibt Selbstbefassungsanträge. Es
gibt eine Debatte hier im Landtag. Die Ministerin
weist jede Problematisierung als unbegründet
zurück und stellt den Verfahrensausgang als offen
dar. Und nur sieben Arbeitstage später erklärt die
Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfah-
rens. Und nun stellt sich heraus, dass diese Ent-
scheidung schon wesentlich eher festgestanden
haben muss, nämlich am 30. August 2017.

(Jens Kolze, CDU: Hörensagen!)

Ich wiederhole mich: So agiert kein Ministerium,
das erstens um Aufklärung bemüht ist und das
sich zweitens der Symbolik und Signale dieses
Falls bewusst ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein verheerendes Signal. Deswegen wer-
be ich um Zustimmung sowohl zu unserem in den
Rechtsausschuss überwiesenen Antrag als auch
zu unserem Antrag zur Missbilligung des Verhal-
tens der Ministerin für Justiz und Gleichstellung.

Meine Damen und Herren! Nun gab es einige
Presseberichterstattungen dazu. Ich habe ge-
lesen, dass der Kollege Striegel sagt, dass das,
was wir hier tun, Effekthascherei sei.

(Zustimmung bei der CDU)

Sebastian, das halte ich gerade aus deinem Mund
für einen bemerkenswerten Vorwurf. Ich wäre
froh, wenn wir auf diesen Schritt hier hätten ver-
zichten können.

(Zuruf von der AfD)

Der Effekt, um den es uns geht, ist es, den Vor-
gang hier im Plenum thematisieren und proble-

matisieren zu können. Ein Missbilligungsantrag ist
dafür der adäquate Weg. Wenn das Signal der
Justiz ist, dass sie keine Aufklärung über das
Schicksal Oury Jallohs leisten kann, dann braucht
dieses Signal eine politische Antwort. Eine solche
Antwort wäre eine Zustimmung zu unserem An-
trag.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir treten jetzt in die Dreiminutendebatte ein. Für
die Landesregierung - -

(Markus Kurze, CDU, meldet sich)

- Es gab eine Nachfrage. Die habe ich nicht ge-
sehen. - Frau Quade, es gibt noch eine Nachfrage
des Kollegen Kurze.

(Henriette Quade, DIE LINKE: Ich reagiere
nachher darauf!)

- Okay. - Dann können Sie jetzt Ihre Frage stellen.
Frau Quade hat gesagt, sie reagiert am Ende der
Debatte darauf.

Markus Kurze (CDU):

Frau Quade, Sie haben sehr viel Engagement in
diese Thematik hineingesteckt. Respekt! Mal eine
Frage meinerseits: Es gibt ja in Wittenberg auch
einen ganz aktuellen Fall, der auch nicht einfach
zu erscheinen sei, zu erscheinen ist,

(Eva von Angern, DIE LINKE: Deutsch ist
eine schwere Sprache!)

- deutsche Sprache, schwere Sprache - erscheint.

(Zuruf: Zu sein scheint!)

Würden Sie in dessen Begleitung auch so viel
Engagement einbringen wie in diesem Fall oder
würden Sie diesen Fall als nicht so ganz so pro-
blematisch ansehen hinsichtlich der Symbolik und
der Signale, wie Sie sie soeben beschrieben ha-
ben?

(Henriette Quade, DIE LINKE: Wenn Sie
den Fall mal näher erläutern würden!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich hoffe, Frau Quade hat die Frage verstanden.
Sie hat aber gesagt, dass sie sie nachher beant-
worten wird, wenn sie noch mal reagiert. - Dann
können wir jetzt in die Dreiminutendebatte ein-
steigen. Für die Landesregierung spricht der Mi-
nisterpräsident Herr Haseloff. Sie haben das
Wort.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!
Ich möchte zu dem Tagesordnungspunkt einlei-
tend Frau Ministerin für Justiz und Gleichstellung

mit ihren hier am 28. September 2017 gesprochenen Worten zitieren:

„Ein Mensch wurde in Gewahrsam genommen und kam in der Obhut der Polizei ums Leben. Es versteht sich von selbst, dass die rückhaltlose Aufklärung aller Umstände, die zu diesem furchtbaren Geschehen führten, von Anfang an Ziel aller Anstrengungen der Strafverfolgungsbehörde sein musste.

Stirbt ein Mensch im Zusammenhang mit Feuer, noch dazu in einem öffentlichen Gebäude, so ist die Aufklärung der Ursachen besonders wichtig. Denn es gilt dann nicht nur etwa bestehende persönliche Verantwortlichkeiten aufzuklären, sondern auch mögliche technische Ursachen zu ermitteln, um weitere Personen in gleicher Lage zukünftig vor einem ähnlich grausamen Schicksal zu bewahren.

Die Regeln, nach denen diese Aufklärung zu erfolgen hat, sind in einem Rechtsstaat vorgegeben. Maßstab für jegliches Handeln der Strafverfolgungsbehörde ist die Strafprozessordnung.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Strafprozessordnung ist befolgt worden. Sie verbietet spekulative Äußerungen zu laufenden Ermittlungsverfahren. Ihre Regeln gelten für das Handeln aller Beteiligten, auch für die Landesregierung.

Die Staatsanwaltschaft Halle hat das Ermittlungsverfahren im Fall Oury Jalloh am 12. Oktober 2017 eingestellt. Vorher konnte und durfte dementsprechend auch die Ministerin für Justiz und Gleichstellung keine Aussage zum etwaigen Ausgang des Verfahrens treffen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Einzelnen stellte sich das Verfahren so dar: Der sachbearbeitende Dezernent der Staatsanwaltschaft Halle erwog die Einstellung des Verfahrens nach § 172 der Strafprozessordnung, weil die Ermittlungen nach seiner Einschätzung keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten begründeten. Er sah darüber hinaus keine Ansatzpunkte mehr, anhand derer das Verfahren mit weiteren Ermittlungen hätte fortgesetzt werden können.

Mit Verfügung vom 30. August 2017 legte der sachbearbeitende Dezernent seine Einschätzung verwaltungsintern der Behördenleiterin der Staatsanwaltschaft Halle mit der Bitte um Billigung vor. Diese in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht vorläufige Einschätzung des zuständigen Dezernenten stand demnach noch unter dem Vorbehalt des Einverständnisses durch die erfahrene Behördenleiterin.

Die leidende Oberstaatsanwältin in Halle war damit aufgefordert, nach eigener gründlicher Prü-

fung die abschließende Entscheidung zu treffen. Sie hat sich dafür Zeit genommen bis zum 12. Oktober 2017, was angesichts des Umfangs der Akten und der Brisanz des Verfahrens überhaupt nicht außergewöhnlich ist, sondern, ganz im Gegenteil, bei einem Umfang von mehreren Umzugskartons voll Akten erforderlich gewesen sein dürfte.

Am selben Tag ist auf dem Dienstweg über den Generalstaatsanwalt Naumburg dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung die Einstellung des Verfahrens berichtet worden. Ebenfalls am 12. Oktober 2017 ist der Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh e. V.“ und den Rechtsanwältinnen des Vaters und des Bruders des Verstorbenen mitgeteilt worden, dass das Verfahren eingestellt worden ist.

In den Einstellungsbescheiden an die Rechtsanwältinnen hat die leitende Oberstaatsanwältin auf die Erwägungen in dem Vermerk des zuständigen Dezernenten vom 30. August 2017 jeweils Bezug genommen. Der Vermerk wird nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Halle mit weiteren Ablichtungen aus der Ermittlungsakte den beiden Vertreterinnen übersandt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich halte fest, der Bericht über die Einstellung des Verfahrens vom 12. Oktober 2017 erreichte das Ministerium für Justiz und Gleichstellung am selben Tag. Zuvor hatte Frau Ministerin für Justiz und Gleichstellung keine Kenntnis von der Verfahrenseinstellung.

Die Ausführungen in der am 21. September 2017 als Landtagsdrucksache 7/1901 ausgegebenen Antwort der Landesregierung waren damit ebenso zutreffend und rechtlich geboten wie die Rede vom 28. September 2017. Ich kann deshalb ein zu missbilligendes Verhalten von Frau Ministerin Keding nicht feststellen. Sie hat mein volles Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank - Zustimmung von Andreas Mrossek, AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Nachfragen. Deswegen spricht jetzt für die SPD-Fraktion die Abg. Frau Schindler.

Silke Schindler (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Frage- und Auskunftsrecht der Mitglieder des Landtages ist ein hohes Gut. Genau deshalb ist es in Artikel 53 unserer Landesverfassung geregelt. Dort heißt es eindeutig, dass die Mitglieder der Landesregierung Anfragen von Mitgliedern des Landtages nach bestem Wissen und Ge-

wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten haben.

Die Frage, die sich hier stellt, ist, ob die Ministerin gegen diese Regelung verstoßen hat. Und nur darum geht es auch in dem heute vorliegenden Antrag auf Missbilligung. Oder es geht, wie DIE LINKE es in ihrem Antrag sagt, um die Frage, ob die Ministerin wider besseres Wissen dem Parlament Informationen vorenthalten hat. - Ich meine, vor dem genannten Hintergrund läuft die Missbilligung ins Leere.

Natürlich kann man sich immer eine offensivere und transparentere Informationspolitik wünschen, gerade in dem, wie es noch einmal geschildert wurde, prominenten und zugleich besonders tragischen Fall des Todes von Oury Jalloh. Aber die Ministerin kann in diesem Fall auch nur über das berichten, was ihr über den offiziellen Dienstweg zur Verfügung steht. Solange die Ergebnisse der Ermittlungen nicht vorliegen, noch offen sind, kann sie dies auch nicht berichten.

Für die Entscheidung ist deshalb auch das Datum der Entscheidung der Oberstaatsanwältin entscheidend. Diese erfolgte am 12. Oktober dieses Jahres, wie wir jetzt schon mehrfach gehört haben, also nach der Beantwortung der Kleinen Anfrage und nach der Parlamentsdebatte.

Gerade weil wir in diesem Haus bzw. auch im Ausschuss für Recht und Verfassung derzeit auch einen prominenten Fall der möglichen Einflussnahme auf die Justiz diskutieren, sollten wir in diesem Fall, bei dem die Dinge klar sind, doch sehr zurückhaltend sein.

(Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD, von Rüdiger Erben, SPD, und bei der CDU)

Wir sollten dies auch sein, damit wir angesichts des großen menschlichen Leids in diesem Fall Oury Jalloh nicht, wie ich bereits in der Septembersitzung des Landtages gesagt habe, den Angehörigen Hoffnungen machen, die dann vielleicht nicht erfüllt werden können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion der AfD spricht der Abg. Herr Lehmann.

Mario Lehmann (AfD):

Sehr geehrter Präsident! Geschätzte Abgeordnete! DIE LINKE als antragstellende Partei kommt ja noch aus einer Zeit, in der ihre Vorgängerpartei juristische Urteile vorweggenommen hat. Sie muss uns also hier nichts erzählen.

Heute stehen wir wieder hier, weil DIE LINKE den ausgelutschten Oury-Jalloh-Kaugummi wieder aufgenommen hat und immer wieder darauf herumknatscht und herumlutscht. Herr Kolze, ich werde mal etwas direkter, als Sie es vorhin waren. Wir alle hier sollten uns lieber intensiv um den am helllichten Tag auf einem öffentlichen Platz von Goldstücken totgeschlagenen Deutschen in Wittenberg kümmern

(Zustimmung bei der AfD)

oder um eine subventionierte Gewaltszene in Halle, die von den LINKEN unterstützt wird, oder um regelmäßige Migrantenergriffe an unseren Schulen, die mittlerweile an der Tagesordnung sind. Um so etwas sollten wir uns kümmern!

Ich vermisse hier einen in die Breite gehenden politischen Aufschrei aller Parteien. Aber es läuft doch meistens nach dem Motto: Es war ja nur ein Deutscher, der da verreckt ist. Gewalt von Migranten gegen Deutsche ist ja bei Ihnen allen hier im Saal nicht so relevant. Dafür schämt sich hier auch nicht einmal eine Partei.

Nachdem DIE LINKE und ihre Vereine auf boshafte Art und Weise seit über zwölf Jahren allen Ermittlungsbehörden Vertuschung im Fall Oury Jalloh unterstellen und das Thema bewusst am Kochen halten, ist nun die Justizministerin Frau Keding dran, die hier sitzt. Sie soll mit Wortklaubereien auf politische Art und Weise beschädigt werden.

Linke Herrschaften! In der letzten Woche habe ich Sie zum Beispiel in Stendal vermisst bei der Amtseinführung des Landgerichtspräsidenten. Liebe LINKE, in der letzten Woche habe ich Sie auch vermisst bei der feierlichen Ernennung von mehr als 700 Polizeianwärtern an der Fachhochschule Aschersleben. Sie glänzen regelmäßig mit Ablehnung, wenn es um unsere Polizei und unsere Justiz geht.

(Zustimmung bei der AfD)

Kurz vor der Bundestagswahl haben Sie versucht, den Justizstaatssekretär Böning aus dem Amt zu fegen und zu beschädigen, als er sich für ein zügiges Verfahren gegen einen schwerkriminellen Gewalttäter in Quedlinburg eingesetzt hat. Jetzt versuchen Sie, Justizministerin Keding ein Kuckucksei ins Nest zu legen und damit erneut den Rechtsstaat zu schwächen.

Das alles lässt den Schluss zu, dass Sie überhaupt kein Interesse an einer stabilen und funktionierenden Justiz und an einem Rechtsstaat haben, den Sie ständig torpedieren. Sie entlarven sich einmal mehr als eine den Rechtsstaat gefährdende rote Minderheitspartei. Sie versuchen doch andauernd, eine funktionierende effektive

Justiz und Polizei zu verhindern und zu schwächen, wo Sie nur können.

(Zustimmung bei der AfD)

Aber in der Enquete-Kommission werden wir sie weiterhin zu diesem Themenbereich entlarven; das verspreche ich Ihnen. In einem Parlament haben die gewählten Abgeordneten die Interessen unserer Bürger mit Herzblut und Leidenschaft zu schützen. Das vermisse ich bei Ihnen.

Dazu gehört auch eine funktionierende, konsequente Politik für unsere Polizei und unsere Justiz, für eine anständige Sicherheitslage in unserem Land. Wir von der AfD sind gespannt, ob auch die oftmals eierlos wirkenden Koalitionsfraktionen Ihren Antrag in den Ausschuss überweisen werden oder nicht, was eigentlich auch typisch wäre für die letzten Monate, in denen ich das beobachte.

Wir von der AfD können sagen, mit Ihrem völlig überflüssigen Antrag machen wir nicht viel Federlesen. Ihr Antrag ist abzulehnen. - Danke schön.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen, Herr Lehmann. Ich will aber trotz alledem sagen, dass sich Aussagen wie „einen ausgelutschten Oury-Jalloh-Kaugummi wiederzukäuen“ hart an der Grenze der Würde des Parlaments bewegen.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Ich sage das vor allem deshalb, weil solche Dinge in irgendeiner Art und Weise dann wie ein Echo wiederkommen. Ich bin hier schon mehrfach Zeuge dafür geworden, dass es im Falle eines solchen Echos dann eine erhebliche Aufregung gegeben hat.

Wir fahren fort in der Debatte. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abg. Herr Striegel das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube nicht, dass sich irgendjemand in diesem Land hinstellt und sagt, es war ja nur ein Deutscher, und dass Ermittlungen nicht stattfinden oder nicht zu Ende geführt werden, weil ein Deutscher zu Tode gekommen ist.

Insofern kann ich das, was der Präsident soeben gesagt hat, nur bekräftigen. Auch ich kann nur sagen, dass mit dem, was Sie hier machen, Herr Lehmann, die Grenze der Würde des Menschen überschritten ist.

Die Ermittlungen im Fall Oury Jalloh machen mich traurig. Über die Verfahrenseinstellung bin ich enttäuscht. Ich meine - das erhalte ich aufrecht -, dass das Ende der Ermittlungen ohne ein tatsächliches Ergebnis eine nicht hinzunehmende Niederlage des Rechtsstaats ist.

Todesfälle müssen immer aufgeklärt werden, und wenn ein Mensch in staatlicher Obhut stirbt - der Ministerpräsident hat das auch noch einmal deutlich gemacht -, gilt dies erst recht.

Oury Jallohs Tod ist bis heute nicht aufgeklärt, und nicht nur das. Die Umstände seines Todes sind unklar, weil Beamtinnen und Beamte unseres Landes die Aufklärung verunmöglicht haben, und das, meine Damen und Herren, ist im tatsächlichen Sinne ein Skandal. Das ist vom Richter, der damals das erste Verfahren gemacht hat, beschrieben worden. Ich will meine Zitate aus der Rede von vor vier Wochen nicht wiederholen. Der Richter ließ damals keinen Zweifel daran, dass der Freispruch lediglich eine Art Notlösung darstelle.

Stehen wir nun, im Jahr 2017, wieder vor so einem formalen Ende, vor so einer Notlösung? - Die in den Gerichtsverfahren herausgearbeiteten Widersprüche sind bekannt. Ich erwähne hier nur das Feuerzeug und die nicht erklärliche Entzündung der Matratze. Mit der Einstellung des Verfahrens bleiben diese Widersprüche im Raum. Das gefährdet Vertrauen.

Unsere Aufgabe als Parlament ist die Kontrolle. Durch diese Kontrolle wird die Gewaltenteilung nicht beeinträchtigt, sondern gelebt. Wir sind als Landtag keine Super-Revisionsinstanz. Aber wir müssen von unserem Recht Gebrauch machen, uns selbst ein Bild von der Lage zu verschaffen.

Wir als GRÜNE haben die Ministerin bereits gebeten, im Ausschuss zum Stand des Verfahrens vorzutragen. Ich bin der Überzeugung, das wird passieren. Diese Bitte erneuern wir und bitten auch darum, zu den Einstellungsgründen vorzutragen. Die Berichterstattung wird sicherlich auch zu den Ergebnissen des letzten Gutachtens erfolgen. Ich habe die Hoffnung, dass wir als Parlament dann auch Einblick in die Ermittlungsakten erhalten.

Über die Frage, ob die Öffentlichkeitsarbeit im Fall Oury Jalloh in den letzten Monaten angemessen war, darf gestritten werden. Ich hätte mir dabei deutlich mehr Transparenz durch die Staatsanwaltschaft gewünscht. Ich hätte das auch als vertrauensbildende Maßnahme für sinnvoll gehalten. Einen Grund, um die Ministerin zu missbilligen, sehe ich allerdings nicht.

Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff hat zu den rechtlichen Zusammenhängen hier vorgetragen. Ein Strafverfahren wird eingestellt. Dabei ergeht

nach § 170 Abs. 2 und nach § 171 der Strafprozessordnung ein Bescheid an den Antragsteller, in dem Fall die Nebenklage, dass das Verfahren eingestellt wurde. Darin müssen dann die Gründe enthalten sein.

Die Justizministerin hat jedenfalls standardmäßig hiervon keine Kenntnis und auch in der MiStra gibt es keine Regelung, die besagt, dass das MJ über den Vermerk oder die Einstellung zu informieren ist oder vorher zu informieren ist.

Es gab deshalb keinen Grund für die Staatsanwaltschaft, das MJ zu informieren. Frau Ministerin Keding konnte entsprechend keine Kenntnis haben. Wir werden deshalb Ihren Antrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe zwei Wortmeldungen. Zuerst kommen wir zur Wortmeldung von Eva von Angern. - Sie haben das Wort.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Herr Kollege Striegel, kann ich Ihre Wortmeldung dahingehend verstehen, dass Sie unseren Antrag auf Akteneinsicht im Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung unterstützen werden?

Und, Herr Kollege, teilen Sie meine Auffassung, dass meine Fraktion mit dem Antrag im September, mit unseren Anfragen, die wir zur Thematik gestellt haben, und auch mit dem heutigen Antrag zu keinem Zeitpunkt einen Einfluss auf das Verfahren nehmen wollten bzw. nehmen, dass es uns vielmehr um eine korrekte Information durch die Landesregierung geht?

Teilen Sie auch meine Auffassung, dass das Instrument der vertraulichen Sitzung - was übrigens im Rechtsausschuss in den Jahren 2005 und 2006 mehrfach verwendet worden ist, in deren Rahmen sehr detaillierte Informationen erteilt worden sind - seitens der Landesregierung hätte geprüft werden müssen und möglicherweise hier im vorliegenden Fall auch einschlägig gewesen wäre bzw. auch das Nutzen der Geheimschutzstelle?

Und abschließend: Teilen Sie meine Auffassung, dass etwas Weglassen auch einer Falschinformation des Parlamentes gleichkommt?

Ich wiederhole noch einmal, wenn Sie etwas vergessen haben.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Das Letzte müssen Sie noch einmal wiederholen, Frau Kollegin von Angern, weil ich das einfach akustisch nicht verstanden habe.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Teilen Sie meine Auffassung, dass es, wenn man eine Information weglässt, einer Falschinformation des Parlaments gleichkommt?

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Gut, fangen wir einmal von vorn an. Wir werden uns im Rechtsausschuss mit dem Thema beschäftigen, nicht zuletzt weil auch meine Fraktion dort einen Selbstbefassungsantrag vorgelegt hat. Wenn im Rahmen dieser Selbstbefassung oder im Rahmen des Tagesordnungspunktes allgemein Anträge vorgelegt werden, werden wir uns in der Koalition zu diesen Anträgen verständigen. Das machen wir immer so. Dann werden wir uns als Koalition dazu verständigen.

Ich gehe davon aus, dass wir ein allgemein geteiltes Aufklärungsinteresse, jedenfalls bei allen Fraktionen außerhalb der AfD, haben. Die hat ja schon sehr deutlich gemacht, wo sie bei dem Thema steht.

Zur Frage der Befassung im Rechtsausschuss und zur Frage, ob in das dort in vertraulicher Sitzung geschehen kann, ob das ein geeignetes Instrument ist: Das kann letztlich nur die Landesregierung entscheiden, weil sie zunächst einmal diesen Abwägungsprozess vornehmen muss. Wenn wir den Abwägungsprozess dann vor uns haben, können wir als Parlament beurteilen, ob wir dieser Abwägung folgen können, und gegebenenfalls auch dagegen vorgehen.

Mir ist jedenfalls zum Abwägungsprozess noch nichts vorgetragen worden. Wir hatten vielmehr die Situation im Rechtsausschuss, dass wir den Antrag vorliegen hatten und nach der Geschäftsordnung so zu verfahren war, dass er auf Bitten einer Fraktion noch eine Sitzung zu schieben war. Das ist dafür ausreichend. Das ist der parlamentarische Usus. Das kann ich beklagen und ich habe es auch beklagt. Aber ich muss zunächst einmal feststellen, dass da streng nach der Geschäftsordnung unseres Parlaments gehandelt wurde.

Zur Frage nach den Informationsrechten des Parlaments und den Informationspflichten der Landesregierung: Ja, auch eine unzureichende Information durch eine nur teilweise Beantwortung ist eine Falschinformation des Parlaments. Das setzt allerdings regelmäßig voraus, dass diese entsprechende Information zu dem Zeitpunkt bei der Justizministerin vorlag. Die Landesregierung hat bislang hier vorgetragen, dass die Information beim MJ zu dieser Zeit nicht vorlag, und eine Information, die mir nicht vorlag, kann ich auch nicht vorhalten.

(Minister Marco Tullner: Eine rein theoretische Frage!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Dann - - Herr Striegel, warten Sie, nicht so schnell. Herr Farle hat sich auch noch gemeldet.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist nur eine kurze Zwischenintervention.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ob sie kurz ist, das werden wir sehen. Aber - -

Robert Farle (AfD):

Je länger Sie dazwischenreden, desto länger dauert es.

(Heiterkeit)

Es geht mir nur darum: Ich habe keinen Grund, an den Worten von Herrn Haseloff irgendwie zu zweifeln,

(Beifall bei der AfD und bei der CDU)

der bestätigt hat, dass die Justiz in diesem Fall ihren Dienst vernünftig erfüllt hat. Was Sie hier abziehen, vor allem DIE LINKE, dient ganz einfach dazu,

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Misstrauen zu schaffen, ohne dass Sie dafür berechnete oder tatsächliche Anhaltspunkte liefern können, dass hier ein Staatsanwalt eine falsche Einstellungsverfügung getroffen hat,

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

die möglicherweise - -

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

- Jetzt halten Sie doch mal bitte Ihren Mund und hören einfach zu!

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das gibt es ja wohl nicht!)

In einer Demokratie gibt es eine Gewaltenteilung. In einem Rechtsstaat gibt es eine Gewaltenteilung, auch wenn Sie das nicht kapieren. Da ist für die Aufklärung eines Strafverfahrens die Staatsanwaltschaft und später das Gericht zuständig. Die alle haben sich jetzt seit vielen Jahren mit diesem Thema beschäftigt.

Und Sie maßen sich hier an, selbst nachzudenken, zu entscheiden, dass das Gericht hier möglicherweise falsch entschieden hat. Sie maßen sich an, Misstrauen gegenüber der Justizministerin zu säen

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

- das maßen Sie sich an - und die Entscheidung eines Staatsanwaltes infrage zu stellen. Sie soll-

ten sich zurückhalten, weil das Unsinn ist, was Sie erzählen. Das lehnt die AfD ab.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

In einem Rechtsstaat entscheiden nicht Sie als Gesinnungstäter, sondern da entscheiden immer noch die Justiz und der Staatsanwalt.

(Beifall bei der AfD - Matthias Büttner, AfD: Richtig! - Daniel Roi, AfD: Was Herr Striegel vom Rechtsstaat hält, haben wir vorhin gesehen! - Weitere Zurufe von der AfD)

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe bei der AfD)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, Herr Farle, Mitglieder dieses Hauses außerhalb Ihrer Fraktion maßen es sich an, hier selbst nachzudenken.

(Eva Feußner, CDU: Ja! - André Poggenburg, AfD: Und zu entscheiden! - Oliver Kirchner, AfD: Zu entscheiden!)

Das tun sie und das ist auch richtig so. Das ist ihr Job.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der SPD und bei der LINKEN - Zurufe: Jawohl! - Zuruf von Robert Farle, AfD)

Ja, und sie maßen sich auch an, selbst zu entscheiden, weil auch das ihr Job ist, genauso wie es der Job der Staatsanwaltschaft ist, Entscheidungen in Strafverfahren zu treffen. Aber im Sinne der Gewaltenteilung und der dort vorgesehenen Kontrolle der Gewalten untereinander ist es völlig zulässig und legitim und im Übrigen im Rahmen unserer Gesetze so vorgesehen, dass diese Entscheidungen letztlich auch einer übergeordneten parlamentarischen Kontrolle unterworfen sind - nicht im Sinne von „wir können die Entscheidung von hier aus treffen“

(André Poggenburg, AfD: Möchten Sie aber!)

oder in irgendeiner Form rückgängig machen.

Aber selbstverständlich dürfen und müssen wir uns, wenn wir unseren Job ernst nehmen, im Rahmen unserer Arbeit hierzu auch vortragen lassen. Das ist das, was DIE LINKE eingefordert hat. Das ist das, was die grüne Fraktion eingefordert hat. Ich sehe auch, dass es bei CDU und SPD den Willen gibt, hier für Transparenz zu sorgen und miteinander Klarheit herzustellen. Das ist unser Job als Parlament. Wenn Sie das nicht so sehen, haben Sie ganz offensichtlich etwas falsch verstanden.

Im Übrigen will ich nur darauf hinweisen, wenn Sie sich zu einer Zwischenintervention melden, wäre es schön, wenn Sie auf meinen Redebeitrag Bezug nehmen würden

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

und nicht die Auseinandersetzung mit der LINKEN noch an anderer Stelle suchen würden; denn wenn Sie das so tun, dann haben Sie offensichtlich die Geschäftsordnung nicht verstanden. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir fahren in der Debatte fort. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kolze das Wort. Bitte sehr.

(André Poggenburg, AfD: Die rote Front da drüben! - Robert Farle, AfD: Nein, das ist die rot-grüne Front da drüben! - André Poggenburg, AfD: Die GRÜNEN sind schon lange nicht mehr grün! - Robert Farle, AfD: Die Roten sind schon lange nicht mehr rot, die sind gedengert!)

Jens Kolze (CDU):

Um es vorwegzunehmen: Die Justiz unseres Landes genießt unser vollstes Vertrauen.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Opposition hat man quasi die Aufgabe, unbequem zu sein. Das verstehe ich. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist, dass man sich die Dinge so dreht und wendet, dass sie passen, und dann einen solchen Missbilligungsantrag schreibt.

(Beifall bei der AfD)

Einerseits prangern Sie im Vorwurf gegen Staatssekretär Böning eine angebliche Einmischung und damit einen Verstoß gegen die richterliche Unabhängigkeit an. Andererseits werfen Sie der Justizministerin im Fall Oury Jalloh im Grunde vor, sie habe sich nicht genug eingemischt. Für mich ist das gerade im Hinblick auf den Gewaltenteilungsgrundsatz widersprüchlich.

Aber von vorn. Am 30. August 2017 hat es in der Tat einen Vermerk des zuständigen Dezernenten gegeben, worin vorgeschlagen wurde, das Verfahren einzustellen. Die endgültige Einstellungsverfügung erging jedoch am 12. Oktober 2017, mehr als einen Monat später, durch die Leitende Oberstaatsanwältin. Wie es der Name schon sagt, obliegt es der Leitenden Oberstaatsanwältin, zu entscheiden, dem Vermerk zu folgen oder eben auch nicht, sodass zu dem Zeitpunkt noch gar nicht abschließend feststehen konnte, ob das Verfahren eingestellt wird.

Auch wenn Frau Keding den Vermerk kannte, ist es doch insbesondere in diesem stimmungsgeladenen Fall klar, dass sie erst über endgültige Entscheidungen der Staatsanwaltschaft im parlamentarischen Raum sprechen kann. Hinzu kommt, dass die Staatsanwaltschaft Herrin des Ermittlungsverfahrens ist und eben nicht die Justizministerin. Da also die endgültige Einstellungsverfügung das zentrale Datum ist, sind die Vorwürfe dieses Antrages haltlos.

(Zustimmung von Eva Feußner, CDU)

Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage und auch der letzten Debatte im Plenum gab es noch keine abschließende Entscheidung über eine Einstellung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist ein weiterer negativer Höhepunkt in dem Fall um Oury Jalloh. Ich wünsche mir, dass nun mit dem Abschluss des Verfahrens nicht nur die Angehörigen zur Ruhe kommen, wenngleich sie sich verständlicherweise einen anderen Ausgang gewünscht hätten. Ich wünsche mir aber auch, dass dies nun die letzte Debatte im Plenum zu diesem Thema war.

(Beifall bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Das wäre gut, das wäre toll!)

Wir lehnen den Antrag selbstverständlich ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Kolze, es gibt eine Anfrage. - Frau von Angern, Sie haben das Wort.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Herr Kollege Kolze, Sie sprachen ganz kurz über den anderen Sachverhalt, mit dem wir uns im Rechtsausschuss auch befassen, über den Anruf des Staatssekretärs der Justiz bei einer Richterin des Landgerichtes mit einem sehr deutlichen Ton dahingehend, dass eine mündliche Verhandlung zu einem anderen Zeitpunkt stattzufinden habe. Sie haben der LINKEN vorgeworfen, dass wir dem Staatssekretär unterstellen, in die richterliche Unabhängigkeit unzulässig eingegriffen zu haben.

Ist Ihnen bekannt, dass der Vorsitzende des Richterbundes Sachsen-Anhalt Markus Niester - er ist Richter am Amtsgericht in Halle - ebenfalls öffentlich in der Presse verlautbaren ließ, dass es sich hierbei um einen unzulässigen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit durch den Staatssekretär der Justiz handelt?

Eine weitere Frage: Sie sprachen jetzt schon in einer anderen Tonlage über die Tatsache oder die

Möglichkeit, dass Frau Keding sehr wohl bekannt gewesen sein könnte, was in der Verfügung des Staatsanwaltes aus Halle vom 30. August gestanden hat. Gehen wir davon aus, dass sie es gewusst hat. Teilen Sie meine Auffassung, dass Frau Keding, ähnlich wie damals der Minister Herr Stahlknecht im Fall Corelli, die Möglichkeit hätte nutzen können, in der Geheimschutzstelle oder aber im vertraulichen Sitzungsteil der Rechtsausschusssitzung zu informieren?

Und abschließend: Ich will noch einmal ganz deutlich für meine Fraktion sagen, es geht hier nicht darum, dass wir Einfluss nehmen wollen auf das, was die Justiz entscheidet. Die Entscheidung ist getroffen worden.

Wir missbilligen mit unserem Antrag die Informationspolitik der Ministerin gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber dem Parlament.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Kolze, warten Sie mal, bevor Sie antworten. - Frau von Angern, Sie haben es jetzt zweimal super geschafft, zwei Minuten Fragestellungen zu machen. Aber Sie müssen den Leuten hier vorn auch die Chance geben, sie in zwei Minuten zu beantworten. - Herr Kolze, jetzt haben Sie das Wort.

Jens Kolze (CDU):

Ich versuche, es kurz und knapp zu halten. - Frau Kollegin von Angern, natürlich kann jeder Mensch eine eigene Meinung haben, so natürlich auch ein Richter. Und wenn er diese über die Presse äußert, dann ist das seine ganz persönliche Entscheidung. Ob und inwieweit ein Minister oder eine Ministerin von der Möglichkeiten einer vertraulichen Sitzung Gebrauch macht oder nicht, obliegt ebenso der Entscheidung der Ministerin oder des Ministers, der das gegebenenfalls in Betracht zieht. Ich fange hier nicht an, in diesem Hohen Hause zu spekulieren, was hätte sein können, wenn. Insoweit möchte ich es bei dieser Beantwortung belassen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Zum Abschluss der Debatte spricht, wie angekündigt, noch einmal Frau Quade. Bitte sehr.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau von Angern hat es gesagt: Es geht an der Stelle überhaupt nicht um die Entscheidung in der Sache. Es geht um den Umgang damit und es geht um die Information.

Ich will zunächst zu der Frage von Herrn Kolze etwas sagen. Herr Kolze, ich habe überhaupt nichts dagegen, den Fall, den Sie angesprochen haben, so es die Möglichkeit gibt, genauer zu beleuchten. Es gibt Instrumente dafür. Die Geheimschutzordnung ist angesprochen worden. Das Instrument der vertraulichen Sitzung ist angesprochen worden.

Wenn wir auf annähernd ein ähnliches Ausmaß an Vertuschung, aktiver Nichtaufklärung und die Unmöglichmachung von Aufklärung stoßen sollten, wie es im Fall Oury Jalloh vorliegt, dann wird dieser Fall auch mein Engagement finden; keine Frage. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich das allerdings nicht gegeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will es noch mal deutlich sagen: Ich will an dieser Stelle nicht über Berichtspflichten im Allgemeinen reden, schon gar nicht über die von Gerichten. Es geht auch nicht um die Frage, ob und wann Staatsanwaltschaften Berichte an das Justizministerium geben sollen. Es geht schon gar nicht um Absichtsberichterstattungen, die verpflichtend sein sollen. Das alles sind rechtspolitische Diskussionen, die es sehr wohl gibt. Aber die führen wir an der Stelle nicht.

Womit wir es zu tun haben, ist ein Fall, der vor zwölf Jahren sofort zu einer vertraulichen Sitzung des Rechtsausschusses führte, der erhebliche mediale und öffentliche Aufmerksamkeit findet und zu dem es mehrere parlamentarische Vorgänge gibt.

Hier wollen Sie, Herr Ministerpräsident, ernsthaft behaupten, es sei nicht zu beanstanden, dass eine Ministerin nicht nur nicht Tatsachen entsprechend entsprechend Auskunft erteilt, sondern es sei auch noch richtig, dass sie sich gar nicht über den tatsächlichen Stand informiert hat.

(Zuruf von der LINKEN)

Halten wir noch mal fest: Ein Staatssekretär desselben Justizministeriums, der bei Gericht anruft und sich erkundigt, ob es nicht schneller gehen könnte, der greift nicht in die Unabhängigkeit von Gerichten ein, obwohl die betroffenen Gerichte und auch der Richterbund genau das bemängeln. Aber eine Nachfrage zum Verfahrensstand bei der Staatsanwaltschaft soll sich verbieten?

(Zuruf von der LINKEN)

Das glauben Sie doch selbst nicht.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf)

Ehrlich gesagt: Das ist eine Argumentation, die mich auch ein Stück weit fassungslos macht.

(Zuruf: Nein!)

Nach dem, was Sie hier vorgetragen haben, Herr Ministerpräsident, wäre unser Missbilligungsantrag im Grunde auszuweiten auf die gesamte Amtsführung der Ministerin, weil sie nicht nur die Rechte des Parlamentes missachtet hat, sondern auch daran zweifeln lässt, ob sie ihrer Sorgfaltspflicht nachkommt.

(Eva Feußner, CDU: Oh!)

Hinzu kommt: Wenn es so ist, dass eine Verfügung des bearbeitenden Dezernenten eine Spekulation sein soll, wie Sie es formuliert haben, Herr Ministerpräsident,

(Zuruf von der Regierungsbank)

dann müssten wir uns in der Tat grundsätzlich mit dem Geschäftsverteilungsplan beschäftigen, dann müsste es hier ganz grundlegende Änderungen geben.

Die Behauptung, dass diese Nichtinformation über den tatsächlichen Stand des Verfahrens absichtlich aus Respekt vor der Unabhängigkeit der Justiz erfolgte, ist nicht glaubhaft; denn dann hätten Sie das von Anfang an sagen müssen. Sie hätten sagen müssen: Ich weiß es nicht und ich will es auch nicht wissen.

(Zuruf von der Regierungsbank)

Aber das haben Sie nicht getan, Frau Ministerin Keding.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen glaube ich Ihnen kein Wort. Ihr Verhalten ist zu missbilligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Quade, es gibt erwartungsgemäß eine Wortmeldung des Herrn Farle. - Die kann er jetzt machen.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich finde, diese Art, Frau Quade, keinerlei Fakten vortragen zu können, die Ihre kruden Behauptungen stützen, in einem Landtag unerträglich.

(Zustimmung bei der AfD)

Wir brauchen Leute, die hier diskutieren und in irgendeiner Form wenigstens eine Faktengrundlage angeben. Sie haben mit keinem Wort einen Verdacht auf Parteilichkeit, Eingriff oder Nichtaufklärung oder sonst was gestützt und machen hier einfach nur eine Show im Parlament. Da tut mir der Name Oury Jalloh leid; denn den benutzen Sie letztendlich nur für Ihre kruden Theorien und Thesen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl! - Eva Feußner, CDU: Ach!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende der Beratung angekommen. Bisher haben wir keinen Überweisungsantrag gehört. Deswegen stimmen wir jetzt über diesen Antrag in der Sache ab. Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/1986 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion die LINKE. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen und die AfD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden und wir schließen den Tagesordnungspunkt.

Bevor wir den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen, wird es hier vorn einen Wechsel in der Sitzungsleitung geben.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Wir fahren sofort fort.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 16

Beratung

Maßnahmen zur Bewältigung der Asylkrise und ihrer Folgen - politischer und gesellschaftlicher Bedrohung durch den Islam entgegenwirken

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/1993

Einbringer ist der Abg. Herr Poggenburg für die AfD-Fraktion. Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Al-Qaida, Hamas, Harakat Al-Shabaab Al-Mujahideen, Islamischer Staat IS, Boko Haram, Dschabhat Fatah asch-Scham, Jemaah Islamiyah, Ansar Dine, Ansar al-Scharia,

(Heiterkeit)

Gama'a al-Islamiyya, Jemaah Islamiya, Wilayat Sinai,

(Zurufe)

Ansar al-Islam, Abu Sayyaf, Harkut-ul-Mujahideen usw.

Bei den genannten Vereinigungen handelt es sich nur um einige der wichtigsten islamistischen Terrororganisationen, durch welche die Bevölkerung in den verschiedensten Regionen der Welt tagtäglich terrorisiert, tyrannisiert und allzu oft auch massakriert wird.

In den verschiedenen Staaten der sogenannten freien, westlichen Welt - also auch in Deutschland - ist der bedrohliche, oft tödliche Atem des Islam mittlerweile auch deutlich spürbar.

(Zustimmung bei der AfD)

Bekanntermaßen haben sich allein aus Deutschland fast 1 000 Personen dem Kampf des Islamischen Staats angeschlossen - eine wahnsinnige Entscheidung, die bereits Hunderte von ihnen mit ihrem Leben bezahlt haben, die aber vor allem wahrscheinlich Tausende Unschuldige das Leben gekostet hat. Viele dieser selbst ernannten Freiheitskämpfer, oft nichts anderes als islamisch verblendete Terroristen und Massenmörder, wollen nun zurück nach Deutschland. Dem stellt sich die AfD ganz entschieden entgegen.

(Beifall bei der AfD)

Dem Verfassungsschutz ist seit Langem bekannt, dass Terrorvereinigungen wie der Islamische Staat nicht nur Erwachsene anwerben, sondern auch ein großes Interesse daran haben, Kinder und Jugendliche in ihre Fänge, in ihre Klauen zu bekommen.

Es wird damit gerechnet, dass im Zuge der Rückkehr nach Deutschland nicht nur erwachsene Dschihadisten, sondern auch Kinder zurückkehren, die einer umfassenden extremistischen Gehirnwäsche unterzogen worden sind.

Ich zitiere dazu einen dpa-Artikel vom 19. Oktober 2017:

„Gerade ältere Kinder seien durch den IS schon radikalisiert und in Syrien und dem Irak alltäglichen Gewalterfahrungen ausgesetzt gewesen. Diese Sozialisation könne durch den Einfluss salafistischer Milieus in Deutschland noch verstärkt werden. Auf diese Weise könnten Dschihadisten der zweiten Generation heranwachsen.“

Ein aufgeklärter, moderner Staat darf solche islamistischen Milieus nicht dulden.

(Zustimmung bei der AfD)

Genau deshalb lehnen wir die Förderung des Islam auf deutschem Boden kategorisch ab, um die Sicherheit unserer Bürger, aber auch unserer Kultur und unserer Identität zu bewahren.

(Zustimmung bei der AfD)

Der immer wiederkehrende Relativierungsversuch durch sogenannte Gutmenschen, verqueren Leuten, die sich moralisch überlegen fühlen in ihrer obsessiven identitären, oft auch geistigen Selbstaufgabe, ist uns allen bekannt. Er lautet sinngemäß: Islamismus sei nicht gleich Islam. Es gebe einen moderaten Islam, der nicht auf der

Scharia, also auf dem Aufruf zu Mord und Totschlag, basiere. Dazu kann ich nur sagen: Blödsinn, der durch unendliche Wiederholungen nicht wahrer wird.

Aber schauen wir kurz genauer hin. Islamismus sei nicht gleich Islam, wird behauptet. Da frage ich mich: Wie will man das, bitte, genau trennen? - Man könnte dem folgen, wenn der Islam jeglicher Gewalt, jeglicher Unterdrückung der Frau, jeglicher Sexualität mit Minderjährigen usw. ganz klar und deutlich widerspräche und sich glasklar von der Scharia distanzieren würde. Das tut er aber nicht.

Tatsächlich sind genau diese Dinge uralter und leider und vor allem auch bis heute aktueller Bestandteil des Islam. Dazu brauchen wir nur in die Länder schauen, in denen diese sogenannte Religion, die eher an ein gewaltbereites Herrschaftssystem erinnert, frei und offen gelebt wird. Dort sind nämlich genau diese genannten Dinge oft trauriger, aber von uns zu akzeptierender Alltag. Hier allerdings hat so etwas nichts verloren.

(Zustimmung bei der AfD)

Die gern angewandte These einer Trennung von Islam und Islamismus bzw. islamistisch in gut und böse ist daher falsch und irreführend. Eine Unterscheidung zwischen einem gewaltverherrlichenden, frauen- und schwulenfeindlichen sowie pädophilen, also schlechten, Islam einerseits und einem zu Massenmord aufrufenden, noch schlechteren Islamismus andererseits ist vielleicht möglich, macht aber die Sache insgesamt nicht besser. Wir bleiben dabei: Beides lehnen wir aus ganzer Überzeugung ab.

(Zustimmung bei der AfD)

Weiterhin ist Folgendes noch hochinteressant: Der linke Block, das vereinigte Gutmenschentum, gibt sich stets größte Mühe, die Unterscheidung - so unwichtig sie für eine Ablehnung letztlich ist; das habe ich gerade gesagt - zwischen Islam und Islamismus vorzunehmen und mahnt dabei mit hoch erhobenem moralischem Zeigefinger immer an, eine nötige Differenzierung und korrekte Zuordnung vorzunehmen.

Bei einem anderen Punkt allerdings, nämlich der Unterscheidung und Zuordnung von national und Nationalismus bzw. nationalistisch, kennt man auf der linken Seite selbst nicht das Gebot von Mäßigung und Differenzierung. Es werden Leute, die sich als politisch national bekennen, beispielsweise national konservativ, pausenlos und inflationär als nationalistisch deklariert. Eine Unterscheidung zwischen national und nationalistisch wird dabei absichtlich nicht vorgenommen; sie ist sogar unerwünscht.

Wie so oft fordert also der linke Block unverschämt etwas ein, was er selbst nicht im Mindestmaß bereit ist zu gewähren.

(Daniel Rausch, AfD: Richtig!)

Auch daran zeigt sich einmal mehr, wie wenig ernst die mittlerweile täglichen verbalen Propagandaübertreibungen der linken Liga eigentlich zu nehmen sind. Am besten schaltet man beim Zuhören komplett auf Durchzug.

(Beifall bei der AfD - Thomas Lippmann, DIE LINKE: So wie bei Ihnen!)

Zurück zum Islam. Der Islam ist nicht bloß Ausdruck des Glaubens, sondern ebenso Ausdruck einer ganzen Kultur, einer politischen Ideologie, eines völlig fremden Wertesystems, das mit unserem niemals vereinbar ist.

(Beifall bei der AfD)

Hierzu gibt es ein Thesenpapier unserer Fraktion, welches unser Anliegen recht gut auf den Punkt bringt. Ich zitiere:

„Seine Werte sind nicht unsere Werte, seine Sprache ist nicht unsere Sprache, seine Sitten sind nicht unsere Sitten.“

Wir sehen den Islam in Deutschland nicht als Bereicherung, sondern als Bedrohung. Der Islam gehört historisch und wertemäßig nicht zu Deutschland. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der AfD)

Wir aber sagen zudem: Wir wollen auch gar nicht, dass der Islam zu Deutschland gehört.

(Beifall bei der AfD)

Werte Abgeordnete! Der Islam ist grundsätzlich eine politische und religiöse Ideologie mit einem eigenen allein gültigen Gesetzeswerk, nämlich der Scharia, eine Ideologie, die sich damit selbst über das Grundgesetz stellt und damit ganz klar grundgesetz- und in den Ländern entsprechend verfassungswidrig ist.

Nur wer einen Islam leben würde, der ganz klar der Scharia entsagt, der sich zuvorderst zum Grundgesetz bekennt und keinen der unzähligen Gesetzesverstöße von Gewalt bis Kindesmissbrauch in seinem Namen begeht, kann oder könnte von sich behaupten, halbwegs unserer Wertegemeinschaft anzugehören.

Das Problem ist nur, ein solch moderater Islam wird in der islamischen Welt gar nicht als Islam anerkannt. Demzufolge gibt es ihn auch gar nicht. Was immer deren Anhänger dann leben oder praktizieren, mögen sie es nennen, wie sie wollen, ist dann eben kein Islam und steht damit heute überhaupt nicht zur Debatte.

Wir wollen daher, dass die Regierung eine Reihe von Maßnahmen einleitet, um den deutschen Staat, das deutsche Volk und die deutsche Kultur vor den Einflüssen des grundgesetzwidrigen Islam zu schützen.

Wir fordern zum Beispiel, dass das Land ein zentrales Moscheenregister einrichtet. Bestehende und künftig zu errichtende Moscheen müssen eine sogenannte Betriebserlaubnis erlangen. Die Trägervereine müssen regelmäßig überprüft werden; denn es kann einfach nicht sein, dass niemand so richtig weiß, was dort hinter verschlossenen Türen eigentlich geschieht.

Wir fordern, dass die Regierung besonders darauf achtet, auch in Zukunft keine Neubauten von Moscheen zu genehmigen, sofern sie mit der Errichtung eines Minarettes verbunden sind; denn anders als Kirchtürme sind Minarette in erster Linie Herrschaftssymbole und damit besonderer Ausdruck des politischen Islam.

Wir fordern im öffentlichen Raum ein Verbot von islamischen Schleiern, die das Gesicht bedecken. Im öffentlichen Dienst gehen wir sogar noch einen Schritt weiter. Dort sollen Schleier generell nichts verloren haben. Wir möchten an dieser Stelle eine Regelung ähnlich der Regelung, die in Österreich bereits umgesetzt worden ist.

Wir fordern die sofortige Einstellung sämtlicher Bestrebungen, einen bekenntnisorientierten Islamunterricht an Schulen des Landes einzuführen. Wir stellen uns dabei explizit nicht gegen einen vergleichenden Religions- oder Ethikunterricht, der sich mit den verschiedenen Weltreligionen, insbesondere mit dem Islam, auf kritische Weise auseinandersetzt.

Schlussendlich möchte ich im Namen der AfD klarstellen: Selbstverständlich bekennen wir uns zu Artikel 4 unseres Grundgesetzes und der dort verbrieften Glaubens- und Religionsfreiheit. Allerdings ist auch klar, selbst ein grundrechtlich garantierter Anspruch darf keinem anderen Grundrecht widersprechen. Ergo gelten selbstverständlich auch für den grundgesetzlich garantierten Anspruch auf Glaubens- und Religionsfreiheit Grenzen. Die Religionsfreiheit ist eben nicht grenzenlos, auch wenn uns das Multikulti-Fanatiker immer wieder gern einreden möchten.

Für mich persönlich ist beim Islam und dessen terroristischen Auswüchsen eine Grenze allerdings schon viel eher überschritten, nämlich die Grenze des guten Geschmacks. Daher wiederhole ich: Der Islam gehört nicht zu Deutschland. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Poggenburg, Herr Striegel hat eine Frage.

André Poggenburg (AfD):

Bitte schön.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Poggenburg, Sie haben noch einmal in bemerkenswerter Weise klargemacht, wie weit sie außerhalb des Grundgesetzes, unserer Verfassung stehen.

André Poggenburg (AfD):

Überhaupt nicht.

(Oliver Kirchner, AfD: Das sagt der Richtige!)

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Aber das ist gar nicht mein Thema. Nachdem Sie sich jetzt als Lordsiegelbewahrer für die Rechte der Schwulen und Lesben hervorgetan haben, möchte ich Ihnen eine Frage stellen. Ein Vertreter einer großen Glaubensgemeinschaft hat unlängst gesagt, die Beerdigung einer Person, die ihre Homosexualität offen auslebe, würde andere zu Sünden und zu sündigem Verhalten verführen. Zudem könne die eigene Lehre verwirrt und geschwächt werden.

Meine Frage an Sie ist: Wie gehen Sie mit der Institution, die ihr Wort durch solche Äußerungen verkünden lässt, um? Wie lautet Ihre Antwort auf solche Ansagen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Ich kenne diese Institution nicht. Ich kenne die Ausführungen und den Kontext nicht. Daher werde ich mich an dieser Stelle auch nicht dazu positionieren. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, Sie haben noch eine Nachfrage.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Dann will ich Ihnen helfen; vielleicht hilft Ihnen das bei der Positionierung. Es war ein katholischer Bischof. Ich halte diese Äußerung für absolut indiskutabel, aber deswegen käme ich nie auf die Idee, die katholische Kirche aus dem öffentlichen Raum zu verbannen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Poggenburg, wenn Sie antworten möchten.

André Poggenburg (AfD):

Dann antworte ich jetzt. Mit dieser Aussage der katholischen Kirche, die auch von der AfD für viele Dinge kritisiert wird, wird aber keine öffentliche Unterdrückung eines Geschlechtes vorgenommen. Damit wird keine öffentliche grundgesetzwidrige Unterdrückung der Frauen vorgenommen, und das ist das Problem beim Islam - eines vieler Probleme übrigens. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir fahren in der Debatte fort. Es ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Minister Herr Tullner. Herr Minister Tullner, Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst, bevor ich zum Redebeitrag der Landesregierung komme, die Kollegin Budde kurz anzusprechen. Sie hat heute gesagt, dass sie dieses Hohe Haus nach 27 Jahren mit ambivalenten Gefühlen verlässt.

Ich wollte ihr sagen, dass ich das für meine Person und als Abgeordneter mit einem gewissen Bedauern sehe. Ich wünsche Ihnen in Berlin alles Gute, vor allen Dingen für den Kampf um die Interessen des ländlichen Raumes. Die Kollegin Budde hat vor allen Dingen den südlichen Teil Sachsen-Anhalts federführend im Blick. Dafür alles Gute und viel Freude in Berlin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Poggenburg, ich muss Sie gleich enttäuschen. Die Landesregierung bewertet die Dinge, die in Ihrem Antrag formuliert sind - nur darauf werde ich mich konzentrieren -, so, dass wir Ihren Forderungen oder Ihren Anregungen nicht nachkommen können.

(André Poggenburg, AfD: Darüber sind wir nicht enttäuscht!)

Ich hoffe, Sie werden diese Enttäuschung verwinden.

Ich möchte begründen, weshalb ich zu dieser deutlichen Positionierung komme, indem ich die einzelnen Punkte durchgehe, die Sie in Ihrem Antrag konkret vorschlagen.

Der erste Punkt ist ein zentrales Moscheenregister. Die Einrichtung eines Moscheenregisters in Sachsen-Anhalt ist aus unserer Sicht weder sinn-

voll noch geboten, von verfassungsrechtlichen Bedenken einmal ganz zu schweigen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Gegenstand der Beobachtung des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalts sind extremistische Bestrebungen bzw. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, wenn sie auf die Anwendung von Gewalt gerichtet sind. Insofern steht nicht die muslimische Glaubens- und Religionsgemeinschaft in ihrer Gesamtheit im Fokus der nachrichtendienstlichen Bearbeitung des besagten Verfassungsschutzes, sondern ausschließlich die Beobachtung islamistischer oder islamistisch-terroristischer Bestrebungen und Aktivitäten.

Bereits jetzt, meine Damen und Herren und lieber Herr Poggenburg, existiert eine Datenbank im Verfassungsschutzverbund, in der verfassungsschutzrelevante Informationen und Erkenntnisse zu Moscheen zentral gespeichert werden.

Auch hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit eines solchen Registers in Sachsen-Anhalt bestehen erhebliche Zweifel. Es drängt sich zum Beispiel die Frage auf, wie die entsprechenden Daten ermittelt und unter welchen Voraussetzungen Moscheen gespeichert werden sollen; denn, meine Damen und Herren, für den Begriff Moschee gibt es keine eindeutige bzw. einheitliche Definition.

Nach der islamischen Lehre ist jeder Ort des gemeinschaftlichen Betens als Moschee im religiösen Sinne zu betrachten. Das heißt, Moscheen können auch von Privatpersonen in Wohn- und Geschäftsräumen betrieben werden. Zu unterscheiden ist lediglich die sogenannte Freitagsmoschee als Hauptmoschee einer muslimischen Gemeinde, in der das Freitagsgebet in großer Gemeinschaft begangen wird.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass prinzipiell jede Örtlichkeit als Moschee dienen kann. Eine umfassende und trennscharfe Datenerhebung für ein zentrales Moscheenregister in Sachsen-Anhalt erscheint daher nahezu unmöglich.

Darüber hinaus würde die Beschränkung eines derartigen Registers auf die muslimische Glaubensgemeinschaft zu einem Konflikt mit den Grundrechten der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sowie dem Diskriminierungsverbot führen und die muslimische Glaubensgemeinschaft unter Generalverdacht stellen.

Zweitens der Neubau von Moschee mit Minaretten. An dieser Stelle kann ich nur ausführen, dass jedes Gebäude baurechtlichen Vorschriften unterliegt.

Drittens der islamische Schleier. Das ist eine Debatte, die durchaus einen breiten, auch im

Rechtskreis erheblichen Diskussionsbedarf hervorgerufen hat. Ich will an der Stelle nur darauf hinweisen - - Ich habe mich mit meinem Kollegen Innenminister, der zu diesem Thema sehr viel profunder redet, ausgetauscht. Aus irgendwelchen Gründen bin ich als für Religion zuständiger Minister zu der Ehre gekommen, zu Ihnen zu sprechen.

Die Landesregierung stellt Überlegungen an und führt Gespräche darüber, wie man dies in gesetzlichen Regelungen darstellen kann. Das hat die Presse bereits erfahren. Ich denke, der Bund hat, was die beamtenrechtlichen Dinge einer Vollverschleierung angeht, schon wegweisende Beschlüsse gefasst, die auch bei uns mit Blick auf die anstehende Neufassung des Landesbeamtengesetzes demnächst Wirkung entfalten werden. Ich würde den Debatten, die demnächst dieses Hohe Haus erreichen können, an der Stelle nicht vorgreifen wollen.

Viertens der Islamunterricht. Ich verweise darauf, dass die Koalitionspartner in ihrem Koalitionsvertrag eine Formulierung gefunden haben, die lautet:

„Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass sie ein dem konfessionellen Religionsunterricht vergleichbares Unterrichtsangebot für muslimische Schülerinnen und Schüler im Land Sachsen-Anhalt einführen wollen. Die Voraussetzungen sind zu prüfen.“

Diese Prüfung hat begonnen, meine Damen und Herren.

Der fünfte Punkt ist das Verbot von Islamsprachen als Schulfächern. Ich frage mich, warum sollte eine demokratische Gesellschaft Sprachen allgemein

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

oder irgendwie par ordre du mufti als Schulfächer verbieten.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Par ordre du mufti!)

Abgesehen davon, dass es in unserem Bundesland Arabisch und Türkisch als ordentliche Schulfächer gar nicht gibt

(André Poggenburg, AfD: Sehen Sie!)

und hierfür auch kein Bedarf besteht, ist es auch gar nicht vorgesehen,

(André Poggenburg, AfD: So soll es bleiben!)

irgendwelche Regelungen zu treffen.

Ich finde, allein der Begriff „Islamsprachen“ gibt ein bisschen Anlass, darüber nachzudenken, wie

Sie diese Dinge meinen. Wir haben uns gestern über Populismus in der einen oder anderen Form sehr intensiv und manchmal sehr emotional ausgetauscht. Ich will einmal sagen, in diesen Kontext gehört der Begriff „Islamsprachen“ an dieser Stelle auch.

Der letzte Punkt ist ein islamischer Feiertag. Dazu kann ich nur sagen: Die Landesregierung - wir haben die originäre Regelungskompetenz dafür - sieht keinen Anlass dafür, einen solchen Feiertag in diesem Lande einzuführen. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE - André Poggenburg, AfD: Hört sich schon einmal gut an!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Anfragen. Dann danke ich Minister Tullner für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Dr. Pähle. Frau Dr. Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man weiß gar nicht mehr, wie man auf solche Anträge reagieren soll.

(André Poggenburg, AfD: Das glaube ich!)

- Ja, Herr Poggenburg, weil Sie Sachen fordern oder verbieten wollen, die überhaupt nicht zur Debatte stehen.

(André Poggenburg, AfD: Doch, für uns ja!)

Um verschiedene Eindrücke des heutigen Tages noch einmal aufzugreifen: Ihnen geht es explizit darum:

(André Poggenburg, AfD: Gefahr abzuwenden!)

Es gibt für bestimmte Sachen keine wissenschaftliche Definition außer der Ihrigen. Es gibt keine richtigen gefestigten Grundlagen außer den Ihrigen, um etwas festzustellen. Wo ist die Grundlage? Wo ist der Mythos, außer dem, den Sie akzeptieren?

Wissen Sie, woran mich das erinnert? - Es erinnert mich an das Lesen von George Orwells Roman 1984. Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke. Mit anderen Worten: Alles wird so umgedeutet, wie es gerade passt. Im Roman heißt das „Neusprech“. Es ist die Umdeutung von Begriffen und auch deren Umkehrung, die menschliche Werte verkehren soll. Wer hätte gedacht, dass wir Neusprech hier seit eineinhalb Jahren live und in Farbe erleben;

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - André Poggenburg, AfD: Seit 1968!)

denn nichts anderes praktiziert die AfD am laufenden Band.

Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen, sind sogenannte Flüchtlinge. GRÜNE und Jusos sind Linksextremisten. Ein Holocaust-Mahnmal ist ein Denkmal der Schande.

(André Poggenburg, AfD: War der Holocaust keine Schande?)

Oder auch heute Morgen bei der Perspektive der EU: Das war, ehrlich gesagt, das eindrucksvollste Beispiel für Ihr Neusprech.

Was ist mit der im Grundgesetz verankerten Freiheit des Glaubens, des Bekenntnisses und der ungestörten Religionsausübung? - Herr Poggenburg, weil es Ihnen immer so einfach fällt: Ich zitiere aus der Begründung Ihres Antrags:

„Ein Grundrecht der Religionsfreiheit kennt das Grundgesetz nicht.“

(Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

„Religionen können nicht mehr als eine Duldung des Staates und der Bürger für sich beanspruchen.“

Was sagten Sie gerade in Ihrer Debatte? - Sie zweifeln natürlich nicht an der im Grundgesetz festgehaltenen Religionsfreiheit. - Doch. In der Begründung Ihres Antrags schreiben Sie es auch noch auf.

(Rüdiger Erben, SPD: Hat er nicht gelesen!)

Ich bin überzeugt davon: Das, was Sie hier versuchen, ist genau das, uns immer wieder davon zu überzeugen, dass Sie die einzig Wahren sind, die wissen, was in diesem Land abgeht. Dem werden wir immer wieder widersprechen.

(André Poggenburg, AfD: Das wissen wir!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Religionsfreiheit, die man einer Religion, hier ganz explizit einer Religion, verweigert, ist keine Freiheit mehr.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb werden wir uns an dieser Stelle immer wieder gegen Sie und Ihre Argumente stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - André Poggenburg, AfD: Nichts anderes habe ich erwartet!)

Alle Erwartungen erfüllt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Dann danke ich Frau Dr. Pähle für die Ausführungen. - Für die Fraktion

DIE LINKE spricht der Abg. Herr Gallert. Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich nicht der Mühe unterziehen, die einzelnen Forderungen in diesem Antrag zu analysieren. Das eigentlich Interessante an diesem Antrag ist die Begründung. Diese kann man ganz kurz zusammenfassen.

Sie sagen, beim Islam handele es sich gar nicht um eine Religion im Sinne des Grundgesetzes, sondern beim Islam handele es sich um eine politische Organisation. Diese politische Organisation habe eigene Gesetze. Wer dieser politischen Organisationen angehöre, der kann kein guter Staatsbürger sein, sondern er folgt sozusagen fremden Einflüssen, Befehlen und Mächten und ist deswegen ein potenzieller Staatsfeind und gehört überwacht. Er ist ein potenzieller Terrorist. Das ist das, was in diesem Antrag steht.

(Zustimmung bei der LINKEN - Unruhe bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist nicht neu. Das ist überhaupt nicht neu. Das ist in etwa 80 Jahre alt. Wo jetzt „Islam“ darüber steht,

(Oliver Kirchner, AfD: Das ist falsch!)

haben die Nazis „Juden“ darüber geschrieben. Das ist genau dieselbe Logik. Wer einer solchen Religion angehört, der ist ein Staatsfeind und muss verfolgt werden. Das ist Ihre Strategie, die Sie hier verfolgen, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn man diese Forderungen durchsieht, dann braucht man sich wirklich nicht zu wundern. Das Nächste ist die öffentliche Kennzeichnung eines jeden Muslims - offensichtlich; es sei denn, es ist ein Kopftuch.

(Daniel Roi, AfD: Erzählen Sie doch nicht so einen Schwachsinn!)

Das darf dann nicht sein. Das sind die Dinge, die Sie hier fordern, und das ist das, was der geistige Hintergrund ist.

(Daniel Roi, AfD: Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

Um dazu zu kommen, muss man natürlich alle Realitäten ausblenden.

Derjenige, der Moslem ist, muss ein Terrorist sein. Es geht gar nicht anders. Ansonsten bricht Ihre Ideologie zusammen.

(Oliver Kirchner, AfD: Unsinn!)

Dazu sage ich noch einmal ganz klar: Wissen Sie, was Sie hier erzählen? - Das ist natürlich massenhaft widerlegt.

Wissen Sie, Herr Poggenburg spricht vom Islam und von der Unterdrückung der Frau. Natürlich wissen wir, dass es in islamischen Ländern die Unterdrückung von Frauen gibt,

(Matthias Lieschke, AfD: Ach!)

übrigens wie es auch in christlichen Ländern die Unterdrückung von Frauen gibt.

Dass aber zum Beispiel das nationale Parlament von Tunesien einen höheren Frauenanteil hat als der Bundestag in Deutschland, das ist etwas, was Sie nicht verstehen werden. Es ist aber so. Deswegen stimmt Ihre gesamte Ideologie an der Stelle nicht.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich einmal mit Leuten unterhalten würden, die in diesem Bereich tätig sind, dann ist zum Beispiel der Vorsitzende der Islamgemeinde hier in Magdeburg jemand, mit dem man sich darüber unterhalten könnte. Er hat nämlich an der Universität in Damaskus Maschinenbau gelehrt, er hat es hier an der Uni auch getan. Er sagt mir: Herr Gallert, ich sage Ihnen nur einmal zwei Zahlen: Bei mir in Magdeburg liegt der Frauenanteil unter Studenten, die Maschinenbau studieren, zwischen 10 % und 15 %.

(Zuruf von der AfD: Wo?)

- In Magdeburg, an der Uni.

(Zuruf von der AfD: Okay!)

In Damaskus lag er bei 55 %. Das ist etwas, was Sie nie verstehen werden. Das ist aber die Realität gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Krieg dort ist nicht religiös begründet. Der Krieg ist dadurch begründet, dass die internen Konflikte von außen mit Waffen und Ideologie und irgendwann auch mit Religion aufgeladen worden sind, sodass sie zu dieser Katastrophe geführt haben. Zu dieser Differenzierung sind Sie aber nicht fähig. Sie wollen sie auch nicht machen. Dann würde nämlich Ihr Weltbild kaputtgehen, weil Ihr Feindbild kaputtgeht. Das ist der Antrag, den Sie hier stellen. Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von Dr. Katja Pähle, SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, Herr Büttner von der AfD-Fraktion hat eine Frage. - Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Danke, Herr Präsident. - Herr Gallert, ich muss mich doch sehr wundern.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Ja, ja!)

Ich erinnere mich noch daran, dass Ihre Fraktion der Meinung ist, dass man Tunesien unter anderem nicht als sicheres Herkunftsland bezeichnen kann. Jetzt haben Sie gerade ausgeführt, wie toll die Verhältnisse dort in diesem Parlament sind,

(Zurufe von der LINKEN: Das ist billig! - Mein Gott!)

dass es dort eine so hohe Frauenquote gebe und dass es alles supertolle Zustände sind. Dann frage ich mich: Warum kann man dann Tunesien nicht zum sicheren Herkunftsland machen?

(Oh! bei der LINKEN)

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Büttner, ich wiederhole noch einmal den Begriff „Differenzierungsmöglichkeiten“.

(Beifall und Heiterkeit bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das verlangt mehrdimensionales Denken. Es geht nicht um null und eins und plus und minus, sondern es gibt sozusagen verschiedene Faktoren, die in einem gesellschaftlichen System zusammenkommen können oder nicht zusammenkommen können.

Das führt dazu, dass wir zum Beispiel in einem solchen Land sehr wohl die Situation haben, dass Frauen inzwischen Entwicklungsmöglichkeiten haben, und trotzdem gibt es in anderen Bereichen diktatorische Verhältnisse.

Das ist eine Situation, die haben Sie in solchen Staaten. Die haben Sie übrigens auch in christlichen Staaten. Sie haben sie in buddhistischen Staaten. Das ist relativ unabhängig von der Religion. Diese Differenzierung muss man eben leisten.

Wenn man diese Differenzierung leistet, dann geht einem möglicherweise das Feindbild verloren. Deswegen sind Sie nicht in der Lage dazu. Punkt.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, Frau Feußner hat eine Frage. - Frau Feußner, Sie haben das Wort.

Eva Feußner (CDU):

Lieber Kollege Herr Gallert, in diesem Zusammenhang meine Frage: Sie haben von dem Frauen-

anteil im tunesischen Parlament gesprochen und auch von der Anzahl der Studentinnen im Bereich Maschinenbau in Syrien.

Nun ist das natürlich löblich, wenn der wesentlich höher ist als in Deutschland. Das zeigt auch, dass wir in Deutschland auch Defizite haben - keine Frage.

Ich möchte Ihnen in dieser Beziehung aber eine andere Frage stellen. Ist die reine Anzahl, also die Quote, aus Ihrer Sicht entscheidend oder ist nicht die Stellung der Frau entscheidender, der Umgang, die gleichen Rechte für Frauen? - Dabei unterscheiden wir uns, glaube ich, zwischen Deutschland, Tunesien und Syrien ganz erheblich.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Na ja, natürlich ist das die alte Quotendebatte. Ich sage aber schon einmal, wenn der Anteil von Frauen im nationalen Parlament höher ist als in Deutschland, dann deutet das doch zumindest darauf hin, dass Frauen auch in einem islamisch geprägten Land mit einem liberalen Islamverständnis natürlich Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Ich will dazu auch noch einmal sagen, dass ich mich des Längeren und öfter mit Menschen unterhalten habe, die versucht haben, mir die Entwicklung in arabischen Staaten zu erklären. Die haben gesagt: Wissen Sie, viele Dinge, die man jetzt dem Islam in diesen Ländern in seinen aktuellen Erscheinungsformen zu Recht vorwirft, gehören gar nicht zur Tradition des Islam - übrigens interessanterweise zum Beispiel die radikale Homosexuellenfeindlichkeit. Das war elementarer Bestandteil der christlichen Ideologie, zum Beispiel der britischen Kolonisatoren.

Das können Sie übrigens an einer anderen Stelle - dort ist es noch interessanter und deutlicher - sehen, dass zum Beispiel die Gesetze zur Ächtung von Homosexualität, die jetzt in Indien hart in der Debatte stehen, Gesetze gewesen sind, die dort damals von der Kolonialmacht England installiert worden sind. Im Grunde genommen beginnt jetzt erst sozusagen ein Kampf darum, diese Gesetze wieder zurückzunehmen.

Sicherlich ist diese Ideologie in Europa längst überwunden und entideologisiert worden. Wir müssen aber wissen, es waren Kolonialmächte, christliche Kolonialmächte, die diese Ideologie in den arabischen Raum mit hineingetragen haben.

Daran sehen wir übrigens, und nur deswegen ist es wichtig, dass solche Merkmale von Gesellschaft mit Religion verdammt wenig zu tun haben. Sie können immer miteinander begründet

werden. Sie haben aber nie einen zwingenden Zusammenhang. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, Herr Farle hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich will dann nur darauf hinweisen, wir haben eine Dreiminutendebatte. Ich würde sagen, eine Intervention pro Fraktion ist genug. Insofern werde ich darauf nicht mehr antworten.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, eine Fragestellung ist nicht möglich. Dann eine Kurzintervention.

Robert Farle (AfD):

Noch eine Kurzintervention, und zwar: Dass man über das Thema hier nur in einer sehr emotionalen Atmosphäre diskutieren kann, ist ja klar.

Wenn man die Bücher vom ehemaligen Bürgermeister von Neukölln gelesen hat, wenn man auch die neuesten Aussagen teilweise von Sozialdemokraten dazu liest, wenn man das alte Buch von Sarrazin dazu nimmt, dann stellt man natürlich fest, wir haben Millionen Muslime hier im Land. Sie verhalten sich anständig, rechtstreu, und es sind auch Leute, mit denen man gut klar kommt.

Die Fakten sind aber auch ganz eindeutig. Der Ruf des Muezzins zum Beispiel bedeutet: Allah ist der einzige Gott.

Mir ist nicht bekannt, dass im Christentum an einem Kirchturm

(Widerspruch bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

der Pfarrer überall herumschreit, dass nur das Christentum - -

(Unruhe)

Sehen Sie, Sie sind so kultiviert, dass Sie noch nicht einmal in der Lage sind, sich in Ruhe drei Sätze anzuhören.

(Beifall bei der AfD)

Das ist der Gipfel der mangelnden Parlamentskultur bei Leuten, die sogar teilweise jetzt in den Bundestag eingezogen sind. Mein Gott Walter!

(Heiterkeit bei der AfD)

Das ist der Ruf des Muezzins. In Österreich hat man darüber diskutiert, dass man das nicht will, dass eine Religion einen Alleinherrschaftsanspruch von einem über allen anderen Dächern stehenden Turm aus ausruft.

Der zweite Punkt, den ich kurz ansprechen möchte, ist dieser: In fast allen Moscheen gibt es am Rand Zirkel und Arbeitsgemeinschaften und Diskussionsgruppen, in denen sich Extremisten zusammenfinden, die zum Teil auch vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Wir wollen keine terroristischen Zellen. Wir wollen nicht, dass aus dem Ausland Imame ausgebildet werden, die hier freitags ausrufen, was man denken soll.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Dann müssen wir sie hier ausbilden!)

Deswegen stellen wir so lange solche Anträge, bis das endgültig unterbunden ist. Denn wir wollen die Freiheit dieses Landes schützen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Wir fahren in der Debatte fort. Für die CDU spricht der Abg. Herr Schumann. Herr Schumann, Sie haben das Wort.

Andreas Schumann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist es eine aufgeheizte Atmosphäre und es ist gar nicht so einfach, nun zu sprechen. Vor allem müsste ich jetzt vieles wiederholen, was der Minister schon gesagt hat. Aber mein erster Gedanke bei der Vorbereitung meines Redebeitrages war dieser: Die Wahlen sind doch eigentlich durch. Könnte man sich nun nicht mit etwas anderem beschäftigen? - Aber vielleicht macht es die AfD so, wie es Sepp Herberger gesagt hat: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Wir müssen uns wieder vorbereiten.

Aber leider ist Politik kein Spiel, meine Damen und Herren, auch wenn ich gestern bei der Abstimmung zur KiFöG-Novelle und zur Novelle des Bildungsgesetzes ein bisschen den Eindruck hatte, dass es Kindergarten ist. Aber das ist eine andere Frage. Das steht auf unserem Blatt; das sage ich ganz ehrlich.

Ihre Forderung nach einem Moscheenregister - das hat der Minister schon gesagt - ist abzulehnen, sowohl hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit als auch des Nutzens. Stattdessen sollen nachrichtendienstliche Aktivitäten des Verfassungsschutzes, die einzig und allein der Beobachtung islamistischer bzw. islamistisch-terroristischer Bestrebungen und Aktivitäten dienen, intensiv weitergeführt werden.

Bereits jetzt existiert eine Datenbank im Verfassungsschutzverbund, in der verfassungsschutzrelevante Informationen und Erkenntnisse zu Moscheen zentral gespeichert werden.

Eine grundsätzliche Beobachtung religiöser Stätten einer bestimmten Religionsgemeinschaft lehne ich dagegen auch in dem Bewusstsein eines christlichen Abgeordneten ab.

Was Ihre Vorschläge zur Verschleierung angeht, so ist eine Vollverschleierung von Beamtinnen im Dienst vom Bund bereits heute untersagt. Dies ist landesseitig künftig auch für tarifbeschäftigte Lehrkräfte bindend. Darüber hinaus gehenden Handlungsbedarf sehe ich insoweit aktuell nicht.

Wäre es jetzt nicht an der Zeit, alles zu tun, und zwar über alle politischen Grenzen hinweg, um diejenigen, denen ein Schutzstatus zuerkannt wurde, rasch der deutschen Sprache mächtig zu machen und sie zumindest zeitweise in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die unglaublichen Vorteile unseres demokratischen Staates inhalieren zu lassen, damit sie nicht anfällig für religiöse Eiferer werden?

Wenn sie dann in friedlichen Zeiten ihr Heimatland wiederaufbauen, werden ihnen ihre Ausbildung und die von ihnen gewonnenen Erfahrungen für ihr Volk von großem Nutzen sein. Die krisenhafte Zuspitzung durch Zustrom von Flüchtlingen ist in Deutschland dank des entschlossenen Handelns auf allen Ebenen Vergangenheit.

All Ihre Forderungen, welche Sie in Ihrem Antrag bereits aufmachen, werden entweder bereits umgesetzt oder sind verfassungsrechtlich zumindest bedenklich.

Fremdsprachen, für die im Moment keine Bedarfe bestehen, werden in Sachsen-Anhalt sowieso nicht angeboten. Jedoch von vornherein Ausbildung in Sprachen zu verbieten, welche in einem anderen Kulturraum beheimatet sind, halte ich für grundsätzlich falsch.

In der Frage des muslimischen Religionsunterrichts sind wir - wie unser Bildungsminister angeführt hat - in der Prüfung. Meine Damen und Herren, gebildete Menschen sind nachweislich weniger anfällig für Populismus, Fanatismus und terroristische Verführungen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn sich im Ergebnis der Prüfung eine Notwendigkeit von islamischem Religionsunterricht ergeben sollte, so sollte der, ähnlich wie beim katholischen und evangelischen Religionsunterricht, von geprüften Lehrkräften an den Schulen durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren! Wir leben in Europa in kulturell christlich-jüdischer Tradition. Das wird

auch in Zukunft so bleiben. Dafür wird die CDU in Deutschland ein Garant sein. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Anfragen. Dann danke ich Ihnen, Herr Schumann, für die Ausführungen. - Für die Fraktion die GRÜNEN spricht der Abg. Herr Striegel. Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Herren von der AfD! Ihr Antrag will religiöse Menschen, hier muslimische Bürgerinnen und Bürger, an den Rand der Gesellschaft drängen. Ihr Antrag verfolgt verfassungsfeindliche Ziele, die zunehmend aggressiv und kämpferisch vorgetragen werden. Sie instrumentalisieren Ängste in der Bevölkerung.

Ich kann nicht schweigen, wenn Sie Hand an die im Grundgesetz verbrieft Religionsfreiheit legen. Ich kann nicht schweigen, auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse, denn heute wollen Sie Moscheen, morgen vielleicht Synagogen und übermorgen Kirchbauten verbieten. Ich kann nicht schweigen, weil Sie das Zerrbild eines gefährlichen Islam aufbauen. Schon aus Solidarität mit unseren muslimischen Brüdern und Schwestern gilt es deshalb, die Stimme zu erheben. Der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs ist eben auch ein Gott Ismaels. Sie werden uns mit Ihrem Hass auf alle Muslime und den Islam nicht trennen.

Die Maßnahmen, die Sie ins Werk setzen wollen, sind mit unserem Grundgesetz und mit unserer Landesverfassung unvereinbar. Beides sind im Übrigen Verfassungstexte, die in Verantwortung vor Gott und den Menschen entstanden sind.

Religionsfreiheit ist keine private Angelegenheit. Die Freiheit, eine Religion zu haben, sich rückzubinden, meint auch, sich öffentlich bekennen zu dürfen. Registrierungspflichten für Moscheen, Erlaubnisvorbehalte, Verbote sind mit dem für alle Menschen geltenden Grundrecht auf Religionsfreiheit nicht in Einklang zu bringen.

Sie wollen eine andere Verfassung. Sie wollen in einem anderen Land leben. Anträge, die Sie hier schreiben, sind offenbar als Verfassungstexte für Dunkeldeutschland gedacht.

Als Mensch, als katholischer Christ, Angehöriger einer Minderheit, als GRÜNER und als Demokrat kämpfe ich für eine Gesellschaft, in der jeder ohne Angst verschieden sein und, ja, auch glauben kann. Das heißt, auch alle diejenigen zu bekämpfen, die im Gewand der Religion Hass und Gewalt verbreiten. Das aber ist keine Spezialität des Islam. Als regierungstragende Fraktion werden wir

deshalb mit den Muslimen im Land gegen Terroristen kämpfen. Dafür braucht es einen langen Atem und die Bereitschaft, Muslime frei ihren Glauben leben zu lassen.

Deshalb kämpfe ich für einen staatlich anerkannten Islamunterricht, für islamische Lehrstühle an unseren Hochschulen und für Veränderungen am Staatskirchenrecht.

Zu den Vorhaben, die die Koalition sich vorgenommen hat, ist hier schon einiges ausgeführt worden. Wer nicht will, dass Imame im Ausland ausgebildet werden, der muss dafür sorgen, dass sie hier im Lande ausgebildet werden und dass wir im Blick haben, wer dort lehrt. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, auch was den katholischen und evangelischen Religionsunterricht in unseren Schulen anbelangt. Ich meine, dass wir diesen Weg weiter konsequent gehen sollten, und zwar diskriminierungsfrei.

Dieses Land ist ein freies Land, auch für Muslime. Wir werden nicht zulassen, dass Sie, dass die AfD religiöse Menschen diskriminieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, Herr Poggenburg hat eine Frage. Wenn Sie die beantworten möchten? - Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Eine Kurzintervention bitte. - Von einem Dunkeldeutschland, wie Sie gerade sagten, Herr Striegel, also von einem Deutschland mit betonversiegelten Volksfesten rücken wir ab, gerade wegen Ihrer Politik, wegen Ihrer Politik und nicht wegen des Reformwillens der AfD. Das war Punkt eins.

Punkt zwei richtet sich an Sie und auch an den Abg. Gallert. Es wird immer gesagt, die AfD solle sich doch einmal mit den Leuten unterhalten. Das tun wir oft genug. Ich erinnere mich an eine Faktist-Sendung, an der auch der Imam der Moschee in Magdeburg teilgenommen hat. Mit dem habe ich gesprochen. Und auf die ganz klare Frage, wie er sich denn zur Scharia bekennt, ob er diese ablehnt, habe ich bis heute keine Antwort erhalten. Ich denke mir also die Antwort: Er steht zur Scharia, er steht also zu einem grundgesetzwidrigen Islam. Und das ist allgemein das Problem mit dieser sogenannten Religion. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, wenn Sie noch einmal antworten möchten, haben Sie das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Poggenburg, ersparen Sie mir doch bitte Ihre Mutmaßungen. Zum Thema Scharia will ich Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie einen Katholiken fragen würden, ob er zum kanonischen Recht steht, würde er Ihnen vielleicht auch die eine oder die andere Antwort geben und das hätte nichts mit Verfassungsbruch zu tun, sondern die entscheidende Frage ist: In welchem Verhältnis kann Schariarecht zu unserem Grundgesetz stehen? - Selbstverständlich sind Aspekte von Schariarecht auch grundgesetzkonform anwendbar. Das ist überhaupt keine Frage. Das bekommt man hin.

Wenn Sie die biblischen Strafandrohungen und Strafmaße - ich erinnere nur an das Strafmaß für Ehebruch - zum Maßstab nehmen, werden Sie auch feststellen, dass die Steinigung ganz sicher nicht grundgesetzkonform ist. Die Todesstrafe ist abgeschafft. So findet sich in unserem Verfassungstext - -

Es geht am Ende um die Frage: Wie bekommen Sie es hin, dass Muslime ihren Glauben in unserer Gesellschaft unter Anerkennung des Grundgesetzes leben können? - Das setzt zunächst einmal voraus, dass wir ihnen ermöglichen, ihre Religion zu leben.

Zu Fragen des Staatskirchenrechtes, das dann sicherlich auch eine andere Begrifflichkeit braucht, wenn es an der Stelle reformiert werden soll, sage ich: Wir werden Lösungen finden, wie wir auch muslimisches Recht in ein positives Verhältnis zum Grundgesetz setzen können.

(Unruhe bei der AfD)

Das ist uns mit dem katholischen und mit dem kanonischen Recht auch gelungen. Ich erinnere daran, dass es vor 150 Jahren die Katholiken waren, denen vorgeworfen wurde, sie könnten keine ordentlichen Staatsbürger sein, weil sie als Papisten dem Papst hörig seien.

Wir haben das überwunden, Gott sei Dank. Ich bin zuversichtlich, mindestens für einen großen Teil in diesem Raum, dass wir Ihre Skepsis auch werden überwinden können.

(André Poggenburg, AfD: So ein Blödsinn!)

Solche Prozesse, Herr Poggenburg, brauchen Zeit. Das Problem bei Ihnen ist, dass Sie sich diese Zeit nicht nehmen wollen und dass Sie es ablehnen, in den Dialog zu gehen.

(Zurufe von der AfD)

Das ist unverantwortlich, weil Sie damit anderen Menschen ihre Freiheit absprechen, Religion auszuüben. Das ist mit uns nicht zu machen. Dem werden wir uns ganz klar entgegenstellen. Das, was Sie hier tun, ist verfassungs-

feindlich. Dafür gehören Sie am Ende auch beobachtet.

(André Poggenburg, AfD: Das sagt der Richtige!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, ich danke für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die AfD spricht der Herr Dr. Tillschneider.

(Unruhe bei der AfD)

Herr Dr. Tillschneider, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Was Sie an Auseinandersetzungen zu unserem Antrag geboten haben, das war keine Debatte, sondern ein Schwall an Worthülsen und unverständenen Begriffen.

Herr Striegel, nicht unser Antrag ist grundgesetzfeindlich,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Doch!)

sondern ein konsequent gelebter Islam ist grundgesetzfeindlich.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Vergleich des kanonischen Rechts mit der Scharia ist hanebüchen und zeigt mir, dass Sie vom Islam - das attestiere ich Ihnen hiermit - überhaupt keine Ahnung haben.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Gott sei Dank sind Sie ja da!)

Denn die Scharia ist ein allumfassendes Werte- und Gesetzssystem mit universalem Herrschaftsanspruch. Das, was wir als Weltliches und Geistliches bezeichnen, kennt die Scharia gar nicht. Überhaupt ist Differenzierung das Problem der Scharia.

Der sachliche Vortrag von Herrn Tullner hat aufgebaut auf der Differenzierung zwischen Islam und Islamismus. Aber auch das ist hinfällig, denn der Islam kennt diese Differenzierung nicht.

(André Poggenburg, AfD: Das begreifen die da drüben nicht - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das heißt, das ist eine Differenzierung aus unserer Sicht, die wir in den Islam hineinragen. Er differenziert auch nicht zwischen Staat und Religion. Das ist das große und eigentliche Problem, dass Staat und Religion eine Einheit bilden und er nie eine Säkularisierung durchgemacht hat, nie eine Aufklärung durchgemacht hat und deshalb nicht nur ein anderes Wertesystem, sondern auch ein völlig anderes Begriffssystem hat.

Aber anscheinend weigern Sie sich, das zu begreifen. Ansonsten war das, was hier vorgetragen wurde, im Grunde alles nichtig. Frau Pähle hat uns Neusprech unterstellt. Sie haben damit sich selbst beschrieben, denn Ihre Toleranz ist nur Ausdruck höchster Intoleranz, Ihre Vielfalt ist Einheitsbrei. Und der Kollege Gallert hat es doch tatsächlich fertiggebracht, hier eine Rede zu halten, in der er uns, der AfD, Feindbilder unterstellt hat und in der er von Feindbildern geredet hat und Feindbilder kritisiert hat,

(Dr. Katja Pähle, SPD, und Rüdiger Erben, SPD, lachen - Sebastian Striegel, GRÜNE: Nicht unterstellt - attestiert!)

aber nicht gesehen hat, dass er hier selber die größten Feindbilder aufbaut: Orbán, AfD, Ungarn und was weiß ich noch alles.

(Beifall bei der AfD)

Es ist auch nicht so, Herr Gallert, wir sagen auch nicht, dass jeder Muslim ein Terrorist ist. Wir sagen aber, dass der Islam nicht zu Deutschland passt. Es ist so, dass der Muslim vor der Alternative steht: Will er ein guter Staatsbürger sein oder will er ein guter Muslim sein?

(André Poggenburg, AfD: Genau! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Quark! Das ist doch völliger Käse!)

Beides ist aber nicht miteinander vereinbar. Ein 100-prozentiger, konsequenter Islam ist mit unserer Gesetzes- und Werteordnung nicht vereinbar.

(Beifall bei der AfD)

Erlauben Sie mir noch diese grundsätzliche Feststellung: Letztlich denke ich, dass es in dieser Diskussion im letzten Kern der Sache gar nicht so sehr um den Islam geht, sondern auch Ihnen geht es um den Islam. Der Islam ist Ihnen nämlich nur höchst angenehm und willkommen, weil Sie damit die Ihnen verhasste deutsche Identität auflösen können, weil Sie den Islam nutzen, um Ihr großes Entwurzelungs- und Multikulturisierungsprojekt voranzutreiben.

(Beifall bei der AfD)

Dafür wäre Ihnen - so schätze ich Sie ein - jedes Mittel recht. Wir aber wollen unsere deutsche Identität, unser deutsches Volk und unseren deutschen Staat erhalten. Deshalb wollen wir den Islam in Deutschland eindämmen, nicht weil wir den Islam hassen, sondern weil wir Deutschland lieben.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Ich danke Herrn Dr. Tillschneider für die Ausführungen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion in der Drs. 7/1993. Einen Antrag auf Überweisung in einen Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Somit stimmen wir direkt über den Antrag ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ach, jetzt kriegen sie mal die Hand hoch!)

Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit hat der Antrag keine Zustimmung erhalten. Der Tagesordnungspunkt 16 ist somit erledigt.

Wir kommen nunmehr zum

Tagesordnungspunkt 17

Beratung

Sofortige abschließende Stilllegung der „Bohrschlammdeponie Brüchau“ - entsprechend Landtagsbeschluss vom 4. Mai 2017 (Drs. 7/1364) - in Form der Dekontamination off-site (Aushub, Behandlung/Entsorgung) mit anschließender Rekultivierung

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/1995

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/2028

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/2029

Einbringer für die AfD-Fraktion ist der Abg. Herr Poggenburg. - Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Wieder oder besser immer noch haben wir das Thema Bohrschlammdeponie Brüchau auf der Tagesordnung, und zwar aufgrund eines Antrages der AfD-Fraktion. Nun bitte ich, uns nicht zu unterstellen, dass das ein Lieblingsthema der AfD wäre und wir daher nicht locker lassen wollten. Nein, es ist vielmehr beschämend, dass dieses Thema den Landtag, die dortige Region, vor allem aber die betroffenen Bürger seit Jahren beschäftigt, ohne dass es zu einem tatsächlich zufriedenstellenden Abschluss gekommen ist. Ganz ehrlich: Das ist ein Paradebeispiel für bürgerfernes Politikversagen.

(Zustimmung bei der AfD)

Ich wollte an dieser Stelle einen Abriss der einzelnen Stationen vornehmen, der Diskussionsergebnisse, Zusagen, Aktionen, Gutachten, Pressever-

öffentlichungen, Landtagsdebatten und Beschlüsse usw. usw., um das seit Jahren schwelende Thema noch einmal aufzuzeigen. Aber das lasse ich sein. Warum? - Weil doch im Grunde jeder zumindest in einem ausreichenden Maß, auch dank der Presseberichterstattung - man darf die Presse ruhig auch einmal loben -,

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ach!)

weiß, worum es bei diesem Thema inhaltlich geht. Tatsächlich geht es doch darum, dass wir grundsätzlich werden und diskutieren müssen, statt uns weiter im Klein-Klein zu verlieren.

Was ist also grundsätzlich Tatsache? - Erstens. Wir haben die Bohrschlammdeponie Brüchau und wissen mittlerweile von teils erheblicher Kontamination durch Quecksilber, radioaktive Abfallstoffe und weitere Chemikalien.

Zweitens. Wir haben eine erhebliche Anzahl von Bürgern des Ortsteils Brüchau und Umgebung, die sehr berechtigt Angst vor der gesundheitlichen Bedrohung durch die Abfalllagerung haben und die ihren verständlichen Wunsch nach Klärung und Abwendung der Gefahr, was zweifelsfrei Aufgabe des Staates ist, bereits sehr deutlich durch die Gründung einer Bürgerinitiative, durch viele, oft pressewirksame Demonstrationen und verschiedene Eingaben kundgetan haben.

Drittens. Wir haben einen Landtag mit Abgeordneten, die - zumindest grundsätzlich - immer wieder Verständnis für die Bürger signalisiert haben. Im Falle der hier zuletzt eingezogenen AfD-Fraktion gilt das sogar für die gesamte Fraktion. Allerdings: Verständnis zu signalisieren genügt nicht. In diesem Fall müssen endlich konkrete Taten folgen.

(Beifall bei der AfD)

Viertens. Wir haben einen Landtagsbeschluss vom 4. Mai 2017 zur Stilllegung der Deponie und eine Stellungnahme des Landtages, was erst einmal als Erfolg gewertet werden konnte. Allerdings - auch das gehört zur Wahrheit - ist die Stilllegung bis heute nicht ordnungsgemäß erfolgt. Im Gegenteil: Sie wird ständig weiter hinausgeschoben.

Fünftens. Wir haben Bürger, die das Vertrauen in die Politik, vielleicht sogar in den Parlamentarismus zu verlieren beginnen und die nun am 14. Oktober erneut eine große Demonstration vor Ort durchgeführt haben, bei der mehrere Landtagsabgeordnete mehrerer Fraktionen - das sage ich ganz ehrlich und gern -, davon allein fünf AfD-Abgeordnete, anwesend waren und Unterstützung zugesagt haben. Zudem wurde auch heute wieder direkt vor dem Landtag zu diesem Thema demonstriert. Selbstverständlich waren die AfD und auch andere Landtagsabgeordnete dabei zur Stelle.

Sechstens. Es gibt genug Informationen. Beispielsweise hat das GICON-Gutachten aus dem Jahr 2015 darüber, worum es sich bei der ganzen Angelegenheit handelt und wie wir nun vorzugehen haben, weitestgehend und erschöpfend berichtet. Es gibt keinen Grund, eine Lösung noch weiter zu verzögern, indem man immer wieder versucht, irgendwelche weiteren Informationen zu ermitteln.

Siebtens. Selbstverständlich könnte man immer noch mehr Informationen besorgen, Gutachten in Auftrag geben usw. Mittlerweile - das vergessen hier aber einige allzu gern - handelt es sich beim Fall der Deponie Brüchau - übrigens nicht nur in der Wahrnehmung der Bürger - um einen Fall von Gefahr im Verzug, auch wenn der Fachterminus hierfür nicht ganz präzise gewählt ist; dafür aber ist er bildhaft.

(Beifall bei der AfD)

Zumindest politisch ist die Situation jetzt genauso einzuschätzen und zu behandeln. Deswegen hat die AfD-Fraktion wieder einmal einen Antrag zu Brüchau auf die Tagesordnung gebracht. Deswegen müssen wir jetzt zur Tat schreiten, das heißt, den politischen Willen zum Handeln deklarieren und umgehend mit dem Aushub und der vollständigen Behandlung oder Entsorgung des Aushubmaterials beginnen.

Ich möchte noch kurz auf den Alternativantrag der Kenia-Koalition, also der Regierungskoalition, eingehen. In dem Antrag wird - ich zitiere - „bekräftigt“, „unterstrichen“, „begrüßt“, „gebeten“, „ernst genommen“. All das ist im Prinzip nicht verkehrt, aber in dem hier vorliegenden Fall ist es unnützlich, ja, fast fahrlässig, da nur noch eine annehmbare Option existiert, nämlich entschlossenes gemeinsames Handeln. Davon ist in Ihrem Antrag nichts zu lesen.

(Beifall bei der AfD)

Unter Punkt 4 Ihres Antrags gehen Sie zudem auf den geplanten Verkauf der Betreibergesellschaft Engie E&P Deutschland GmbH ein. Das wirft natürlich sofort wieder neue Fragen auf und führt zu Verunsicherung. Ich will nicht sagen, dass Sie für den Verkauf verantwortlich sind, aber der Umstand wirft bei den Bürgern logischerweise neue Fragen auf und verursacht neue Sorgen. Soll die ganze Angelegenheit der Stilllegung vielleicht nur deshalb hinausgezögert werden, damit hier ein Verkauf stattfinden und man sich aus der Verantwortung für die Altlasten stehlen kann? - Das ist eine solche Frage.

Ich will und werde hier nichts unterstellen, aber, werte Kenia-Koalition, bedenken Sie doch einmal, wie all das - das wurde auch bei der Demo heute gesagt - wieder auf die Bürger von Brüchau und

Umgebung wirken muss. Dieses weitere Verzögern ist einfach nicht mehr hinnehmbar.

(Beifall bei der AfD)

Zum Schluss meines Beitrags darf ich Sie alle noch einmal eindringlich an Passagen in der Präambel unserer Landesverfassung erinnern, die uns auffordern - ich zitiere -, „die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten“, und die klarstellen: „Ziel aller staatlichen Tätigkeiten ist es, das Wohl der Menschen zu fördern“.

In diesem Sinne muss ich Sie auffordern, Ihre Verfassungstreue auch und gerade vor den Bürgern des Ortsteils Brüchau und Umgebung klar zu bekennen, unserem Antrag zuzustimmen und damit für eine sicherlich überfällige, nun aber ordentliche, endgültige und auch für die Bürger akzeptable Beendigung dieser Angelegenheit zu sorgen. Stimmen Sie dafür unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen. Ich danke dem Abg. Herrn Poggenburg für die Ausführungen. - Wir steigen jetzt in die Debatte ein. Für jede Fraktion ist eine Redezeit von drei Minuten vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Minister Herr Prof. Dr. Willingmann. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Lassen Sie mich etwas vorausschicken: Selbstverständlich beschäftigt der weitere Umgang mit der Bohrschlammdeponie Brüchau die Menschen vor Ort und auch den Minister. Die Landesregierung hat deshalb über das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren hinaus alle Beteiligten im Rahmen der sogenannten Kalbe-Runde über den Fortgang des Stilllegungsverfahrens informiert, zuletzt im August dieses Jahres.

Auch hier im Landtag haben wir bereits diskutiert und einen Beschluss gefasst. Wie Sie wissen, haben sich Landesregierung und Landtag im Mai dieses Jahres darauf verständigt, zunächst das vom Betreiber vorgesehene und mit allen Beteiligten abzustimmende Untersuchungsprogramm für die Deponie und das nähere Umfeld durchführen zu lassen und auf der Grundlage der Ergebnisse unter Ausklammerung - ich betone: unter Ausklammerung - der Kostenfrage eine für die dauerhafte Sicherung sachgerechte Lösung aufzuzeigen.

Entsprechend dieser Beschlusslage sollten wir uns dann erneut mit der Thematik befassen, wenn die abschließenden Untersuchungsergebnisse vorliegen und eine begründete und angemessene Lösung für eine Sanierungsvariante zur endgültigen Stilllegung vorgelegt wird.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, kurz über den aktuellen Stand des Verfahrens zu berichten. Der für die Untersuchungsmaßnahmen notwendige Sonderbetriebsplan wurde von Engie im Mai dieses Jahres vorgelegt und im Anschluss mit den zu beteiligenden Behörden und der Kommune erörtert. Dabei wurde vereinbart, zunächst das Untersuchungsprogramm für die unmittelbare Deponieerkundung und die Messnetzerweiterung durchführen zu lassen sowie die Untersuchungen zur Dichtigkeitsprüfung in einem zweiten Schritt nach dem Vorliegen der Untersuchungsergebnisse des ersten der auf der Grundlage überarbeiteten Pläne zuzulassen.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Zulassung des Sonderbetriebsplans am gestrigen Tage erfolgt ist. Engie wird nunmehr die Durchführung der Untersuchungstätigkeiten veranlassen - das ist dieses Verwaltungsverfahren, in dem wir uns befinden - und dem LAGB bis zum 1. Dezember einen konkreten Zeitplan für die Durchführung der einzelnen Untersuchungsmaßnahmen vorlegen.

Und noch zu einem anderen Thema, das uns vor einigen Monaten hier ebenfalls beschäftigt hat. Zwischenzeitlich wurde, wie geplant, das methodische Vorgehen zur Erfassung von Krebsfällen zwischen dem gemeinsamen Krebsregister und dem Landesamt für Verbraucherschutz abgestimmt. Gegenwärtig werden unter Einbeziehung des Gesundheitsamtes und der Einwohnermeldeämter die notwendigen Daten zur Altersstruktur, Bevölkerungszahlen und Krebsfällen für die einbezogenen Ortschaften Brüchau, Kakerbeck, Neuendorf und Jemmeritz zusammengestellt. Das Sozialministerium rechnet mit den ersten Ergebnissen der Auswertung gegen Ende 2017/Anfang 2018, also relativ bald.

Angesichts der dargelegten Sachlage kann die Landesregierung den von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Alternativantrag nur begrüßen. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, es gibt seitens der AfD-Fraktion zwei Anfragen. - Herr Lieschke, Sie haben das Wort.

Matthias Lieschke (AfD):

Ja, und zwar gibt es dieses GICON-Gutachten von 2015. Dort wurden die Varianten neun und

zehn, sprich der Aushub, einfach nur ausgeschlossen, weil die Kosten zu hoch waren. Aber sie wurden in dem Gutachten schon als die einzige, richtige und sicherste Methode dargestellt, um für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen.

Nun frage ich: Mit den Optionen, die wir jetzt in der Landtagssitzung festgestellt haben, dass die Kosten nicht der entscheidende Faktor sein dürfen - warum wurde dieses Gutachten nicht herangezogen, das schon fertig ist? Warum wurde jetzt wieder alles neu gestartet und sorgt jetzt - wie soll ich es sagen - nur unnötig für Zeitverzögerungen? - Das Gutachten war ja fertig. Warum wurde es nicht genommen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Das will ich gerne beantworten. Herr Abg. Lieschke, wir haben uns in der letzten Debatte zu diesem Thema darauf verständigt, dass weitere Untersuchungen erforderlich sind, solche, die auch über das Gutachten hinausgehen. Ich bitte um Verständnis, dass wir das nicht einfach rückgängig machen können, indem wir uns immer wieder auf ein einziges Gutachten in dieser Angelegenheit berufen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Roi hat noch eine Frage. - Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Herr Minister, mal davon abgesehen, dass die Leute, die sich damit auskennen, die dort tätig waren, die dort wohnen und unter anderem die Leute, die das Gutachten geschrieben haben, sich einig sind, welche Gefahren von dieser Deponie ausgehen, möchte ich Ihnen etwas zur Kenntnis geben. Denn wenn Sie hier reden und auch die Parlamentarier der anderen Fraktionen, dann klingt das immer so, als würden wir Sie nerven, indem wir hier Anträge stellen.

Sie haben hier im Mai - das steht hier im Plenarprotokoll - die Krebsgeschichte runtergespielt, indem Sie einen Vergleich des gesamten Landkreises Salzwedel mit irgendwelchen anderen Landkreisen gebracht haben. Im Salzwedeler Landkreis sei die Krebsrate niedriger als woanders.

Alleine das zeigt schon, wie Sie versucht haben, die Problematik herunterzuspielen. Denn Sie wissen ganz genau, dass die Deponie Brüchau natürlich nicht den gesamten Landkreis Salzwedel betrifft.

Jetzt haben Sie gerade selbst in Ihrer Rede gesagt, dass Sie sich zusammen mit dem Ministerium jetzt rangemacht haben, dem doch mal nachzugehen. Aber warum machen Sie das? - Weil die AfD das hier in das Landesparlament reingetragen hat und Sie dadurch erst zum Handeln aufgefordert wurden. Das ist nämlich die Wahrheit.

(Beifall bei der AfD)

Das sollten Sie mal zur Kenntnis nehmen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben das Wort zum Antworten.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Roi, Ihr Hinweis darauf, dass in der Tat der Vergleich der Krebszahlen im Landkreis mit anderen Landkreisen eine zu grobschlächtige Befassung ist, ist durchaus berechtigt. Ich habe auch gar nichts - -

(Daniel Roi, AfD: Das steht drin!)

- Ich bestätige Sie gerade, Herr Roi. Jetzt nicht so aufgeregt sein. Sie können auch ein bisschen was für die Galerie liefern. Ich bestätige Sie gerade.

Wir haben unmittelbar in Umsetzung des Beschlusses des Landtags vom Mai gesagt: Das reicht uns nicht. Deshalb haben wir den Auftrag erteilt, eine genaue Erhebung durchzuführen. Man darf insoweit durchaus auch mal etwas klüger geworden sein. Ich nehme das für mich auch in Anspruch, dann müssen Sie sich gar nicht aufregen.

(Lydia Funke, AfD: Wie viele Erhebungen brauchen Sie noch?)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich dem Herrn Minister für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die CDU spricht der Abg. Herr Harms. Herr Harms, Sie haben das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank für das Interesse, das Sie dem siebzehnten Tagesordnungspunkt entgegenbringen, liebe Kollegen. Ich bitte darum, etwas leiser sprechen zu dürfen, weil ich gesundheitlich ein bisschen angeschlagen bin.

Tausende Tonnen Mischabfälle mit vielen Schwermetallen. Quecksilber, Radium, Blei, Chrom, Kupfer, Strontium, Kadmium, Chlorid, Lithium, Arsen, Zyanidschlämme, Salpetersäure, Teerreste, Galvanikschlämme und auch radioaktiv belasteter

Abfall wurden mehrere Jahre und Jahrzehnte lang in eine matschige Kuhle gekippt.

Eine ehemalige Mergelgrube mit einer vermuteten 70-cm-Mergeltonrestschicht und das Vertrauen auf die selbstabdichtende Wirkung von Bohrschlämmen sollen Schutz bieten für das Grundwasser, die landwirtschaftlich genutzten Böden und die Gesundheit der Bevölkerung. Dr. Allhoff von der Bürgerinitiative hat bereits Zahlen vorgelegt. Demnach haben Bürger aus dem Ort Brüchau die doppelte Häufigkeit an Krebserkrankungen.

Eine Genehmigung für die dauerhafte Lagerung all dieser Dinge vor Ort existiert nicht. Sollten sich die Schadstoffe ausbreiten, steigt der Aufwand erheblich. Deshalb sollte keiner die Beräumung hinauszögern.

Dieser sogenannte Silbersee entstand mit staatlicher Mitwirkung, Aufsicht und Genehmigung - aus heutiger Sicht ein mehrfacher Fehler. Da hilft auch kein Verstecken hinter Gutachten. Nachdem jahrzehntelang unser Boden ausgebeutet wurde, haben wir den Anspruch, dass ein Teil der Gewinne und Steuern dafür verwendet wird, diese Arbeitsstätte aufzuräumen.

Da wir davon ausgehen müssen, dass die nächsten Monate mit weiteren Untersuchungen vergehen, sollten wir die Zeit im Wirtschaftsausschuss nutzen, um uns genauer mit den Produktionsbedingungen zu beschäftigen, die die ungewöhnlich hohen Quecksilberbestände erklären.

Der Vertrag mit Gaz de France zur Privatisierung und die darin enthaltenen Festlegungen zur Altlastenfrage sollten uns genauso interessieren wie die Gesundheit vieler ehemaliger Erdgasmitarbeiter.

Am Anfang war dort eine matschige Grube, die genutzt wurde. Seit einigen Jahren - wenn Sie sich das vor Ort anschauen - haben Sie den Eindruck, Sie stehen vor einem Biotop. Ich habe den Eindruck, das Problem wurde verwaltet, wie gesagt, mit staatlicher Mitwirkung, aber gelöst wurde es bisher nicht.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Ihnen, Herr Abg. Harms, für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die LINKEN spricht der Abg. Herr Höppner. Herr Höppner, Sie haben das Wort.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Vertrauen verspielt wurde, ist es sehr schwer, dieses wiederherzustellen. In Brü-

chau und in der Altmark hat man immer noch den Eindruck, es geht letztendlich wieder nur ums Geld und man verzögert nur deshalb.

Es schafft auch kein Vertrauen, wenn weiterhin offene Fragen nicht beantwortet werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wie zum Beispiel: Warum die Deponie, die eigentlich gar keine ist, nach 1989 überhaupt weiter betrieben und somit dort weiter gefährliche Abfälle reingekippt werden durften. Es war damals größtenteils schon bekannt, was dort alles an Giften - einige wurden genannt - und Schwermetallen verklappt wurde.

Weiter geht es mit der Frage, warum es per 30. April 2012 dann auch aufgrund einer neuen EU-Richtlinie zur Betriebseinstellung der Grube kam: mit der Aussage bzw. mit den Hinweisen, dass die Grube nicht dicht ist bzw. die Dichtheit nicht gewährleistet werden kann und bereits Schadstoffe ins Grundwasser gelangt sind und immer noch gelangen.

Was mich persönlich aber mehr als irritiert, ist auch, dass man Hinweisen, Presse- und Medienberichten sowie Aussagen von ehemaligen Beschäftigten auch in den Ausschüssen nicht nachgeht, dass in die Grube auch radioaktives und strahlendes Material gekippt wurde und dass radioaktiv belastete Rohre aus der Erdgasförderung in der gesamten Gegend noch zu DDR-Zeiten als Baumaterial verteilt und verbaut wurden.

Man kann sich das alles noch einmal im MDR-Bericht vom 17. und 31. Mai 2017 anschauen, da wird alles dazu gesagt.

Da ich mich selbst viele, viele Jahre beruflich mit Strahlenschutz auseinandersetzen durfte, kann ich Ihnen versichern, dass man in der Industrie und auch in der Medizin mehr als nervös sein würde, wenn dort Werte gemessen würden, die die zulässigen Grenzwerte bei Weitem übersteigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Da würde dann nämlich sofort gehandelt, untersucht und letztendlich verantwortungsvoll entsorgt werden. Es gibt somit in Brüchau eine ungeklärte und möglicherweise mehr als gefährliche Situation durch verseuchtes Sickerwasser, radioaktive sowie strahlende Materialien und allen möglichen Sorten von Schwermetallen sowie weiteren giftigen Chemikalien.

Dieser Zustand muss so schnell wie möglich, aber auch unter dem Aspekt größtmöglicher Sicherheit beseitigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört grundsätzlich, dass endgültig festgestellt wird: Welche Substanzen sind wirklich darin und vor allem in welchen Mengen? - Das braucht man natürlich, um das zu entsorgen, um Entsorgungskonzepte zu erstellen.

Wie können und müssen wir diese letztendlich bei der Entsorgung behandeln oder wie sollten die behandelt werden? Vor allem: Wo können sie abschließend sicher endgelagert bzw. sach- und fachgerecht entsorgt werden?

Abschließend möchte ich als Altmärker klarstellen, dass die Altmark nicht die Müllkippe der Republik ist. Das betrifft die Giftgrube Brüchau, aber auch Dinge, die bereits versucht wurden, wie zum Beispiel die CO₂-Verpressung oder das Ablagern, Einlagern von radioaktiven Materialien. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Höppner, es gibt von Frau Dr. Pähle eine Frage. - Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Höppner, ich habe nur eine Frage. Sie haben in Ihrem Redebeitrag unterschiedliche Erwartungen formuliert. Einerseits die schnellstmögliche, am besten sofortige Entsorgung der radioaktiv belasteten Stoffe. Das verstehe ich. Gleichzeitig haben Sie mit hoher Erwartung gesagt: Natürlich muss erst mal geklärt werden, was überhaupt darin ist, damit man hinterher auch verantwortungsvoll mit der Entsorgung beginnen kann.

Meine Frage an Sie: Wie bringen Sie das „schnellstmöglich“, vielleicht das Rausangeln der Rohre, die Sie dort vermuten, in Einklang mit dem „Ich muss erst mal wissen, was darin ist“? Halten Sie nicht auch eine fundierte Untersuchung, gerade der Stoffe in der Grube, für notwendig, um genau Ihren zweiten Punkt zu erfüllen? Sind Sie mit mir einer Meinung, dass das Ministerium genau mit dieser Aufgabe gerade beschäftigt ist?

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Der wesentliche Unterschied in der Geschichte ist zwischen uns, dass wir klar sagen: „Ja, die Grube muss entsorgt werden.“ Die Grube muss entsorgt werden, aber - das habe ich auch noch einmal dargelegt - unter dem Aspekt der Verantwortlichkeit. Das heißt: verantwortungsvolles Handeln.

Wir wissen alle, wenn wir diese Grube anfassen, aufmachen und Ähnliches, führt das zu neuen Gefahrenquellen. Die müssen abgeschätzt, abgewogen werden. Dort muss ein Konzept erstellt werden. Wir müssen also wissen: Was ist genau dort

vorhanden? Wohin soll es gehen? Wo wird es sicher endgelagert? - Alle solche Dinge. Das muss klar sein.

Aber, wie gesagt - ich möchte das betonen -, wir können hier sagen: Ja, die Grube soll entsorgt werden - natürlich unter den genannten Bedingungen und unter der Voraussetzung, dass keine Gefahr bei der Entsorgung besteht. Denn es hilft uns nicht weiter, wenn wir die Grube anfassen und letztendlich beim Entsorgungsprozess die halbe Gegend verseuchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich dem Abg. Höppner für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Umweltschutzjahresbericht von Exxon-Mobil für das Jahr 2010 steht, wo gefährliche Abfälle aus der Erdgasindustrie entsorgt werden. Es gibt also Möglichkeiten, die auch für Brüchau genutzt werden können.

Von den insgesamt 288 sachsen-anhaltischen Bohrschlammgruben sind bereits 257 zurückgebaut worden. Einige Gruben wurden komplett ausgekoffert. Was hier möglich war, muss auch bei der Bohrschlammdeponie im altmärkischen Brüchau möglich sein.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der AfD)

Mehrere Gutachten weisen aus, dass die Grube nicht dicht ist. Außerdem ging man im Jahr 2012, als die Verlängerung des Grubenbetriebs anstand, davon aus, dass Sickerwasser in Quantität und Qualität nachgewiesen werden müsse. Mit der Annahme, dass Sickerwasser vorhanden ist, hatte man gleichzeitig angenommen, dass die Grube undicht ist.

Es heißt, dass der Betreiber den Anforderungen an Untersuchung und Behandlung von Sickerwasser nicht gerecht werden konnte. Hier bleibt eine Menge Fragen offen, denen ich auch noch nachgehen werde. Bei der Erörterung zur geplanten Verlängerung konnten die Bedenken und Einwände von beteiligten Behörden und Gemeinden nicht vollständig ausgeräumt werden.

Bei allem, was wir wissen, kann es nur die Schlussfolgerung geben: Die Grube muss weg.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der AfD und bei der LINKEN)

Wir sind sicher, dass es so kommen wird. Alles andere wäre bei diesem Gefährdungspotenzial überhaupt gar nicht erklärbar.

(Guido Heuer, CDU: Ich bin gespannt!)

Für uns GRÜNE kommt nach derzeitiger Faktensituation nur die Ausbaggerung und Verbringung des Grubeninventars infrage. Grundlage dafür müssen zügige analytische Untersuchungen sein, welche Stoffe in welcher Menge in der Grube sind, um deren Verbringung dann auch festlegen zu können.

Ich sage hier auch: Wir als GRÜNE haben nicht den Eindruck, dass SPD und CDU auf einen Verbleib des Grubeninventars fokussieren.

Die Menschen vor Ort haben Angst. Sie fühlen sich bedroht, gehen aufgrund der Grube von einer Erhöhung der Zahl der Krebsfälle aus. Ein allgemeines Grundunwohlsein aufgrund der Bombe vor der Haustür macht sich in der Bevölkerung breit.

Ich möchte noch einmal herausstellen: Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie der Schutz der Umwelt und des Grundwassers müssen bei der Stilllegung maßgeblich sein. Dabei sind die Sorgen der Menschen ein entscheidendes Kriterium für die Festlegung der Schließungsvariante. Das haben wir in unserem Alternativantrag betont.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Sorgen und Ängste müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Es ist gut, dass am 14. Oktober dieses Jahres 300 Menschen an der Grube demonstrierten und eine Auskoffertung gefordert haben. Eine ab 2018 geltende EU-Richtlinie schreibt ein hohes Niveau zur Lagerung von Quecksilberabfällen vor. Das erreicht Brüchau zurzeit nicht. Brüchau ist ein weiteres Argument dafür, die fossile Energiewirtschaft zu beenden und auf erneuerbare Energien zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Es gibt aber einige Nachfragen. Würden Sie diese versuchen zu beantworten?

(Bernhard Daldrup, CDU, geht zum Saalmikrofon)

- Herr Lieschke hat sich als Erster gemeldet, Herr Daldrup. - Herr Lieschke, Sie haben das Wort.

Matthias Lieschke (AfD):

Eher eine Kurzintervention. - Frau Frederking, Sie waren vorhin draußen, haben ein paar Worte gesagt nach dem Motto: Liebe Bürgerinitiative, ich

freue mich, Sie wieder hier zu sehen, und es ist toll, wie viel Engagement Sie für Ihre Sache aufbringen.

Ich fand es echt schlimm, dass die Bürgerinitiative wieder hier sein musste, und zwar weil Sie bisher Ihre Arbeit nicht gemacht haben, Ihre grünen Positionen nicht vertreten können und deswegen einfach nicht in der Lage sind, die Interessen der Bürgerinitiative zu vertreten. Denn das passiert nämlich gerade nicht. Die Einzigen, die das im Moment machen, sind wir von der AfD. Wir sagen: Positionieren Sie sich klar! Sagen Sie, die Deponie ist zu beräumen!

Ihr Konzept ist zu sagen, dass Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen sind, dass bei der Beräumung kein Boden verseucht wird. - Es ist doch selbstverständlich, es gehört bei einer Beräumung dazu, dass man vorher prüfen lässt, dass alles sicher abläuft. Aber sich jetzt hinzustellen und zu sagen, wir müssen weiter untersuchen, das ist ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinitiative.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Lieschke, ich werde etwas dazu sagen, auch wenn es eine Intervention war. Wenn Sie sich mit der Grube beschäftigt hätten,

(Matthias Lieschke, AfD: Habe ich!)

wirklich hätten,

(Matthias Lieschke, AfD: Habe ich!)

dann wüssten Sie, dass durch meine parlamentarische Initiative von vor über zwei Jahren

(Unruhe bei der AfD)

die Details zum Inhalt und zum Zustand der Grube überhaupt erst einmal an die Öffentlichkeit gekommen sind. Aber was ist daraufhin passiert?

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE - Zuruf von der AfD: Es ist nichts passiert!)

- Daraufhin ist passiert, dass die ursprünglich bevorzugte Abdeckvariante überhaupt nicht zum Zuge gekommen ist. Das ist nicht gemacht worden. Die Abdeckvariante ist nicht umgesetzt worden. Mit diesem Wissen wurde in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative und den Menschen vor Ort ein öffentlicher Druck aufgebaut, sodass die Behörden das Thema nun auch ernster nehmen.

Was ist noch passiert? - Es gibt einen öffentlichen Beteiligungsprozess. Die Runden in Kalbe habe ich - - Die erste habe ich allein organisiert und initiiert und die zweite mit dem Bürgermeister Ruth gemeinsam.

Und wer war, trotz Einladung, nie bei diesen Runden dabei? - Das war die AfD.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Unruhe bei der AfD)

Also von wegen solche Geschichten hier zu erzählen. Wir haben eine ganze Menge erreicht. Wir haben erreicht, dass das Thema jetzt viel ernster genommen wird.

Herr Willingmann hat vorhin ausgeführt, dass auch er und sein Ministerium sowie die nachgelagerten Behörden lernfähig sind und die Krebsuntersuchungen jetzt in einer viel qualifizierteren Form vorgenommen werden. Also, ich finde, das ist nicht nichts,

(André Poggenburg, AfD: Aber kaum was!)

unabhängig davon, dass wir natürlich alle wissen, dass es jetzt zügig vorangehen muss und dass die Ergebnisse zügig auf den Tisch müssen, damit dann die Entscheidungen zur Schließung getroffen werden können, damit das passiert, was auch Herr Höppner ausgeführt hat, dass genau festgelegt werden kann, wo was hinkommt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Herr Daldrup hat auch eine Frage. - Herr Daldrup, Sie haben das Wort.

Bernhard Daldrup (CDU):

Frau Kollegin, ich gebe zu, dass ich mich mit dem Fall nicht so intensiv beschäftigt habe wie vielleicht andere. Aber in Ihrem Redebeitrag sind mir zwei Dinge aufgefallen.

Erstens. Wenn Sie sich so wahnsinnig sicher sind, was jetzt dabei herauskommt, dann brauchen wir eigentlich gar kein Gutachten mehr, sondern dann ist ja klar, dass wir entsorgen müssen. Also, das verstehe ich jetzt nicht so ganz.

Zweitens. Für den Ihrerseits undenkbaren Fall, dass dabei herauskommt, dass das Entsorgen gefährlicher als das Liegenlassen ist, was machen wir denn dann? - Also, wenn Sie sagen, klar ist, das muss weg.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ich hatte nur drei Minuten Redezeit. Deshalb bin ich dankbar für die Nachfrage. In dem Bericht von Exxon-Mobil zur Entsorgung von Abfällen aus der Erdgasindustrie wird detailliert auf die verschiedenen Stoffe eingegangen, auf radioaktive Abfälle, auf Quecksilber. Es muss ja behandelt werden. Also, man holt das, was darin ist, nicht einfach nur heraus. Das ist ja ein Cocktail an Giften. Quecksilber wird zum Beispiel in eine Konditionierungsanlage verbracht - ich weiß jetzt nicht mehr, wo sie sich befindet, entweder in Leipzig

oder in Braunschweig -, und dann verdampft man es und es wird wieder in den flüssigen Zustand gebracht.

Ein Teil der radioaktiven Abfälle kann beispielsweise verbrannt werden; so habe ich das in dem Bericht gelesen. Teile werden auch in geopolymeren Zement eingelagert, was immer das ist. Es gibt auch Abfälle, die in Fässer verbracht werden, und tatsächlich radioaktive Abfälle, die im Endlager Konrad entsorgt werden müssen.

Das alles muss detailliert festgelegt werden. Dazu muss man natürlich wissen, was genau darin ist, also welche Radionuklide, welche Chemikalien darin sind und auch in welcher Menge. Das ist die Voraussetzung dafür.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Herr Daldrup hat eine Nachfrage.

Bernhard Daldrup (CDU):

Wenn dann in Konrad die ersten Lkw ankommen, dann stehen Sie vor der Tür, nicht wahr? Weil Atomtransporte so gefährlich sind.

Ich will damit nur sagen: Das, was Sie jetzt gemacht haben, ist im Prinzip, den Menschen etwas zu versprechen, das man nicht 100-prozentig zusagen kann. Sie erwecken Erwartungen, bei denen Sie nicht 100-prozentig sicher sind, dass Sie sie erfüllen können.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Also, ich habe den - -

Bernhard Daldrup (CDU):

Das finde ich bei einer solchen Situation, in der es um Leib und Leben geht, ziemlich unverantwortlich.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Also, Herr Daldrup, mir Unverantwortlichkeit vorzuwerfen, die sich wahrscheinlich am meisten in die Akten und Details reingefuchst hat - -

(Unruhe)

Wer hat zum Beispiel so einen Entsorgungsbericht von Exxon-Mobil gelesen?

(Unruhe)

Wer weiß denn überhaupt, wohin das Zeug kann? - Ich vermute einmal, dass ich die Einzige bin, die sich mit diesen Details überhaupt einmal auseinandergesetzt hat.

(Ulrich Thomas, CDU: Sie stellen sich über das Gutachten! Das ist noch gar nicht da! Das geht nicht!)

- Ich habe doch überhaupt nicht gesagt, wohin das muss. Ich habe doch heute drei Mal ausgeführt, dass das untersucht werden muss, um zu wissen, was genau darin ist.

(Ulrich Thomas, CDU: Sie waren doch mit im Ausschuss! Da ist es doch erklärt worden!)

- Ja, ich habe doch gesagt, dass das noch erfolgen wird. Das steht sogar in unserem Alternativantrag.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Bitte keine Zwiegespräche!

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Dafür ist es Voraussetzung. Grundlage für die Entsorgung sind die analytischen Untersuchungen, welche Stoffe in welcher Menge in der Grube sind. Das habe ich gesagt. Das ist die Grundlage dafür. Also, wo ist jetzt die Frage oder wo ist der Dissens? Ich glaube, hier wird irgendein Dissens aufgemacht, den Sie selbst gerade nicht erklären können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Lachen bei der AfD - Zurufe von Bernhard Daldrup, CDU, und von Ulrich Thomas, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, ich danke für die Ausführungen. - Ich würde empfehlen, in der Debatte fortzufahren.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das ist eine gute Idee!)

Für die SPD spricht der Abg. Herr Barth. Herr Barth, Sie haben das Wort.

Jürgen Barth (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorweg, auch wenn ich mich an dieser Stelle wiederhole: Ich bin Dorothea Frederking natürlich sehr dankbar, dass sie diesen ganzen Prozess in Gang gesetzt hat. Auch die Bürger vor Ort wissen, was Frau Frederking dort geleistet hat. Vor dem Hintergrund muss ich das jetzt nicht weiter ausführen. Ich denke, die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat schon darauf hingewiesen: Wir haben uns im Mai hier an der gleichen Stelle schon einmal ausführlich mit diesem Thema befasst. Ich will die einzelnen Dinge gar nicht wiederholen.

Ein Punkt, der damals schon eine Rolle gespielt hat, ist mir natürlich wichtig, und zwar der Punkt in diesem Antrag: Nicht die Kosten sind der ausschlaggebende Faktor, sondern die Gesundheit von Mensch und Umwelt. Das ist mir, gerade weil ich aus dieser Region komme, sehr wichtig.

Herr Höppner hat im Einzelnen darauf hingewiesen: Wir müssen wissen, was wo entsorgt werden muss. Dafür ist der Betriebsplan die Grundlage, der - Gott sei Dank - seit gestern gültig ist. Er wird jetzt umgesetzt. Wenn wir wissen, was in der Grube ist, dann kann man die Dinge auch entsorgen. Herr Daldrup weist zu Recht darauf hin: Das ist natürlich ein Problem, das man abwägen muss.

(Ulrich Thomas, CDU: Richtig!)

Für mich wäre - ohne Frage - die Variante „Alles raus und weg!“ das Ziel.

(Bernhard Daldrup, CDU: Ja!)

Aber wenn sich in dem Abwägungsprozess ergibt, dass dann noch mehr Gefahr für Leib und Leben entsteht, dann muss man sich eigentlich auf die Meinung der Fachleute verlassen.

(Volker Olenicak, AfD: Wo waren die bis jetzt, die Fachleute?)

- Ach, wissen Sie, wenn Sie an den Beratungen teilgenommen hätten, dann hätten Sie gesehen, dass die Fachleute alle anwesend waren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man kann sich dann sein eigenes Bild machen, inwieweit man diesen Leuten glaubt oder nicht. Das ist dabei eine ganz andere Frage. Aber, wie gesagt, ich kann nur appellieren, auf den Rat der Fachleute zu hören

(Unruhe bei der AfD)

und die Bedenken der Bürger vor Ort zu berücksichtigen.

Ein Wort noch zu den Krebserkrankungen. Es ist gut, dass das jetzt untersucht wird. Natürlich müsste und könnte das alles schneller gehen. Aber ich denke, dass es jetzt auf einem guten Weg ist und dass wir fundierte Grundlagen haben, um dann darüber zu entscheiden, wie es für die Bevölkerung vor Ort richtig ist.

Noch ein Wort zur AfD. Ich sage einmal: Der einzige Zweck, den Sie hier verfolgen, ist ganz offensichtlich, die Sorgen der Bevölkerung politisch auszuschlachten, und das ausgerechnet von Ihnen, wo Sie immer alle Umweltschutzbestimmungen zurückdrehen wollen. Das ist mir schleierhaft.

(Lydia Funke, AfD: Was? - Unruhe bei der AfD)

Ich sage Ihnen auch: Das kauft Ihnen keiner ab.

(Unruhe bei der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, unserem Alternativantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Hannes Loth, AfD, meldet sich zu Wort)

- Ich beantworte keine Fragen.

(Unruhe bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Barth?

(Zuruf: Er beantwortet keine Fragen! - Zuruf von Daniel Roi, AfD - Unruhe)

- Ach so. - Herr Lange, möchten Sie eine Intervention machen? - Nein. Das hat sich erledigt.

Herr Loth, eine Intervention? Eine Fragestellung ist ja nicht mehr möglich.

Hannes Loth (AfD):

Ich möchte natürlich intervenieren. Wieso darf ich das nicht?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Doch, Sie dürfen. Das habe ich doch gesagt. Eine Fragestellung ist nicht möglich.

Hannes Loth (AfD):

Danke schön, Herr Präsident. Ich möchte intervenieren. - Die Behauptung, dass wir umweltpolitisch alles zurückdrehen wollen, ist aus der Luft gegriffen und total irrsinnig. Wir setzen uns für den Schutz unserer Heimat ein; denn unsere Heimat ist unser Land. Wir lieben unser Land und unsere Heimat und deswegen müssen wir sie auch schützen.

(Zustimmung bei der AfD - Oh! bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jürgen Barth, SPD: Schön!)

- Das ist doch ganz klar, Herr Barth.

(Unruhe)

Weiterhin möchte ich hier feststellen, dass anscheinend Meilensteine bei der Realisierung der Beschlüsse, die hier im Landtag gefasst werden, erst dann umgesetzt werden, wenn die AfD den nächsten Antrag stellt.

(Oh! bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe)

In dem Sinne können Sie sich darauf gefasst machen, dass wir das Unternehmen weiter begleiten

werden und immer wieder Anträge stellen werden, bis diese Kippe weg ist.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Für die AfD spricht der Abg. Herr Farle. Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Ich muss erst einmal meinen Gürtel enger schnalzen, damit ich die Hose nicht verliere.

(Robert Farle, AfD, zieht am Rednerpult seinen Gürtel enger - Zurufe: Nein! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Aber Gender-Anfragen stellen! - Unruhe)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Problematik, mit der wir uns heute beschäftigen, weil die AfD diesen Antrag auf die Tagesordnung gebracht hat, ist eine grundsätzlich wichtige Frage für dieses Parlament, eine Frage, an der sich dieses Parlament messen lassen muss, nämlich die Frage, ob uns die Gesundheit und das Leben der Menschen in unserem Land und hier konkret in der Altmark wichtiger sind als die Kosten für eine große und auch teure Entsorgungsaktion, die aber zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung absolut notwendig ist.

(Beifall bei der AfD)

Ich schließe hier an die Worte des Kollegen Harms von der CDU-Fraktion an. Ich sehe ihn jetzt nicht, aber er hat vorhin klar gesprochen. Er hat es auf seine Art genau richtig dargestellt: Es gibt gar keinen Zweifel daran, dass dort gesundheitsschädigende Substanzen und sogar radioaktive Stoffe vorhanden sind, die herausgeholt werden müssen. Hier muss unverzüglich gehandelt werden. Der Staat hat diese Grube unter der Aufsicht und hat offensichtlich bei der Aufsicht versagt.

Ich weise darauf hin, dass ich auch eine Strafanzeige gestellt habe. Denn die AfD wird sich nicht damit zufriedengeben, dass man das heute wieder auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen, dass hier gehandelt wird. Es kann sich niemand hinstellen und sagen, diese Gesundheitsprobleme gebe es gar nicht, wir müssten gar nicht tätig werden. Das kann niemand tun.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Das macht auch keiner!)

Denn es ist schon oft genug klar gesagt und auch bewiesen worden, wie sich die Verhältnisse darstellen.

Ich habe an dieser letzten Aktion, die vor 14 Tagen an einem Samstagnachmittag stattgefunden hat, teilgenommen. Wir waren mit fünf Abgeordneten der AfD-Fraktion dabei.

(Dr. Falko Grube, SPD: Super!)

Ich hatte die Möglichkeit, dort auch zu sprechen. Diese Möglichkeit war für alle gegeben. Ich sage Ihnen eines: Die Menschen im ganzen Land werden uns daran messen, ob man in der Altmark tätig wird. Ich richte einen Appell an die Landesregierung. Ich meine das ganz ernst. Wenn Sie nicht wollen, dass aus den 300 bis 400 Leuten, die mit Baggern und allem dort angerückt sind, ein großes Fanal gegen diesen Landtag entsteht und insbesondere gegen die Fraktionen der Regierungsparteien, dann bitte ich Sie, dieses Problem jetzt zu einem Ende zu bringen.

Das Ende kann nur das Auskoffern und Entsorgen der Giftabfälle sein. Das ist keine parteipolitische Frage. Das muss ich ganz klar sagen.

(Zustimmung bei der AfD - Zurufe von der SPD)

Das ist eine Frage unseres Herzensanliegens, für die Bürger tätig zu werden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, kommen Sie bitte zum Schluss.

Robert Farle (AfD):

Es kann nicht sein, dass irgendwann einmal staatsanwaltschaftliche Ermittlungen ergeben, dass man seine Pflichten vernachlässigt hat und nicht für die Menschen tätig war. Das kann nicht sein. Daran werden wir gemessen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, Sie haben noch die Möglichkeit, zu antworten. - Frau Frederking bitte als Erste.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Farle, wir haben gestern die Energiedebatte geführt. Da haben Sie für die AfD gesprochen. Sie wollen, dass die Energiewende gestoppt wird. Schluss mit der Energiewende, sagten Sie. Sie wollen weg von den erneuerbaren Energien und Ihre Lösung ist eine Energieversorgung mit Erdgas.

Die erste Frage: Ist Ihnen bekannt, dass die Grube in Brüchau eine Folge der Erdgasförderung ist?

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Die zweite Frage: Ist Ihnen bekannt, dass auch die heutige Erdgasförderung, egal ob in der Altmark, in Deutschland oder in Russland, auch immer giftige Stoffe mit zutage fördert und negative Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt hat? Wie bringen Sie das mit Ihrer Forderung nach mehr Erdgasnutzung zusammen?

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank für Ihre Frage. Darauf erteile ich Ihnen folgende Antwort. Wenn es um die Gesundheit der Menschen in dieser Region geht, dann spreche ich zur Sache. Die Sache ist die Gesundheit und das Leben der Menschen in der Altmark.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das übersteigt Ihren Horizont!)

Das ist das Einzige, was uns in diesem Zusammenhang heute, hier und jetzt interessiert und was die Menschen in der Altmark auch von uns erwarten.

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Über die Energiepolitik können wir uns dann wieder unterhalten, wenn der Punkt auf der Tagesordnung steht.

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)

Was Sie hier machen, ist ein Vermischen von allen möglichen Themen, um nur von einem einzigen Problem abzulenken:

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

dass Sie als GRÜNE in der Regierung sitzen und es nicht fertigbringen, die Interessen der Menschen durchzusetzen.

(Beifall bei der AfD)

Gleich werden wir abstimmen. Die AfD-Fraktion wird positiv abstimmen zu ihrem Antrag - das ist selbstverständlich. Wir werden aber auch, weil das kein parteipolitisches Thema ist, auch dem Antrag der LINKEN zustimmen, die hier klar erklärt haben, dass auch sie die Auskofferung wollen.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Was Kenia machen wird, werden wir anschließend feststellen. Leider ist Herr Haseloff nicht hier, aber Sie haben es alle mitbekommen. Ich

kann nur an Sie appellieren, zu überlegen, ob das weitere Monate und Jahre verschoben wird, bis die Grube woanders verkauft ist. Das muss weg. Der Dreck muss weg.

(Beifall bei der AfD - Matthias Büttner, AfD: Weg mit dem Dreck!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, es gibt noch eine Anfrage von Frau von Angern. - Frau von Angern, Sie haben das Wort.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. Ich habe keine Nachfrage, sondern möchte eine Intervention machen. - Herr Abg. Farle, namens meiner Fraktion fordere ich Sie dazu auf, Äußerungen zu Ihrer Kleidung am Rednerpult zu unterlassen.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - André Poggenburg, AfD: Machen Sie sich nicht lächerlich da drüben; Sie machen es! -Tobias Rausch, AfD, lacht)

Das ist respektlos gegenüber diesem Haus. Wir fühlen uns belästigt, und im Übrigen nicht nur die weiblichen Abgeordneten meiner Fraktion.

(Beifall bei der LINKEN)

Robert Farle (AfD):

Auch auf diese Zwischenintervention antworte ich gern.

(Heiterkeit und Zurufe bei der AfD)

Ich wollte Sie nicht belästigen, sondern ich bewerte Ihr Vorgehen eigentlich als einen Beweis dafür, wie wenig ernst Sie die Diskussion in diesem Hause nehmen,

(Beifall bei der AfD - Zurufe von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

und dass es Ihnen in keiner Weise um die Sorgen und Probleme der Bürger geht; ansonsten würden Sie nicht mit solchen Kamellen ankommen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Wir beenden die Debatte und kommen zum Abstimmungsverfahren.

(Daniel Roi, AfD: Wir stimmen eurem Antrag trotzdem zu! - Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

- Ich bitte um mehr Ruhe. Der Endlauf in diesem Tagesordnungspunkt ist angesagt.

Wir kommen nun zum Abstimmungsverfahren. Ich konnte nicht wahrnehmen, dass eine Überweisung in einen Ausschuss vorgenommen werden soll. Somit stimmen wir direkt über den Antrag in Drs. 7/1995 der AfD-Fraktion ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und Teile der Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme?

(Matthias Büttner, AfD: Der andere Teil!)

Das ist der Rest der Fraktion DIE LINKE. Damit hat der Antrag der AfD-Fraktion in Drs. 7/1995 keine Zustimmung erhalten.

Wir stimmen jetzt über den Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE in Drs. 7/2028 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen.

(André Poggenburg, AfD: Auszählen!)

Gibt es den konkreten Antrag, dass wir auszählen?

(André Poggenburg, AfD: Ja! - Siegfried Borgwardt, CDU: Das reicht, glaub es!)

- Dann frage ich noch einmal: Wer für den Antrag der Fraktion DIE LINKE stimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Matthias Büttner, AfD: Am besten namentlich abstimmen! - Markus Kurze, CDU: Bringt die Zähler nicht durcheinander! - Minister Marco Tullner: Die Koalitionsmehrheit steht, Leute, macht euch keine Hoffnung!)

Wer stimmt dagegen?

(Markus Kurze, CDU: Ihr müsst die hinter euch auch mitzählen!)

Der Vollständigkeit halber frage ich noch nach den Enthaltungen. - Sehe ich nicht. Das Stimmverhältnis sieht wie folgt aus: 30 haben dafür gestimmt und 37 haben dagegen stimmt. Somit hat auch dieser Antrag keine Mehrheit erhalten.

(André Poggenburg, AfD: Die GRÜNEN haben da mitgemacht!)

Dann stimmen wir jetzt über den Antrag der Koalitionsfraktionen in Drs. 7/2029 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? Keiner. Enthaltungen? - Die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Demzufolge hat der Antrag der Koalitionsfraktionen die Zustimmung erhalten.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 17 erledigt. Wir kommen zu dem letzten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 18

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 17. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete - Drs. 7/2011

Gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Landtages findet in jeder im Terminplan festgelegten Sitzungsperiode eine Fragestunde statt.

Es liegen Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Drs. 7/2011 sieben Kleine Anfragen für die Fragestunde vor.

Ich rufe auf

Frage 1

Datenschutzbeauftragte/r in Praxen der Gesundheitsberufe und der anderen freien Berufe unter neun Beschäftigte

Der Abg. Olaf Meister von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Frage stellen. Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. Es ist noch etwas unruhig, aber ich versuche es trotzdem.

Ab Mai 2018 gilt in Deutschland die EU-Datenschutzverordnung. Praxisbetriebe, insbesondere Physiotherapeuten und Logopäden, werden derzeit durch Informationen verunsichert, dass ihre umfangreiche Verarbeitung von Gesundheitsdaten zukünftig eine Bestellung eines Datenschutzbeauftragten notwendig machen würde.

Das Bayerische Landesamt für Datenschutz verneint eine solche Notwendigkeit. Von anderer Seite gibt es dazu andere Aussagen. Vor diesem Hintergrund stelle ich die nachfolgende Frage.

Ich frage die Landesregierung:

1. Löst das Inkrafttreten der ab Mai 2018 geltenden EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) eine Bestellpflicht für einen Datenschutzbeauftragten in Praxen der Gesundheitsberufe und der anderen freien Berufe unter neun Beschäftigten aus?
2. Wenn nein, gibt es weiterführende Regelungen, die trotz einer Beschäftigtenzahl unter neun Personen eine Bestellpflicht für einen Datenschutzbeauftragten auslösen können?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Inneres und Sport Holger Stahlknecht. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Datenschutzverordnung, die im Mai 2018 vollumfänglich in Kraft treten wird, löst keine Bestellungspflicht für einen Datenschutzbeauftragten in Praxen der Gesundheitsberufe unter neun Beschäftigten aus.

Dieses Ergebnis folgt aus Artikel 37 der Datenschutz-Grundverordnung. Auch die auf den ersten Blick einschlägige Regelung von Artikel 37 Abs. 1 Buchstabe c löst keine solche Pflicht aus, weil die in der Tat sensiblen Patientendaten nicht zur umfangreichen Kerntätigkeit einer medizinischen Praxis gehören.

Bei den Angeboten medizinischer Praxen geht es um die Behandlung, Heilung oder Linderung physischer oder psychischer Beschwerden. Die dabei erhobenen Daten sind im Vergleich zur medizinischen Behandlung nur Nebenzweck und dienen der späteren Abrechnung mit den gesetzlichen Krankenkassen oder den Privatpatienten.

Anders ist die Bewertung bei freien privatärztlichen Verrechnungsstellen. Hierbei steht nicht mehr die medizinische Versorgung des Patienten im Vordergrund, sondern die automatisierte Abrechnung der erbrachten ärztlichen Leistungen anhand von Leistungsverzeichnissen.

Der damit verbundene umfangreiche Umgang mit Adress- und Diagnosedaten der Patienten ist Kernbeschäftigung der Mitarbeiter in einer privatärztlichen Verrechnungsstelle. Diagnosen und Therapien sind sensible Gesundheitsdaten, die nach Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung besonderen Schutz genießen.

Der Umgang mit diesen sensiblen Gesundheitsdaten in einer Abrechnungsstelle dient der Honorarliquidation. Diese automatisierte Datenverarbeitung ist damit unmittelbar Hauptzweck und löst ab einer Größe von zehn Mitarbeitern die Bestellung eines externen oder internen Datenschutzbeauftragten aus.

Die Schlüsselzahl von in der Datenverarbeitung tätigen Personen, auf die Frage 2 abstellt, ist nicht allein entscheidungsfähig für die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten. Die Anzahl von zehn oder mehr mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigten Arbeitnehmern ist nach § 38 des am

25. Mai 2018 in Kraft tretenden Bundesdatenschutzgesetzes nur ein Kriterium für die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten im nicht-öffentlichen Bereich.

§ 38 des Bundesdatenschutzgesetzes ist aber aufgrund des ausdrücklich erwähnten Verweises auf Artikel 37 Abs. 1 Buchstabe b oder c der Europäischen Datenschutzgrundverordnung mit in diesem Zusammenhang zu lesen. Die umfangreiche automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten muss nach Vorgaben des Europarechts aber immer die Kerntätigkeit des Unternehmens sein.

Die Physiotherapiepraxis mit 15 Mitarbeitern, die Massagen verabreichen oder Rückenschulen durchführen, trifft auch unter der Geltung des neuen Bundesdatenschutzgesetzes keine Verpflichtung zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten, weil die medizinischen Anwendungen im Vordergrund stehen und der Umgang mit personenbezogenen Daten nicht Hauptgeschäftszweck der Physiotherapiepraxis ist.

Auch für die anderen freien Berufe ergibt sich keine Verpflichtung zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten. Die Mandantendatei eines Steuerberaters oder eines Rechtsanwaltes dient der Abrechnung von Honoraren und ist damit Hilfsmittel zur Praxisorganisation. Die Kanzlei dient nicht vorrangig der massenhaften automatisierten Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Der Umgang mit Adressdaten ist nicht Hauptzweck der Geschäftstätigkeit eines Steuerberaters oder Rechtsanwalts. Geschäftszweck ist die individuelle geistige schöpferische Auseinandersetzung mit Problemen des Steuerrechts, des Zivil-, Straf- oder Verwaltungsrechts im konkreten Einzelfall. - Herr Meister, so viel dazu.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Minister Stahlknecht für die Ausführungen.

Bevor wir zur zweiten Frage kommen, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren vom Bund technischer Beamter Sachsen-Anhalt - Fachgruppe Vermessung - in unserem Hohen Hause begrüßen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen somit zu

Frage 2

Verkehrsregelung mittels Handzeichen

Sie wird vom Abg. Hagen Kohl gestellt. Herr Abg. Hagen Kohl, Sie haben das Wort.

Hagen Kohl (AfD):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Ich frage die Landesregierung:

1. Wie häufig wurde im Zeitraum 1. Januar 2017 bis 30. Juni 2017 von Polizeivollzugsbeamten der Landespolizei Sachsen-Anhalt der Straßenverkehr mittels Handzeichen geregelt? - Bitte die Anzahl der Maßnahmen nach Behörden und Einrichtungen der Landespolizei getrennt angeben.
2. Wie häufig waren die in der Antwort zu Frage 1 genannten Maßnahmen notwendig, weil eine Lichtsignalanlage defekt war?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Die Antwort der Landesregierung wird ebenfalls durch den Minister für Inneres und Sport Holger Stahlknecht gegeben. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Sehr geehrter Herr Präsident! In der täglichen Dienstdurchführung des Polizeivollzugsdienstes insgesamt bestehen verschiedene Möglichkeiten und Notwendigkeiten, regulierend und helfend in den Straßenverkehr einzugreifen. Die Ermächtigung zur Regelung des Straßenverkehrs ergibt sich für alle Polizeivollzugsbeamten aus § 36 Abs. 1 der Straßenverkehrsordnung, wonach Zeichen und Weisungen zu befolgen sind und allen anderen Anordnungen und Regeln vorgehen.

Zeichen und Weisungen gehören zum originären Aufgabenportfolio aller Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen bei der Bewältigung des operativen Tagesgeschäfts und sind notwendiger Bestandteil verschiedenster polizeilicher Standardmaßnahmen.

Eine abgegrenzte statistische Erfassung der Regelung des Straßenverkehrs mittels Handzeichen von Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen der Landespolizei Sachsen-Anhalts erfolgt somit nicht. Eine Differenzierung nach der Notwendigkeit bei defekter Lichtsignalanlage ist aus dem genannten Grund nicht möglich.

Fälle von unverhältnismäßiger Inanspruchnahme der Polizei, indem bei defekter Lichtsignalanlage die zuständige Behörde nicht oder nicht rechtzeitig handelte, sind nicht bekannt. - Das war es.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Dann danke ich dem Minister Stahlknecht für die Ausführungen.

Wir kommen zur

Frage 3**Maßnahmen zur Instandsetzung der Landstraße 235 (L 235) zwischen Harzgerode und Mägdesprung**

Die Frage stellt der Abg. Mario Lehmann von der AfD-Fraktion. Herr Lehmann, Sie haben das Wort.

Mario Lehmann (AfD):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Im Jahr 2015 wurde festgestellt, dass durch Hangabsenkungen an mehreren Stellen die L 235 zwischen den Ortslagen Harzgerode und Mägdesprung akut gefährdet ist. Der L 235 kommt wegen der in Harzgerode angesiedelten Automobilzulieferungsfirma TRIMET erhebliche Bedeutung zu. Seit 2016 ist die L 235 wegen der Absenkungsgefahr einseitig gesperrt und nur noch aus Richtung Harzgerode talabwärts für den Fahrzeugverkehr freigegeben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten sind bereits seit Feststellung der Hangabsenkungen im Jahr 2015 veranlasst worden?
2. Welche Reparaturmaßnahmen sollen demnächst zeitnah umgesetzt werden, um mit einer baldigen Freigabe für den Fahrzeugverkehr in beiden Fahrtrichtungen rechnen zu können?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage des Abg. Lehmann wie folgt.

Zu Frage 1. Seit den festgestellten Absenkungen des Bankettbereiches im Abschnitt der Landstraße L 235 zwischen Harzgerode und Mägdesprung wurden erhebliche Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auf den betroffenen Abschnitten musste ab dem 2. Juni 2015 eine Tonnagebegrenzung auf 7,5 t für die Richtung von Mägdesprung nach Harzgerode verfügt werden.

Bei Wartungsarbeiten am 29. Juni 2015 wurde durch die Straßenmeisterei Gernode eine Rutschung des Banketts auf einer Länge von ca. 10 m festgestellt. Als Sofortmaßnahme der Straßenbauverwaltung wurde die Gefahrenstelle ab-

gesichert und der Verkehr mit Ampelregelung halbseitig an der Gefahrenstelle vorbeigeführt.

Die Erfahrung der Straßenmeisterei Gernode zeigte aber auch, dass sich nicht alle Lkw über 7,5 t an das Verbot hielten. Nach Vorabstimmung der Landesstraßenbaubehörde mit der Verkehrsbehörde des Landkreises Harz war die L 235 ab dem 15. Juli 2015 deshalb im Kontext der Verkehrssicherheit halbseitig in Richtung Harzgerode zu sperren. Die Richtung Mägdesprung blieb für den Verkehr offen.

Seitens des Regionalbereichs West der Landesstraßenbaubehörde wurde als weitere Sofortmaßnahme eine geologische Untersuchung des Bereiches der Rutschung veranlasst. Damit sollte geklärt werden, ob über den bis dato betroffenen Bereich hinaus mit weiteren Rutschungen zu rechnen sei. Durch diese Untersuchung wurden im Abschnitt der L 235 drei gravierende Schadstellen festgestellt.

Die Schadstellen 1 und 2 wurden durch die Straßenmeisterei Gernode bis Anfang Oktober 2015 im Rahmen einer betrieblichen Sanierungsmaßnahme beseitigt. Danach wurde die L 235 wieder für den Verkehr freigegeben, wobei die Tonnagebegrenzung auf 7,5 t für die Richtung von Harzgerode nach Mägdesprung aufgrund der Feststellung der geologischen Untersuchung hinsichtlich der umfangreichen Schadstelle 3 bestehen blieb.

Für die Beseitigung der Schadstelle 3 musste deshalb eine bauliche Sanierungsmaßnahme geplant werden. Die entsprechenden Ingenieurleistungen waren umgehend im Jahr 2015 beauftragt worden.

Um die Bewegungen im Hang längerfristig und kontinuierlich nachvollziehen und auf dieser Grundlage weitere Entscheidungen treffen zu können, wurde durch die Landesstraßenbaubehörde, Regionalbereich West, ein Messfeld im Hangbereich neben der L 235 angelegt. Bereits während des Neubaus einer Stützmauer im Zuge der B 185 in der Ortslage Mägdesprung wurden im Messfeld Bewegungen im Hang im Bereich der Schadstelle 3 festgestellt, sodass die L 235 zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit nach der Fertigstellung der Stützmauer halbseitig in Richtung Harzgerode gesperrt blieb.

Zu Frage 2. Die Planung der Sanierung der Schadstelle 3 ist abgeschlossen. Die Bauleistungen werden im Winter 2017/2018 öffentlich ausgeschrieben und vergeben werden. Die Beseitigung der Schadstelle 3 ist ab dem Frühjahr 2018 mit einer Bauzeit von voraussichtlich ca. 1,5 Jahren geplant.

Die aufwendigen und komplexen Baumaßnahmen beinhalten eine Sicherung mittels Übernetzung

und Vernagelung auf einer Länge von 235 m mit einer Gesamtfläche von 2 350 m², die Überbrückung des gefährdeten Bereichs mit einer rückverhängten Kragplatte und die Herstellung einer Entwässerung an der Hangseite. Während der Bauzeit wird der Abschnitt der L 235 zwischen Harzgerode und Mägdesprung voll gesperrt werden müssen. Nach Abschluss der Sicherungsmaßnahmen wird der Straßenabschnitt wieder beidseitig befahrbar sein.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Minister Webel für die Ausführungen.

Wir kommen somit zur

Frage 4

Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes

Sie wird von der Abg. Kristin Heiß von der Fraktion DIE LINKE gestellt. Frau Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Nach den Richtlinien wird für Jugendbildungsreferenten bei landesweit tätigen Trägern der freien Jugendhilfe ein Zuschuss zu den Personalausgaben in Form eines Festbetrages von 39 000 € pro Jahr gewährt. Dies entspricht den Personalkosten nach TV-L EG 10 Stufe 1, also für Berufseinsteiger. In der Stufe 3 (mit drei Jahren Berufserfahrung) kostet eine Stelle über 45 000 €, in der Stufe 5 fast 55 000 €. Die Differenz zwischen den 39 000 € und den tatsächlichen Personalkosten müssen die Träger selbst erwirtschaften.

Das Finanzministerium hat im Rahmen von vergleichenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Beauftragten für den Haushalt aufgefordert, neben den reinen Personalkosten auch Personalnebenkosten und Sachkosten für jede Stelle zu berücksichtigen. Dazu hat das MF eine Berechnung unterbreitet, nach der Personalkosten in Höhe von 30 v. H. der Personalkosten zur berechnen sind. Außerdem wurde eine Sachkostenpauschale in Höhe von 11 532 € jährlich berechnet.

Derartige Kosten fallen auch bei den durch die Richtlinie geförderten Stellen an; eine Förderung der Personalkosten oder Sachkosten erfolgt jedoch nicht. Folglich müssen die Träger neben der Differenz zwischen 39 000 € und tatsächlichen Personalkosten noch mindestens 24 000 € im Jahr tragen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie plant das Land, die Träger bei Personal- und Sachkosten für die Jugendbildungsreferenten zu entlasten?
2. Wann ist mit einer Entlastung der Träger zu rechnen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung antwortet die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration Petra Grimm-Benne. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich beantworte die Frage der Abg. Frau Kristin Heiß für die Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1. Die Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes sehen eine Evaluierung im Bereich der pauschalierten Festbetragsfinanzierung vor. Im Zuge dessen werden unter anderem auch der Umfang und die Höhe der Förderung für Jugendbildungsreferenten ebenso wie die Möglichkeit der Pauschalierung zuwendungsfähiger Personal- und Sachausgaben in die Gesamtbetrachtung einfließen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, sodass diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden kann.

Zudem möchte ich im Hinblick auf die Fragestellung darauf verweisen, dass weder dem Finanzministerium noch meinem Hause bekannt ist, dass eine derartige Aufforderung an die Beauftragten für den Haushalt ergangen sei.

Vermutlich handelt es sich bei dem genannten Papier lediglich um eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsberechnung zwischen der Investitionsbank und dem Landesverwaltungsamt im Rahmen der Vergabe von Fördermitteln. Dies ist auf der Homepage des Finanzministeriums verfügbar und zudem im Ministerialblatt 2016 auf Seite 523 abgedruckt.

Das Finanzministerium teilte ferner mit, dass dies jedoch nicht ohne Weiteres auf Zuwendungsempfänger übertragen werden kann, da eine der Landesverwaltung vergleichbare Kostenstruktur nicht sachgerecht zu unterstellen ist.

Zur zweiten Frage. Unter Bezugnahme auf meine Ausführungen zu Frage 1 ist eine Beantwortung auch hierzu noch nicht möglich.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Dann danke ich der Ministerin für die Ausführungen.

Wir kommen zu

Frage 5

Einführung eines „Kerndatensystems Jugendliche“ in Sachsen-Anhalt

Die Fragestellerin ist die Abg. Frau Doreen Hildebrandt von der Fraktion DIE LINKE. Frau Hildebrandt, Sie haben das Wort.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Die Bundesagentur für Arbeit plant ein „Kerndatensystem Jugendliche“ aufzubauen, in dem jede Schülerin und jeder Schüler der 7. Klasse mit Namen, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort und Daten über die Erziehungsberechtigten gespeichert werden soll.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit und in welcher Form ist bei der Einführung eines solchen Kerndatensystems für Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt der Landesdatenschutzbeauftragte eingebunden?
2. Wie ist der zeitliche und rechtsförmliche Ablauf für die Einführung eines solchen Kerndatensystems in Sachsen-Anhalt geplant?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung spricht wieder die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration Petra Grimm-Benne. Frau Ministerin, Sie haben Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja, herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der Antwort auf die Frage der Abg. Frau Hildebrandt stelle ich Folgendes voran:

Eine wesentliche Säule der Ausbildungspolitik dieser Landesregierung ist, dass die systematische und bedarfsgerechte Begleitung von Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf verbessert werden soll. Dazu wird gemeinsam mit den regionalen Akteuren vor Ort im Rahmen der Landesinitiative RümSa in allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes am Aufbau und der Verstärkung von funktionierenden Kooperations- und Arbeitsbündnissen zwischen Schulen, Jobcentern, Agenturen für Arbeit und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe gearbeitet.

Gemeinsamer Leitgedanke ist dabei: Niemand soll verloren gehen. Eine wesentliche Erkenntnis aus der verstärkten Zusammenarbeit vor Ort ist aber, dass ohne das Wissen, wie viele Schülerinnen ganz konkret von der Schule abgehen, eine bedarfsgerechte Maßnahmeplanung und eine gut abgestimmte und kontinuierliche Begleitung nicht möglich ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass ein unkoordinierter Übergangsdschungel entsteht und oft gerade Jugendliche mit Unterstützungsbedarf verloren gehen.

Vor diesem Hintergrund wäre es durchaus zweckmäßig, wenn die Schulen bestimmte Daten ihrer Schulabgängerinnen weitergeben könnten. Dies ist nach geltender Rechtslage in Sachsen-Anhalt bisher nicht möglich. Ich begrüße daher die Idee der Bundesagentur für Arbeit, ein trägerübergreifendes IT-Verfahren zur Unterstützung junger Menschen am Übergang Schule - Beruf zu entwickeln und zu erproben. Nach den Vorstellungen der Bundesagentur für Arbeit soll dieses zunächst in Modellländern pilotiert und erst langfristig bundesweit umgesetzt werden. Dazu finden derzeit mit allen Ländern Informationsgespräche statt.

Dies vorangestellt, beantworte ich die Fragen der Abg. Hildebrandt für die Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Bisher ist noch keine Entscheidung getroffen worden, ob Sachsen-Anhalt als Pilotregion an der Entwicklung und Erprobung des Kerndatensystems teilnimmt. Nach einem ersten Informationsgespräch beim Ministerpräsidenten im September 2017 wurden mein Kollege Minister Tullner und ich gebeten, den Vorschlag und die daraus möglicherweise erwachsenden schulgesetzlichen Änderungsbedarfe zu prüfen. Eine Beteiligung des Landesdatenschutzbeauftragten ist im weiteren Prüfverfahren selbstverständlich vorgeesehen.

Zu 2: Die Bundesagentur für Arbeit plant, eine erste Version des „Kerndatensystems Jugendliche“ im Rahmen der Pilotierung bis Ende 2018 bereitzustellen. Konkretere Planungen vonseiten des Landes gibt es dazu noch nicht.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke der Frau Ministerin. Frau Hildebrandt hat noch eine Nachfrage.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben in Ihrer Vorbemerkung richtig gesagt, dass es wichtig ist, zu wissen, wie viele Schüler abgehen. Glauben Sie, dass es für die Berufsorientierung, also wenn ich mich vor Schüler stelle und sage, wann sie sich bewerben müssen, welche Noten wichtig sind, wichtig ist, so konkrete Daten wie den Ge-

burtsort, das Geburtsdatum und die Herkunft der Eltern auch mit abgespeichert zu haben?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Frau Hildebrandt, Sie gehen jetzt damit schon in eine Bewertung dessen, was in diesem „Kerndatensystem Jugendliche“ tatsächlich da sein soll. Nach meinem Stand geht es Kay Senius - der hat das mit vorgestellt - und der Bundesagentur nicht um einen so ausführlichen Kerndatensatz. Es geht ihm eher darum, dass man verfolgen kann, in welchen Systemen verbleiben bestimmte Schülerinnen und Schüler.

Aber das, denke ich, könnte man in einer weiteren Debatte klären. Das kann man nicht in einer Fragestunde hier klären, sondern das müsste man wirklich ausdiskutieren. Ich denke, wenn man das im Rahmen des Schulgesetzes tut, ist man auf dem richtigen Weg. Das wird novelliert. Da ist die Frage richtig: Gibt man da so eine Öffnungsmöglichkeit hinein?

Ich denke, es sollte wirklich in den Ausschüssen darüber debattiert werden, was man hier im Lande als sachdienlich ansieht. Dazu sollen wir, wie ich es Ihnen vorgetragen habe, erst noch einen Vorschlag unterbreiten.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke der Ministerin für die Stellungnahme.

Wir kommen zu

Frage 6

Muslimische Gebetsräume in Wittenberg

Der Fragesteller ist der Abg. Thomas Höse von der AfD. Herr Höse, Sie haben das Wort.

Thomas Höse (AfD):

Danke. - Seit Mitte 2016 gab es in Wittenberg einen muslimischen Gebetsraum in der „Phönix-Theaterwelt“, der für das Freitagsgebet genutzt wurde. Ohne dass die Öffentlichkeit darüber Kenntnis erlangte, soll sich irgendwann in den letzten Monaten ein Wechsel der Lokalität vollzogen haben. Seit einiger Zeit sollen die Freitagsgebete in der „Jahnturnhalle“ in der Pfaffengasse stattfinden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und unter welchen Umständen vollzog sich mit Beteiligung welcher Behörden, Vereine, Parteien, Verbände etc. dieser Wechsel?

2. Sind die notwendigen baulichen oder brand-schutztechnischen Vorschriften für die Nutzung als Gebets- oder Versammlungsraum derzeit erfüllt?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Landesentwicklung und Verkehr Thomas Webel. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt.

Zu 1: Die Landesregierung hatte bis zum Zeitpunkt der Übermittlung der Kleinen Anfrage keine Kenntnisse von einem solchen Wechsel. Es ist lediglich bekannt ist, dass die Nutzung eines Raumes der Phönix-Theaterwelt als Gebetsraum aufgegeben wurde, nachdem der Landkreis Wittenberg als untere Bauaufsichtsbehörde den Eigentümer des Gebäudes aufgefordert hatte, einen entsprechenden Bauantrag zu stellen. Der Bauantrag ist jedoch nicht gestellt worden.

Die Eigentümerin der in der Fragestellung genannten Jahnturnhalle ist die Lutherstadt Wittenberg. Ein Antrag der Eigentümerin zur Nutzungsänderung der Jahnturnhalle als Versammlungsraum oder als Versammlungsstätte liegt dem Landkreis Wittenberg als untere Bauaufsichtsbehörde nicht vor. Die Bauaufsichtsbehörde hatte bis zur Fragestellung keine Kenntnis von einer etwaigen Nutzung als Versammlungsraum oder Versammlungsstätte.

Dem Landkreis Wittenberg liegt lediglich ein Antrag der Eigentümerin auf Nutzungsänderung zur ergänzenden Nutzung als Notunterkunft vor. Der genaue Zeitpunkt des Beginns der entsprechenden Nutzung der Jahnsporthalle, die sich im Eigentum der Lutherstadt Wittenberg befindet, ist hier nicht bekannt.

Der Mieter der Jahnsporthalle ist der „Männerturnverein Wittenberg v. 1862 e. V.“, kurz MTV Wittenberg. Der MTV Wittenberg hat die Jahnturnhalle zur Nutzung als Gebetsraum für muslimische Gottesdienste an den Verein „Salem“ Treffpunkt Wittenberg e. V. weitervermietet. Ein entsprechender Mietvertrag wurde abgeschlossen.

Für die Lutherstadt Wittenberg gab es keine Gründe, um die Weitervermietung an den Verein „Salem“ Treffpunkt Wittenberg e. V. zu untersagen. Ob und inwieweit Behörden, Verbände, Vereine und Parteien im Rahmen der Weitervermietung beteiligt worden sind, ist hier nicht bekannt.

Der Verein „Salem“ Treffpunkt Wittenberg e. V. wurde im Jahr 2017 gegründet. Er zählt ca. 50 Mitglieder. Der Verein wird finanziell unterstützt durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und ist ein Partner im Integrationsnetzwerk des Landkreises Wittenberg.

Zu 2: Die Bauaufsichtsbehörde wird die Lutherstadt Wittenberg auffordern, einen entsprechenden Bauantrag zur Nutzungsänderung als Versammlungsraum oder Versammlungsstätte vorzulegen, soweit sich die in der Fragestellung genannte Nutzung bestätigt. In diesem Zusammenhang wird die Bauaufsichtsbehörde ebenso wie auch bei dem Gebäude Phönix-Theaterwelt zum vorhandenen Gebäudezustand der Jahnturnhalle festzustellen haben, ob notwendige bauliche und brandschutztechnische Anforderungen erfüllt sind oder erfüllt werden müssen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Ich danke Herrn Minister Webel für die Beantwortung der Frage.

Wir kommen zu

Frage 7

Nachbetrachtung zum Großbrand im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen

Der Fragesteller ist der Abg. Daniel Roi von der AfD. Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Herr Präsident, vielen Dank. - Der Großbrand am 8. August im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen bewegt nach wie vor die Gemüter der Einsatzkräfte und vieler Bürger in der Region. Das Feuer auf dem Gelände der Fehr Umwelt Ost GmbH wurde mit insgesamt über 200 Einsatzkräften der Feuerwehr über drei Tage lang bekämpft. Durch den Einsatz wurden mehrere Kameraden der Feuerwehr verletzt, ein Kamerad des THW wurde durch eine chemische Reaktion verletzt und kam ins Krankenhaus. Der Unmut vieler Bürger wurde vor allem durch das Agieren der Landesregierung sehr groß. So wurde die Liste der verbrannten Gefahrenstoffe zunächst unter Verschluss gehalten und erst durch öffentlichen Druck veröffentlicht. Viele weitere Fragen werden derzeit diskutiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Sinn hatte die Geheimhaltungstaktik der Landesregierung hinsichtlich der Veröffentlichung der gefährlichen Stoffe, die dort verbrannt sind?
2. Gab es am Einsatzort Probleme mit der Löschwasserversorgung? - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung antwortet die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Frau Prof. Dr. Claudia Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Frage des Abg. Daniel Roi namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: In der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt ist das Fragerecht der Abgeordneten ausdrücklich geregelt. Nach Artikel 53 der Landesverfassung haben Abgeordnete unter anderem das Recht, im Landtag das Wort zu ergreifen und Fragen zu stellen. Mit dem Fragerecht korrespondiert eine Antwortpflicht der Landesregierung.

Die Landesregierung braucht nach Artikel 53 Abs. 4 der Landesverfassung einem Auskunftverlangen nicht zu entsprechen, wenn dadurch die Funktionsfähigkeit und Eigenverantwortung der Regierung oder Verwaltung wesentlich beeinträchtigt würde oder zu befürchten ist, dass durch das Bekanntwerden dem Wohle des Landes oder des Bundes Nachteile zugefügt oder schützwürdige Interessen Dritter verletzt werden.

Auch die Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt enthält entsprechende Regelungen über das parlamentarische Fragerecht. Diese rechtlichen Vorgaben werden durch Urteile des Landesverfassungsgerichtes konkretisiert. Danach ist das besonders bedeutsame Informationsrecht des Abgeordneten mit gegenläufigen Rechtspositionen Dritter abzuwägen.

Das Landesverfassungsgericht hat hierzu ausgeführt, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zwar vor Mitbewerbern zu schützen seien, nicht aber vor dem Parlament. Im Wege eines sachgerechten Interessenausgleiches wird vom Landesverfassungsgericht daher vorgeschlagen, Landtagsdrucksachen mit der Antwort der Landesregierung nicht allgemein zu veröffentlichen, sondern datenschutzrelevante Teile nur den Abgeordneten zugänglich zu machen.

Mein Haus hat nach einer ersten Bewertung der Landtagsverwaltung zunächst empfohlen, bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage in der Drs. 7/1951 der Abg. Zoschke zur Wahrung eventueller Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Firma Fehr Umwelt Ost GmbH auf eine Veröffentlichung der zum Zeitpunkt des Brandes dort gelagerten Stoffe zu verzichten bzw. diese vertraulich zu behandeln.

Mein Haus ist davon ausgegangen, dass aus der Lagerliste Rückschlüsse auf die Betriebsführung

und die Geschäftskontakte der Firma Fehr GmbH möglich wären. Dieser Entscheidung war eine eingehende rechtliche Prüfung vorgelagert. Mein Haus hat nach eben erläuterten Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes den Sachverhalt eingeordnet. Mit einer Geheimhaltungstaktik hat das folglich überhaupt nichts zu tun, sondern mit einer Orientierung an den Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes.

Für alle Abgeordneten war die Lagerliste in der Geheimschutzstelle des Landtages einsehbar. Nach nochmaliger Prüfung der Sach- und Rechtslage, insbesondere der neuerlichen Abwägung des öffentlichen Interesses an der Veröffentlichung der gelagerten Stoffe ist mein Haus zu dem Ergebnis gekommen, von der ursprünglichen Empfehlung auf Vertraulichkeit Abstand zu nehmen.

Die erhobenen Vorwürfe und Spekulationen sollten damit entkräftet sein. Die gelagerten Stoffe waren hinsichtlich Art und Menge vollumfänglich genehmigt.

Zu 2: Die zweite Frage betrifft die Zuständigkeit des Ministeriums für Inneres und Sport. Danach ist die zweite Frage wie folgt zu beantworten: Dem Bericht des Oberbürgermeisters ist zu entnehmen, dass bereits einige Minuten vor der Alarmierung durch die Einsatzleitstelle des Landkreises Anhalt-Bitterfeld um 17:15 Uhr die hauptberuflichen Kräfte der Feuerwehrwache Wolfen-Altstadt direkt durch einen Bürger über den sich entwickelnden Brand informiert wurden und zur Brandbekämpfung mit einem Tragkraftspritzenfahrzeug-Wasser in der Stärke von vier Einsatzkräften ausrückten.

Nach dem Eintreffen weiterer Einsatzkräfte wurde zunächst die Wasserversorgung aufgebaut. Dabei wurde festgestellt, dass eine Saugstelle auf dem Firmengelände nicht nutzbar war, sodass innerhalb kürzester Zeit eine stabile Wasserversorgung über eine längere Wegstrecke außerhalb und innerhalb des Firmengeländes aufgebaut wurde.

Die Firma Fehr merkt dazu Folgendes an: Auf dem Betriebsgrundstück befinden sich zwei für die Löschwasserversorgung vorgesehene Hydranten, die von Zisternen gespeist werden. Diese Anlage wurde von einer Fachfirma installiert und auch gewartet. Warum diese am Ereignistag nicht funktionierten, konnte bis zum 22. September 2017 nicht geklärt werden. Aufgrund des hohen Löschwasserbedarfs war es ohnehin erforderlich, eine stabile Wasserversorgung zum Löschwassersystem der Chemiepark-Gesellschaft CPG herzustellen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Herr Roi hat eine Nachfrage.

Daniel Roi (AfD):

Zuerst, Frau Ministerin, vielen Dank für die Beantwortung. Weil das Zweite das Innenressort betrifft, beziehe mich auf den ersten Teil, der Ihr Haus betrifft. Es geht um die Geheimhaltung. Sie haben gerade erklärt, welche Regularien in der Landesverfassung festgeschrieben sind. Das verstehe ich alles. Aber ich stelle fest, dass die gleichen Regularien erst nach öffentlichem Druck durch Ihr Haus anders ausgelegt worden sind. Das ist schon bezeichnend.

Meine Frage geht jetzt aber dahin - das ist der Hintergrund, der die Öffentlichkeit interessiert -: Weiß man denn jetzt, durch welche Stoffe die Kameraden der Feuerwehr verletzt worden sind? Weiß man, welche Reaktionen hier durch welche Stoffe vonstattengegangen sind und an welchen Stellen die gelagert wurden? - Das ist eigentlich der Hintergrund der Frage. Wissen Sie mittlerweile etwas darüber? - Das waren ja Folgeerscheinungen bei den Kameraden.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Ich kann nur wiederholen, dass dort von Art und Umfang her genehmigte Stoffe gelagert waren. Zum Brandgeschehen kann ich Ihnen leider keine Auskunft geben, da dieses nicht in meine Ressortzuständigkeit fällt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke der Ministerin für die Beantwortung der Frage.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 17. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 18. Sitzungsperiode für den 23. und 24. November 2017 ein. Ich wünsche allen ein gutes Wochenende! - Danke.

Schluss der Sitzung: 17:24 Uhr.

